

Volkshochschulen in Berlin

Journal

1/2025

Öffentlichkeit:
Volkshochschule

Gesellschaft zur
Förderung der
Volkshochschulen in Berlin e. V.



Inhaltsverzeichnis

	Seite		Seite
Impressum	2	Öffentlichkeit und Öffentlichkeits-	58
Editorial		arbeit auf einen Blick	
Volkshochschulen als Orte der Demo-	6	Umgang mit Herausforderungen gesellschaftli-	
kratie: Bürgerbeteiligung öffnet Türen		cher Entwicklungen im Allgemeinen und dem	
zur Öffentlichkeit		„Herrenberg-Urteil“ im Besonderen an der	
Ein Gespräch mit Antje Schütz		Volkshochschule Reinickendorf	
		Stephanie Iffert	
Die gemeinsame Verantwortung der	9	Unter Ausschluss der Öffentlichkeit	67
Erwachsenen- und Weiterbildung für		Die Prüfungszentrale der Berliner Volkshoch-	
die Sicherung des Gesellschaftlichen		schulen	
Zusammenhalts		Brigitte Jostes	
Lars Kilian			
Letztlich eine Charakterfrage?	15	UNESCO Kulturwelt Austausch	74
Zu Fritz Borinskis Konzept vom Verhältnis		Ein Beispiel nachhaltiger Bildungsarbeit in der	
Volkshochschule und Öffentlichkeit		vhs Berlin Mitte	
Martha Friedenthal-Haase		Dagmar Müller	
Warum heißt die Volkshochschule	20	Formatveränderungen bei Programm-	77
eigentlich Volkshochschule?		heften der Volkshochschulen	
Bernd Käßlinger		Auswirkungen auf die Sammeltätigkeit in	
		Weiterbildungsprogrammarchiven und die	
		Programmforschung	
		Aiga von Hippel / Annika Müllner / Bastian Hil-	
		lengaß / Marion Fleige	
Organisierte Zusammenarbeit	26	Programmheft ade, scheiden tut nicht	86
Fernsehen und Volkshochschule		weh	
Bert Donnepp		Uwe Krzewina	
Der historische Text (1973)			
Grundbildung braucht Öffentlichkeit	32	Pluralität und Wandel der Programm-	91
und Anonymität		veröffentlichungs- und Gestaltungs-	
Theresa Hamilton		formen	
Einblick in die Volkshochschul-	38	Ein Ausdruck neuer Anforderungen an die	
Statistik: Dateien, Nutzenden-		Öffentlichkeitsarbeit?	
gruppen und Serviceangebote		Iona Pavel	
Verena Ortmanns			
Zur Erstellung der Berliner	43	Im Bild: Öffentlichkeit und	96
Volkshochschulstatistik		Volkshochschulen	
Lars Ninke			
Vom Fühlen zum Handeln: Storytelling	49		
für starke Volkshochschulen			
Sabrina Basler			
Plakate für die Bildung	55		
Susanne May			
Das Herrenberg-Urteil	55		
Sven Meyer			

Impressum

Die Zeitschrift „Volkshochschulen in Berlin“ erscheint jährlich als Online-Journal auf der Website der „Gesellschaft zur Förderung der Volkshochschulen in Berlin e.V.“

(<https://www.vhs-foerdergesellschaft-berlin.de/journal/>)

Herausgeber

Gesellschaft zur Förderung der Volkshochschulen in Berlin e.V.

c/o Stefan Bruns, Hornstraße 10, 10963 Berlin

Redaktion

Stefan Bruns (Kulturamt Berlin Tempelhof-Schöneberg), Almut Büchsel (VHS Berlin Mitte), Stephanie Iffert (VHS Berlin Reinickendorf), Prof. Dr. Bernd Käßlinger (Justus-Liebig-Universität Gießen), Holger Kühne (ehem. VHS Berlin Steglitz-Zehlendorf), Diana Stuckatz (VHS Berlin Pankow)

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder von Teilen der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Layout

Holger Kühne

E-Mail: webmaster@vhs-foerdergesellschaft-berlin.de

Kontakt

E-Mail: Redaktion@vhs-foerdergesellschaft-berlin.de

Juli 2025

Editorial

Öffentlichkeit: Volkshochschule

Volkshochschulen brauchen Öffentlichkeit, und Öffentlichkeit braucht Volkshochschulen. Das Politiklexikon der Bundeszentrale für Politische Bildung definiert: „Öffentlichkeit bezeichnet jenen gesellschaftlichen Bereich, der über den privaten, persönlichen, relativ begrenzten Bereich hinausgeht, für die Allgemeinheit offen und zugänglich ist.“¹ Volkshochschulen sind öffentliche Einrichtungen und haben in der Vergangenheit häufig unter Beweis gestellt, dass sie den Wandel mitgestalten können und wollen. Wie erfüllen sie ihren Auftrag, ein Angebot für alle Menschen zu machen? Wer entscheidet, welche Schwerpunkte gesetzt werden? Nicht nur die kanadischen Weiterbildungsforschenden Shauna Butterwick und Thomas J. Sork haben bereits 2010 kritisch danach gefragt, wer eigentlich am Planungstisch sitzt und alternative Perspektiven sowie breitere Beteiligung und Mitbestimmung anregt, um verschiedene Öffentlichkeiten zu erreichen². Vielfältige Stimmen sollen so auch in dieser Journalausgabe zu Wort kommen. In welchem wechselseitigen Verhältnis stehen Volkshochschulen und Öffentlichkeit? Über Mythen und Wahrheiten wollen wir mit diesem Themenheft eine Debatte anregen und Sie ermuntern, sich daran zu beteiligen.

[Antje Schütz](#) vom Büro für Bürgerbeteiligung in Pankow eröffnet partizipativ mit einem Gespräch mit der Journal-Redakteurin Diana Stuckatz zu „Volkshochschulen als Orte der Demokratie: Bürgerbeteiligung öffnet Türen zur Öffentlichkeit“ den Reigen. Entscheidend sind transparente Prozesse, klare Kommunikationswege und ein realistisches Erwartungsmanagement. So wird Beteiligung zum Impulsgeber für eine lebendige, offene Volkshochschule – die ihre Verbindung in die Stadtgesellschaft stärkt.

Öffentlichkeit hat wesentlich mit Politik zu tun. So stellt [Lars Kilian](#) vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) in Bonn ein von ihm breit abgestimmtes, verbändeübergreifendes Positionspapier vor: „Die gemeinsame Verantwortung der Erwachsenen- und Weiterbildung für die Sicherung des Gesellschaftlichen Zusammenhalts“ – als fundierte

¹ <https://www.bpb.de/kurzknapp/lexika/politiklexikon/17947/oefentlichkeit>

² <https://newprairiepress.org/aerc/2010/papers/9/>

Wortmeldung gerichtet speziell an die Bundespolitik im Kontext der letzten Koalitionsverhandlungen, aber wer den Text liest, wird viel mehr darin entdecken können.

Martha Friedenthal-Haase, Emerita der Friedrich-Schiller-Universität Jena, blickt historisch zurück mit: „Letztlich eine Charakterfrage? Zu Fritz Borinskis Konzept vom Verhältnis Volkshochschule und Öffentlichkeit“. Die von ihr diskutierten Themen sind auch heute noch aktuell sowie sicherlich auch zukünftig relevant. Denn: „Ohne Geschichtsbewusstsein und -verbundenheit – nicht nur was die Träger betrifft, sondern auch die wegweisenden Theoretiker im Fach, die mit ihren Schriften noch heute etwas zu sagen vermögen – erden neue Initiativen nicht, können sich auch nicht Abgrenzungen umsetzen, werden bildungspolitische und bildungstheoretische Entwicklungen und ihre Verwicklungen nicht verstanden.“³ Borinski hätte dem sicherlich zugestimmt, da er Promovenden betreute, die sich mit der Geschichte der – auch Berliner – Volkshochschule befassten.

Historisch ist auch **Bernd Käßpflinger** (Justus-Liebig-Universität Gießen) orientiert mit seinem grundlegenden Beitrag: „Warum heißt die Volkshochschule eigentlich Volkshochschule?“ Nicht nur die frühe Geschichte der Volkshochschulen ist auch eine Geschichte von Widerständen von Eliten an Universitäten gegenüber der Verbreitung von Wissen. Es gibt nicht nur Bildungsferne, sondern auch Menschen, die andere Menschen von Bildung fernhalten wollen, um die eigenen Privilegien zu sichern.

Der dritte historische Beitrag stammt von dem wiederum nicht nur historisch bedeutsamen **Bert Donnepp**. Er war Initiator des Adolf-Grimme-Preises, Gründer des Adolf-Grimme-Instituts und Namensgeber für den Bert-Donnepp-Preis. Allein diese Aufzählung streicht seine Bedeutung heraus. Er war aber auch ein kluger Beobachter und Denker, wie sein Text von 1973 „Organisierte Zusammenarbeit – Fernsehen und Volkshochschule“ aufzeigt. Ein weiterer Beitrag in unserer Rubrik „Der historische Text“ – manchmal muss man das Wort „Fernsehen“ vielleicht nur gedanklich durch „Internet“ ersetzen und könnte viel erkennen.

³ https://www.pedocs.de/volltexte/2021/22796/pdf/Debatte_2019_1_Gieseke_Kaepflinger_Geschichtsschreibung_der.pdf

Theresa Hamilton, Stiftung Grundbildung Berlin, macht deutlich, dass sich Öffentlichkeit und Anonymität im Bereich Grundbildung nicht ausschließen. Vielmehr bedingen sie einander! Geringe Literalität bei Erwachsenen ist in der Öffentlichkeit kaum präsent. Um das zu ändern, braucht es breite Informationswege und eine Sensibilisierung der Gesellschaft. Zugleich brauchen Grundbildungsangebote (in Volkshochschulen) einen geschützten Rahmen: Anonymität, persönliche Ansprache und vertrauensvolle Lernumgebungen sind entscheidend, damit Betroffene den Weg in die Kurse finden und bleiben.

Lars Ninke vom Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen bietet interessante Informationen und anregende Analyseperspektiven mit besonderen grafischen Aufbereitungen im Text „Zur Erstellung der Berliner Volkshochschulstatistik“. Öffentlichkeit wünscht sich oft subjektive Erzählungen, häufig aber auch Zahlen und Fakten. Hier werden sie kompetent zur Verfügung gestellt.

Ähnliches gilt für „Einblick in die Volkshochschul-Statistik: Dateien, Nutzendengruppen und Serviceangebote“ von **Verena Ortmanns** vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) in Bonn. Die bundesweite Volkshochschulstatistik wird am DIE seit Jahrzehnten erfolgreich geführt. Verena Ortmanns sieht an manchen Stellen überdurchschnittliche Zahlen für die Berliner Volkshochschulen im Bundesvergleich.

Im Beitrag „Vom Fühlen zum Handeln: Storytelling für starke Volkshochschulen“ stellt **Sabrina Basler** vom Deutschen Volkshochschul-Verband e. V. (DVV) vor, wie durch emotionale, authentische Erzählungen Vertrauen gestärkt wird, komplexe Anliegen greifbar werden und die Wirkung von Botschaften erhöht wird. Mit der Storytelling-Initiative #zukunftsor_vhs zeigt der DVV konkret, wie Volkshochschulen die Demokratie stärken und gesellschaftliche Herausforderungen meistern.

Auch in digitalen Zeiten bzw. in Zeiten des Postdigitalen bleiben „Plakate für die Bildung“ wichtig als ein Werbemittel

neben anderen in dem notwendigen Marketingmix. [Susanne May](#) von der Volkshochschule München zeigt dabei an den gelungenen Motiven und Texten auf, wie man mit Haltung und zum Teil auch provokant für Volkshochschulen in der Demokratie werben kann.

Das sogenannte „Herrenberg-Urteil“ hat für die Volkshochschulen bezüglich der Beschäftigung von Kursleitenden für die Sichtbarkeit vieler offener Fragen gesorgt. Welche Kriterien gelten für Scheinselbstständigkeit, (wie) können Honorarverträge weiterhin rechtssicher abgeschlossen werden, welche Konsequenzen gibt es hinsichtlich der Sozialversicherungen? [Sven Meyer](#), seit 2021 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, gibt einen Überblick über die Entwicklung und betont, es gelte die Rechte der Beschäftigten zu stärken und gleichzeitig die Volkshochschulen als wichtige Bildungseinrichtungen zukunftssicher aufzustellen.

[Stephanie Iffert](#) nähert sich den Themen Öffentlichkeit und Öffentlichkeitsarbeit aus der Praxis einer großstädtischen Volkshochschule heraus. Sie legt dar, wie Volkshochschulen Veränderungen im öffentlichen Raum aufnehmen und ihre didaktischen Überlegungen und Organisationsstrukturen daran ausrichten und weiterentwickeln. Sie führt Beispiele zu gesellschaftlich relevanten Themen wie Einsamkeit und Future Skills auf, nennt Herausforderungen seit dem Herrenberg-Urteil und beleuchtet die Frage nach dem Wandel von Suchbewegungen und Anmeldeverhalten von Teilnehmenden aufgrund neuer Kommunikationsstrukturen und der sich daraus ergebenden Öffentlichkeitsarbeit von Volkshochschule.

Fast „unter Ausschluss der Öffentlichkeit“ agierend sieht sich die Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen, und es ist an der Zeit, das zu ändern, legt ihre Leiterin, [Britta Jostes](#) nahe und erläutert Arbeits- und Funktionsweise dieser für das öffentliche Zertifizieren von Lernerfolgen essenziellen VHS-Institution.

Wie sieht gelebte internationale Bildung aus – und was bewirkt sie? Programmbereichsleitung [Dagmar Müller](#) zeigt, wie die Volkshochschule Berlin Mitte mit dem UNESCO-Freiwilligendienst kulturweit nachhaltige Bildungsarbeit und Austausch in die Praxis umsetzt. Im Zentrum steht der

Erfahrungsbericht von [Pokossy Doumbe Robert Stephane](#), Bildungspraktiker aus Kamerun, der Einblicke in seine persönlichen und überraschenden Erfahrungen während seiner drei Monate in Berlin gibt und so verdeutlicht, wie globale Perspektiven in lokale Bildungsarbeit einfließen – und dabei alle Beteiligten verändern. Ein Beitrag über die internationale Öffentlichkeit, in der sich die Volkshochschulen bewegen.

[Aiga von Hippel](#) und andere widmen sich einem hochaktuellen Thema für Wissenschaft und Praxis, indem sie verschiedene Perspektiven auf Formatveränderungen in Programmheften der Volkshochschulen und ihrer Auswirkungen untersuchen. Sie definieren „Programme“ und „Programmhefte“ als Ergebnis professionell-pädagogischen Planungshandelns und machen ihre Wichtigkeit für die Forschung deutlich. Orientiert an Ergebnissen einer Forschungswerkstatt werden aktuelle Formate der Berliner Volkshochschulen miteinander verglichen und systematisiert. Danach beleuchten sie Auswirkungen von Formatveränderungen auf die Sammeltätigkeit von Programmarchiven und diskutieren abschließend mögliche Folgen für die Programmforschung.

Bis 2020, dem Jahr, in dem die Corona-Pandemie so vieles vom Kopf auf die Füße oder von den Füßen auf den Kopf stellte, galten Programmhefte für Volkshochschulen als unverzichtbar. Die Pandemie hat aber vielleicht nur eine Entwicklung beschleunigt, die im Zuge der Digitalisierung und gesellschaftlichen Entwicklung ohnehin erforderlich wurde. [Uwe Krzewina](#), seit 2019 der Leiter der Volkshochschule Berlin Neukölln, gibt einen Überblick über die Entwicklung der vhs, die inzwischen keine Printausgabe des Programms mehr erstellt. Er erläutert die Vor- und Nachteile eines gedruckten Programms, bevor er für sich das Fazit zieht: „Programmheft ade, scheiden tut nicht weh.“

Die Veränderungen in der Gestaltung und Veröffentlichung von Programmheften der Volkshochschulen werden von [Iona Pavel](#), Masterstudentin im Studiengang Erwachsenenbildung/Lebenslanges Lernen an der Humboldt-Universität zu Berlin, untersucht. Sie interpretiert diese als Ausdruck neuer Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit im Kontext gesellschaftlicher und medialer Entwicklungen. In ihrem

Fazit stellt sie fest, dass Pluralität und Wandel der VHS-Programme nicht nur technologische und gesellschaftliche Veränderungen widerspiegeln, sondern auch einen erweiterten Anspruch an die Öffentlichkeitsarbeit. Sie zeigen, wie sich Volkshochschulen kommunikativ neu aufstellen, um in einem sich wandelnden Bildungsumfeld sichtbar, anschlussfähig und relevant zu bleiben.

Als Redaktion wollten wir auch wissen, wie sich die Berliner Volkshochschulen selbst ins Bild setzen und haben sie gebeten, in und mit einem Bild auszudrücken, was für sie Öffentlichkeit bedeutet, wie sich die jeweilige vhs im Licht der Öffentlichkeit sieht. Die Bilder mit je einem kurzen Kommentar sind in einer Fotostrecke versammelt und wurden von uns ergänzt mit dem historischen Plakat des Volkshochschultages 1930 in Breslau.

Wir danken herzlich allen Autorinnen und Autoren, die in so vielfältigen Beiträgen dieses Heftthema beleuchtet haben. Über etwaige Ergänzungen, Hinweise auf Leerstellen, Repliken, Leserbriefe oder Ähnliches freuen wir uns, da das Journal Diskurse und Debatten anregen möchte, die gern auch öffentlich im nächsten Heft eine Fortführung erfahren können.

Unsere Ausgabe 2026 wird sich dem Schwerpunktthema „Volkshochschule in der Bildungs- und Kulturlandschaft“ widmen. Der neue *Call for Papers* fragt nach kurzen oder längeren, differenzierten oder zugespitzten Beiträgen zu vhs in ländlichen Räumen und Großstädten. Ein Echo hervorrufen könnten Stichwörter wie die vhs im ländlich-provinziellen Raum und im Großstadtschungel, schöne neue Lernräume, digitale Räume, Digitalität und Künstliche Intelligenz, Dritte Orte und Infrastruktur- als Bildungspolitik, sozial-räumliche Öffnung, Kooperationen mit anderen Bildungsanbietern, wie steht öffentlich (kommunal) verantwortete Erwachsenenbildung im Zusammenspiel oder in Konkurrenz mit anderen Trägern, hält die Entwicklung der „Vierten Säule“ des Bildungssystems Schritt mit der demografischen Entwicklung? Erwachsenenbildung und Demokratie. Wie wachsen aus Lernräumen Lernräume?

Ihre Erfahrungen und Ihre Reflexionen interessieren uns sehr. Schreiben Sie der Redaktion unter redaktion@vhs-foerdergesellschaft-berlin.de. Wir freuen uns auf Ihre Einsendung!

Die Redaktion

Stefan Bruns, Almut Büchsel, Stephanie Iffert,
Bernd Käßlinger, Holger Kühne, Diana Stuckatz

Die Zeitschrift "Volkshochschulen in Berlin" – oder auch „vhs.journal“ – sieht sich als aktuelle Wiederbelebung eines Formats, das vor einem Vierteljahrhundert bereits einmal existierte, aber nach den Berliner Bezirksfusionen und den Sparjahren der 2000er-Jahre nicht mehr fortgeführt wurde. 2018 erfolgte dann der Neustart dieser Zeitschrift als online-journal:

<https://www.vhs-foerdergesellschaft-berlin.de/journal/>

Wir wollen ein Forum für Austausch und Ideenbildung rund um Erwachsenenbildung und Volkshochschule bieten und laden zu aktiver Mitarbeit ein.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt auch die Meinung der Redaktion oder von Teilen der Redaktion wieder.

Volkshochschulen als Orte der Demokratie: Bürgerbeteiligung öffnet Türen zur Öffentlichkeit

Ein Gespräch mit Antje Schütz vom Büro Pankow beteiligt

Das [Büro Pankow beteiligt](#) unterstützt bei Anliegen rund um das Thema Beteiligung. Antje Schütz ist Teamleitung des Raums für Beteiligung. Im Austausch mit Diana Stuckatz, Redaktionsmitglied und Programmbereichsleiterin (VHS Pankow), stellt sie die Arbeit des Beteiligungsbüros vor, gibt Impulse für Beteiligungsarbeit in Volkshochschulen und reflektiert ein gemeinsames Projekt zur Bürger:innenbeteiligung mit der VHS Pankow, das im Jahr 2023 im Programm EBiG (Förderung von innovativen Zugangswegen und Angebotsformen) von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie gefördert wurde.

Redaktion: Seit wann gibt es das Büro für Bürger:innenbeteiligung in Pankow?

Antje Schütz: Wir haben im Sommer 2022 eröffnet, aber der Aufbauprozess begann bereits 2021. Damals wurden erste Konzeptentwicklungen durchgeführt, wie der sogenannte „Raum für Bürger:innenbeteiligung“ im Bezirk konkret arbeiten kann. Insgesamt dauerte die Vorbereitungsphase acht Monate. Wir, das Büro Pankow beteiligt haben eine besondere Struktur: hier arbeiten ein freier Träger (die Mieterberatung Prenzlauer Berg GmbH) und das Bezirksamt eng zusammen. Drei Mitarbeitende kommen vom Träger Mieterberatung Prenzlauer Berg und eine Person ist die Koordination für Bürger:innenbeteiligung im Bezirksamt Pankow (Organisationseinheit Sozialraumorientierte Planungsorganisation). So bildet das Team eine Brücke zwischen der Zivilgesellschaft und der Bezirksverwaltung.

Redaktion: Hat sich in der ersten Zeit viel digital abgespielt?

Antje Schütz: Ja, absolut. Während der Aufbauphase wurde viel digital umgesetzt. Wir haben bereits früh damit begonnen, ein Netzwerk aufzubauen – sowohl mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und Stadtteilzentren als auch mit Fachämtern. Aufgrund der Pandemie fanden die meisten Treffen online statt. Auch im weiteren Verlauf hat sich gezeigt, dass digitale Tools eine wichtige Rolle spielen, um Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, insbesondere in

Bereichen wie der Stadtentwicklung und der Erwachsenenbildung.

Redaktion: Wer gab damals den Auftrag zur Gründung des Büros?

Antje Schütz: Die Initiative den Dialog mit der Stadtgesellschaft zu verstärken ging 2016 von der damaligen Regierungskoalition aus. Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen wurde mit der Erarbeitung entsprechender Leitlinien beauftragt. In einem kooperativen Prozess mit verschiedenen, auch zivilgesellschaftlichen, Akteuren wurden die „Leitlinien für die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Projekten und Prozessen der räumlichen Stadtentwicklung“ erarbeitet. Ein Ergebnis war die Vorgabe, in jedem Berliner Bezirk eine „Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung“ einzurichten, die mittlerweile als „Räume für Beteiligung“ bezeichnet werden.

Redaktion: Bei welchen Beteiligungsprozessen unterstützt ihr konkret. Kannst du ein paar Beispiele nennen?

Antje Schütz: Wir unterstützen Fachämter vorwiegend durch Beratung und setzen punktuell Beteiligungsprozesse mit um. Die Beratung reicht von der Leistungsbeschreibung von Beteiligung in Ausschreibungen über das geeignete Veranstaltungsformat und Öffentlichkeitsarbeit bis hin zur Kernfrage: Wie erreiche ich die Zielgruppe? Wir haben beispielsweise gemeinsam mit dem Straßen- und Grünflächenamt eine Beteiligungsveranstaltung zur Umgestaltung des Gertrud-Classen-Platzes durchgeführt. Außerdem haben wir zwei Informationsveranstaltungen zu Neubauten an Schulen und Sporthallen gemacht und mehrere Ämter bei der Online-Beteiligung auf mein.berlin.de unterstützt. Last not least haben wir im letzten Jahr Beteiligungsworkshops mit jungem Menschen im Projekt „vhs4you“ der VHS Pankow umgesetzt.

Redaktion: Wie hat sich deiner Meinung nach das Thema Bürgerbeteiligung in den letzten Jahren entwickelt?

Antje Schütz: In Berlin hat sich mit der Einrichtung der Räume für Beteiligung viel bewegt. Es gibt mittlerweile einen guten Austausch zwischen den Bezirken, sodass wir voneinander lernen können. Natürlich gibt es strukturelle Unterschiede, aber auch viele ähnliche Herausforderungen. Besonders deutlich wird jedoch, dass finanzielle und personelle Ressourcen oft ein Hindernis darstellen.

Redaktion: Gibt es besondere Chancen, die du in der Zusammenarbeit mit Volkshochschulen siehst?

Antje Schütz: Absolut. Volkshochschulen können durch ihre Rolle als öffentliche Bildungseinrichtungen viel zur Demokratieförderung beitragen. Hier kommen Menschen aus unterschiedlichen Lebenswelten zusammen und tauschen sich aus. Das Potenzial, diese Begegnungen durch Beteiligungsprojekte zu erweitern, ist groß.

Ein Beispiel aus Helsinki, das ich gern erwähne, ist das Maunula House. Dort entscheiden die Bürgerinnen und Bürger grundsätzlich mit, welche Bildungs- und Freizeitangebote es geben soll. Solche Ansätze könnten auch hier mehr umgesetzt werden.

Ein Beispiel, das wir im Pankow umgesetzt haben, war eine enge Zusammenarbeit mit der Volkshochschule in einem Bürger:innenbeteiligungsprojekt in den Bezirksregionen Buch und Karow mit dem Titel „Mach mal Volkshochschule, Pankow“. Wir haben die VHS bei der Organisation der Beteiligungsstrukturen beraten und unterstützt. Wir haben gemeinsam Workshops organisiert, in denen Bürgerinnen und Bürger ihre Ideen einbringen – und die VHS kennenlernen – konnten. Die Ideen und Bedarfe wurden dann in die Programmplanung integriert. Solche Ansätze bieten nicht nur Mehrwert für die Teilnehmenden, sondern stärken auch die Bindung zur Volkshochschule.

Redaktion: Was nimmst du aus dem Projekt "Mach mal Volkshochschule, Pankow" mit?

Antje Schütz: Ich denke, besonders wertvoll für die VHS war, wie durch das Projekt Netzwerke entstanden sind. In Buch und Karow, wo die VHS bisher keinen eigenen Standort hat, konnten erste Kontakte geknüpft werden, die es dann ermöglicht haben, Kurse gezielt vor Ort anzubieten. Gleichzeitig hat sich gezeigt, wie wichtig es ist, Möglichkeiten und Erwartungen klar zu kommunizieren. Nicht jeder Wunsch kann sofort umgesetzt werden, aber der Dialog, der

geführt wurde, hat Vertrauen geschaffen – sicher auch langfristig. Ein weiteres Learning, aus meiner Sicht war, wie entscheidend es ist, vor Ort präsent zu sein und bestehende Netzwerke zu nutzen. Ohne die Zusammenarbeit mit Stadtteilzentren und lokalen Akteur:innen können viele Zielgruppen eben nur schwer erreicht werden.

Redaktion: Gibt es Herausforderungen, die speziell für Volkshochschulen gelten?

Antje Schütz: Ich denke, eine Herausforderung besteht sicherlich darin, die Mitarbeitenden einzubinden und davon zu überzeugen, dass Beteiligungsprozesse Zeit und Ressourcen erfordern. Und vermutlich hat nicht jede Programmbereichsleitung Kapazitäten, sich auf solche Veränderungen einzulassen. Es braucht klare Strukturen und wahrscheinlich oft auch eine Anpassung der Aufgabenprofile. Gleichzeitig können Beteiligungsprozesse, denke ich, langfristig eine Entlastung darstellen, weil sie dazu beitragen, Angebote zielgerichteter und besser auf die Bedürfnisse der Teilnehmenden und der bisher Nicht-Teilnehmenden abzustimmen.

Redaktion: Wie könnte so ein Beteiligungsprozess konkret aussehen?

Antje Schütz: Ein niedrigschwelliger Einstieg kann über digitale Umfragen oder Beteiligungsplattformen erfolgen, auf denen Bürgerinnen und Bürger ihre Wünsche äußern. Wir nutzen da bspw. in der Regel mein.berlin.de. Ein weiteres Modell ist die Einrichtung von Fokusgruppen mit Teilnehmenden verschiedener Kurse, um gezielt Feedback zu sammeln. Auch das direkte Einbeziehen der Teilnehmenden in die Kursgestaltung, etwa durch Abstimmungen zu Themen oder Formaten, ist denkbar.

Redaktion: Und welche Herausforderungen oder Stolpersteine siehst du bei diesen Formen der Beteiligung?

Eine Herausforderung ist sicherlich die Planung einer Beteiligung, wenn ich das noch nie vorher gemacht habe sowie grundsätzlich Menschen zu erreichen und zur Teilnahme zu bewegen. Je konkreter die Mitentscheidungsmöglichkeit, desto attraktiver. Vielleicht starte ich und stelle eine Umfrage ins Netz oder lasse Kursteilnehmende abstimmen und merke dann, dass ich die Ergebnisse nicht umsetzen kann. Es ist sinnvoll sich vorher einige Fragen zu stellen und ein

Konzept zu machen. Ich brauche Klarheit über die Partizipationsstufen (Information, Mitwirkung, Mitentscheidung, Entscheidung), darüber wer meine Zielgruppe ist, Kanäle, wie ich diese erreichen kann sowie was Gegenstand der Beteiligung ist und wie ich die Ergebnisse rückmelde. Ich sollte von Beginn an Erwartungsmanagement machen, also offen mit dem Entscheidungsspielraum, den Ressourcen und der Bereitschaft zur Umsetzung der Beteiligungsergebnisse umgehen und auch den zeitlichen Rahmen kommunizieren.

Redaktion: Welche Botschaft möchtest du den Volkshochschulen abschließend mitgeben?

Antje Schütz: Seien Sie mutig und probieren Sie neue Ansätze aus! Beteiligung erfordert Zeit und Ressourcen, aber die Ergebnisse können sich über die Volkshochschule hinaus entfalten! Schaffen Sie Räume für Dialog und öffnen sie Ihre Strukturen – das stärkt nicht nur Ihre Institution, sondern auch die Demokratie insgesamt.

Antje Schütz

hat Kultur- und Sozialwissenschaften in Bielefeld, Mexiko und Berlin studiert. Sie hat Bildungs- und Vernetzungsarbeit in Nichtregierungsorganisationen begleitet und einige Jahre für das Goethe-Institut gearbeitet. Seit 2022 hat sie für den Träger Mieterberatung Prenzlauer Berg GmbH das Büro Pankow beteiligt mit konzipiert, aufgebaut und leitet das Team.

Das Gespräch führte Diana Stuckatz.

Die gemeinsame Verantwortung der Erwachsenen- und Weiterbildung für die Sicherung des Gesellschaftlichen Zusammenhalts

Lars Kilian

Das Portal wb-web, betrieben vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V., bietet seit 2015 Lehrenden der Erwachsenen- und Weiterbildung kostenfrei zahlreiche Informations- und Professionalisierungsangebote an. Hier finden Lehrende Nachrichten zu aktuellen Entwicklungen im Berufsfeld, Buchvorstellungen zu relevanten Themen der Erwachsenen- und Weiterbildung, Erfahrungsberichte und Fallbeispiele aus der Berufspraxis, kuratierte Link- und Checklisten, die die pädagogische Arbeit erleichtern sollen oder auch Podcasts und themenbezogene Zusammenstellungen der nachnutzbaren Materialien in den sogenannten Themenetzen. All das wird in Dossiers strukturiert und gebündelt aufbereitet, so dass sich interessierte Lehrende in einzelne Themengebiete aus den derzeit über 2700 Inhaltsseiten vertiefen können. Darüber hinaus bietet wb-web mit dem EULE Lernbereich ein umfassendes Selbstlernangebot, welches in knapp 80 Lernpfaden pädagogische Handlungskompetenzen adressiert. Diese Angebote können Lehrende rechtssicher und kostenfrei auch in eigene Trainings integrieren.

Die Unterstützung aus dem Feld der Erwachsenen- und Weiterbildung

Das Feld der Erwachsenen- und Weiterbildung ist breit gefächert. Es reicht von Angeboten zur beruflichen Weiterbildung über Sprach- und Gesundheitskurse bis zu kreativen und offenen Lernangeboten. Hier den Überblick über die aktuellen Entwicklungen zu behalten, ist nicht einfach. Daher hat wb-web im Laufe der Jahre einen Unterstützerkreis aufgebaut, der die Arbeit des Portals mit seiner Fachexpertise, den Felderfahrungen und eigenen Netzwerken unterstützt. Aktuell sind 26 Fachverbände, regionale Verbände oder Einzelleistungen im Unterstützerkreis aktiv (<https://wb-web.de/ueber-uns/partner.html>). Mit diesem Unterstützerkreis steht wb-web im Austausch, um unter anderem die aktuell relevanten Themen im Feld der Erwachsenen- und

Weiterbildung zu besprechen. Hieraus wird in Kooperation mit dem Unterstützerkreis erörtert, welche Möglichkeiten und Notwendigkeiten es gibt, diese Themen aufzugreifen und zu bearbeiten. Sei es in Form von Beiträgen von wb-web für Lehrende, in Form von Workshops und Veranstaltungen vor Ort oder durch konzertierte gemeinsame Informations- und Weiterbildungsangebote, wie beispielsweise zum Deutschen Weiterbildungstag oder dem Digitaltag.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt als aktuelles Thema in der Erwachsenen- und Weiterbildung

Beim Treffen des Unterstützerkreises im Herbst 2024 wurden verschiedene, aktuell relevante Themen benannt, denen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden ist. Eines dieser Themen war der „Gesellschaftliche Zusammenhalt“ und die damit verbundenen Aufgaben und Herausforderungen für die Erwachsenen- und Weiterbildung. Die Partner des Unterstützerkreises berichteten von den Herausforderungen, die beispielsweise mit der Digitalisierung (Stichwort: Informationskompetenzen zur Bewertung von medialen Angeboten), dem demographischen Wandel (Stichwort: Fachkräftesicherung) oder globalen Entwicklungen (Stichwort: Migrationsbewegungen) und daraus resultierender Entwicklungen einher gehen, die eine Erosion des gesellschaftlichen Zusammenhalts spürbar werden lassen. Den Partnern des Unterstützerkreises war klar, dass der Erwachsenen- und Weiterbildung hier eine zentrale Aufgabe in der Gesellschaft anheimfällt. Nur sie kann mit Angeboten dazu beitragen, diesen gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen mit ihren vielfältigen Angeboten durch Angebote im Prozess des Lebenslangen Lernens einerseits und aufgrund der bundesweiten Vielfalt der Bildungsanbieter andererseits zu begegnen. Schulische und berufliche Bildung begegnen im Rahmen ihrer Möglichkeiten zwar auch diesen Problemen, jedoch ist Lebenslanges Lernen der Hebel, um sich mit den beschleunigten Entwicklungen in Arbeitswelt und Gesellschaft auseinanderzusetzen, diese zu

verstehen und idealerweise aktiv mitzugestalten. Schulisch erworbenes Wissen ist aufgrund der Entwicklungsdynamiken meist nicht mehr ausreichend, wenn man beispielsweise in den Bereich der Digitalisierung und der damit verbundenen Herausforderungen (Desinformation, Polarisierung oder fehlende Netiquette in der Interaktion etc.) blickt. Gesellschaftlicher Zusammenhalt bestimmt sich durch die Stärke und die Qualität sozialer Beziehungen innerhalb einer Gesellschaft. Bestimmende Faktoren sind starke Netzwerke, Vertrauen in Mitmenschen und Institutionen, Akzeptanz von Diversität, Identifikation mit dem Gemeinwesen sowie Solidarität, Anerkennung sozialer Regeln und nicht zuletzt gesellschaftliche Teilhabe (vgl. Arant u.a. 2017, S. 25). Bildung spielt eine entscheidende Rolle, um diese Faktoren zu fördern: Kompetenzen für den Aufbau und die Pflege sozialer Beziehungen können in Bildungsprozessen entwickelt werden. Darüber hinaus stärkt der Erwerb gesellschaftsrelevanten Wissens die Verbundenheit der Menschen mit ihrem Gemeinwesen. Studien zeigen, dass gut gebildete Personen sich „zu deutlich größeren Anteilen ehrenamtlich engagieren“ (Simonson & Kelle 2021, S. 12) und damit aktiv zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts beitragen (ausführlicher bei wb-web 2025).

Eine Idee entsteht...

Parallel dazu wurde festgestellt, dass der Erwachsenen- und Weiterbildung bildungspolitisch in vielen Facetten zu wenig Beachtung zukommt und die Rahmenbedingungen die Bildungsarbeit erschweren, wie man z.B. an den geplanten Kürzungen für Integrations- und Berufssprachkurse oder an den Beschäftigungsbedingungen für das Personal sehen konnte, die Ende 2024 in der Diskussion waren.

So entstand die Idee, im Bundestagswahljahr 2025 den politischen Entscheidungsträgern die Bedeutung der Erwachsenen- und Weiterbildung für den Gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verdeutlichen. wb-web und die Partner des Unterstützerkreises planten, für den Zeitraum des Wahlkampfes ein Positionspapier vorzubereiten, dass die vielfältigen Leistungen aufzeigt, die dieser Bildungsbereich übernimmt, um die Resilienz der Menschen in Deutschland für Arbeit und Gesellschaft zu stärken.

...und wird Realität

Wie wir wissen, überschlugen sich die politischen Ereignisse beginnend mit der Vertrauensfrage des Bundeskanzlers am 16. Dezember 2024, die zu vorgezogenen Neuwahlen und damit einem stark verkürzten Wahlkampf führten. Ein Positionspapier wird auf diesen aufgrund der Dynamiken kaum noch Einfluss nehmen können. Zugleich zeigten Analysen, dass Weiter-, Fort- und Erwachsenenbildung in den Wahlprogrammen 2025 „eine Flaute“ (Käpplinger 2025) erfahren, ein funktionales Bildungsverständnis die Wahlprogramme dominiert, während politische und kulturelle (Erwachsenen-)Bildung kaum aufgenommen wurden und wenig zur Weiterbildungsbranche und dem darin tätigen Personal in den Wahlprogrammen gesagt wird (ebd.). Dennoch oder besser gerade deshalb blieb das Vorhaben bestehen, mit dem Ziel, es so vorzubereiten, dass es zu den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen publiziert wird. Denn wie Käpplinger feststellt: „Der Rückgang der Bezüge auf Weiterbildung scheint undramatisch zu sein, da die Programme durch den früheren Wahltermin kürzer sind. Programme sind aber Grundlagen für Koalitionsverhandlungen und die künftige Regierungsagenda. Hier ist anzuregen, dass es nach den Wahlen notwendig sein wird, Weiterbildung als Zukunftsthema im Koalitionsvertrag gut zu platzieren“ (ebd.).

Und so gelang es in konstruktiver und intensiver Zusammenarbeit des Unterstützerkreises mit wb-web, am 17. Februar ein gemeinsames Positionspapier zu veröffentlichen. Dieses sollte in die Koalitionsverhandlungen der demokratisch gewählten Parteien hineinwirken. Wir erwarteten, dass es von den politisch Verantwortlichen wahrgenommen wird und die Erwachsenen- und Weiterbildung in den Koalitionsverhandlungen den Stellenwert bekommt, den sie verdient und benötigt. Denn dieser Bildungsbereich ist ein zentraler Pfeiler, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken und zu sichern. Dieser Verantwortung sind sich die Bildungseinrichtungen und Lehrenden bewusst, benötigen aber passende Rahmenbedingungen, um ihren Auftrag auszufüllen. So forderten und fordern die 19 Erstunterzeichnenden Verbände und Einrichtungen, zu denen auch das Servicezentrum der Volkshochschulen von Berlin gehört, von der Politik (vgl. wb-web und der Unterstützerkreis 2025):

1. **Gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Erwachsenen- und Weiterbildung anerkennen.** In fast allen Wahlprogrammen liegt der Fokus auf betrieblicher und beruflicher Fort- und Weiterbildung. Erwachsenenbildung umfasst aber ein weitaus größeres Spektrum, da sie z. B. auch kulturelle Erwachsenenbildung und politische Bildung umfasst. Damit ist sie ein zentraler Pfeiler gesellschaftlicher Resilienz und Stabilität.
2. **Langfristige Finanzierung über die Legislaturperiode und darüber hinaus sichern.** Eine verlässliche Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung ist essenziell, um Planungssicherheit für Bildungseinrichtungen zu gewährleisten und nachhaltige Bildungsperspektiven zu schaffen.
3. **Perspektive der Weiterbildenden und die entsprechende Ausstattung der Beschäftigungsverhältnisse und deren Rahmenbedingungen verbessern.** Nur durch gute Beschäftigungsverhältnisse in der Erwachsenen- und Weiterbildung kann Expertise für Bildung gewonnen und gehalten sowie einem Fachkräftemangel in diesem Bildungsbereich entgegengewirkt werden.
4. **Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen sichern.** Bildungsangebote müssen räumlich, zeitlich und finanziell für alle erreichbar sein unabhängig von Alter, Herkunft, Bildungshintergrund oder wirtschaftlicher Situation. Dafür braucht es vielfältige Bildungsangebote, die an den Lebens- und Alltagswelten der heterogenen Gruppen anknüpfen, sowohl hinsichtlich der Lernorte als auch der Inhalte und der Lernformate.

(Zwischen-) Fazit

Am 9. April 2025 wurde der Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode vorgestellt. Dieser markiert die Schwerpunkte der zukünftigen Koalition von CDU, CSU und SPD. Welche Rolle räumt die neue Bundesregierung der Erwachsenen- und Weiterbildung in Deutschland ein?

Es zeigt sich, dass der Gesellschaftliche Zusammenhalt eine maßgebliche Rolle im Koalitionsvertrag einnimmt. So wird bereits in der Präambel darauf verwiesen: „Wir erleben hybride Angriffe auf unser Land mit dem Ziel, den Zusammenhalt in Deutschland zu zerstören“ (CDU, CSU, & SPD 2025, S. 1) und „Wir stärken den sozialen Zusammenhalt“ (ebd. S. 2). Während „massive Investitionen in KiTas und

Schulen (...) die Chancengleichheit in unserem Land deutlich erhöhen“ werden (S. 3), wird die Bedeutung der Erwachsenenbildung für die Stärkung des Gesellschaftlichen Zusammenhalts nicht gesondert erwähnt. Erwähnung hingegen finden die Bedeutung attraktiver ländlicher Räume für „den gesellschaftlichen Zusammenhalt und für die Akzeptanz unserer gelebten Demokratie“ (ebd., S. 36) ebenso wie gemeinnützige Organisationen, engagierte Vereine und zivilgesellschaftliche Akteure als zentrale Säulen unserer Gesellschaft (ebd., S. 104).

Der Weiterbildung wird eine tragende Rolle bei der Fachkräftesicherung anerkannt, ebenso wie die Stärkung digitaler Kompetenzen aller Menschen zur Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe (vgl. S. 67), wofür eine Kompetenzoffensive geplant ist, die die Vielfalt von Start-ups, Wirtschaft, öffentlichen Bildungsträgern und Sozialverbänden nutzt, um innovative und nachhaltige Angebote für alle Bevölkerungsgruppen zu schaffen. Die Nationale Weiterbildungsstrategie soll schwerpunktmäßig auf eine stärkere Standardisierung und die Transparenz von Zertifikaten ausgerichtet werden.

Mit Blick auf Verbesserung der Perspektiven des Personals in der Erwachsenen- und Weiterbildung lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt feststellen, dass das Thema Scheinselbstständigkeit (Stichwort Herrenberg-Urteil) auf die Agenda kam. Die neue Bundesregierung will „das Statusfeststellungsverfahren zügig im Interesse von Selbstständigen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und Unternehmen schneller, rechtssicherer und transparenter machen (...) Scheinselbstständigkeit wollen wir verhindern“ (S. 15). Das Ehrenamt findet im neuen Koalitionsvertrag mehrfache Würdigung, unter anderem durch die Erhöhung der Ehrenamts-pauschale auf 960 Euro (ebd., S. 47) und die Schaffung eines „Zukunftspakt Ehrenamt“ (S. 62). Die Übungsleiterpauschale soll auf 3.300 Euro angehoben werden.

Hinsichtlich der Sicherung der Zugänglichkeit zur Erwachsenen- und Weiterbildung für alle Bevölkerungsgruppen, wie im Positionspapier gefordert, findet sich im Koalitionsvertrag der Verweis, dass die neue Bundesregierung die Migrationsberatung für erwachsene Zugewanderte fortführen, auskömmlich finanzieren und mehr in Integration

investieren sowie Integrationskurse fortsetzen will (ebd., S. 95). Die Qualifizierungsberatung für Personen mit ausländischen Berufsqualifikationen wird bei der Bundesagentur für Arbeit verstetigt (vgl. S. 15) und Personen, die wegen Vermittlungshemmnissen keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden, soll durch entsprechende Qualifizierung die dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt ermöglicht werden (S. 16).

Der Bereich der Grundbildung wird ebenfalls im Koalitionsvertrag bedacht. So findet sich auf Seite 55 der Hinweis: „Aufbauend auf der AlphaDekade stärken wir mit den Ländern die Strukturen und Netzwerke.“

wb-web hat den vorgelegten Koalitionsvertrag auf die Rolle der Erwachsenen- und Weiterbildung durchleuchtet und stellt fest, dass Weiterbildung „sehr stark auf die berufliche Verwertbarkeit bezogen (wird). Individuelle Bildung, non-formale und informelle Bildungsangebote finden keine Beachtung. Für die Stärkung gesellschaftlicher Resilienz und der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft mit Blick auf bestehende Herausforderungen durch Digitalisierung, Dekarbonisierung und demographischen Wandel sind Bildungsstätten und -angebote für alle Lebensphasen und alle Bürger*innen zentral. Hier kommt man in den Austausch, entwickelt Kompetenzen und nimmt an der Gesellschaft teil, was im Koalitionsvertrag trotz Benennung der Herausforderungen nicht dezidiert gewürdigt wird.“ (Kilian 2025).

Mein Dank

Mein persönlicher Dank gilt allen Partnern des Unterstützerkreises, die zusammen mit wb-web dieses Papier erarbeitet haben. Es war ein sehr agiler Prozess, der trotz mancher Widrigkeiten (knappe Ressourcen, technische Schwierigkeiten) tiefgehende Diskussionen auch über die Arbeitszeit hinaus ermöglichte. Das Zurückstecken persönlicher Interessen und der Blick auf das die Erwachsenen- und Weiterbildung verbindende Gemeinsame und damit einhergehende stete argumentative Neujustierung des Papiers war ein fordernder und konstruktiver Prozess. Natürlich gilt mein Dank auch denen, die diese Positionen in ihren Netzwerken teilen und verbreiten und so dazu beitragen, dass es in der Bildungspolitik wahrgenommen wird.

Dr. Lars Kilian

Diplom Pädagoge, ist seit 2019 als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung - Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen e.V. in der Funktion der Redaktionsleitung für das Portal wb-web tätig.

Quellen

Arant, R., Dragolov, G., & Boehnke, K. (2017). Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Bertelsmann Stiftung. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ST-LW_Studie_Zusammenhalt_in_Deutschland_2017.pdf

CDU, CSU, & SPD (2025). Verantwortung für Deutschland. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. 21. Legislaturperiode. https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Koalitionsvertrag_2025.pdf

Käpplinger, B. (2025, 4. Februar). Raus aus der Flaute? Gastbeitrag auf dem Blog von Jan-Martin Wiarda. <https://www.jmwiarda.de/2025/02/04/raus-aus-der-flaute/>

Kilian, L. (2025). Die Rolle der Erwachsenen- und Weiterbildung im neuen Koalitionsvertrag. <https://wb-web.de/aktuelles/die-rolle-der-erwachsenen-und-weiterbildung-im-neuen-koalitionsvertrag.html>

Simonson, J., & Kelle, N. (2021). Ehrenamtliches Engagement von Menschen in der zweiten Lebenshälfte während der Corona-Pandemie. (DZA aktuell, 08/2021). Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ss0ar-76154-7>

wb-web (2025). Zu den Hintergründen und Fakten der Forderungen des Positionspapiers „Weiterbildung stärken – Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern: Eine gemeinsame Verantwortung“. <https://wb-web.de/aktuelles/zur-hintergruenden-und-fakten-der-forderungen-des-positionspapiers-weiterbildung-staerken-gesellschaftlichen-zusammenhalt-sichern-eine-gemeinsame-verantwortung.html>

wb-web und der Unterstützerkreis (2025). Positionspapier "Weiterbildung stärken – Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern: Eine gemeinsame Verantwortung". <https://wb-web.de/aktuelles/positionspapier-weiterbildung-staerken-gesellschaftlichen-zusammenhalt-sichern-eine-gemeinsame-verantwortung.html>

Positionspapier

Weiterbildung stärken – Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern: Eine gemeinsame Verantwortung

Digitale Transformation, demographischer Wandel und der Übergang zu einer klimaneutralen Gesellschaft sind nur einige Gründe, die unsere Gesellschaft vor immense Herausforderungen stellen. Diese Veränderungen drohen den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu schwächen.

Jede Transformation ist ein langfristiger Prozess des Lernens und Suchens, der sich über mehrere Jahrzehnte erstreckt und von Unsicherheiten geprägt ist. Erst wenn sich neue Strukturen etabliert und gefestigt haben, gilt dieser Wandel als abgeschlossen.

Gerade in dieser dynamischen Zeit nimmt die Erwachsenen- und Weiterbildung eine zentrale Rolle ein, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Wirtschaft zu stärken.

Die Erwachsenen- und Weiterbildung

- befähigt Menschen in jeder Lebensphase dazu, Veränderungen in der politischen, wirtschaftlichen oder technologischen Entwicklung zu verstehen und diese Prozesse aktiv mitzugestalten,
- ermöglicht Resilienz für Individuum und Gesellschaft sowie einen reflektierten Umgang mit globalen Entwicklungsdynamiken,
- begegnet dem Fachkräftemangel durch passgenaue und bedarfsgerechte Bildungsangebote und
- erweitert und verbessert damit Beschäftigungschancen.

Angesichts der komplexen Veränderungen wächst die Bedeutung dieses Bildungsbereichs stetig. Es ist daher entscheidend, die Erwachsenen- und Weiterbildung bildungspolitisch deutlich in den Fokus zu rücken, um ihren wertvollen Beitrag nachhaltig zu sichern.

Nur mit einem klaren politischen Bekenntnis und konkreten Maßnahmenformulierungen in einem Koalitionsvertrag kann sichergestellt werden, dass der Bildungsbereich leistungsfähiger wird, um den benannten Herausforderungen erfolgreich zu begegnen und in Chancen für die gesamte Gesellschaft zu wandeln.

Unsere Forderungen an die Politik:

Die Unterzeichnenden dieses Positionspapiers fordern mit Blick auf die bevorstehende Wahl des Bundestags 2025 von den politisch Verantwortlichen ein klares und verbindliches Bekenntnis zur Bedeutung der Erwachsenen- und Weiterbildung in der Bildungspolitik, der Arbeitsmarktpolitik, der Integrationspolitik und darüber hinaus bei politischen Planungen und Entscheidungen. Die Bildungseinrichtungen müssen in der Lage sein, ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zur Gestaltung des Wandels zu leisten. Dazu bedarf es verlässliche und zukunftsgerichtete Rahmenbedingungen. Konkret fordern wir:

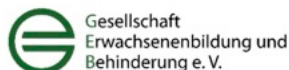
- 1) Gesamtgesellschaftliche Bedeutung der Erwachsenen- und Weiterbildung anerkennen.** In fast allen Wahlprogrammen liegt der Fokus auf betrieblicher und beruflicher Fort- und Weiterbildung. Erwachsenenbildung umfasst aber ein weitaus größeres Spektrum, da sie z. B. auch kulturelle Erwachsenenbildung und politische Bildung umfasst. Damit ist sie ein zentraler Pfeiler gesellschaftlicher Resilienz und Stabilität.

- 2) **Langfristige Finanzierung über die Legislaturperiode und darüber hinaus sichern.** Eine verlässliche Finanzierung der Erwachsenen- und Weiterbildung ist essenziell, um Planungssicherheit für Bildungseinrichtungen zu gewährleisten und nachhaltige Bildungsperspektiven zu schaffen.
- 3) **Perspektive der Weiterbildenden und die entsprechende Ausstattung der Beschäftigungsverhältnisse und deren Rahmenbedingungen verbessern.** Nur durch gute Beschäftigungsverhältnisse in der Erwachsenen- und Weiterbildung kann Expertise für Bildung gewonnen und gehalten sowie einem Fachkräftemangel in diesem Bildungsbereich entgegengewirkt werden.
- 4) **Zugänglichkeit für alle Bevölkerungsgruppen sichern.** Bildungsangebote müssen räumlich, zeitlich und finanziell für alle erreichbar sein – unabhängig von Alter, Herkunft, Bildungshintergrund oder wirtschaftlicher Situation. Dafür braucht es vielfältige Bildungsangebote, die an den Lebens- und Alltagswelten der heterogenen Gruppen anknüpfen, sowohl hinsichtlich der Lernorte als auch der Inhalte und der Lernformate.

Wir laden alle in der Erwachsenen- und Weiterbildung aktiven Personen, Einrichtungen, Organisationen und Verbände dazu ein, dieses Positionspapier in unveränderter Form zu teilen (z. B. über die eigene Webseite, Social-Media-Kanäle, per E-Mail an Kolleginnen und Kollegen, an befreundete Organisationen, zur Weitergabe an die gewählten politischen Vertreter usw.).

Informieren Sie uns gerne über Ihre Aktion per Mail an info@wb-web.de.

Die Unterzeichnenden



Letztlich eine Charakterfrage? Zu Fritz Borinskis Konzept vom Verhältnis Volkshochschule und Öffentlichkeit

Matha Friedenthal-Haase

„Eine lebenswerte Ordnung haben wir im Westen heute noch nicht. Es ist Aufgabe, sowohl des Gesetzgebers wie der politischen Willensbildung, wie der Erziehung, an ihr zu arbeiten.“ (F. Borinski, 1959)¹

I. Einleitung

Eine lebenswerte Ordnung – das war ein Kernthema im Denken und Wirken von Fritz Borinski (1903–1988)² und er sah die richtige Gestaltung des Verhältnisses von Volkshochschule und Öffentlichkeit als dafür entscheidend an. Borinski, durch Geburt und Aufwachsen ein echter Berliner, war ein Mann von vielseitiger Begabung und einschlägiger fachlicher Erfahrung in der Erwachsenenbildung des Inlandes und des Auslandes. Das Volkshochschulwesen kannte er gründlich von innen und von außen: als pädagogischer Mitarbeiter in Leipzig, als Leiter der Heimvolkshochschule Göhrde, als Leiter der großstädtischen Volkshochschule in Bremen, als Akteur beim Aufbau des Verbandswesen der Volkshochschulen und Heimvolkshochschulen nach 1945 und nicht zuletzt ab 1958 als Professor für Erziehungswissenschaft an der Freien Universität Berlin mit Schwerpunkten in Erwachsenenbildung und Politischer Bildung. Er war bestrebt, durch Veröffentlichungen, auch in den „Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule“ (dem angesehenen Vorläuferorgan der vorliegenden Zeitschrift), die Fachdiskussion in der Erwachsenenbildung voranzubringen und das hieß für ihn, den Blick auf das Wesentliche zu schärfen.³ Das Verhältnis von Volkshochschule und Öffentlichkeit fasste er theoretisch als eine integrale Dimension der Demokratie auf. In der Praxis beschritt er innovative Wege, um in den Berliner Stadtteilen unter großem persönlichem Einsatz eine neuartige Öffentlichkeit für die

Volkshochschule und die Universität zu schaffen.⁴ Der Begriff der Öffentlichkeit enthält mehrere Bedeutungen und es seien hier nur einige herausgegriffen: Öffentlichkeit als das Volk oder die Bevölkerung im weiteren, auch abstrakten Sinn, eine Bezugnahme, wie sie bereits im Namen der Einrichtung Volkshochschule zum Ausdruck kommt. Öffentlichkeit kann, konkreter, auch als das aktuelle oder mögliche Publikum der einzelnen Volkshochschule verstanden werden, ein Publikum, das angesprochen, informiert, umworben, berücksichtigt und einbezogen sein sollte. Die politische Öffentlichkeit kann sich auf die Wählerschaft, auf die Versammlung der Abgeordneten der verschiedenen Vertretungsebenen, auf andere Akteure mit öffentlichem Auftrag oder mit bürgerschaftlichen Anliegen von allgemeinem Belang beziehen. Diese Beispiele sollen die Vielfalt und Differenziertheit der Bedeutungen von Öffentlichkeit lediglich anklingen lassen. Aus Borinskis Schriften seien dazu einige Aspekte angesprochen: der Aspekt der Struktur, der Aspekt der Bildungstheorie und Didaktik sowie der Aspekt der Person und des Charakters.

II. Volkshochschule und Öffentlichkeit bei Fritz Borinski

1. Struktur

Der Volkshochschule sind in der Demokratie spezifische Aufgaben gestellt. Das Verhältnis von Öffentlichkeit und Volkshochschule zeigt an, ob durch Sicherung der Rahmenbedingungen die Voraussetzungen für die Erfüllung dieser Aufgaben gegeben sind. Entscheidende Merkmale der demokratisch relevanten Struktur der Volkshochschule sind die gesetzliche Verfasstheit und sichere rechtliche Verankerung des Volkshochschulwesens, die Verantwortung der

¹ Bewältigt die Demokratie die Probleme unserer Zeit? Ein Gespräch über Wege und Möglichkeiten der politischen Bildung. [von] Hellmut Becker, Fritz Borinski, Walter Erbe, Joseph Rován, (1959) In: Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule. Heft 10, 1–17, hier S. 15.

² Siehe auch Martha Friedenthal-Haase (2023). Fritz Borinski und die Bildung zur Demokratie. Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn.

³ Fritz Borinski (1963). „Aktive Minderheiten, passive Mehrheiten und die Demokratie.“ In: Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule. Heft 20/21, 1–14.

⁴ Fritz Borinski (1971) (Hrsg.). Universitäre Erwachsenenbildung in Berlin, Berlin: Sekretariat für Erwachsenenbildung, Selbstverlag.

öffentlichen Hand für eine gesicherte Finanzierung, der gesicherte Freiraum des Handelns der Einrichtung im Binnenraum sowie das Recht der Organisation und Präsentation ihrer Interessen und des Anliegens der Erwachsenenbildung überhaupt in Verbänden auf verschiedenen Stufen. Die Volkshochschulen sollen in das öffentliche Bildungswesen integriert werden, was nicht bedeutet, verstaatlicht, sondern in ihrer Besonderheit anerkannt und öffentlich gefördert werden, wie auch im Gutachten des Deutschen Ausschusses zur Erwachsenenbildung von 1960, an dem Borinski maßgeblich mitwirkte, ausgeführt wird.⁵

Wichtig, wie die rechtliche und tatsächliche Gewährleistung der Rahmenbedingungen ist, wird doch ein wertegeleitetes Funktionieren dieser Einrichtung erst durch geeignetes Personal vorangebracht werden können, das in der Qualität seiner Ausbildung, in Besoldung und Status dem Personal anderer anerkannter höherer Bildungseinrichtungen nicht nachstehen darf. Es gehört daher zur Aufgabe und Pflicht der öffentlichen Hand, Einrichtungen der Aus- und Fortbildung angemessen zu fördern und dafür Sorge zu tragen, dass der Beruf des Erwachsenenbildners als ein gesellschaftlich anerkannter Lebensberuf gestaltet wird – in Ansehen und Sicherheit dem Gymnasialen Lehramt vergleichbar. Neben der öffentlichen Anerkennung und Förderung von Erwachsenenbildung als Hauptberuf ging es Borinski auch um die Anerkennung der Bildungsarbeit im Nebenberuf als eines besonderen Erfordernisses der Volkshochschule. Denn diese bedarf, um ihren Zweck zu erfüllen (im Unterschied zu anderen Zweigen des öffentlichen Bildungswesens), auch der nebenberuflichen Dozenten und Dozentinnen, die durch ihre Erfahrungen aus den verschiedensten beruflich-fachlichen, sozialen und politischen Bereichen mit der Gesellschaft und ihrer Dynamik in lebendiger Verbindung stehen. Die strukturellen Voraussetzungen der Bildungsarbeit zu gewährleisten, sei Aufgabe einer demokratisch verfassten Öffentlichkeit: „Wer die Volkshochschule

als Stätte der demokratischen Meinungs- und Willensbildung bejaht, muss ihre Freiheit und Autonomie wollen“.⁶

2. Bildungsidee und Didaktik

Die Beziehung zwischen Öffentlichkeit und Volkshochschule ist jedoch nicht einseitig. Sie erschöpft sich nicht darin, dass von Seiten des Gesetzgebers für die Bildungsarbeit notwendige Rahmenbedingungen – Finanzierung, Sicherung der Funktionsfähigkeit durch Unabhängigkeit und Garantie beruflicher Ausbildungswege – geschaffen werden. Vielmehr kommt es ebenso auf die Rückwirkung der Volkshochschule auf das öffentliche Leben an, ob „es ihr gelingt, an der Bildungsaufgabe unserer Zeit, d.h. an der lebensechten Formung des heutigen Menschen und der heutigen Gesellschaft, mitzuwirken, – in ihnen Kraft und Mut zur Freiheit und Gemeinschaft, zur mitbürgerlichen Tätigkeit und Kooperation zu wecken und zu stärken.“⁷

In der Bildung zur Demokratie sah Borinski die zentrale, wenn auch nicht die ausschließliche Idee der Volkshochschule. Die Demokratie, diese einzig kostbare Form der zivilisierten politischen Verfasstheit, war im Deutschland der 1950er Jahren noch im Aufbau. Borinski hielt sie für gefährdet, fragil und des besonderen Schutzes bedürftig. Die Volkshochschule könne zu diesem Schutz beitragen, indem sie Menschen bildet, die diese Staats- und Lebensform als Bürger und Mitbürger verstehen, bejahen, mit Leben erfüllen und weiterentwickeln könnten. Aufgabe der freien Erwachsenenbildung, nicht allein der Volkshochschule, sei eine „zielbewusste Erziehung der Deutschen zu einer echten demokratischen Wert-Haltung“.⁸ Erziehung und Bildung dachte Borinski stets als eine Einheit, die je nach thematischem Zusammenhang unterschiedlich zu akzentuieren ist. Der Bildungsbegriff findet sich bei ihm, wenn primär auf den kulturellen Kanon, seine kognitive Aufnahme und Verarbeitung und seine zugehörigen Lebensformen Bezug

⁵ Deutscher Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (1960). Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung, Abschnitt VII, „Erwachsenenbildung und Öffentlichkeit“. Klett, Stuttgart.

⁶ Fritz Borinski ([1954] 1969). „Die Volkshochschule im geistigen Kampf der Gegenwart“ (Antrittsvorlesung als Leiter der Bremer Volkshochschule [Teilabdruck]). In: Kulturarbeit, 6. Jg., Heft 8, 156-158, hier S. 157).

⁷ Fritz Borinski ([1956] 1969). „Der sozialpolitische Auftrag der Bremer Volkshochschule“ [Teilabdruck]. In: Johannes Erhardt, Helmut Keim, Dietrich Urbach (Hrsg.), Gesellschaft, Politik, Erwachsenenbildung. Ausgewählte Aufsätze zur politischen Bildung und Erziehung von Fritz Borinski. Dokumente aus vier Jahrzehnten. S. 78-84, hier S. 84.

⁸ Fritz Borinski (1954). Der Weg zum Mitbürger. Die politische Aufgabe der freien Erwachsenenbildung in Deutschland. Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf, Köln, S. 18.

genommen wird, der Erziehungsbegriff, wenn die Sphäre der ethischen Werte und deren persönliche Verinnerlichung gemeint sind. Beide, Bildung und Erziehung, beruhen auf Freiheit. Im Falle des Erwachsenen oder, um mit Martin Buber zu sprechen, des erwachsenden Menschen, handelt es sich bei Borinski stets um Selbstbildung und um Selbsterziehung, wofür die Erwachsenenbildung lediglich die Anregung und den Entfaltungsrahmen bieten soll. Mit dem Begriff des Mitbürgers, der selbstverständlich und ausdrücklich Männer und Frauen umfasste, wollte er das Konzept des Staatsbürgers erweitern um die soziale Dimension, nicht nur das Verhältnis des einzelnen Menschen mit seinen Rechten und Pflichten gegenüber dem Staat betreffend, sondern die sozialen Beziehungen der Menschen untereinander einbeziehend. Demokratie sollte nicht nur als Staatsform, sondern auch als Lebensform verstanden werden, beginnend in der Familie, in der Nachbarschaft, in der Gemeinde, am Arbeitsplatz, in Gewerkschaften, Vereinen, Verbänden und politischen Parteien, den weiten Raum des in sich vielfältigen Publikums erfassend. Das Bildungsziel, beizutragen zu einer demokratischen Öffentlichkeit, die sich aus urteilsfähigen und untereinander unterschiedlichen Menschen zusammenfügt, war für ihn grundlegend.

Innerhalb der Gesamtheit dieser interessierten und kenntnisreichen Bürgerschaft sollten aktive Minderheiten gebildet und gefördert werden. Darunter verstand er Menschen aus möglichst allen Bevölkerungs- und Lebenskreisen, die bereit und fähig wären, sich für Aufgaben in Gesellschaft und Staat in besonderer Weise zu engagieren, die Demokratie zu tragen und sie durch aktive Beteiligung an der öffentlichen Meinungsbildung sowie in Gremien, Vertretungsorganen, Ämtern, Vereinen und Parteien weiterzuentwickeln. Für das didaktische Handeln an der Volkshochschule folgt daraus die Pflege und Förderung attraktiver politischer Veranstaltungen, mehr aber noch die Verankerung der mitbürgerlichen Bildung als Prinzip, als die didaktische „Mitte“. Von dieser Mitte ausgehend soll das humane, das soziale und das politische Element der Demokratie anregend und beziehungsreich in verschiedene Lehr- und Fachgebiete der Volkshochschule hineinwirken. Nicht demokratische Propaganda ist Sache der Volkshochschule, sondern die Freiwilligkeit der Teilnahme und die Freiheit der Bildungsarbeit. Für Borinski sollte es in der freien Erwachsenenbildung nicht

um das Vermitteln und die Prägung eines idealen Verhaltensmodells gehen, sondern um das Aufzeigen von Wegen. So ist es keine beliebige Wortwahl, wenn er sein Hauptwerk den „Weg zum Mitbürger“ nennt, womit beides gemeint ist, sowohl der Weg, den die Bürgerin bzw. der Bürger selbst findet und beschreitet, als auch der Weg, auf dem die Erwachsenenbildnerinnen und Erwachsenenbildner ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger erreichen können, methodisch und nicht zufallsbedingt.

3. Person und Charakter

„Politik verdirbt den Charakter“ – dieser zynische Slogan war in der Nachkriegszeit oft zu hören und auch die gängige Floskel, man habe sich schließlich „schon einmal die Finger verbrannt“ (gemeint, man habe sich einst für den Nationalsozialismus begeistert und habe sich von dessen Ergebnis dann betrogen gesehen) sollte begründen, warum viele Menschen in Deutschland eine nähere Beschäftigung mit Politik ablehnten. An den Volkshochschulen der Nachkriegszeit war die Bildung zur Demokratie mit derartigen Stimmungen in der Bevölkerung konfrontiert. Es war nicht leicht, beim Aufbau demokratischer Verhältnisse die richtigen Menschen für eine Beschäftigung mit Politik und für ein persönliches Engagement zu gewinnen. Ohne urteilsfähige und engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger aber würde die mitbürgerliche Idee der Demokratie bloß eine hohle Formel sein. Die Mitbürgerschaft, das war ein weiter Kreis und im Prinzip ein jeder Mensch: gedacht war an das Publikum der Volkshochschule, an die potentiellen und die aktuellen Hörerinnen und Hörer, an die politischen und gesellschaftlichen Akteure aller demokratischen Richtungen und nicht zuletzt auch an die Lehrenden an den Volkshochschulen. Auf Haltung, Wissen und Ethos dieser Menschen würde es ankommen. Zentrale Werte seien Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit, was heutzutage in etwa in dem Wert der Authentizität mitschwingt. Der Anspruch an die Bürgerinnen und Bürger ist ein hoher, denn „die Demokratie baut sich auf den Tugenden der freien Verantwortung, des

Gemeinsinns, der Achtung vor dem Mitmenschen auf.⁹ Wenn diese auf unterschiedliche Weise politisch Aktiven nicht auch als echt demokratische Persönlichkeiten glaubhaft wären, würden die Forderungen und Verheißungen der politischen Bildung, auch bei besten Absichten und Kompetenzen der Didaktikerinnen und Didaktiker, weitgehend ungehört verhallen.

III. Zusammenfassung und Ausblick:

Aus diesen Gedanken über die Bildung zur Demokratie ergibt sich, dass der Volkshochschule eine wichtige, vielleicht sogar eine zentrale Rolle zugeschrieben wird. Die Volkshochschule wird in Beziehung gesetzt zum einzelnen Menschen, zur Gesellschaft, zu sozialen Gruppierungen, zu Institutionen sowie zur Demokratie insgesamt mit ihren verschiedenen Funktionsebenen und Akteuren. Alle diese Größen stehen direkt oder indirekt miteinander in einem Wechselverhältnis: die Freiheit der Bildungsinstitutionen, die Bildung der Bürgerinnen und Bürger, die öffentliche Meinung des breiten Publikums, die Wähler und die Gewählten, die Motivation und Qualität der politischen Funktionsträger. Die Volkshochschule mit ihren professionell qualifizierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern hat in diesem weiten Feld der Wechselbeziehungen ihre eigene und unverzichtbare Bedeutung, die sie sich selbst und nach außen immer wieder bewusst zu machen hat.

Borinski bleibt in seiner normativ-analytischen Betrachtung Realist und vermeidet es, zum Allheilmittel der Demokratie die Volkshochschule zu erklären. Sie dürfe nicht mit Forderungen und Aufgaben heillos überfrachtet werden. Ebenso wie ihre Wirkungsmöglichkeiten betont er auch ihre Grenzen. Die Volkshochschule ist angewiesen auf Freiraum und auf Förderung seitens der Öffentlichkeit sowie auf das Handeln der Großen Politik, von deren Repräsentanten er Urteilskraft, Ernsthaftigkeit, Glaubwürdigkeit und demokratisches Ethos verlangt. Über die realen Verhältnisse seiner Zeit fiel Borinskis Urteil in dieser Hinsicht kritisch aus. Bei festlichen Anlässen lasse sich das Verhältnis der

Öffentlichkeit zur Volkshochschule zwar in schönen Worten beschreiben. Und doch werde oft „das, was für die Demokratie lebensnotwendig ist, zum bloßen Luxus bagatellisiert“. Als eines von mehreren einschlägigen Beispielen nennt er einen Fall aus Berlin (West). Dort sei ein seit zehn Jahren geplantes Volkshochschulheim am Wannsee an „wahrlich subalternen Argumenten“ gescheitert, „ohne daß die Öffentlichkeit viel danach gefragt“ hätte.¹⁰ Seine Antwort auf die Frage, wie es gelingen kann, „der Öffentlichkeit die reale Bedeutung, ja dringliche Wichtigkeit der Erwachsenenbildung für die moderne Demokratie“ überzeugend klar zu machen, lautet schlicht: „allein durch eine Selbstdarstellung und auf Tatsachen gestützte Werbung, die durch eine realistische gesellschaftspolitische Konzeption der Erwachsenenbildung fundiert und durch eine dieser Konzeption entsprechende Arbeit bekräftigt werden muss.“¹¹

In Borinskis Schriften zu unserem Thema der Öffentlichkeit zeigten sich sein praxisverbundener politischer Sinn, sein grundlegend dialektisches Denken wie auch die moralische Entschiedenheit seines Humanismus. Diese Qualitäten mögen in wechselnden Zeiten wechselnde Würdigung finden, werden jedoch im Nachdenken über eine Bildung zur Demokratie auch künftig nicht außer Acht gelassen werden können.

Ist also, um zum Anfang unserer Überlegungen zurückzukommen, das Verhältnis zwischen Volkshochschule und Demokratie bei Borinski letztlich eine Frage des Charakters? Vorausgeschickt sei, dass ‚letztlich‘ ein verhänglich mehrdeutiges Wort ist. Soll ‚letztlich‘ bedeuten ‚einzig entscheidend‘ oder ‚unhintergebar‘ im Sinne von unvermeidlich? Der Blick auf Borinskis Schriften zeigt, dass sich eine Zuspitzung auf eine einzig entscheidende Wirkgröße bei ihm nicht findet und seinem durch Dialektik geprägten Denken nicht entspricht. Jedoch ist die Bedeutung des Humanum, der menschlichen Persönlichkeit mit ihrer Würde und ihrem individuellen Charakter das, was im Zentrum seines Denkens über Bildung und Politik steht und was für ihn

⁹ Fritz Borinski (1954). Der Weg zum Mitbürger. Die politische Aufgabe der freien Erwachsenenbildung in Deutschland. Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf, Köln, S. 18.

¹⁰ Fritz Borinski (1963). „Aktive Minderheiten, passive Mehrheiten und die Demokratie.“ In: Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule. Heft 20/21, 1-14, hier S. 12.

¹¹ Fritz Borinski (1963). „Aktive Minderheiten, passive Mehrheiten und die Demokratie.“ In: Berliner Arbeitsblätter für die deutsche Volkshochschule. Heft 20/21, 1-14, hier S. 12, 13.

unhintergebar ist, wie auch Daniel Straß in einer tiefdringenden Untersuchung gezeigt hat.¹²

Eine neue Beschäftigung mit Borinskis Ideen kann auf das Erfordernis der Gleichzeitigkeit von verschiedenen Wirkungsgrößen sowie auf beabsichtigte und unbeabsichtigte Wechselwirkungen aufmerksam machen: dass die Institutionen der rechtlichen Strukturen ebenso wie der professionellen didaktischen Strategien bedürfen, dass es aber im öffentlichen Handeln, im Bereich der Politik ebenso wie im Bereich der Bildung, wirklich auf die Person ankommt, auf den einzelnen Menschen, auf seine Werte und seine Kraft, ja unverzichtbar auch auf seinen Charakter – und so bestätigt sich wiederum die Aussage, dass die Demokratie ohne gebildete Bürgerinnen und Bürger, das heißt ohne eine gebildete und urteilsfähige Öffentlichkeit, nicht lebensfähig ist.

Martha Friedenthal-Haase

hat an der Freien Universität Berlin und Universität Heidelberg Politikwissenschaften, Soziologie und Neuere Geschichte studiert. Nach verschiedenen Tätigkeiten im In- und Ausland, u.a. an der Heimvolkshochschule Aurich und dem Seminar für Berufspädagogik der Technischen Universität Hannover, wurde sie 1977 promoviert. 1987 habilitierte sie sich in Tübingen für das Fachgebiet Erwachsenenbildung. 1993 wurde sie auf den Lehrstuhl für Erwachsenenbildung an der Friedrich-Schiller-Universität Jena berufen, wo sie bis zum Beginn ihres Ruhestands im Jahr 2007 lehrte.

¹² Daniel Straß (2022). Das Versprechen der Persönlichkeit. Über Theorien der Erwachsenenbildung und ihre bildungsphilosophische Dimension, Verlag Julius Klinkhardt, Bad Heilbrunn.

Warum heißt die Volkshochschule eigentlich Volkshochschule und warum kann dies ein Identifikationsangebot sein?

Bernd Käßlinger

1. Einführung

Diskontinuierlich wird immer mal wieder die Frage diskutiert, ob sich die Volkshochschulen nicht umbenennen sollten, um öffentlich besser dazustehen. Als Argument wird dann unter anderem gerne und auf die Schnelle eingeworfen, dass der Begriff Volk im Deutschen seit den Nazis historisch belastet sei. Generell wirke Volkshochschule wie ein altmodischer Begriff. Gegenstimmen verweisen u.a. marketingtechnisch darauf, dass Volkshochschule ein etablierter, bekannter Begriff ist, den man nicht einfach durch einen neuen Begriff ersetzen könne. Bekannte Marken wie Volkswagen, Volksbank oder Theater wie die Volksbühne in Berlin haben sich zudem auch nicht umbenannt. Sie verwenden ebenfalls weiterhin den Volksbegriff, der zudem in Grundgesetz und an öffentlichen Gebäuden wie dem Bundestag steht. Begriffliche Alternativen wie u.a. „Bildungszentrum“ in Nürnberg, „Bildungspartner Main-Kinzig“ im hessischen Gelnhausen oder „Weiterbildungszentrum“ in Ingelheim begeistern zudem auch nicht wirklich als neue Leitbegriffe, die nur positive Assoziationen wecken würden. Kritisch kann man zudem fragen, ob die generell oft zu beobachtende, nahezu krampfhaft „Neomanie“ (Reichenbach 2020) im Sinne eines nahezu krankhaften Neuerungswahns in Bildungskontexten nicht eher Ausdruck von Schwäche statt Stärke ist. Man meint demnach, sich fortlaufend begrifflich neu erfinden zu müssen und quasi „alten Wein in neuen Schläuchen“ zu produzieren statt selbstbewusst zu seiner Tradition und Institution trotz modischer, „denglischer“ Begriffsschöpfungen zu stehen. Wurde doch zum Beispiel in den 1990er Jahren intensiv diskutiert, ob sich Weiterbildung nicht in Kompetenzentwicklung umbenennen müsse. Oder es gab einmal Vorschläge von Marketingfachleuten in Berlin Ende der 1990er Jahre, dass VHS im Volkshochschulkontext aufzugeben, da das Kürzel in der Bevölkerung eindeutig für das Videoformat VHS stehe, wovon aber heute kaum noch jemand wissen wird, dass es einmal für Video Home System stand und VHS-Kassetten wird kaum noch jemand verwenden bzw. abspielen können. Die VHS hat quasi die

einmal sehr populäre VHS-Kassetten locker überlebt und ist von größerer Dauer.

Trotzdem lohnt es sich durchaus mit der Geschichte der Volkshochschulen und dem Begriff näher zu befassen, weil das auch heute noch öffentlich relevant ist. Dazu will der Artikel im Folgenden einladen.

2. Bekannte Darstellungen

In der aktuellen Wikipedia-Darstellung kann man u.a. lesen: „Die ersten deutschen Volkshochschulen entstanden im Deutschen Reich nach Ende des Ersten Weltkrieges 1918. Als Vorläufer im Kaiserreich gelten unter anderen die Humboldt-Akademie (Berlin 1878), der Frankfurter Bund für Volksbildung (gegründet 1890 als „Ausschuß für Volksvorlesungen“) und die Freie Hochschule Berlin (1902). Frühe Gründungen stellen auch die Mannheimer Abendakademie, die Volkshochschule der Stadt Mannheim ab 1899, sowie die VHS der pfälzischen Städte Ludwigshafen (1902) und Kaiserslautern (1904) dar.“

Die meisten Gründungen nach 1918 hatten das Ziel, die breite Bevölkerung besser zu bilden, die zuvor von der höheren Bildung ausgeschlossen war. In Art. 148 der Reichsverfassung von 1919 wurde die Förderung des Bildungswesens, einschließlich der Volkshochschulen, erstmals gesetzlich verankert. (...)

Die Idee der Volkshochschulen wurde von Grundtvig in Dänemark entwickelt. Grundtvig vertrat die Überzeugung, dass die Bürger ihre neu eingeführten demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten nur nutzen konnten, wenn sie über eine „zweckmäßige Bildung“ verfügten. Er setzte sich deshalb dafür ein, dass auch für Erwachsene Bildungsangebote geschaffen wurden und dass diese für alle zugänglich – d.h. finanziell erschwinglich und ohne selektive Prüfungen – waren. Die erste dänische Volkshochschule war weltweit die erste und wurde 1844 in Rødning in Schleswig eröffnet.“

Dies ist quasi die beliebte Grunderzählung oder seit einiger Zeit das dominante Narrativ zur Entstehung der Volkshochschulen in Deutschland wie sie nicht zuletzt durch das Volkshochschuljubiläum 2019 auch gerne weiter verbreitet wurde und wird. Volkshochschulen werden primär in Kontexte der Demokratisierung platziert und der Verweis auf die Reichsverfassung legt eine Top-Down-Entwicklung nahe. Dies ist zwar sicherlich nicht komplett falsch, aber teilweise doch auch partiell die Konstruktion eines Mythos (vgl. Käßpinger 2020, Dostal 2019), der in der Gegenwart für eine Institution hilfreich ist, die öffentliche Förderung und demokratische Legitimation anstrebt. Mythen sind prinzipiell nichts Schlimmes, da sie der Identitäts- und Sinnstiftung dienen, wenngleich die historischen Fakten komplexer und manchmal widersprüchlicher sind als die historischen Mythen. Man denke hier beispielsweise an den Generationen inspirierenden Kennedy-Mythos, wo ein sicherlich bedeutender Präsident wie eine Art Lichtgestalt überhöht wurde, wenngleich in seiner Regierungszeit die Welt knapp vor einem Atomkrieg stand und die USA begann in den für viele Opfer verheerenden und für Amerika sieghaften Vietnamkrieg verwickelt zu werden.

3. Das dänische Vorbild und seine Rezeption in Deutschland

Nicolai Frederik Severin Grundtvig hat in Dänemark 1844 die erste Folkehøjskole eröffnet. Folkehøjskole kann man direkt ins Deutsche als Volkshochschule übersetzen, wenngleich die Folkehøjskole von Grundtvig relativ wenig mit den meisten Volkshochschulen heute in Deutschland zu tun hat. Es war nämlich eine Heimvolkshochschule, d.h. eine kleine Zahl von nicht-privilegierten Schülern - Frauen waren anfangs keine Teilnehmende - wohnten, lebten und lernten internatsähnlich über mehrere Wochen bis Monate zusammen mit Lehrkräften in einem Haus zumeist in ländlichen Regionen. Die intensive Begegnung und die Förderung volkstümlicher Kräfte waren Ziele dieser Schulen, die sich zunächst nahezu allein an die Landbevölkerung richteten.

Demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten spielten für Grundtvig durchaus eine Rolle im Dänemark der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, was eine konstitutionelle Monarchie war, aber bürgerliche Liberale und Nationalisten

forderten mehr Macht und Beteiligung ein. Es herrschte eine vorrevolutionäre Stimmung in ganz Europa, was 1848 zu zahlreichen Revolutionen in Europa führte. Grundtvigs Ideen waren aber komplexer und vielfältiger, was sich an der heterogenen Rezeption seiner Ideen in Deutschland dann in den nächsten Jahrzehnten zeigte. Seitter (2007, S. 107):

„Neben der Impulsgeberfunktion, welche die Institution der Grundtvigschen Volkshochschule mit ihrer Einheit von Leben, Arbeiten, Lernen für die sich ausdifferenzierende deutsche Volksbildungslandschaft hatte, trat die Idee der Grundtvigschen Volkshochschule, die gemäß der eigenen ideologischen Verortung ganz unterschiedlich akzentuiert wurde. So thematisierten die liberale, die konfessionelle, die ländliche und die völkisch-nationale Erwachsenenbildung den ideengeschichtlichen Hintergrund der dänischen Volkshochschule in einer je selektiven Überspitzung und stellten entweder den demokratischen, den religiösen, den bäuerlich-ökonomischen oder den nationalen Gesichtspunkt besonders heraus. Die dänische Volkshochschule wurde damit zu einem Ort der politischen Bildung und der Einübung demokratischer Verhaltensweisen, zu einer Einrichtung mit dezidiert religiösem Charakter und der Betonung christlicher Werte, zu einer Schule der Aktivierung des Bauernstandes und der intelligenten Nutzung von Begabungsressourcen oder zu einem Medium nationalistisch-völkischer Gesinnungsbildung und der Wiederaufrichtung autochthoner Kulturwerte stilisiert. Die Rezeption bediente vor allem klientenbezogene und einrichtungsspezifische Erwartungen, sie suchte Legitimationen für die eigene Bildungsarbeit im Rekurs auf das – vermeintliche – ausländische Vorbild und löste damit die Grundtvigsche Volkshochschule – wie das Werk Grundtvigs generell – in eine Vielzahl selektiv nutzbarer Einzelteile auf, deren Bedeutung sich erst mit Blick auf die Motivlage des jeweiligen Rezipienten entschlüsseln lässt.“

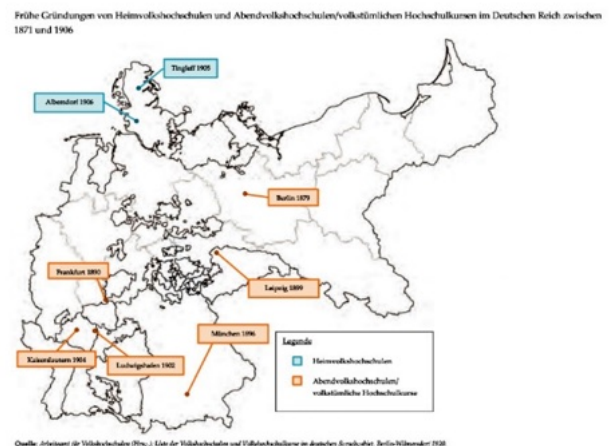
Es zeigt sich also, dass Grundtvigs Leitidee nicht nur und vielleicht nicht einmal primär eine demokratische war, sondern viele, durchaus verschiedene Komponenten hatte. Grundtvig selbst war sowohl Philosoph, Pädagoge, Nationalist als auch politisch Handelnder und vor allem Theologe. Vielleicht erklärt dies partiell den Erfolg der Volkshochschulidee, dass sie in ihrer Offenheit Anknüpfungspunkte an

ganz verschiedene Weltanschauungen bot und bietet? Zudem wurde die Institutionenform der Volkshochschule später so adaptiert und modifiziert, dass sie wenig mit dem Ursprung noch teilt außer gewissen Leitideen und einer Ansprache der Bevölkerung in ihrer Breite statt Eliten wie oft bei Hochschulen. Zu ergänzen wäre hier noch, dass auch die englische, sogenannte University Extension einflussreich war, d.h. die Leitidee, das akademische Wissen über den Personen an Universitäten hinaus einer größeren Breite der Bevölkerung zugänglich zu machen. (Meilhammer 2000)

Die deutsche Volkshochschule ist von vielen ausländischen Vorbildern in Dänemark, England oder auch Österreich inspiriert und ein Beispiel wie institutionelle Ideen und Bildungsideen schon seit Jahrhunderten sich international und transkulturell bewegen, aber bei dieser Bewegung sicherlich nicht nur adaptiert und kopiert werden, sondern angepasst und verändert werden. Oft werden ausländische Beispiele sehr selektiv vor dem Hintergrund der jeweiligen national geprägten Interessen und Weltanschauungen rezipiert. Vielleicht hatten viele Volkshochschulen konzeptionell früher mehr mit der britischen Universitätsausdehnungsbewegung, obwohl sie begrifflich mehr nach der dänischen Volkshochschule klingen, die aber als Heimvolkshochschule mit Wohnen und Lernen im ländlichen Raum eigentlich eine ganz andere Organisationsform haben (vgl. von Eschenbach et al. 2024)? Heute haben die existierenden Volkshochschulen in Dänemark und Deutschland eigentlich nur relativ wenig Ähnlichkeiten, was Zielgruppen, Zeitformen oder Kursangebot anbetrifft. Lediglich die Namen sind sehr ähnlich.

4. Die Volkshochschule wird in Deutschland heimisch und wandelt sich

Vor 1918 gründeten sich schon einige Heimvolkshochschulen und Abendvolkshochschulen im damaligen Deutschen Reich und dies zumeist durch private Initiativen, oft gegen den Willen der Obrigkeit, die man heute wohl als zivilgesellschaftlich bezeichnen würde:



Quelle: Käßpflinger/Nistal 2019, S. 25

Der große Gründungsboom setzte jedoch erst nach 1918 ein. Der eigene Artikel in der Reichsverfassung im Spätsommer 1919 zu den Volkshochschulen hatte dabei eine positive, verstärkende Wirkung, aber vielen Gründungen fanden schon vorher statt, wozu viele lokale Initiativen vor Ort sowie Erlasse des preußischen Kultusministers Haenisch beitrugen.

Wichtig ist dabei, dass die Volkshochschulen stellenweise deswegen entstanden, weil die Universitäten auch in der Demokratie einer kleinen Elite von wenigen Prozent der Bevölkerung vorbehalten blieben und die Mehrheit der Akademiker – zumeist waren dies nur Männer – auch ihre Bildungsprivilegien behalten wollten. Nur relativ wenige Akademiker waren für eine sogenannte Universitätsausdehnungsbewegung und eine Popularisierung von Wissenschaft, sodass diese sich Wirkungsstätten außerhalb der Universität suchen mussten, wie sie die Volkshochschulen darstellten. Knapp 20 Jahre vorher wurde so beispielsweise der Volkshochschule Ottakring in Wien untersagt den Namen Volkshochschule zu verwenden, da man den Begriff Hochschule der Universität exklusiv sichern wollte und es tendenziell als eine Anmaßung verstand, wenn Hochschule im Begriff Volkshochschule namentlich mitgeführt würde (Stifter 2016, S. 6). So wurde in Ottakring zunächst ein Volksheim und keine Volkshochschule 1901 eröffnet.

Man muss generell die Vielschichtigkeit des deutschen Volksbegriff (vgl. Balser 1959) bedenken, der auch bedeuten kann, dass damit die „einfachen Leute“ gemeint sind, die um die Jahrhundertwende kaum Zugang zu Bildung

hatten. Die völkische Auslegung bzw. Umdeutung des Volksbegriffs durch die Nazis später ist lediglich eine Bedeutungsschicht eines komplexen Begriffs. Würde man nur so den Begriff verstehen, würde man den Nazis eine Definitionsmacht zugestehen, die ihnen jedoch nicht zukommen sollte.

Zugespielt kann man sagen, dass die mangelhafte Öffnung der Hochschulen dazu beitrug, dass mit der Volkshochschule eine Ersatzinstitution geschaffen wurde, um der Breite der Bevölkerung einen gewissen Zugang zu Bildung zumindest theoretisch zu ermöglichen (vgl. Stifter 2016). Allerdings waren die Volkshochschulen aufgrund mangelnder Ressourcen kaum in der Lage, der Breite der Bevölkerung real einen Zugang zu ermöglichen. Teile der Arbeiterbewegung, vor allem die späteren kommunistisch orientierten Teile, waren auch eher skeptisch der Volkshochschule gegenüber eingestellt, weil sie darin nur eine bürgerliche Sicherung der Verhältnisse und eine Beruhigung der Kulturkrise sahen fern einer (revolutionären) Umgestaltung, die sich viele erträumten statt an der Weimarer Demokratie zu arbeiten.

5. Der Begriff Volkshochschule und seine heutige Bedeutung: Ein plurales Identifikationsangebot

Was könnte man heute mit dem Begriff Volkshochschule verbinden angesichts dieser Geschichte, die mit historischem Wissen sich eben nicht allein mit einem demokratischen Gründungsmythos beschreiben lässt (vgl. Meilhammer 2018, Oppermann/Röhrig 1994), so sehr man gerade heute in der politischen Öffentlichkeit nach demokratischer Legitimation auch aus finanziellen Gründen suchen mag?

Man könnte an die Mehrdeutigkeiten der Grundtvigschen Volkshochschulideen anschließen (vgl. Käßlinger 2022). So könnte sich Mitarbeitende an Volkshochschulen und Fördernde von Volkshochschulen wie folgt differenzieren und trotzdem zu einer pluralen Familie der Volkshochschule gehören:

1.) In einem eher konservativen Verständnis könnten Personen in Volkshochschulen ein pragmatisches Instrument sehen, welches den Menschen hilft, sich

anzupassen an und einzufügen in die aktuellen Verhältnisse wie sie sind bzw. wie sich aktuell entwickeln. Menschen helfen, ihr Leben mit allen Alltagsproblemen reaktiv und resilient zu meistern, den ökonomischen Anforderungen ihrer Zeit zu genügen und das aktuelle, demokratische System zu stützen. Menschen im Hier und Jetzt helfen und sich nicht in utopischen Ideen verlieren. Lernen ist oft nicht Transformation, sondern Anpassung.

- 2.) In einem eher progressiven und entwicklungsorientierten Verständnis könnten Personen in Volkshochschulen ein Instrument sehen, welches den Menschen hilft, mitzubestimmen und mitzugestalten. Zukunft ist das, was wir daraus machen. Menschen könnten geholfen werden, ihre Begabungen für ihre eigenes Wohl und das gesamtgesellschaftliche Wohl frei zu entfalten und Benachteiligungen durch die Herkunft und Aussehen zu überwinden, sodass soziale Mobilität und Aufstieg gefördert werden, die jemand aus mancher Enge des Herkunftsmilieus hinausführt und die Mobilität fördert, die moderne Gesellschaften versprechen und brauchen.
- 3.) In einem liberal-deliberativen Verständnis könnten Personen in Volkshochschulen ein Instrument sehen, welches den Menschen hilft, sich trotz vielleicht vieler Unterschiede kommunikativ austauschen und sich zivilisiert zu begegnen. Zu lernen, wie man Konflikte und Stress aushält und einen Umgang miteinander findet, der einer demokratischen Kultur entspricht und eine plurale Gesellschaft fördert. Konflikte sind hier nicht etwas, was man vermeiden sollte, sondern normale Ereignisse, wenn Menschen sich begegnen und Ausdruck oft legitimer, aber unterschiedlichen Interessen und Weltanschauungen. Zu viel Konsensdruck kann einer Gesellschaft mindestens genauso schaden, wie zu viele Konflikte.
- 4.) In einem romantisch-heimatorientierten Verständnis könnten Personen in Volkshochschulen ein Instrument sehen, welches den Menschen hilft, ihre lokalen und regionalen Identitäten und Gemeinschaften zu pflegen und zu stärken. Die Identifikation mit dem Lokalen und Traditionen könnte gerade eine Stärke einer kommunalen Einrichtung wie der Volkshochschule sein. Außerdem könnte autochthone Kräfte in den Regionen

gestärkt werden, d.h. das Wissen muss weder von außen oder allein von Akademikerinnen und Akademikern kommen, sondern kann von Menschen, die im Leben stehen und nur nebenbei lehren. Lokalen Communities von Zugewanderten oder Gruppen mit diversen Orientierungen könnte die Volkshochschulen ein Safe Space bieten und ein Ort, um ihre Community zu pflegen. Es müssen sich nicht fortlaufend alle mit allen begegnen, sondern auch Gruppenidentitäten können gepflegt werden.

Die konfessionelle und vor allem die völkische-nationale Erwachsenenbildung, die man auch bei Grundtvig finden kann, sollte man dagegen als historisch überholt betrachten, wenngleich es im pluralen System der Erwachsenenbildung eine konfessionelle Erwachsenenbildung außerhalb von Volkshochschulen zum Beispiel mit der KBE und der EEB auch für die Katholischen und Evangelische Erwachsenenbildung existiert. Eine völkische-nationale Erwachsenenbildung droht dagegen eher, wenn Parteien wie die AfD in Kommunen an die Macht kommen sollten und Volkshochschulleitungen in Zukunft besetzen können sollten, was hoffentlich eher als menschenfeindliche, rassistische Dystopie einzuordnen ist, aber historisch durchaus zu beobachten war, weil völkische Volkshochschulideen, Volkshochschulen bzw. Volksbildungsstätten sowohl vor als auch nach 1933 schon einmal existierten, (Fischer 2024, Käßpflinger 2022, Nitschke 2007) Dies wird sich hoffentlich historisch nicht wiederholen.

Alles in allem bietet ein wie mit den zuvor vier Punkten beschriebenes, plurales Verständnis jenseits von unterkomplexen Mythen und einem gewissen „Demokratiekitsch“ viele Identifikationsangebote in der heutigen Zeit. Vielleicht mag nichts eins zu eins passen zu den Personen und Akteuren, aber es kann ggf. helfen, den eigenen Standpunkt zu klären und sich bewusster zu werden, wo man selbst steht und wofür man selbst eintreten will in der Arbeit an Volkshochschulen, statt sich lediglich von dem Zeitgeist leiten zu lassen oder dem jeweiligen Geist, der in einer Volkshochschule gerade vorherrschend ist oder von der Leitung bzw. der kommunalpolitischen Parteienkonstellation inspiriert wird. Die Lebendigkeit der Volkshochschulen könnte sogar davon profitieren, wenn alle vier geschilderten Verständ-

nisse eine Repräsentation in der Volkshochschularbeit haben. Schließlich sollte man weder die Erwachsenenbildungsarbeit auf Anpassung begrenzen noch immer Aufstieg und Fortschritt erwarten, sondern ernstgemeinte Teilnehmendenorientierung kann vielleicht bedeuten, dass je nach Person, Lernanlass oder Situation eher das eine oder andere ansteht, aber vielleicht niemals alles zugleich? Vielleicht liegt gerade die Stärke der Volkshochschule darin, dass sie nicht nur eine einzige Leitidee hat, sondern deutlich mehr Leitideen versammelt? Volkshochschulen haben sich über mehr als 100 Jahre mehr als einmal deutlich gewandelt. Wäre das möglich gewesen mit allein einer Leitidee?

Außerdem könnte der Text vielleicht auch helfen, gut sprachfähig zu sein, wenn sich vielleicht mal wieder jemand allein an einer vermeintlichen historischen Belastung des Volksbegriffs stört. Stattdessen könnte vielmehr darauf verwiesen werden, wie komplex die Geschichte und Gegenwart der Volkshochschule ist, die fern davon ist, schlicht und einfach zu sein, sondern mit wesentlich mehr aufzuwarten haben als man annehmen könnte. Es lohnt sich, die Vielschichtigkeit der Volkshochschulen in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zu entdecken und die Öffentlichkeit darüber zu informieren.

Prof. Dr. Bernd Käßpflinger

forscht und lehrt zu Weiterbildung an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Bis 2015 war er Juniorprofessor für Lernen im Lebenslauf/Betriebliche Weiterbildung an der Humboldt-Universität zu Berlin. Seit 2022 ist er Vorsitzender des Erwachsenenbildungsbeirates im Land Berlin.

Literatur

Balser, F. (1959): Die Anfänge der Erwachsenenbildung in Deutschland in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Stuttgart.

Dostal, T. (2019): Seit wann gibt es eigentlich Volkshochschulen? Fragen zur Geschichtlichkeit, Erinnerungspolitik und Jubiläumskultur einer Bildungseinrichtung. Die Österreichische Volkshochschule 70, 268.<http://magazin.vhs.or.at/magazin/2019-2/268-herbst-2019/geschichte/seit-wann-gibt-es-eigentlich-volkshochschulen/>. [Abrufdatum: 21.02.2022]

Ebner von Eschenbach, M./Stimm, M./Dinkelaker, J. (Hrsg.) (2024): Abendvolkshochschulen - Materialbasierte Analysen zur Vielfalt ihrer Institutionalisierung in der Weimarer Republik. Bad Heilbrunn. https://www.pedocs.de/volltexte/2024/32155/pdf/Ebner_von_Eschenbach_et_al_2024_Abendvolkshochschulen.pdf [Abrufdatum 10.05.2025]

Fischer, G. (2024): Ändern sich mit dem Nationalsozialismus die Lehrinhalte? Eine exemplarische Analyse der Angebotsstruktur und Zusammensetzung der Lehrenden an der Volkshochschule Groß-Berlin zwischen 1930 und 1945. In: M. Ebner von Eschenbach et al. (Hrsg.): Abendvolkshochschulen. - Materialbasierte Analysen zur Vielfalt ihrer Institutionalisierung in der Weimarer Republik. Julius Klinkhardt, S. 274-293. https://www.pedocs.de/volltexte/2025/32209/pdf/Fischer_2024_Aendern_sich_mit_dem.pdf [Abrufdatum 10.05.2025]

Käpplinger, B. (2022): Arbeitspläne und Leitideen in der Weimarer Republik – Divergente Richtungen der Volkshochschulen in Bremen und in Gießen. Zeitschrift für Weiterbildungsforschung. <https://doi.org/10.1007/s40955-022-00209-7> [Abrufdatum 30.04.2025]

Käpplinger, B. (2020): Wie weit trägt der „Jobel“? Chancen und Gefahren von Jubiläen für die Erwachsenenbildung und ihre Historiografie. In Olaf Dörner et al. (Hrsg.), Vergangenheit Zukünfte, neue Vergangenheiten – Geschichte und Geschichtlichkeit der Erwachsenenbildung. Leverkusen, S. 34-44. <https://shop.budrich.de/wp-content/uploads/2021/03/9783847415596.pdf> [Abrufdatum 10.05.2025]

Käpplinger, B./Nistal, L. (2019): Educational Borrowing: 100 Jahre Volkshochschulen als Fallbeispiel eines komplexen internationalen Institutionentransfers. In: Justus-Liebig-Universität Gießen/Fachbereich 03 (Hrsg.). Jahrbuch 2019 - Internationalisierung. Gießen, S. 24-27. <https://www.uni-giessen.de/de/fbz/fb03/dekannat/jb/pdfjb19> [Abrufdatum 10.05.2025]

Meilhammer, E. (2000): Britische Vor-Bilder. Interkulturalität in der Erwachsenenbildung des Deutschen Kaiserreichs 1871 bis 1918. Köln u. a.

Meilhammer, E. (2018): Erwachsenenbildung für die Demokratie - Erwachsenenbildung in der Demokratie. In: Hessische Blätter für Volksbildung 3, S. 208-216. <https://www.wbv.de/shop/Erwachsenenbildung-fuer-die-Demokratie-Erwachsenenbildung-in-der-Demokratie-HBV1803W208> [Abrufdatum 30.04.2025]

Nitschke, Th. (2007): Die Gartenstadt Hellerau – weltoffene „pädagogische Provinz“ und Gründungsort für völkisch gesinnte Bildungsinstitute. In: Paul Ciupke et al. (Hrsg.): „Die Erziehung zum deutschen Menschen. Völkische und nationalkonservative Erwachsenenbildung in der Weimarer Republik. Essen, S. 217-242.

Oppermann, D./Röhrig, P. (1995) (Hrsg.): 75 Jahre Volkshochschule - Vom schwierigen Weg zur Humanität, Demokratie und sozialen Verantwortung. Bad Heilbrunn. https://www.die-bonn.de/espid/dokumente/doc-1995/oppermann95_01.pdf [Abrufdatum 30.04.2025]

Reichenbach, R. (2020): Bildungsferne - Essays und Gespräche zur Kritik der Pädagogik. Diaphanes.

Seitter, W. (2007): Geschichte der Erwachsenenbildung. Eine Einführung. 3., aktualisierte und erweiterte Auflage. Bielefeld. <https://www.wbv.de/shop/Geschichte-der-Erwachsenenbildung-14-1100w> [Abrufdatum 30.04.2025]

Stifter, Chr. H. (2016): Universität und Volksbildung. Anmerkungen zu einem spannungsreichen Verhältnis - In: Magazin erwachsenenbildung.at https://www.pedocs.de/volltexte/2016/11950/pdf/Erwachsenenbildung_27_2016_Stifter_Universitaet_und_Volksbildung.pdf [Abrufdatum 10.05.2025]

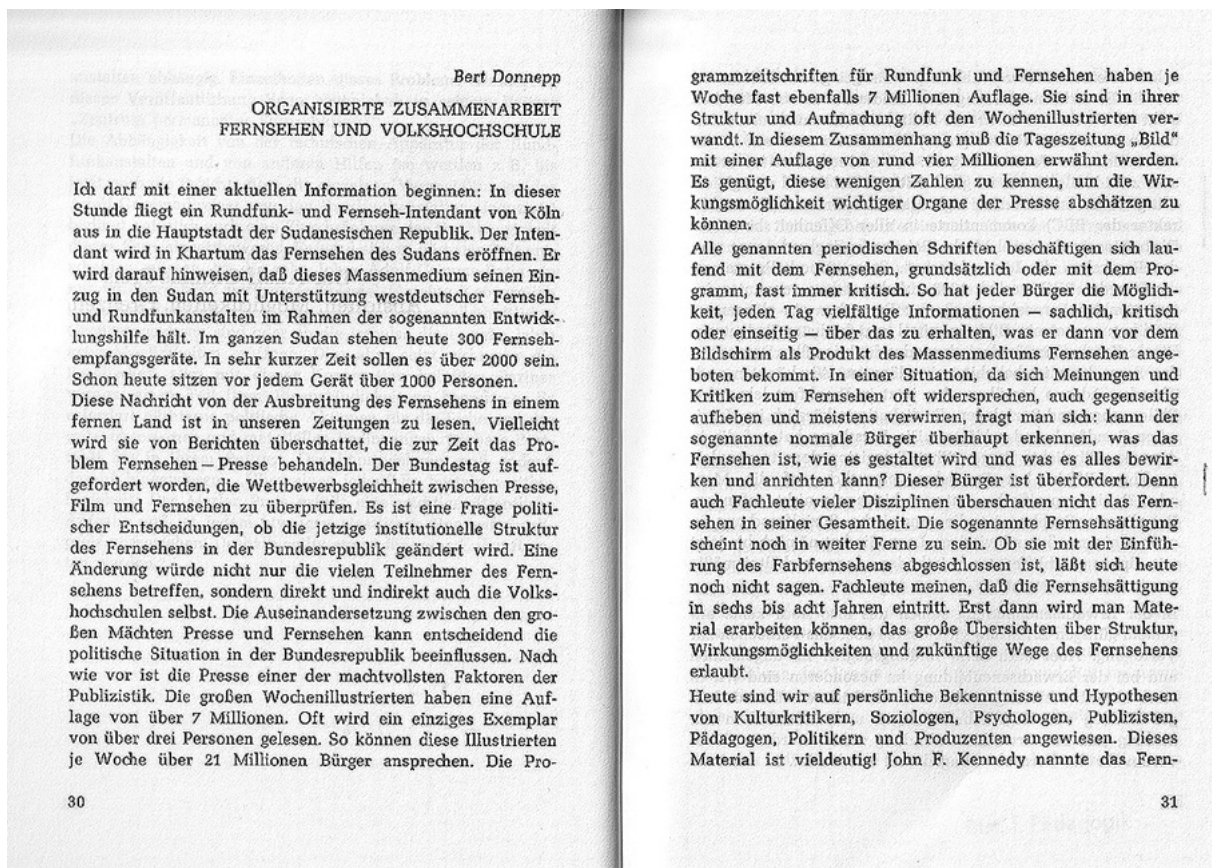
Organisierte Zusammenarbeit Fernsehen und Volkshochschule

Das Fernsehen und die Volkshochschule

Bert Donnepp

Auch in diesem Jahr möchten wir wieder mit einem historischen Text dokumentieren, dass die Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung (so der Titel einer Reihe aus dem Georg Westermann Verlag) eine lange Tradition hat und ältere Texte durchaus auch heute noch aktuell und lesenswert sind. Wir dokumentieren zwei Texte von Bert Donnepp aus dem Jahr 1973.

Bert Donnepp (1914 – 1995) war ein deutscher Pädagoge und Publizist und wurde 1949 zum Direktor des Bildungswerkes der Stadt Marl berufen. Er war der Gründer des Adolf-Grimme-Instituts und Initiator des Adolf-Grimme-Preises, der in diesem Jahr zum 61. Mal verliehen wurde und ist Namensgeber des Bert-Donnepp-Preises (seit 2025 DONNEPP MEDIA AWARD).



sehen in einem seiner Wahlkämpfe ein geeignetes Hilfsmittel für die Erwachsenenbildung. Der Stadtschulrat von München sieht im Fernsehen mehr ein indirektes als ein direktes Bildungsmittel. Josef Rovin (Paris) formulierte 1962 auf einem internationalen Fernsehkongreß: „Das Fernsehen ist etwas sehr zweideutiges – es ist gleichzeitig volksbildend und gleichzeitig volksverbildend“. Hugh Carleton Greene (Generaldirektor der BBC) kommentierte in aller Offenheit bei einer Diskussion in der Insel Mar: „Bei uns in England nennt man das Fernsehen die Idiotenlaterne“. Stuart Hood, Programmdirektor der BBC, verlieh 1962 auf dem schon genannten internationalen Fernsehkongreß dem Fernsehen ein glänzendes Prädikat: es sei ein Bildungsmittel von höchster Bedeutung. Dieser Katalog terminologischer oder funktioneller Deutungen des Fernsehens ist beliebig zu verlängern. Wir könnten noch Theodor Adorno bemühen, den jetzt in Frankfurt lehrenden Philosophen und Soziologen. Er diskutierte kürzlich im Hessischen Rundfunk und erklärte: „Die Forschung hat auf die in Amerika allbeliebte Frage ‚What Television does to people?‘ (welchen Effekt hat Fernsehen eigentlich auf die Menschen?) eine spezifische Antwort bis heute nicht gefunden. Bei diesem Problem ist die empirische Sozialforschung in einer einigermaßen schwierigen Lage. Sie hat nämlich bis jetzt mit ihren geschliffenen Methoden dazu verhältnismäßig wenig herausgebracht“.

In der Erwachsenenbildung stehen uns also noch keine allgemein gültigen Erfahrungsgrundsätze über das Fernsehen zur Verfügung. Aber auch beim Bildungsbegriff im allgemeinen und bei der Erwachsenenbildung im besonderen sind wir in einer ähnlich schwierigen Situation. Es kann ein ähnlich langer Katalog von Begriffsbedeutungen und Sinngehalten zur Bildung und zur Erwachsenenbildung zitiert werden wie es vorhin für das Fernsehen angedeutet worden ist. In der Bun-

32

desrepublik hat ein Ausschuß von unabhängigen Experten – ähnlich arbeitend wie eine Royal Commission in England – ein Gutachten ausgearbeitet „Zur Situation und Aufgabe der deutschen Erwachsenenbildung“. Dieses Expertengremium – der „Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen“ – hat das Gutachten 1960 veröffentlicht.

Dieses Gutachten beschäftigt sich nicht nur mit der Problematik des Bildungsbegriffes in einer Zeit des Überganges und einer sogenannten pluralistischen Gesellschaft. Das Problem der Freizeitbewältigung wird eingehend analysiert. Bemerkenswert aber ist die Ansicht dieses Ausschusses zum Thema Fernsehen – Erwachsenenbildung. Zum erstenmal in der Bundesrepublik Deutschland hat sich ein Kreis pädagogischer Fachleute zu diesem Thema sozusagen offiziell geäußert. Der Deutsche Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen erklärt:

„In diesen Jahren erfordert vor allem das Fernsehen, das mindestens so lange, wie es ungewohnt ist, außerordentlich suggestiv wirkt und fasziniert, die lebhaft und ernsthafte Aufmerksamkeit der Erwachsenenbildung. Die Volkshochschulen werden das Programm genau kennen, ihre Hörer das Fernsehen lehren, in ihnen Kriterien der Kritik entwickeln und geeignete Sendungen unmittelbar in ihr Programm einbauen müssen. Solche Arbeit ist dem Film gegenüber zu spät begonnen worden. Die nichtkommerzielle Struktur des Rundfunks und des Fernsehens, an deren Erhaltung die Erwachsenenbildung um ihrer Aufgabe und Verantwortung willen entschieden interessiert ist, gibt ihr die Möglichkeit, bei der Entwicklung des Programms durch Kritik und Rat mitzuwirken. Es gibt kaum vergleichbare Medien, gegenüber denen die Aussichten auf eine Zusammenarbeit so günstig sind wie hier“.

Von den Leitsätzen des Gutachtens ist es ein kurzer Weg zum

Inst. f. Pädagogik

33

Thema dieses Referates – zur sogenannten „organisierten Zusammenarbeit“ zwischen Fernsehen und Erwachsenenbildung. Denn sporadisch und spontan werden sich die Anregungen des Gutachtens kaum schöpferisch wirksam in den Alltag übertragen lassen – wenn man unter „organisiert“ die zweckmäßige Gestaltung eines Vorhabens oder die bewußte Planung dieser Zusammenarbeit verstehen will. Dieser klare Hinweis des Deutschen Ausschusses auf eine Zusammenarbeit von Fernsehen und Volkshochschulen war auch 1960 – fast acht Jahre nach Beginn eines regelmäßigen Fernsehprogramm Dienstes in der Bundesrepublik – erstaunlich und durchaus nicht selbstverständlich. Es ist auch jetzt noch nach dieser Stellungnahme des Deutschen Ausschusses schwer, die Forderungen allgemeinverbindlich zu realisieren. Dabei sollen aber nicht die frühen Anfänge einer organisierten Zusammenarbeit vergessen sein.

Bereits 1947 hatten sich einzelne Volkshochschulen des Fernsehens angenommen. Das war überraschend. Denn 1947 gab es keine Aussicht, in Westdeutschland jemals ein eigenes Fernsehprogramm zu gestalten. Aber die Entwicklung des Fernsehens in der Welt war so überzeugend, daß diese Volkshochschulen die Aufgabe sahen, sich mit der neuen Macht Television zu beschäftigen. Einige Seminare der Volkshochschulen untersuchten 1948 die Frage, ob das Fernsehen ein ernsthafter Konkurrent der Volkshochschulen werden kann. Nach der Einrichtung eines ständigen Fernsehprogramm Dienstes (24. Dezember 1952) regten Mitarbeiter von Volkshochschulen an, einen ständigen Kontakt zu den Produzenten des Fernsehens herzustellen. Sie fühlten, daß dieser Produzent nicht den engen Kontakt zu seinen Konsumenten haben konnte. Sie selbst spürten dabei ein Unbehagen und wollten den Produzenten und seine Absichten kennenlernen. Daraus entstanden vielseitige und ernsthafte Fachtagungen. Die Vielzahl

34

der Volkshochschulen stand allerdings noch abseits und betrachtete das Fernsehen – rein gefühlsmäßig – mißtrauisch und abwartend. Allerdings gab es auch damals schon so etwas ähnliches wie eine „organisierte Zusammenarbeit“. Sie entstand indirekt durch eine Mitarbeit von Volkshochschul-Vertretern in den Gremien und Aufsichtsräten der Rundfunkanstalten. Durch diese ständigen Kontakte wurden die Produzenten angeregt, sich näher mit der Volkshochschule zu beschäftigen. Es begann ein langer und schwieriger Weg, voll von Mißverständnissen und Anymositäten. Es war auch ein Beitrag zum Problem Fachmann – Laie. Denn die Volkshochschulen konnten erst nach gründlicher Kenntnis der Produktionsbedingungen das Fernsehen vernünftig beurteilen. Ein kleines Beispiel für dieses Gespräch des Laien Volkshochschule mit dem Fachmann Fernsehen:

Eines Tages – vor über 6 Jahren – erschien in einer Stadt des Ruhrgebietes ein Kamerateam des Fernsehens mit einem kompletten Aufnahme-Staff. Die Vertreter der neuen Macht Fernsehen kamen aus eigenem Antrieb und wollten das Eigenartige und Unverwechselbare dieser Stadt für eine Sendung des Fernsehens einfangen. Sie baten die örtliche Volkshochschule um Hilfe. So hatte diese Volkshochschule die einmalige Möglichkeit, das Entstehen einer Dokumentar-Sendung an Ort und Stelle und mit allen einwirkenden Faktoren kennenzulernen. Die Mitarbeiter dieser Volkshochschule sahen, wohin die Kameramänner gingen – wie sie ihre Kameras aufbauten und dann auf die Objekte und Subjekte dieser Stadt richteten. Sie sahen viele Details – vor und hinter den Fernseh-Kulissen. Es kam der Abend der Sendung. Unmittelbar nach der Sendung erhob sich ein Sturm der Entrüstung in dieser Stadt. Der Einzelhandel sei bedroht und geschmäht worden; die Bürger habe man als Spießer abgetan; es sei manipuliert worden. Kurzum, die Wirklichkeit und das gute Bild dieser Stadt seien durch das Medium Fernsehen böswillig verfälscht worden. Die Volkshochschule schaltete sich ein und diskutierte in Bürgerversammlungen und Seminaren diese

35

Sendung. Fast unmerklich wurde man dabei auch erstmals mit den Produktionsbedingungen des neuen Massenmediums bekannt gemacht. Schließlich kam es zu der von vielen Bürgern gewünschten Auseinandersetzung mit den Produzenten. Die Volkshochschule als wichtige Institution der sogenannten verbindenden Erwachsenenbildung bat die Parteien an einen Tisch und in einen Saal. Zunächst wurde eine Kopie der Sendung vorgeführt. So lernte man den „Angeklagten“ nicht nur vom Hörensagen oder von einer getrübbten Erinnerung her kennen. Viele Bürger hatten sich auf die „Schlacht“ mit den Produzenten vorbereitet. Auf dem Podium saßen der Intendant, der Initiator und Drehbuchautor, leitende Mitarbeiter der Fernseh Abteilung und – als gewichtiger Fernsehexperte – Werner Höfer. Die Bürger hatten ausgiebig die Möglichkeit, ihren Zorn und ihre Ansicht über diese Sendung in vielen Variationen demokratischer Freiheit vorzubringen. Dann ergriffen, zunächst zurückhaltend und bescheiden, die Produzenten dieses Massenmediums das Wort, erläuterten Ansicht und Absicht – die Fachleute schilderten Produktionsmöglichkeiten und Schwierigkeiten. Bereits nach kurzer Zeit bahnte sich ein fraprierender Wandel der Gesinnung an. Die Bürger, ausgezogen ihre durch das Fernsehen manipulierte Stadt gegenüber den Mächtigen des Fernsehens zu verteidigen, bemühten sich um die Argumente der Produzenten. Die Kritik schlug um in das Gegenteil. Die Delegierten des Fernsehens hatten schließlich Mühe, dem Beifall der Bürger zu entkommen. Das wiederum war so frapierend, daß die Volkshochschule der Stadt sich um neue kritische Einsichten in die Struktur und in die Produktion des Fernsehens bemühte.

Dieses Beispiel des Gesprächs einer ganzen Stadt mit dem Fernsehen zeigt Schwierigkeiten auf, die die Konsumenten mit dem Produzenten und umgekehrt haben. Hier setzt die Volkshochschule mit der organisierten Zusammenarbeit an. Sie kann auch den Laien Grundlagen für einen vernünftigen Umgang mit dem Fernsehen verschaffen. Die Vertreter und die sogenannten aktiven Minderheiten der Volkshochschule selbst müssen das Fernsehen und seine Produktion kennen-

36

lernen. In Zusammenarbeit mit verschiedenen Rundfunkanstalten sind dafür Volontariate eingerichtet worden. Konstruktive Kritik am Fernsehen und Erziehung der Bürger zur sachlichen und konstruktiven Kritik kann aber nur geschehen, wenn die Volontariate in völliger materieller Unabhängigkeit von den Rundfunkanstalten durchgeführt werden. So finanzieren die Volkshochschulen diese Volontariate selbst. Die Rundfunkanstalten betreuen die Volontäre fachlich. Das ist ein Beispiel für eine ständige Zusammenarbeit in voller Unabhängigkeit.

Ich möchte ein anderes Beispiel nennen, das 1964 realisiert werden soll. Die Volkshochschulen wünschen eine ständige Zusammenarbeit. Überörtlich – auf sogenannter Bundesebene – sollte sich diese Zusammenarbeit nicht auf Festreden, auf theoretische und kulturkritische Seminare beschränken. Diese Zusammenarbeit soll anschaulich anhand einer in die Öffentlichkeit ausstrahlenden Veranstaltung das Interesse beider Partner an dieser Zusammenarbeit wecken und erhalten. Dafür hat der Deutsche Volkshochschul-Verband ab 1964 einen Fernsehpreis gestiftet, der jedes Jahr verliehen wird. Es werden Fernsehsendungen berücksichtigt, die ein Thema behandeln, das in irgendeiner Form für die Arbeit der Volkshochschulen von besonderer Bedeutung ist. In einer zweiten Kategorie sollen Sendungen ausgezeichnet werden, die die Arbeit der Volkshochschule selbst darstellen. Dieser Preis wird nicht nur einmal an einem bestimmten Tag für die Volkshochschulen von Interesse sein. Alle Volkshochschulen können laufend Vorschläge für die Vorauswahl dieses Preises machen. Es bestehen zur Zeit in der Bundesrepublik rund hundert Fernseh Arbeitskreise der Volkshochschulen. Diese Fernsehkreise werden sich besonders mit dem Fernsehpreis und mit seiner Vorauswahl beschäftigen. Jeder Vorschlag wird eingehend begründet. Seine Bedeutung muß für die Arbeit der Volkshoch-

37

schule erläutert werden. Die besonders wirkungsvolle Gestaltung der Sendung mit eigenen Mitteln und Möglichkeiten des Fernsehens ist ein weiterer Punkt der Begründung. Das alles zwingt zum Nachdenken und zur Beschäftigung mit dem Problem Fernsehen – Volkshochschule. So geht hier die Anregung von der sogenannten Bundesebene bis zur kleinsten Volkshochschule, die den Fernsehpreis durchaus auch als Jahresthema aufgreifen kann.

Die Stiftung dieses Fernsehpreises – 1961 einstimmig von der Jahreshauptversammlung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes in Berlin beschlossen – war ein Versuch. Das Echo war nicht abzusehen. Aber bereits jetzt, kurz vor der ersten Verleihung dieses Preises, läßt sich eine große Resonanz vieler Volkshochschulen feststellen. Darüber hinaus erfordert der Preis einen ständigen engen Kontakt in Form einer organisierten Zusammenarbeit. Mit neun Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik – es muß gesagt werden, daß dieser Fernsehpreis sich auf Sendungen der Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland beschränkt – werden vom Deutschen Volkshochschul-Verband stellvertretend für alle Volkshochschulen laufend Gespräche und Verhandlungen geführt: die Bereitstellung von Kopien für die Sichtvorführungen der Jury muß technisch und urheberrechtlich geregelt werden. Unterlagen über jede Sendung müssen für die Jury besorgt werden, z. B. formale Angaben über Daten, Hersteller und Technik, aber auch über die Idee und über die sogenannte Bildungsabsicht der Sendung.

Nicht zuletzt durch diese vorbereitenden Arbeiten bekommen Mitarbeiter der Volkshochschulen ein nüchternes Wissen um die Probleme des Fernsehens. Im Deutschen Volkshochschul-Verband und in den Volkshochschul-Verbänden der Bundesländer ist lange um diesen Fernsehpreis und damit gleichzeitig um Aufgabe und Möglichkeit des Fernsehens gesprochen wor-

38

den: Kann die Volkshochschule unter Berücksichtigung der vielseitigen Struktur des Fernsehens diesen jährlichen Preis überhaupt vertreten und verantworten? Man sieht neue Möglichkeiten einer Zusammenarbeit. Die Fernsehstudios werden von den Volkshochschulen gebeten, vor- und nachbereitendes Material für bildungsintensive Sendungen zur Verfügung zu stellen. Alle Anregungen der Volkshochschulen sind bei den Rundfunkanstalten und ihren Intendanten sorgfältig beachtet worden. Schon lange vor der ersten Verleihung des Preises haben sich die Intendanten Gedanken gemacht um die organisierte Zusammenarbeit des Fernsehens mit der Volkshochschule und durch Beiträge für die Programmbroschüre des Fernsehpreises ihre Anregungen ernsthaft objektiviert.

Neben die Beschäftigung mit dem Fernsehen in den Arbeitsgruppen der Volkshochschulen und neben die jährliche Verleihung des Fernsehpreises tritt ein weiteres Projekt. An einigen Volkshochschulen bestehen Produktionsgruppen, die für das Fernsehen kleine Beiträge unter fernsehgerechten Bedingungen produzieren. So berichtet das Fernsehen in aktuellen Sendungen über Auslands- und Studienfahrten der Volkshochschulen in Form von Beiträgen, die von den Volkshochschulen produziert worden sind. Nach der Sendung wurden mit Vertretern des Fernsehens diese Beiträge kritisch besprochen und Hinweise für eine Verbesserung dieser Mitarbeit sogenannter Fernseh-Laien gegeben. Eine dieser Laien-Gruppen wird auch den Ablauf der Verleihung des Fernsehpreises filmen.

Der Fernsehpreis selbst trägt den Namen „Adolf-Grimme-Preis“. Es wird damit ein Mann geehrt, der als Kultusminister von Preußen und später von Niedersachsen untadelig in seiner politischen Gesinnung ein Vorbild gegeben hat und der dann später als Generaldirektor des Nordwestdeutschen Rundfunks – schweren Herzens – das Fernsehen eingeführt hat,

39

in der Hoffnung, es vor allem auch als kulturpolitisches und pädagogisches Instrument nutzen zu können. Die Preisfindung erfolgt durch eine Jury, die vier Tage lang die von den Fernsehgruppen der Volkshochschulen für die Wettbewerbssendungen vorgeschlagenen Produktionen prüft. Der Jury gehören an führende Pädagogen, Wissenschaftler, Politiker und Publizisten. Sie hat aber auch als Mitglieder Fachleute des Fernsehens – u. a. zwei ehemalige Intendanten von Rundfunkanstalten. Der Jury dürfen allerdings keine Mitglieder angehören, die jetzt hauptberuflich bei einer Rundfunkanstalt tätig sind. Ferner ist eine Presse-Jury bestellt worden. Sie will unabhängig von der eigentlichen Jury die gleichen Wettbewerbssendungen beurteilen und zu einer selbständigen Urteilsfindung kommen.

Diese Pressejury soll einen ständigen Kontakt zwischen führenden Vertretern der Fernsehfachpresse, der Tageszeitungen sowie der Korrespondenzen und der Volkshochschulen ermöglichen. Diese Publizisten schreiben täglich über das Fernsehen und haben einen großen Einfluß auf die Meinungsbildung über das Fernsehen. Die Verbindung der Volkshochschule zu dieser Fachpresse ist ein weiteres Ziel des Fernsehpreises. Der Fernsehpreis der Volkshochschulen – der Adolf-Grimme-Preis – ist ein Versuch, Ideen führender Geister schöpferisch wirkend in den harten und nüchternen Alltag zu übersetzen.

Bert Donnepf

DAS FERNSEHEN UND DIE VOLKSHOCHSCHULE

Laßt die Finger davon! Denkt an Adalbert Stifter: Was wächst, macht keinen Lärm! – so argumentierte 1952 ein einflußreicher

40

Vertreter der Volkshochschule gegen eine Beschäftigung mit dem Fernsehen in der Erwachsenenbildung. Die Warnung kam fünf Jahre zu spät. Seit 1947 setzen sich Volkshochschulen mit dem Fernsehen auseinander. Sie informierten in Vorträgen, Arbeitsgemeinschaften und Seminaren über das Fernsehen im Ausland. Standpunkte führender Kulturkritiker wurden erörtert. Literatur über das neue Medium wurde gesammelt, oft in Verbindung mit Stadtbüchereien. Periodische Schriften wurden besonders intensiv ausgewertet. Einzelne Volkshochschulen legten ansehnliche Ausschnittarchive über vielfältige Erscheinungsformen des Fernsehens an. Arbeitsgemeinschaften lernten Produktionsbedingungen kennen während der Versuchssendungen im Hochbunker am Heiliggeistfeld in Hamburg. Das alles geschah zu einer Zeit, da die Erwachsenenbildung in der Bundesrepublik ihr Fundament baute und sich um ihr Selbstverständnis mühte. Diese Bemühungen einzelner Volkshochschulen waren so nachhaltig, daß bereits mit der Einführung eines regelmäßigen Fernseh-Programmdienstes zahlreiche Vorurteile der Erwachsenenbildung gegenüber dem Fernsehen abgebaut waren. Adalbert Stifter wurde nicht mehr bemüht. Die Empfehlungen des Deutschen Ausschusses für das Erziehungs- und Bildungswesen legalisieren die bisherigen Bemühungen der Volkshochschulen um das Fernsehen. Der mühsame Teil der Aufgabe aber beginnt jetzt mit der systematischen Verwirklichung der Ideen und Anregungen.

Drei Fragen erfordern in den nächsten Jahren besondere Aufmerksamkeit: 1. Wie können die Volkshochschulen mit den für die Fernsehprogramme Verantwortlichen enger als bisher Kontakt aufnehmen, um dadurch eine fruchtbare Zusammenarbeit zu ermöglichen? 2. Wie kann das Angebot an informativen und bildenden Fernsehprogrammen stärker als bisher für die Arbeit der Volkshochschulen nutzbar gemacht

41

werden? 3. Wie kann die Volkshochschule stärker als bisher in den Sendungen des Fernsehens in Erscheinung treten? Eine ständige Verbindung zu den für die Fernsehprogramme Verantwortlichen soll der vom Deutschen Volkshochschul-Verband gestiftete Fernsehpreis herstellen. Von 1964 an wird der Deutsche Volkshochschul-Verband jährlich Preise verleihen für Sendungen, die für die Arbeit der Volkshochschule bedeutungsvolle Themen behandeln, und für Sendungen, die sich mit der Volkshochschule selbst befassen. 1961 hat die Mitgliederversammlung des Deutschen Volkshochschul-Verbandes in Berlin einstimmig diesen Fernsehpreis gebilligt. Die Fernsehprogramm-Konferenz der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hat ihre Unterstützung zugesagt, ebenfalls die Mainzer Anstalt „Zweites Deutsches Fernsehen“. Auswahl und Preisverteilung erfolgen nicht nach dem Ritus der üblichen Festival-Formalitäten. Die Fernsehkreise der Volkshochschulen – 1962 waren 70 Fernsehkreise tätig – werden von 1963 an laufend als Auswahlkommissionen für den Fernsehpreis herangezogen. Sie werden der Jury zum Jahresabschluß ihre Vorschläge für die Preisverteilung vorlegen. Die Jury, der keine Vertreter der Fernsehanstalten angehören, wird Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und auch Fachkundige für die verschiedenen Arbeitsgebiete des Fernsehens umfassen. Der Jury steht für die Urteilsfindung u. a. das gesamte Material der Volkshochschul-Fernsehkreise zur Verfügung; sie ist aber in ihrer Entscheidung selbständig.

Der Deutsche Volkshochschul-Verband führt die Preisverteilung in enger Zusammenarbeit mit einer Stadt (zunächst Marl in Westfalen) und der betr. Volkshochschule durch. Die ausgezeichneten Sendungen sollen im Anschluß an die Preisverteilung öffentlich vorgeführt werden. Im Rahmen der Preisverteilung werden führende Vertreter der Fernsehanstalten und der Volkshochschulen in Kurzreferaten sowie in Ausspra-

42

chen aktuelle Themen der Zusammenarbeit Fernsehen – Volkshochschule behandeln. Durch diese auch für die Öffentlichkeit bestimmten Veranstaltungen und durch die sich über das ganze Jahr erstreckende Auswahlstätigkeit der Volkshochschul-Fernsehkreise wird ein noch engerer Kontakt zwischen den Verantwortlichen für die Fernsehprogramme und den Volkshochschulen angestrebt. Er wird ergänzt durch weitere Arbeiten:

Von 1963 an führt der Deutsche Volkshochschul-Verband in Verbindung mit dem Hans-Bredow-Institut an der Universität Hamburg und mit Unterstützung des Westdeutschen Rundfunks eine Untersuchung durch „Der Einfluß des Fernsehens auf das Leben der Erwachsenen“. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden auf Arbeitstagen und in Seminaren gemeinsam mit Vertretern der Fernsehanstalten erörtert und ausgewertet. Weitere Informations- und Arbeitstagen werden vom Fernsehreferat des Deutschen Volkshochschul-Verbandes mit den Fernsehreferenten der Volkshochschul-Landesverbände sowie in Zusammenarbeit mit den Fernsehanstalten durchgeführt. Mit Unterstützung durch einzelne Fernsehanstalten sind bereits Volontariate für Mitarbeiter von Volkshochschulen eingerichtet worden. Diese Volontariate, die ausgebaut werden, geben den Mitarbeitern der Volkshochschulen die Möglichkeit, die Produktionsbedingungen des Fernsehens „vor Ort“ kennenzulernen. Die vom Deutschen Ausschuß für das Erziehungs- und Bildungswesen gewünschte Entwicklung von „Kriterien der Kritik“ wird vielfältig von zahlreichen Volkshochschulen gefördert mit dem Ziel, den Fernsehanstalten Hinweise für die Programmgestaltung zu geben.

Es seien genannt die bereits 1950 eingerichtete Rubrik „Rundfunk und Fernsehen“ der Zeitschrift „Volkshochschule im Westen“, die seit 1960 vom Fernsehreferat des Deutschen Volkshochschul-Verbandes herausgegebene Korrespondenz

43

„Volkshochschule und Fernsehen“, die vielseitigen Hinweise und Empfehlungen zum Fernsehprogramm durch den Landesarbeitskreis Fernsehen im Landesverband der Volkshochschulen von Schleswig-Holstein sowie ähnliche Arbeiten von Fernsehkreisen der Volkshochschulen in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz. Durch die Bestellung von sachverständigen Fernsehreferenten für alle Volkshochschul-Landesverbände wird diese Arbeit von 1963 an wesentlich erweitert werden. Die Volkshochschule möchte damit einen Wunsch der Fernsehanstalten realisieren: „Das Fernsehen begrüßt die Berichterstattung und Kritik . . . , da es auf ein Echo angewiesen ist und dieses Echo im allgemeinen – außer durch die Zuschauerbefragung – vom Empfänger selbst nicht erhält“ (Klaus von Bismarck, Intendant des Westdeutschen Rundfunks, am 5. Juli 1962 in Essen vor Verlegern).

Die Fernsehkreise der Volkshochschulen wollen nicht die Berufskritiker oder die Meinung von Fernseh-Experten ersetzen. Aber sie haben sich – so ist die Ansicht des Landesarbeitskreises Fernsehen im Landesverband der Volkshochschulen von Schleswig-Holstein – systematischer und intensiver mit dem Fernsehen beschäftigt als der normale Fernsehteilnehmer. Sie sollten daher verbindend stehen zwischen Berufskritikern sowie Experten und dem Gros der Fernsehteilnehmer – als mitdenkende, kritikfähige und kritikwillige Fernsehteilnehmer.

Nicht zuletzt der langjährigen und intensiven Arbeit vieler Fernsehkreise in den Volkshochschulen ist es zu danken, daß zahlreiche Volkshochschulen informatorische und bildende Sendungen des Fernsehens für ihre Arbeit auswerten. Dies geschah ausdrücklich bei der Sendereihe „Das Dritte Reich“, bei den Robert-Jungk-Sendungen „Europa – Richtung 2000“ sowie bei vielen Dokumentarsendungen. Auch der erste Schulfernsehversuch des Norddeutschen Rundfunks wurde in den

44

Volkshochschulen besprochen. Es wurde dabei geprüft, ob ein künftiges Schulfernsehen auch Material für die Volkshochschule bieten kann. Eine systematische und noch bessere Auswertung der Fernsehsendungen durch die Volkshochschule setzt voraus:

1. Eine ständige und langfristige Information aller Volkshochschulen (mit Weiterleitung an alle Dozenten) über das Angebot des Fernsehens; ausgewählt und ergänzt mit Texten und Quellenhinweisen – bezogen auf die gesamte Arbeit der Volkshochschulen. Dieses Ziel kann nur dann durch eine sehr enge und verständnisvolle Zusammenarbeit beider Partner erreicht werden. Zunächst sollen von 1963 an alle interessierten Volkshochschulen alle Programmankündigungen sowie Pressedienste der Fernsehanstalten erhalten.
2. Die Korrespondenz „Volkshochschule und Fernsehen“ wird mehr als bisher Materialien zu einzelnen Fernsehsendungen zur Verfügung stellen.
3. Nach dem Beispiel der von den Tele-Clubs in Frankreich herausgegebenen „fiches“ wird das Fernsehreferat des Deutschen Volkshochschul-Verbandes für die Vor- und Nachbereitung besonders wichtiger Fernsehsendungen Beihefte zusammenstellen.
4. Die Volkshochschulen werden mehr als bisher vom Fernsehreferat ihres Fachverbandes angeregt werden, Fernsehgeräte anzuschaffen. Tragbare Koffergeräte sollen darüber hinaus einzelnen Arbeitsgemeinschaften ermöglichen, kurzfristig das Fernsehen als Informations- und Lehrmittel zu verwenden.
5. Interessierte Mitarbeiter der Volkshochschulen müssen die Gelegenheit erhalten, sich über das Fernsehen und seine Zusammenarbeit mit der Volkshochschule zu informieren. Diese sachverständigen Mitarbeiter sollen dem Leiter, den Dozenten

45

und den Teilnehmern der Volkshochschule helfen, die Fülle der Programmangebote zu gliedern und auszuwerten. Die gedruckten Arbeitspläne der Volkshochschulen sollen, wenn zeitlich die Möglichkeit besteht, bereits Hinweise auf für die Volkshochschule nützliche Fernsehsendungen enthalten.

Es gibt zur Zeit keinen umfassenden Überblick, wann, wo und mit welchen Methoden die Volkshochschulen die Sendungen des Fernsehens auswerten. Das Fernsehreferat des Deutschen Volkshochschul-Verbandes wird 1963 diese Untersuchung durchführen. Die Ergebnisse sollen die Volkshochschulen anregen, sich mehr als bisher mit vernünftigen Methoden des Fernsehens zu bedienen. Dazu gehört das Vermögen, zu erkennen, was bestenfalls die einzelnen Fernsehprogramme für eine Verwendung in der intensiven Erwachsenenbildung leisten können. Eine Sammlung von Modellsendungen verschiedener Programmstrukturen hat das Fernsehreferat des Deutschen Volkshochschul-Verbandes in Verbindung mit dem Landesverband der Volkshochschulen von Nordrhein-Westfalen angelegt. Diese Kopien geben den Volkshochschulen die Möglichkeit, sich ein Bild von der Struktur des vielseitigen Fernsehprogramms zu verschaffen. Diese Modellsammlung soll – wenn es urheberrechtlich möglich ist – erweitert werden. Hierbei ist auch an eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Bild und Film in München gedacht.

Über die Auswertung einzelner Sendungen hinaus wird seit langem über die Möglichkeit gesprochen, ein „Volkshochschul-Fernsehen“ oder ein Bildungs-Fernsehen einzurichten. Die Volkshochschulen werden unter Berücksichtigung der Entwicklung im Ausland sorgfältig prüfen müssen, welche Möglichkeiten sich eines Tages bieten. Sie werden aber nüchtern genug sein, die gegenwärtige Situation zu beurteilen. „Der Rundfunk würde gewiß seine Kompetenz überschreiten, wenn er den Hochschulen Aufgaben des ‚Studium Generale‘ abneh-

46

men wollte . . . Aufgabe des Rundfunks ist es, einen möglichst großen Kreis von Hörern für jede Sendung zu gewinnen. Jede Begrenzung in ‚Kästchen‘ ist von Übel, weil sie die Hörerzahl einschränkt.“ Mit dieser Argumentation trat 1962 ein Rundfunkintendant in der Bundesrepublik der Forderung nach einem eigenen „Hochschulfunk“ entgegen. Die Argumentation gegenüber einem Volkshochschul- oder Bildungsfernsehen dürfte im harten Alltag der Fernstechnik und kulturpolitischer Kompetenzen noch drastischer ausfallen.

Aber es gibt für die Volkshochschulen bereits eine Fülle von Möglichkeiten, in Sendungen des Fernsehens in Erscheinung zu treten. Aus einer Volkshochschule übertrug das Deutsche Fernsehen im Abendprogramm eine Diskussion aktueller Ereignisse. Das Fernsehen wartet auf Angebote der Volkshochschulen. Sie sollten aber für die einzelnen Landesverbände durch die Fernsehreferenten vorbereitet, koordiniert und den Voraussetzungen des Fernsehens entsprechend ausgewählt werden. Auch Eigenproduktionen der Volkshochschulen sind vor allem in den Regionalprogrammen der Fernsehanstalten gesendet worden. Es gibt Volkshochschulen mit großartig arbeitenden Filmgruppen, die schon jetzt in der Lage sind, kleine Beiträge für das Fernsehen zu produzieren. Die Ursprünglichkeit der Gestaltung durch Laien wird eine bis heute in ihrem Umfang noch nicht erkannte Möglichkeit für diese Eigenproduktionen der Volkshochschulen erschließen, wenn dabei die für eine Ausstrahlung durch die Fernsehanstalten erforderlichen technischen Voraussetzungen erfüllt werden.

Bei allen diesen Plänen muß der Mut zum Fehlschlag, zum Risiko und zum Kritisiertwerden einkalkuliert werden. Professor Dr. Hans Gebhardt (München) – bis zu seinem Tode 1960 ein dem Fernsehen sehr verbundener Wissenschaftler – schrieb über diese Verpflichtung in seinem Nachlaß: „Die Arbeit an diesem Instrument Fernsehen kann nicht getan wer-

47

den nur mit Blick auf den Erfolg, sondern sie muß heute riskiert werden als soziale Verpflichtung des Geistes."

Ein Beispiel für dieses Risiko ist die vom Südwestfunk durchgeführte Sendereihe „Die sechs Siebeng'scheiten“. Der Südwestfunk ging bei dem Plan, Volkshochschulen an einer Unterhaltungssendung zu beteiligen, manches Risiko ein: bei den Volkshochschulen, die sich dem Fernsehen bei der Auswertung von Dokumentarsendungen verbunden zeigen, als zweifelhaftes Quizinstrument mißverstanden zu werden – viele Mißverständnisse über Sinn und Aufgabe der Volkshochschule zu erwecken durch eine Sendereihe, die alles andere als formal bildungsbezogen war. Das Risiko wurde gefordert. Die ersten Sendungen wurden heftig kritisiert. Die Kritiken – sogar von Volkshochschulen, die sich an der Sendereihe beteiligt hatten – waren teilweise so heftig, daß empfindliche Produzenten schnell resigniert hätten. Bevor aber mancher Volkshochschule der eigentliche Sinn dieser Sendereihe klar geworden war, hatten die Produzenten entdeckt, daß die Kritik der Volkshochschulen außergewöhnlich scharf, aber auch außergewöhnlich konstruktiv war.

Der Südwestfunk hatte mit der Beteiligung der Volkshochschulen etwas erreicht, was vielen Fernsehproduzenten ein Wunschtraum bleibt: das heftige und lebendige Gespräch zwischen Produzent und Konsument. Fast ist das Urteil über die vordergründige Wirkung der „Sechs Siebeng'scheiten“ belanglos geworden. Wichtiger ist das: Leiter, Dozenten und Teilnehmer vieler Volkshochschulen erlebten persönlich die Entstehung einer Fernsehsendung, angefangen vom ersten Plangespräch über die Formalitäten der Bürokratie und Finanzierung bis zur eigentlichen Sendung und Ausstrahlung. Mitarbeiter des Fernsehens waren plötzlich für die sich gern „verbindend“ nennenden Volkshochschulen selbst Mittelsmänner einer Verbindung – einer neuen Verbindung zu ihren

48

eigenen Dozenten und Teilnehmern, um geeignete Mitspieler für die „Sechs Siebeng'scheiten“ zu finden. Es wurde lange nachgedacht über Möglichkeiten, Themenbereiche der Volkshochschule optisch wirksam darzustellen.

Im Fernsehstudio des Südwestfunks trafen sich Fernsehkreise, Dozenten und Teilnehmer der Volkshochschulen zusammen mit den Produzenten, dem Regisseur, den Kameralisten und allen anderen Mithelfern der „Sechs Siebeng'scheiten“. Sie erlebten während der Sendung die Grenzen, die der Darstellung einer Idee durch den optischen Bereich gezogen sind. Sie prüften ihr eigenes Urteil an Hand der Kritik in der Tagespresse und an der Meinung derer, die am Bildschirm saßen – großartige Möglichkeiten, dem immer noch etwas unheimlich anmutenden Massenmedium auf die Spur zu kommen.

Das alles geschah nicht im Rahmen einer keimfreien „Scheinfirma“, sondern in der harten Wirklichkeit. Es bestätigte sich wieder die alte Weisheit, daß die Anschauung das Fundament aller Erkenntnis ist. Gewiß sind die „Sechs Siebeng'scheiten“ ein seltener Fall, die Volkshochschulen so intensiv mit den Produktionsbedingungen des Fernsehens vertraut zu machen. Aber diese Sendereihe lieferte ein Beispiel. Vorbereitung, Produktion und kritisches Echo haben die immer wieder zu hörenden Behauptungen widerlegt: „Außerdem erzieht das Fernsehen das Publikum zu schier grenzenlosem Dulden, absoluter Kritiklosigkeit und Selbstaufgabe“ (Heinz von Cramer in „Bestandsaufnahme – eine deutsche Bilanz 1962“, Seite 518).

Das Beispiel der „Sechs Siebeng'scheiten“ zeigt, daß das Fernsehen selbständige und auch selbstbewußte Partner benötigt. Wenn die Volkshochschulen auch in Zukunft nicht das Risiko scheuen, sich mit dem Fernsehen auseinanderzusetzen und sich selbst am Programm beteiligen, werden sich mehr und mehr die positiven Anlagen dieses sogenannten Massen-

49

mediums auswirken. Die hier geschilderten Pläne der Volkshochschulen für den Umgang mit dem Fernsehen sind keine Utopien. Zum Teil sind sie bereits verwirklicht. In gemeinsamer Zusammenarbeit können die für das Fernsehen und für die Volkshochschule Verantwortlichen einen neuen Bund für zwei Partner gründen, die sich beim ersten Zusammenreffen wie Feuer und Wasser scheiden wollten.

Bert Donnepp

EIN PROJEKT MIT DEM FERNSEHEN

Keiner überschaut heute das Fernsehen, sein Wesen, seine Wirkungen, seine Möglichkeiten: Kein Wissenschaftler, kein Wirtschaftler, kein Politiker, Publizist oder Pädagoge und auch kein Mitarbeiter des Fernsehens. Man nennt Zahlen. Anfang 1963 in Westeuropa 34 500 000 Fernsehteilnehmer, in den USA 60 000 000, in Japan 12 000 000, in der UdSSR und anderen Staaten des Ostblocks 11 000 000. Vor einem Jahr waren auf allen Kontinenten dieser Erde rund 130 000 000 Fernsehempfänger in Betrieb. Das Farbfernsehen kündigt sich an. Die Entwicklung geht weiter, und niemand vermag exakt den Termin für die sogenannte Fernseh-Sättigung zu nennen.

Kein Wunder, daß das Problem der Massenmedien – und insbesondere das des Fernsehens – in jedem Land anders gesehen wird. Es fehlen noch die verpflichtenden Antworten auf viele Fragen. Die Antwort blieb auch aus auf die Frage „Muß die Jugend vor den Massenmedien geschützt werden?“. Sie wurde 1963 gestellt in Warschau auf einem Regionalseminar der Vereinten Nationen in Verbindung mit der polnischen Regierung. Teilnehmer aus 23 europäischen Staaten konnten kein Einverständnis erzielen über die Auswirkungen des

50

Fernsehens. Die Situation der Produzenten ähnelt sicherlich auch heute noch der vor fünf Jahren. Hanns Hartmann, damals Intendant des Westdeutschen Rundfunks 1959/60: „Seit neun Jahren lernen wir, was Fernsehen ist, und ich wage zu behaupten, daß es in Deutschland kaum jemanden gibt, der sich auf eine längere Fachmannschaft berufen könnte, und die meisten Experten haben sich ihre Wissenschaft, genau wie wir, erst vor dem Fernsehschirm zugelegt.“

Zu einer Zeit, da das Gespräch der Experten und der vom Fernsehen Betroffenen über die Bildungschancen dieses Massenmediums gerade begonnen hat, wird das Jahr 1964 neue Programmformen erleben. „Das Dritte Fernsehprogramm – ein Bildungsprogramm“, so prophezeite kürzlich Hans Otto Grünefeldt, Fernsehdirektor des Hessischen Rundfunks. Neue Bildungsmöglichkeiten für breite Schichten der Bevölkerung sollen erschlossen werden. Interpretationen und Lehrbücher werden diese Sendungen vertiefen. Der Bayerische Rundfunk möchte mit seinem Dritten Programm in den Kreis der „Bildungsverweigerer“ einbrechen. Werbemittel für das neue Fernsehprogramm in Bayern: „von der Postwurfsendung bis zur Anzeige im Mitteilungsblatt des Alpenvereins“. Das Dritte Programm soll den Status „einer echten Volkshochschule“ erhalten. In England hat die BBC im Oktober 1963 mit einer Serie großzügig ausgestatteter Sendungen für „Educational Television“ begonnen. Auf Wunsch des Erziehungsministeriums startet Mitte Januar 1964 die „Southern Television“ – eine Programmgesellschaft der ITA (Independent Television Authority) – ein Experiment, die bis jetzt an der Erwachsenenbildung nicht interessierten Bürger anzusprechen. Das Erziehungsministerium hat alle im Bereich der „Southern Television“ mit der Erwachsenenbildung verbundenen Institutionen gebeten, dieses Experiment zu beobachten, auszuwerten und dafür Studienkreise einzurichten.

51

Grundbildung braucht Öffentlichkeit und Anonymität

Theresa Hamilton

"Ach was?! Das hätte ich aber wirklich nicht gedacht!" So oder ähnlich reagieren Menschen in meinem privaten oder beruflichen Umfeld, wenn ich ihnen erzähle, dass jede und jeder 8. Erwachsene starke Schwierigkeiten damit hat, auch kurze und einfache Texte sinnentnehmend zu lesen und zu schreiben¹. Hätten Sie es gewusst?

Das dazugehörige Phänomen heißt Grundbildung (bzw. große Lücken darin), und wann immer ich von meiner Arbeit berichte oder Fachliches erklären möchte, muss ich noch mehr Grundlagen dazu erklären, nämlich:

- was Grundbildung eigentlich ist: Basiskompetenzen, und zwar nicht nur Lese- und Schreibfähigkeiten, sondern auch grundlegende Fähigkeiten im Rechnen und im Digitalen, personale und soziale Kompetenzen und zusammengefasst alles, was man braucht, um an unserer Gesellschaft selbstbestimmt teilhaben zu können.²
- wie umfassend das Thema in das Leben der Menschen hineinspielt: Grundbildung ist nicht nur ein Bildungsthema, sondern kann viele Lebensbereiche betreffen: z. B. mit Geld haushalten, Verträge, Formulare und Versicherungen verstehen, Informationen, z. B. aus dem Internet, kritisch hinterfragen, Konflikte miteinander bearbeiten, Tabletten richtig dosieren, wählen gehen oder den Weg zu einer Organisation oder einem Amt mit dem Öffentlichen Nahverkehr bewältigen und vieles mehr.³
- wen das betrifft: In der Mehrheit Menschen mit deutscher Herkunftssprache und Menschen, die in Arbeit sind und mehrheitlich einen Schulabschluss haben.⁴

- und dass Lesen und Schreiben, so wie andere vorhandene Kompetenzen auch wieder verlernt werden können, wenn sie noch nicht gefestigt genug sind und nicht regelmäßig angewendet werden.⁵

Erst dann kann ich die Angebote der Stiftung Grundbildung Berlin⁶ erklären und deutlich machen, warum es so wichtig ist, dass sich viele Menschen für die Zielgruppe der sogenannten gering literalisierten Personen⁷ einsetzen oder zu Lernangeboten beraten.

Seit ich in der Grundbildung arbeite, frage ich mich, warum dieses Phänomen, das ja wirklich nicht nur eine Randgruppe betrifft, so wenig Öffentlichkeit hat und so wenig darüber bekannt ist, dass Menschen regelmäßig aus allen Wolken fallen, wenn ich ihnen davon erzähle. Und warum das auch so schwer zu verändern ist. Natürlich hat das etwas mit der Tabuisierung des Themas und den Diskriminierungserfahrungen zu tun, die betroffene Menschen gemacht haben. Menschen vermeiden in der Regel, von ihren Lese- und Schreibschwierigkeiten zu erzählen, weil sie damit schlechte Erfahrungen gemacht haben. Ihr engstes unterstützendes Umfeld hilft ihnen häufig damit, den „Schriftkram“, der so ansteht, trotzdem zu bewältigen. Dabei wird in der Regel aktiv geholfen aber nur selten ein Lernangebot empfohlen⁸. Auch deswegen gehen nur 1 % aller betroffenen Menschen zum nachholenden Lernen⁹.

¹Laut LEO 2018 sind es 6,2 Millionen Erwachsene im erwerbsfähigen Alter, Universität Hamburg: LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität, Grotlüschen, Anke; Buddeberg, Klaus; Dutz, Gregor; Heilmann, Lisanne; Stammer, Christopher (2019): LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität. Pressebroschüre, Hamburg. Online unter: <https://leo.blogs.uni-hamburg.de>.

²Vgl. Löffler/Korfkamp (2016): Handbuch zur Alphabetisierung und Grundbildung, S. 45ff, insb. 51.

³Vgl. Löffler/Korfkamp (2016): Handbuch zur Alphabetisierung und Grundbildung, S. 49f.

⁴Grotlüschen, Anke; Buddeberg, Klaus; Dutz, Gregor; Heilmann, Lisanne; Stammer, Christopher (2019): LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität. Pressebroschüre, Hamburg. Online unter: <https://leo.blogs.uni-hamburg.de/>,

⁵s.a Prof. Jacobs, Artur, M., „Ein Land verlernt das Lesen“ -Lesen in Deutschland, URL: <https://www.lesen-in-deutschland.de/journal/ein-land-verlernt-das-lesen-1010>, [Stand 06.03.2025]

⁶URL:<https://grundbildung-berlin.de/>

⁷Grotlüschen, Anke; Buddeberg, Klaus; Dutz, Gregor; Heilmann, Lisanne; Stammer, Christopher (2019): LEO 2018 – Leben mit geringer Literalität. Pressebroschüre, Hamburg. Online unter: <https://leo.blogs.uni-hamburg.de/>, S. 4 [Stand 06.03.2025]

⁸s. Wibke Riekman, Klaus Buddeberg, Anke Grotlüschen (Hrsg.), Das mitwissende Umfeld von Erwachsenen mit geringen Lese- und Schreibkompetenzen, Ergebnisse aus der Umfeldstudie

⁹Bilger, F. & Strauß, A. (2011). Handbuch zur Datennutzung des "AlphaPanel". Studie zur Lebenssituation bei Teilnehmenden an Grundbildungskursen. TNS Infratest Sozialforschung.

Und das ist schade, denn es gibt Angebote. Gerade die Volkshochschulen als „Hochschulen für das Volk“, kieznah und unkompliziert und offen für alle, sind dafür schon aus ihrem Grundgedanken heraus prädestiniert¹⁰. Hier sollte doch jede und jeder etwas Passendes finden, und zwar nicht nur ein Lese- und Schreibangebot, sondern auch einen Kochkurs, einen Englischkurs, einen Yogakurs. Alle Kurse sollten der Breite der Bevölkerung offenstehen. In fast allen Berliner Volkshochschulen gibt es Lernangebote, die wir in einem Adressverzeichnis auf unserer Website mit anderen Lern- und Beratungsangeboten zusammentragen und zentral zugänglich machen

[<https://grundbildung-berlin.de/angebote-in-berlin/>].

Die Informationsmöglichkeiten gibt es, aber in der Öffentlichkeit sind sie wohl (noch?) zu unbekannt, bzw. die Wege über Programm und Webseite zu hürdenbelastet oder die Scheu vor der Kontaktaufnahme noch zu groß. Wir haben dazu einmal Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten befragt, die folgende Aussagen machten: „Ich wusste nicht mal, dass es in meinem Bezirk eine – ich bin schon so oft daran vorbeigelaufen, an der Volkshochschule – dass da überhaupt eine ist. Weiß ich nicht – irgendwie müssen die sich bemerkbar machen, [...] damit man weiß, dass das eine Schule ist.“ Oder: „Man läuft ja an Volkshochschulen vorbei, gerade hier in meinem Bezirk. [...] Dass die mehr Werbung machen. Sei es im Fernsehen, sei es in der BZ, sei es im Radio oder sei es auf dem Markt und Flyer verteilen. Das hätte mir, glaube ich, sehr geholfen.“

Um Grundbildung in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, braucht es also breite und langfristige Ansprache, vor allem über nicht unbedingt schriftsprachbasierte Kanäle, wie Fernsehen und Radio. Das ist leider teuer, aber es wäre notwendig, um das Tabu, das das Thema umgibt, zu verringern. Erst wenn bekannt ist, dass man mit seinen Grundbildungsschwierigkeiten nicht allein ist und man da auch etwas machen kann, gibt es die Grundlage, auch den Mut zu finden, das Verbessern von Lesen und Schreiben im Erwachsenenalter noch einmal anzugehen und im besten Fall auch den Weg in das passende Lernangebot zu finden.

Öffentlichkeit ist also notwendig, um den Schritt zum Lernangebot möglich zu machen und paradoxerweise ist beim nächsten Schritt in das Lernangebot oft genau das Gegenteil von Öffentlichkeit, nämlich Anonymität und Vertrauen notwendig. „Ich prüfe immer, ob es etwas gibt, was mir gefährlich werden könnte“ sagt eine betroffene Person und meint damit die möglichen Lese- und Schreibanlässe an einem ihm unbekannten Ort. Auch die Anonymität an dem Ort, wo Grundbildungskurse stattfinden, ist wichtig: „Anonymität! Ganz groß geschrieben! Und ich finde es nicht gut, wenn man irgendwo hinget, und man kann reingucken. Also der geschützte Raum muss da sein, ohne dass die Leute von außen gucken: ‚Ach, die kenne ich doch, die wohnt doch hier‘ oder so. Ich kann mich nicht konzentrieren, wenn da Leute vorbeilaufen und reingucken.“

Wichtig ist hier auch die Vertrauensbasis, berichtet eine Betroffene: „Man braucht auf jeden Fall einen Ansprechpartner in der Volkshochschule, der sich für dich einsetzt.“ Sie erklärt weiter: „Bei Dozenten ist Vertrauen wichtig. Denn es geht ja darum, dass man das Lesen und Schreiben nicht so kann. Aber da steckt ja noch viel mehr dahinter [...] da kommen ja ganz andere Probleme im Leben noch dazu. Es wäre schön, wenn sie dann auch Wege einleiten können, wie man dieses Problem angehen kann. [...] Ich alleine wäre nie auf die Idee gekommen. [...] Und wenn man dann eine Dozentin hat, der man etwas anvertrauen kann – die Probleme, die man alltäglich hat – dann würde der Kopf für den Lerner frei und er kann besser lernen.“ Gerade in einem Haus wie der Volkshochschule, in dem es so vielfältige Kurse mit so einem breiten Themenspektrum gibt, kann eine Kursleitung oder eine andere Vertrauensperson ein Türöffner in andere Kurse hinein sein, indem sie motiviert, auch andere Kurs zu besuchen und gegebenenfalls zusammen zum anderen Kurs oder der anderen Fachbereichsleitung zu gehen. So können auch Hemmungen verringert werden. Es muss also beides geben: die öffentlichkeitswirksame Ansprache der breiten Bevölkerung, um das Tabu zu verringern und (Lern)angebote bekannt zu machen, und den geschützten Rahmen – solange das Thema weiter so tabuisiert ist, dass

¹⁰ s. Leitbild der Berliner Volkshochschulen, URL: <https://www.berlin.de/vhs/ueber-uns/leitbild/> [Stand 06.03.2025]

betroffene Menschen im Weg zum (Lern)angebot Anonymität brauchen. Überall da, wo es Lese- und Schreibangebote gibt (also vermutlich vor allem bei der Anmeldung zu einem Kurs, aber auch beim Kochkurs selbst werden ja z.B. Rezepte gelesen) sollten Menschen sensibilisiert zum Thema sein und entweder beim Ausfüllen/Lesen unterstützen oder alternative Möglichkeiten haben, wie man auch ohne oder mit wenig Lese- und Schreibkompetenzen zum Ziel kommen kann.

Nach Sensibilisierungsschulungen werden wir häufig darauf angesprochen, wie man denn nun solche schriftsprach-basierten Hürden abbauen kann, bzw. wie man den Weg zum eigenen Angebot für die Zielgruppe der Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten erleichtern kann. Dafür haben wir eine Checkliste entwickelt, und die Umsetzung der vor-geschlagenen Maßnahmen kann zu dem Erwerb des Alpha-Siegels führen

[www.alpha-siegel.de/berlin/dokumente-und-links/].



Das Alpha-Siegel [www.alpha-siegel.de] steht an der Eingangstür einer Organisation oder Einrichtung dafür, dass hier Menschen mit Lese- und Schreibschwierigkeiten willkommen sind und es einen geschützten Rahmen gibt, um von seinen Lese- und Schreibschwierigkeiten zu reden. „Ich brauche einen Ansprechpartner, der immer für mich da ist.“ Das Alpha-Siegel sollte auch signalisieren, dass hier Kurse in ihrer Vielfalt auch wirklich allen offenstehen, und dass z. B. Lese- und Schreibschwierigkeiten nicht davon abhalten sollten, auch den Umgang mit dem Handy oder das Kochen mit leckeren Rezepten in einem Kurs zu lernen.

Das Alpha-Siegel beruht auf einer Idee des Berliner Vereins „Lesen und Schreiben e. V. Berlin“ und wird als Zertifizierungsprozess über die Stiftung Grundbildung Berlin (ehemals Grund-Bildungs-Zentrum Berlin) angeboten. Der Prozess ist gebührenfrei. Die VHS Spandau hat dieses Qualitätssiegel bereits erworben, weitere folgen bestimmt. Das Konzept wurde auch nach Baden-Württemberg transferiert.

Es ist nicht einfach, Menschen zu erreichen und zu motivieren, ein Lernangebot zu starten und durchzuhalten. Aber es geht hier um nichts Geringeres als die Teilhabe an der Gesellschaft und den Leitsatz der Volkshochschulen als Lernorte für alle. Noch ist es ein Paradox, dass das Thema viel mehr Öffentlichkeitsarbeit braucht, um bekannt zu werden und dann aber ausreichend Anonymität gewährleistet werden muss, um den betroffenen Menschen Sicherheit zu geben. Erst wenn dieser Bereich genug gesellschaftliche und politische Öffentlichkeit hat, wird Anonymität nicht mehr nötig sein, und die betroffenen Menschen werden so selbstverständlich mit dem Thema umgehen können, wie diese Lernerin: „Ich persönlich bin damit offen umgegangen und hatte keine Angst, dass andere davon wissen. Gerade in einem Kurs ist es wichtig, der Kursleitung Bescheid zu geben, denn man muss ja oft Rezepte und Mengenangaben aufschreiben. Das ist ein wichtiger Teil des Kochens, und wenn man Unterstützung braucht, sollte man das sagen. Nicht überall gibt es Vordrucke, manchmal wird auch an die Tafel geschrieben, da könnte es dann schwierig werden. Deshalb finde ich es immer besser, offen mit solchen Dingen umzugehen. Kochen soll Spaß machen!“

Grundbildung ist wichtig.¹¹

Einige Menschen wissen nicht genug darüber.
Das ist meine Arbeitserfahrung.

Viele Erwachsene haben Probleme.
Sie können nicht gut lesen und schreiben.
Auch kurze Texte sind für sie schwierig.

Was ist eigentlich Grundbildung?
Grundbildung sind wichtige Fähigkeiten.
Dazu gehören Lesen, Schreiben und Rechnen.
Aber auch der Umgang mit Computern gehört dazu.
Und wie man gut mit anderen Menschen umgeht.

Grundbildung ist in vielen Lebensbereichen wichtig.
Zum Beispiel beim Geld-Ausgeben.
Oder beim Verstehen von Verträgen und Formularen.
Auch das kritische Denken gehört dazu.
Wenn man etwas im Internet liest, muss man kritisch sein.
Es gibt noch mehr Beispiele: Richtige Medikamente nehmen oder wählen gehen.

Viele Menschen sind davon betroffen.
Meist sind es Menschen, die Deutsch als Muttersprache haben.
Und sie haben meistens Arbeit und einen Schulabschluss.
Lesen und Schreiben kann man verlernen.
Wenn man es nicht oft benutzt.

Ich arbeite für die Stiftung Grundbildung Berlin.
Wir haben besondere Angebote.
Es ist wichtig, dass viele Menschen helfen.
Nur 1 Prozent der betroffenen Menschen suchen Hilfe.

¹¹ Hier steht der Artikel übersetzt in Einfache Sprache mit dem KI Tool
„Klartext“ des FC St. Pauli:

Ich frage mich, warum nicht mehr Menschen davon wissen.
Viele fallen aus allen Wolken, wenn ich darüber rede.
Es ist schwer, das zu ändern.
Die Menschen haben Angst, darüber zu sprechen.
Sie haben schlechte Erfahrungen gemacht.
Familie und Freunde helfen oft heimlich.
Aber sie empfehlen selten einen Kurs.

Es gibt Kurse.
Zum Beispiel an Volkshochschulen.
Dort gibt es viele verschiedene Kurse.
Nicht nur für Lesen und Schreiben.
Auch zum Kochen, für Englisch oder Yoga.
Die Kurse sind für alle Menschen.
Aber viele kennen die Kurse nicht.
Oder sie trauen sich nicht, sich anzumelden.



ALPHA-SIEGEL

Wir müssen das Thema bekannter machen.
Wir brauchen mehr Werbung.
Durch Fernsehen oder Radio.
Das ist teuer, aber nötig.

Anonymität ist wichtig.

Menschen brauchen einen geschützten Raum.
Sie haben Angst vor Lesen und Schreiben.
Vertrauen ist auch sehr wichtig.
Es geht um mehr als nur Lesen und Schreiben.
Das Leben der Menschen ist wichtig.

Wir haben eine Checkliste.
So können wir helfen.
Das Alpha-Siegel zeigt: Hier sind alle willkommen.
Auch Menschen mit Leseschwierigkeiten.

Wir wollen helfen.
Es geht um Teilhabe in der Gesellschaft.
Noch benötigen wir viel Öffentlichkeitsarbeit.
Aber auch Anonymität für die Betroffenen.
So können Menschen offen umgehen.
Und sagen, wenn sie Hilfe brauchen.
So macht Lernen Spaß!

Dr. Theresa Hamilton

ist Vorständin der Stiftung Grundbildung Berlin. Sie hat vorher für den Berliner Verein „Lesen und Schreiben e.V. Berlin“ das Grund-Bildungs-Zentrum Berlin mitgegründet und 10 Jahre lang geleitet. Sie hat das Alpha-Siegel und dessen bezirklichen Vorgänger, den Alpha-Kompetenz-Aufkleber entwickelt und das Alpha-Bündnis Neukölln mitgegründet und koordiniert, beides auch unter „Lesen und Schreiben e.V.“. Ursprünglich kommt Theresa Hamilton aus dem DaF/DaZ-Bereich und hat als Kursleitung gearbeitet.

Einblick in die Volkshochschul-Statistik: Daten, Nutzendengruppen und Serviceangebote

Verena Ortmanns

Die Volkshochschul-Statistik ist eine wertvolle Ressource, die umfangreiche Daten zu etwa 850 Volkshochschulen in Deutschland beinhaltet. Diese Daten können für unterschiedliche Zwecke analysiert und genutzt werden. Ein genauer Blick in diese Statistik ist interessant für die Einrichtungen selbst, aber auch für Vertreter*innen aus Politik und Medien und Forschende. Unterstützt werden diese Nutzen durch unterschiedliche Angebote des Deutschen Instituts für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE). Dieser Beitrag gibt einen Überblick über die Bedarfe der unterschiedlichen Gruppen und die verfügbaren Serviceangebote des DIE. Für einen ersten Einblick in die Daten der Volkshochschul-Statistik werden ausgewählte Merkmale zum Thema der diesjährigen Ausgabe „Öffentlichkeit: Volkshochschule“ dargestellt.

1. Kurzvorstellung der Volkshochschul-Statistik

Die Volkshochschul-Statistik ist eine bedeutsame Ressource bestehend aus umfangreichen Daten zu den Volkshochschulen (vhs), welche einen großen Anteil der öffentlich geförderten Weiterbildung in Deutschland leisten. Diese Statistik wird jährlich vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE) im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit dem Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) erhoben. Grundgesamtheit dieser Vollerhebung sind aktuell 838 vhs. Auf Bundeslandebene liegen Daten seit 1962 vor; seit 1987 wird die Statistik auf Einrichtungsebene erhoben. Weiterhin zeichnet sich die Volkshochschul-Statistik durch die konstant hohe Ausschöpfungs- bzw. Rücklaufquote (98,1 % im Jahr 2023), sowie den hohen Detailgrad und die Qualität der erfassten Merkmale aus.

Die Volkshochschul-Statistik ist eine Anbieterstatistik, welche die Angebotsseite organisierter Weiterbildung beschreibt. Zu den erhobenen Informationen zählen institutionelle Charakteristika, Daten zu Personal und Finanzen sowie detaillierte Angaben zum geleisteten Bildungsangebot.

Letztere bilden das Kernstück der Erhebung. Für jede vhs wird die Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen berichtet, sowie das Format der Veranstaltung, die Unterrichtsstunden und Belegungen. Jeder Kurs wird einem der 85 Fachgebiete zugeordnet, die weiter aggregiert werden zu sieben Programmbereichen (z.B. Sprachen, Gesundheit). Auf dieser Ebene liegen weitere Informationen vor, u.a. zu Kurscharakteristika (z.B. berufsbezogene oder digitale Lerninhalte) und Teilnehmendenstruktur.

Im Rahmen einer Revision wurde der Erhebungsbogen von 2017 auf 2018 grundlegend überarbeitet (Arbeitskreis Bildungsberichterstattung am DIE, 2018). Dadurch ist die Vergleichbarkeit über den gesamten Zeitraum (1987 bis heute) für eine Vielzahl der erfassten Merkmale erschwert, für einige Merkmale ist ein Vergleich nicht möglich.

Zu Beginn der COVID-19-Pandemie wurden zusätzliche Daten erhoben. Mit dem DIECovidSurvey aus dem Herbst 2020 wurden detailliertere Angaben über das Veranstaltungsangebot an vhs zum Zeitpunkt des ersten Lockdowns im Frühling und Frühsommer 2020 erhoben, als Veranstaltungen in Präsenz untersagt waren (Hoenig, Reichart, Widany, 2023). Zudem wurde in direkter Verbindung mit der Volkshochschul-Statistik für die Berichtsjahre 2020 bis 2022 jeweils eine Corona-Ergänzungserhebung durchgeführt. Diese erfasste die pandemiebedingten Einschränkungen in den Bereichen Personal, Finanzen und bei den durchgeführten Leistungen (siehe für das Jahr 2020: Echarti et al. 2022).

2. Einblick in die Volkshochschul-Statistik zum Thema „Öffentlichkeit: Volkshochschule“

In diesem Abschnitt werden ausgewählte Merkmale der Volkshochschul-Statistik für den Zeitraum 2018 bis 2023 (seit der Revision) zum Thema dieser Ausgabe „Öffentlichkeit: Volkshochschule“ dargestellt. Es handelt sich um einen

ersten Einblick in die Datenlage zu diesem Thema basierend auf deskriptiven Auswertungen.

Die Entwicklung der Angebote zeigt deutlich die Bedeutung der vhs. Betrachtet man das Gesamtangebot (bestehend aus Kursen, Einzelveranstaltungen, Studienfahrten und -reisen, sowie Veranstaltungen für das Weiterbildungspersonal) wurden im Jahr 2018 fast 17,1 Mio. Unterrichtsstunden von vhs in Deutschland geleistet, darunter etwa 5,2% (883.525 Unterrichtsstunden) in Berlin. Durch pandemiebedingte Einschränkungen, insbesondere in den Jahren 2020 und 2021, sanken diese Zahlen. Für das Jahr 2023 ließ sich ein Gesamtangebot von 14,7 Mio. Unterrichtsstunden feststellen, darunter ca. 6,1% (890.664 Unterrichtsstunden) in Berlin. Abbildung 1 stellt die prozentualen Veränderungen von Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Gesamtangebot für die Jahre 2019 bis 2023 im Vergleich zu 2018 dar. Bundesweit lag die Anzahl der durchgeführten Veranstaltungen und Unterrichtsstunden im Jahr 2023 unterhalb der Zahlen vor der Covid-19-Pandemie im Jahr 2018 (Veranstaltungen: -12,5%, Unterrichtsstunden: -14,6%), wobei in Berlin die Zahlen bereits oberhalb der Werte aus dem Jahr 2018 liegen (Veranstaltungen: +13,4%, Unterrichtsstunden: +0,8%). Mit Blick auf die Belegungen lag auch für Berlin die Zahl für das Jahr 2023 noch unterhalb von 2018 (-17,6% in Deutschland (ohne Berlin), -2,1% in Berlin).

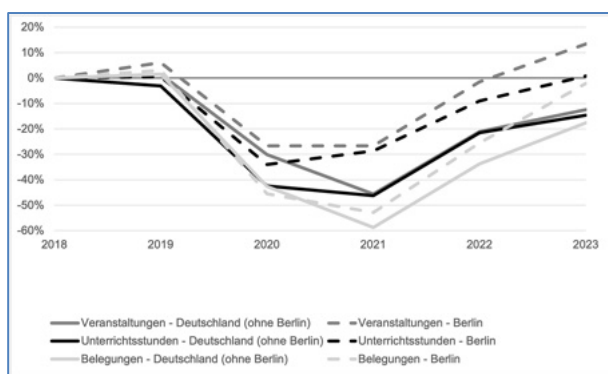


Abbildung 1: Prozentuale Veränderungen von Veranstaltungen, Unterrichtsstunden und Belegungen im Gesamtangebot der Volkshochschulen im Vergleich zu 2018

Neben den klassischen Angeboten erbringen vhs bundesweit eine Reihe anderer Leistungen, wie beispielsweise

Beratungen, Betreuung und Leistungen für Schulen und frei zugängliche digitale Lerninfrastruktur-Angebote (wie Lern-Cafés). Diese Angebote nahmen bundesweit gegenüber dem Jahr 2018 zu, während sie in Berlin auch im Jahr 2023 noch rückläufig sind.

Die Volkshochschul-Statistik erfasst auch die Ausgaben für Öffentlichkeitsarbeit/Werbung, welche von den vhs selbst getätigt werden. Im Jahr 2018 lag der Anteil für Öffentlichkeitsarbeit bundesweit bei 1,9% der Gesamtausgaben, in Berlin bei 0,8%. Für das Jahr 2023 sind die Zahlen etwas niedriger: insgesamt entfielen 1,6% der Gesamtausgaben auf Öffentlichkeitsarbeit/Werbung, in Berlin 0,6%. Im Verhältnis der Ausgaben zu den geleisteten Unterrichtsstunden des Gesamtangebots zeigt sich, dass vhs in Deutschland (ohne Berlin) im Jahr 2018 pro Unterrichtsstunde 1,51 Euro für Öffentlichkeitsarbeit investierten, in Berlin waren es 0,50 Euro. Diese Zahl stieg bundesweit 2023 auf 1,70 Euro pro Unterrichtsstunde, während sie in Berlin auf 0,44 Euro fiel.¹ Bei der Interpretation dieser Zahlen aus der Volkshochschul-Statistik ist zu berücksichtigen, dass Investitionen der Landesverbände und des DVV in Öffentlichkeitsarbeit/Werbung nicht erfasst werden. Dies gilt auch für Berlin, wo seit der Gründung des SerZ gemeinsame Aufgaben der vhs, wie eben Öffentlichkeitsarbeit/Werbung, stärker zentralisiert sind.

Ein weiteres Merkmal aus der Volkshochschul-Statistik ist die Etablierung von Qualitätsmanagementsystemen. Diese sollen dazu dienen organisationale und pädagogische Prozesse und Ergebnisse zu verbessern. Zudem spielen sie eine wichtige Rolle bei der Legitimation staatlicher Förderentscheidungen und gesetzlicher Regelungen (Reuter, Martin & Koscheck 2020). Qualitätsmanagementsysteme sind mittlerweile weit verbreitet. In den vergangenen Jahren sank der Anteil der vhs, die kein System nutzen deutlich von 31,0% im Jahr 2018 auf 13,8% im Jahr 2023. Der Anteil von vhs, die nur ein internes Qualitätsmanagementsystem nutzen, ist seit 2018 recht stabil bei etwa vier Prozent. In diesem Kontext sollte auch die Vielzahl der Systeme und deren unterschiedlichen Ausrichtungen berücksichtigt werden, daher unterscheidet die Volkshochschul-Statistik aktuell

¹ Im Vergleich meldeten andere vhs in Großstädten (mit über 230.000 Einwohnern) durchschnittliche Ausgaben in Höhe von

1,49 € pro Unterrichtsstunde für Öffentlichkeitsarbeit/Werbung für das Jahr 2023.

zwischen 13 Systemen. In Berlin sind seit Jahren alle vhs zertifiziert, aktuell mit dem internationalen Qualitätsmanagementsystem der European Foundation for Quality Management (EFQM).

Diese Merkmale bieten nur einen ersten Einblick in relevante Zahlen aus der Volkshochschul-Statistik zum Thema „Öffentlichkeit: Volkshochschule“. Weitere Merkmale, die betrachtet werden könnten, sind die Entwicklung und Akzeptanz des Online-Angebots oder die Anzahl der Angebote, die sich an spezifische Adressatengruppen richten.

3. Nutzende der Volkshochschul-Statistik

Die Volkshochschul-Statistik wird von unterschiedlichen Gruppen aus Praxis, Politik, Medien und Wissenschaft für verschiedene Zwecke genutzt. Zum einen verwenden vhs diese Daten u.a. für ihre Programmplanung oder ihr eigenes Monitoring. Regelmäßig nutzen auch Vertreter*innen aus den Landesverbänden und dem DVV die Statistik im Rahmen des Monitorings, für Tätigkeiten im Verband oder zu Zwecken der Lobbyarbeit durch beispielsweise Veröffentlichung von Berichten. In diesen werden die Leistungen der vhs auf der Ebene eines Bundeslandes sowie auf regionaler Ebene detailliert dargestellt und können mit Bezug auf lokale Entwicklungen nochmal besser kontextualisiert werden (Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen, 2024). Darüber hinaus dienen diese Berichte sowohl der Legitimation der erbrachten Leistungen und unterstützen mit einer verlässlichen Datenbasis das Einwerben zusätzlicher Mittel.

Die Daten der Volkshochschul-Statistik finden zudem Eingang in die Bildungsberichterstattung, u.a. im Nationalen Bildungsbericht (Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung, 2024) und in amtliche Statistiken (Bundesinstitut für Berufsbildung, 2024). Diese Berichte werden von Vertreter*innen der Politik und Medien genutzt und zitiert. Aus den Anfragen dieser Nutzendengruppe an das DIE zeigt sich, dass Zeitreihen zur Angebotsentwicklung oder Daten zur Personalausstattung häufiger nachgefragt werden.

Neben Praxis, Politik und Medien, werden die Daten der Volkshochschul-Statistik auch von Forschenden in wissenschaftlichen Studien verwendet. Die Daten werden dadurch in nationalen und internationalen Fachpublikationen

rezipiert und leisten einen wichtigen Beitrag für wissenschaftliche Diskurse, zum Beispiel zur Bedeutung und Entwicklung von digitalen Angeboten an vhs (Scheidig 2024a, 2024b) oder der Zunahme der Kurse im Fachgebiet Deutsch als Fremdsprache (DaF) durch die Zuwanderung von Geflüchteten (Käpplinger 2020, Martin, Granderath & Rüber 2021, Thomsen & Weilage 2021).

4. Services des DIE

Zur Unterstützung der unterschiedlichen Nutzendengruppen bei der Auswertung der Volkshochschul-Statistik bietet das DIE eine Reihe von Serviceleistungen an. Einige Angebote sind für alle Nutzenden verfügbar, andere Services sind nur für bestimmte Gruppen zugänglich.

4.1 Jahresband der Volkshochschul-Statistik

Der Jahresband bietet eine umfangreiche Darstellung für den Großteil der Merkmale der Volkshochschul-Statistik für ein Berichtsjahr an. Die abgebildeten Daten sind aggregiert für Gesamtdeutschland, teilweise auch auf Ebene der Bundesländer. Der Jahresband besteht aus einer Reihe von Excel-Tabellen sowie einem dazugehörigen Bericht (Ortmanns et al. 2024), welcher eine Kommentierung der Tabellen und eine erste Einordnung der Daten anbietet. Sämtliche Excel-Tabellen wie auch der Bericht können kostenfrei von den Webseiten des DIE heruntergeladen werden.

4.2 Standardisierte Auswertungsprodukte

Volkshochschulen, die Landesverbände und der DVV können zudem standardisierte Auswertungen über das DIE beziehen. Die unterschiedlichen Auswertungsprodukte bieten Zusammenstellungen ausgewählter Merkmale an, basierend auf den Daten für ein Berichtsjahr. Der Detailgrad und das Aggregationsniveau der Daten unterscheidet sich zwischen den Produkten, ebenso die zur Verfügung gestellten Kennzahlen (wie Teilnehmende/Kurs, Zuschüsse/Unterrichtseinheit, Weiterbildungsichte und Versorgungsgrad). Die standardisierten Auswertungen umfassen häufig mehrere Excel-Tabellen und Grafiken.

4.3 Informations- und Auswertungsservice

Da viele Fragestellungen nicht mithilfe des Jahresbandes oder der standardisierten Auswertungsprodukte beantwortet werden können, bietet das DIE einen umfangreichen

Informations- und Auswertungsservice an. Dieser Service richtet sich nicht nur an die vhs und die Landesverbände bzw. den DVV, er kann auch von Vertreter*innen aus den Medien, der Politik und von Forschenden genutzt werden. Zentraler Bestandteil dieses Serviceangebots ist die Beratung zur Volkshochschul-Statistik, um die passenden Daten für die Beantwortung der Fragestellung zu identifizieren. Auf Basis der Beratung kann eine entsprechende Zusammenstellung der Daten (sogenannte Sonderauswertung) erstellt werden. Generell enthalten diese Auswertungen häufig spezifischere Daten, oftmals über einen längeren Zeitraum, z.B. zur Entwicklung der Zahlen zu den durchgeführten Kursen, Unterrichtsstunden oder Belegungen in einzelnen Programmbereichen. Häufig wird eine gesonderte Ausweisung der Entwicklung des Fachgebiets „Deutsch als Fremdsprache (DaF)“ gewünscht.

Eine Sonderauswertung, die sich steigender Beliebtheit bei den vhs erfreut, ist eine Zusammenstellung zentraler Merkmale für einen strukturähnlichen Vergleich. Diese Auswertung umfasst eine Übersicht von mehreren vhs, die sich in bestimmten Merkmalen ähneln (z.B. in siedlungsstrukturellen Merkmalen oder der Anzahl geleisteter Unterrichtsstunden). Für die aufgelisteten vhs können ausgewählte Merkmale (auf einem aggregierten Level) mit den Merkmalen und Kennzahlen der eigenen Einrichtung verglichen werden. Dieses Produkt wurde im Jahr 2024 häufig nachgefragt, insbesondere von zwei ostdeutschen Landesverbänden, die diese Daten in den Landeswahlkämpfen genutzt haben, um die erbrachten Leistungen der vhs zu betonen. Eine Sonderauswertung, die jährlich vom SerZ für Berliner vhs nachgefragt wird, ist ein Vergleich der Leistungsdaten für alle vhs in Berlin im Vergleich zu 14 weiteren Großstädten, darunter Köln, Hamburg, Leipzig und München.

4.4 Scientific Use Files (SUFs)

Die Volkshochschul-Statistik kann auch von Forschenden genutzt werden, hier stehen anonymisierte Datensätze, teilweise auch in Form von SUFs (seit der Revision 2018) zur Verfügung. Dazu liegt eine grundlegende Dokumentation vor. Um eine bessere und selbstständigere Datennutzung für alle interessierten Forschenden zu ermöglichen, werden derzeit die Dokumentation ausgebaut und die SUFs optimiert.

5. Ausblick auf zukünftige Angebote zur Verbesserung der Nutzung

DIE und DVV verfolgen das Ziel, künftig mehr und aktuellere Daten der vhs zu erfassen und die Reichweite ihrer Nutzung zu erhöhen. Ein zentrales Zukunftsprojekt, das DIE und DVV vorantreiben, ist die direkte Nutzung von Daten aus der Verwaltungssoftware der vhs. Dies ermöglicht einen frühzeitigen Zugriff auf die Daten und zusätzlich werden dadurch Daten gewonnen, die nicht Teil der Volkshochschul-Statistik sind. Mithilfe dieser Daten könnten beispielsweise Teilnehmenden-Profile erstellt werden, die eine Analyse der besuchten Veranstaltungen hinsichtlich Art, Umfang und Programmbereichen erlauben. Ein weiteres Vorhaben von DIE und DVV ist die Entwicklung eines interaktiven Dashboards, um die Nutzung der Volkshochschul-Statistik weiter zu erhöhen, insbesondere unter den vhs z.B. für ein wirksames Bildungsmonitoring und eine bedarfsorientierte Programmplanung. Durch das Dashboard erhalten alle Nutzende die Möglichkeit eigenständig und flexibel Leistungszahlen der vhs abzurufen und individuelle Fragestellungen zu beantworten. Visuell ansprechenden Grafiken erleichtern dabei eine detaillierte Betrachtung der Daten. Beide Projekte verfolgen das Ziel, das Potenzial der Volkshochschul-Statistik umfassender auszuschöpfen und die Daten sichtbarer zu machen.

Dr. Verena Ortmanns

Ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen in der Abteilung Forschungsinfrastrukturen. Seit 2024 leitet sie den Arbeitsbereich „Statistik“, der in Kooperation mit dem Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) die Volkshochschulstatistik verantwortet.

Literatur

Arbeitskreis Bildungsberichterstattung am DIE. (2018). Moratorium für Zeitreihenanalysen der VHS-Statistik (texte.online, Online-Erstveröffentlichung, Stand Informationen: Mai 2018). Bonn: DIE. <https://www.die-bonn.de/doks/2018-weiterbildungsstatistik-01.pdf>

Autor:innengruppe Bildungsberichterstattung (2024). Bildung in Deutschland 2024. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu beruflicher Bildung. <https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2024/pdf-dateien-2024/bildungsbericht-2024.pdf>

Bundesinstitut für Berufsbildung (2024). Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2024. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung. Bonn. <https://www.bibb.de/dokumente/pdf/bibb-datenreport-2024-final.pdf>

Echarti, N., Huntemann, H., Reichart, E. & Lux, T. (2022). Volkshochschul-Statistik - 59. Folge, Berichtsjahr 2020. <https://doi.org/10.3278/170681>

Hoenig, K., Reichart, E. & Widany, S. (2023). Corona-Zusatzbefragung zur Volkshochschul-Statistik – DIECovid-Survey (ZA6277; Version 1.0.0). GESIS. <https://doi.org/10.4232/1.13947>

Käpplinger, B. (2020). Modernisation of organisations due to migration? Mixed blessings in adult education centres in Germany. *European Journal for Research on the Education and Learning of Adults*, 11(3), 293-308. <https://doi.org/10.3384/rela.2000-7426.ojs1699>

Martin, A., Granderath, J. S. & Rüber, I. E. (2021). Course profiles and participation in German Adult Education Centers during times of migration: A longitudinal study. *Adult Education Quarterly*, 71(2), 184-204. <https://doi.org/10.1177/0741713620982544>

Ortmanns, V., Lux, T., Bachem, A., & Horn, H. (2024). Volkshochschul-Statistik - 62. Folge, Berichtsjahr 2023. <https://doi.org/10.3278/9783763977949>

Reuter, M., Martin, A. & Koscheck, S. (2020). Qualitätsmanagementsysteme – eine Analyse von Diffusionsprozessen in verschiedene organisationale Felder der Weiterbildung. *Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, 43, 97-116. <https://doi.org/10.1007/s40955-019-00144-0>

Scheidig, F. (2024a). Online courses for adults: do they replace or supplement on-site courses? *International Journal of Lifelong Education*, 43(6), 682-693. <https://doi.org/10.1080/02601370.2024.2391888>

Scheidig, F. (2024b). Durch Online-Veranstaltungen neue Zielgruppen erschließen? Befunde zur Angebotswahl erwachsener Lerner. *Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, 47, 385-401. <https://doi.org/10.1007/s40955-024-00281-1>

Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen (2024). Berliner Volkshochschulstatistik 2022. <https://www.berlin.de/vhs/ueber-uns/berliner-volkshochschulstatistik-2022.pdf>

Thomsen, S. L.- Weilage I. (2021). Scaling up and crowding out: how German adult education centers adapted course offers to refugee integration. *Adult Education Quarterly*, 73(1), 60-80. <https://doi.org/10.1177/07417136211068861>

Zur Erstellung der Berliner Volkshochschulstatistik

Lars Ninke

Abstract

Der vorliegende Artikel beleuchtet die Berliner Volkshochschulstatistik von der Erfassung der statistischen Merkmale über die Aufbereitung der Zahlen über Besonderheiten bei der Bearbeitung bis hin zur Veröffentlichung, auch in Bezug auf die Berechnung bestimmter Kennwerte und grafische Darstellungen.

Erstellung und Herausgabe

Die vom Deutschen Institut für Erwachsenenbildung (DIE) jährlich im Auftrag des Deutschen Volkshochschulverbands erstellte Statistik der deutschen Volkshochschulen liefert umfangreiches Zahlenmaterial auf Ebene der Bundesrepublik Deutschland insgesamt und auch auf jener der Bundesländer (aktuelle Ausgabe: Ortmanns et al. 2024). Auf der bezirklichen Ebene Berlins existierte - jeweils erstellt durch das DIE und herausgegeben von der für den Bildungsbereich verantwortlichen Senatsverwaltung - statistisches Datenmaterial bis 2010 nur als Sonderauswertung in Form einer Excel-Tabelle und ab 2011 jeweils als Veröffentlichung im pdf-Format. Die letzte noch vom DIE erstellte Berliner Statistik bezieht sich auf das Statistikjahr 2017.

Mit der Gründung des Servicezentrums der Berliner Volkshochschulen (SerZ) gingen Erstellung und Herausgabe der Berliner Statistiken auf das SerZ über. Da der Bereich Empirie/Statistik erst in 2021 besetzt wurde, erschien die erste vom SerZ herausgegebene Berliner Statistik als Doppelband für die Jahrgänge 2018/19. Seit November 2024 liegt die Statistik für den Jahrgang 2022 vor (Ninke 2024) und jene für das Statistikjahr 2023 ist für das erste Quartal des Jahres 2025 vorgesehen.

Aus Rückmeldungen lässt sich schließen, dass die Berliner Statistik in erster Linie von Senatsverwaltung, Mitarbeitenden der Volkshochschulen selbst oder auch vom Servicezentrum genutzt werden. Nachgefragt werden die Statistiken häufig zur Erstellung von Berichten, als Datengrundlage bei der Bearbeitung von Anträgen oder zur Beantwortung von Nachfragen aus dem politischen Raum. Auch in der

wissenschaftlichen Bildungsforschung mit Schwerpunkt Erwachsenenbildung sowie in der Medienlandschaft (hauptsächlich Print) werden die Statistiken für unterschiedliche Zwecke nachgefragt.

Erhebung des Datenmaterials

Dass die Veröffentlichung einer Jahresstatistik immer im größerem Zeitabstand zum abgelaufenen Statistikjahr erfolgt, ist der Komplexität der Datenerhebung geschuldet. Grundlage für die Berliner Volkshochschulstatistik sind weitgehend Daten, die in den Häusern für die Erstellung der bundesweiten Statistik aufbereitet und an das DIE gesendet werden.

Ein Teil der Daten wird automatisch durch das IT-Fachverfahren generiert, mit dem zentral für alle zwölf Berliner Volkshochschulen u.a. Kurse, Teilnehmende und Räume verwaltet werden. Mit vorab programmierten Abfrageroutinen werden beispielsweise Anzahl von Kursen, Belegungen und Unterrichtseinheiten ausgegeben, ausdifferenziert nach Programmbereichen (PBen) und bei Kursen mit drei oder mehr Unterrichtseinheiten (UE) auch nach Fachgebieten. Auch zur Sozialstruktur der Kursteilnehmenden (Alter, Geschlecht), Zielgruppen und Kooperationspartnern werden Angaben erfasst.

Hinzu kommen u.a. Angaben zu Organisation der Volkshochschulen, Personal, Finanzierung und Beratungen, die jedoch nicht automatisiert generiert werden und daher von den Volkshochschulen händisch aufbereitet werden müssen.

Die Daten werden mehrfach qualitätsgesichert, bevor sie endgültig Eingang in die Statistik finden. Für diverse Daten, die mit dem IT-Fachverfahren erzeugt werden, sind interne Routinen für Plausibilitätskontrollen programmiert; zudem werden die letztendlich an das DIE zu übermittelnden Daten durch das SerZ vor der Sendung im Hinblick auf etwaige Inplausibilitäten durchgesehen. Auch beim DIE sind automatisierte Plausibilitätskontrollen implementiert, bspw. in

Form von Warnungen und Fehlermeldungen in der Webapplikation vor dem Versand als auch in automatisierten Prozessen nach Eingang der Daten. Ergeben sich ungewöhnliche Veränderungen zu Vorjahren, erkundigt sich das DIE in der Regel direkt bei den betreffenden Volkshochschulen, ob die angegebenen Daten korrekt sind und nimmt gegebenenfalls noch einmal Korrekturen vor.

Für die Erstellung der Berliner Statistik verwendet das SerZ letztendlich die korrigierten Daten des DIE, die zuletzt jeweils im dritten oder vierten Quartal eintrafen. Somit ist sichergestellt, dass die gleiche Datenbasis verwendet wird und Ergebnisse der Berliner Statistik mit den Angaben für Berlin in der bundesweiten Statistik übereinstimmen. Dennoch kann es passieren, dass hiervon abgewichen werden muss. So kam es in der Vergangenheit vor, dass Angaben von Volkshochschulen nachträglich korrigiert wurden und auch musste einmal ein Teil der Daten aus Vorjahren imputiert werden, da nicht alle geforderten Daten beim DIE termingerecht eingereicht werden konnten. Werden in der Berliner Statistik soweit Angaben verändert, dass diese nicht mehr mit den Angaben für Berlin in der bundesweiten Statistik übereinstimmen, wird dies an geeigneter Stelle dokumentiert.

Sind die Daten eines Statistikjahres verfügbar und aufbereitet, so werden diese einem bereits bestehenden kumulierten Datensatz für die Vorjahre hinzugefügt, so dass mit diesem auch Zeitreihen erstellt werden können.

Inhalte

Die Inhalte der Berliner Statistik orientieren sich weitgehend an jener, die noch 2017 vom DIE erstellt wurde (Lux 2018). Diese beinhaltete noch einige Berlin-spezifische Auswertungen (z.B. zu unterschiedlichen Prüfungen) die nicht Teil der Bundesstatistik waren und aufgrund von Veränderungen im IT-Fachverfahren aktuell nicht mehr zur Verfügung stehen. Im Gegenzug wurde etwa die Erfassung von Zielgruppen, die bereits 2017 und früher Teil der Berliner Statistik war, mit der letzten größeren Revision der Statistik im Jahr 2018 leicht modifiziert auch in die Bundesstatistik des DIE übernommen.

Bei dieser wurden auch Programmbereiche und Fachgebiete neu geordnet, so dass beispielsweise aus damals sechs Programmbereichen nunmehr sieben wurden. Ergebnisse ab 2018 sind somit nicht immer mit denen der Vorjahre vergleichbar (vgl. Arbeitskreis Bildungsberichterstattung am DIE (2018)), so dass sich etwa Zeitreihen auf Basis der Programmbereiche bisher nicht lohnten. Dies jedoch wird sich in Zukunft ändern, da inzwischen bereits Datenmaterial aus sechs Jahrgängen seit der Statistik-Revision vorliegt.

Auch nach 2018 gab es einige Veränderungen: Wurden bei Kursen bis 2018 nur Anzahl der Kurse, Belegungen und Unterrichtseinheiten insgesamt sowie offene Angebote und Auftragsmaßnahmen erfasst, folgten fortan weitere Differenzierungen nach Berufs- und Abschlussbezogenheit sowie der Nutzung digitaler Lernangebote. Die Corona-Pandemie sorgte aufgrund vieler Kursausfälle und der Einführung alternativer Online-Angebote dafür, dass nunmehr auch Letztere regelmäßig erhoben werden, zumal davon ausgegangen werden kann, dass reine Online-Kurse dauerhaft Teil des Programms bleiben werden.

Kursausfälle führten während der Pandemiezeit dazu, dass etwa Honorierung von Kursleitenden und Rückerstattung von Teilnahmeentgelten komplizierter zu erfassen waren, da mitunter nicht durchgeführte Kurse für Kursleitende honoriert wurden, was teilweise mit Corona-bedingten Förderprogrammen kompensiert werden konnte. Da auch solche Sachverhalte abgebildet werden müssen, gab es zeitweise einen speziellen Fragebogen als Ergänzungsabfrage, dessen Daten insbesondere bei den Angaben zur Finanzierung mit jenen aus dem üblichen Fragebogen verrechnet werden musste.

Dennoch kann die Aussagekraft solcher Daten während der Pandemiezeit eingeschränkt sein, wenn etwa Honorarzahlen und Rückerstattungen von Teilnahmeentgelten oder Kompensationszahlungen durch Förderprogramme in unterschiedlichen Statistikjahren verbucht wurden. Da in der Statistik für Einnahme- und Ausgabeposten nur als jährliche Gesamtsummen und nicht als individuelle Beträge erfasst sind, lässt sich anhand der Gesamtbeträge nicht rekonstruieren, in welchen Statistikjahren bestimmte Einnahmen oder

Ausgaben enthalten waren. Inzwischen stellt sich diese Problematik jedoch nicht mehr und der Fragebogen zur Corona-Ergänzungserhebung wird auch nicht mehr verwendet.

Kennwerte und Darstellung

Ein großer Teil der in den Statistiken ausgewiesenen Werte liegt bereits in aggregierter Form vor; zusätzlich berechnet werden in der Regel die prozentuale Abweichung gegenüber dem Vorjahr und je nach Bedarf weitere Kennzahlen wie der Anteil am Gesamtangebot in Bezug auf alle Veranstaltungsangebote der Berliner Volkshochschulen. Darüber hinaus werden im Abschlusskapitel unterschiedliche Indikatoren berechnet, insbesondere zu Weiterbildung und Finanzen.

Bei einigen Kennzahlen werden bestimmte Werte wie bspw. die Anzahl der Unterrichtseinheiten in Relation zur Bevölkerungszahl gesetzt; seit 2022 gilt dies auch für die Anzahl der Mitarbeitenden. In Bezug auf Berlin ist hier die Problematik zu beachten, dass unterschiedliche Bevölkerungszahlen existieren. Hintergrund ist, dass die offizielle, vom Statistischen Bundesamt (Destatis) ausgewiesene Bevölkerungszahl jeweils auf Basis vorheriger Volkszählungen (Zensusbefragungen) fortgeschrieben wird. Diese Zahlen werden üblicherweise für Vergleiche mit anderen Bundesländern genutzt (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2024a)) und sind daher nicht mit jenen vergleichbar, die auf gemeldeten Personen je Bezirk in Berlin basieren.

Für die Berliner Kommunalstatistik werden zumeist die Bevölkerungszahlen aus der Einwohnerregisterstatistik, d.h. die Anzahl gemeldeter Personen verwendet, die vom Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten zur Verfügung gestellt werden (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2024b)), da diese sowohl auf bezirklicher Ebene als auch für weitere Planungsräume vorliegen. Durch die unterschiedlichen Zählweisen entwickelten sich die Zahlen im Laufe der Zeit in nennenswerter Größenordnung auseinander, so dass diese Zahlen seit der letzten Korrektur nach der Zensusbefragung 2022 um deutlich mehr als 200.000 Personen voneinander abweichen.

In der Berliner Statistik 2017 wurden für die Berechnung der Weiterbildungsdichte noch die durch Destatis bereitgestellten fortgeschriebenen Zensusdaten verwendet (Lux 2018, S. 13f); für die seit 2018 vom SerZ erstellten Statistiken hingegen werden - bei Zeitreihen auch für vorherige Jahre - ausschließlich die Zahlen der Einwohnerregisterstatistik des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg genutzt, da der Schwerpunkt der Berliner Statistik auf der Darstellung bezirklicher Ergebnisse liegt und nicht auf Ländervergleichen. Die Verwendung der durch die Einwohnerregisterstatistik ausgewiesenen Zahlen bewirkt etwa, dass die Weiterbildungsdichte im Jahr 2023 in der Berliner Statistik lediglich auf einen Wert von 228 kommt, während das DIE in der bundesweiten Statistik für das Land Berlin einen Wert von 236 ausweist (Ortmanns et al. 2024, S. 15).

Von Beginn an wurde darauf Wert gelegt, den adressierten Zielgruppen eine möglichst gute Lesbarkeit zu schaffen. Auch wenn es sich hierbei um einen Personenkreis handelt, der im Umgang mit statistischen Daten häufig versiert sein dürfte, werden graphische Darstellungen auch von diesen geschätzt, wenn komplexe Inhalte einfach veranschaulicht werden können. Hierbei wurde zur Veranschaulichung mit graphischen Visualisierungen gearbeitet, ebenso werden auch Zeitreihen angeboten, etwa für die Bereiche Entwicklung von Personalbestand, Einnahmen/Ausgaben insgesamt und des Kursangebots für Zeiträume von rund 20 Jahren.

Für das Programmangebot, das das DIE in sieben Programmbereiche mit 85 Fachgebieten systematisiert hat, wurde mit der „Tree Map“ ein Diagrammtyp verwendet, der genuin erst in den 1990er Jahren entwickelt wurde, um die Ausnutzung des Speicherplatzes von PC-Festplatten zu visualisieren.

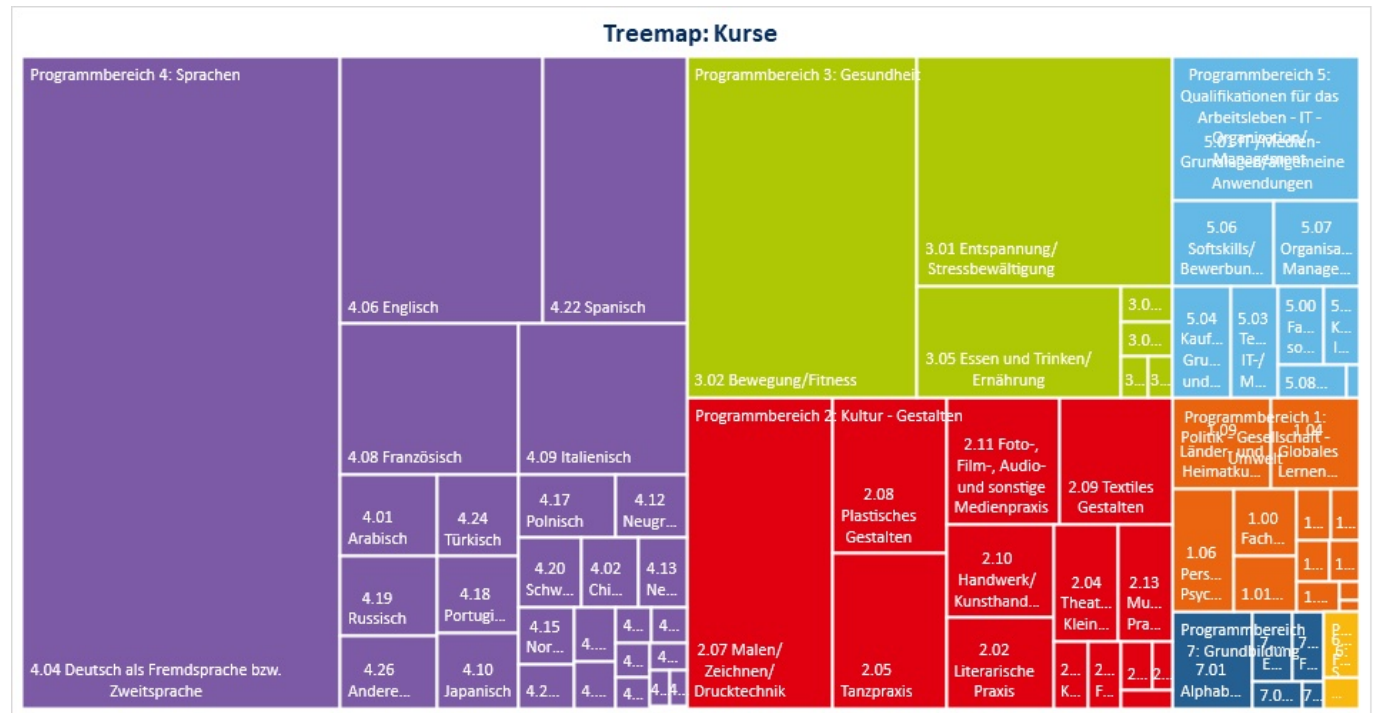
In der Wirtschafts- und Sozialgeographie hat sich dieser Grafiktyp etabliert, da mit diesem enorme Unterschiede zwischen globalem Norden und globalem Süden hinsichtlich ökonomischer Kennzahlen, Bevölkerung, etc. gut veranschaulicht werden können. Der Vorteil liegt darin, dass in der Regel zunächst eine Hierarchisierung stattfindet, bei der die erste Ebene im obigen Beispiel die Kontinente

repräsentiert und die zweite Ebene die zugehörigen Länder.
Flächenanteile repräsentieren Größenordnungen.

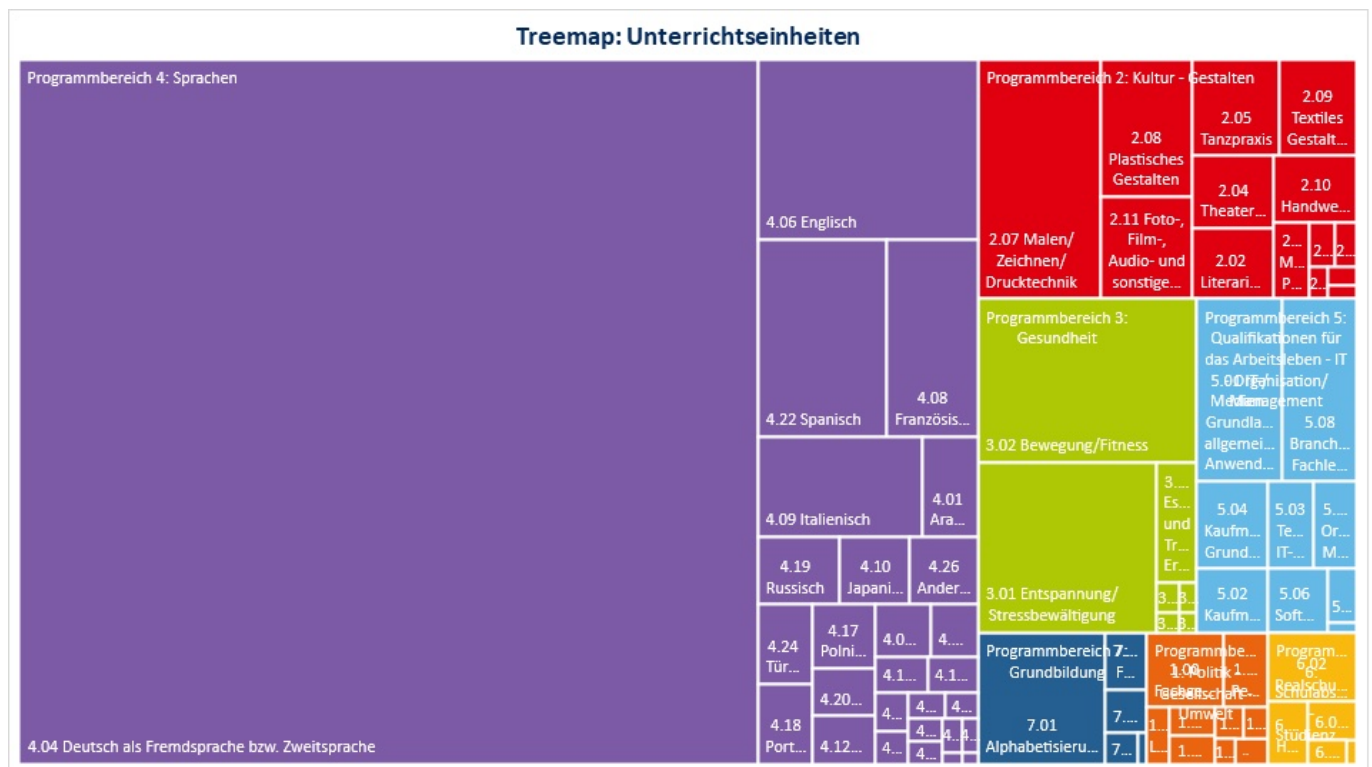
Für die Berliner Statistik 2022 wurde dies in den nachste-
hend dargestellten Grafiken insoweit adaptiert, dass die
oberste Ebene Programmbereiche repräsentiert und die

zweite Ebene die Fachgebiete. Erkennbar werden hier aber
auch die Nachteile einer Treemap, dass auf der zweiten
Ebene viele kleinere Elemente und auch Unterschiede in-
nerhalb von Programmbereichen nicht mehr eindeutig iden-
tifizierbar sind.

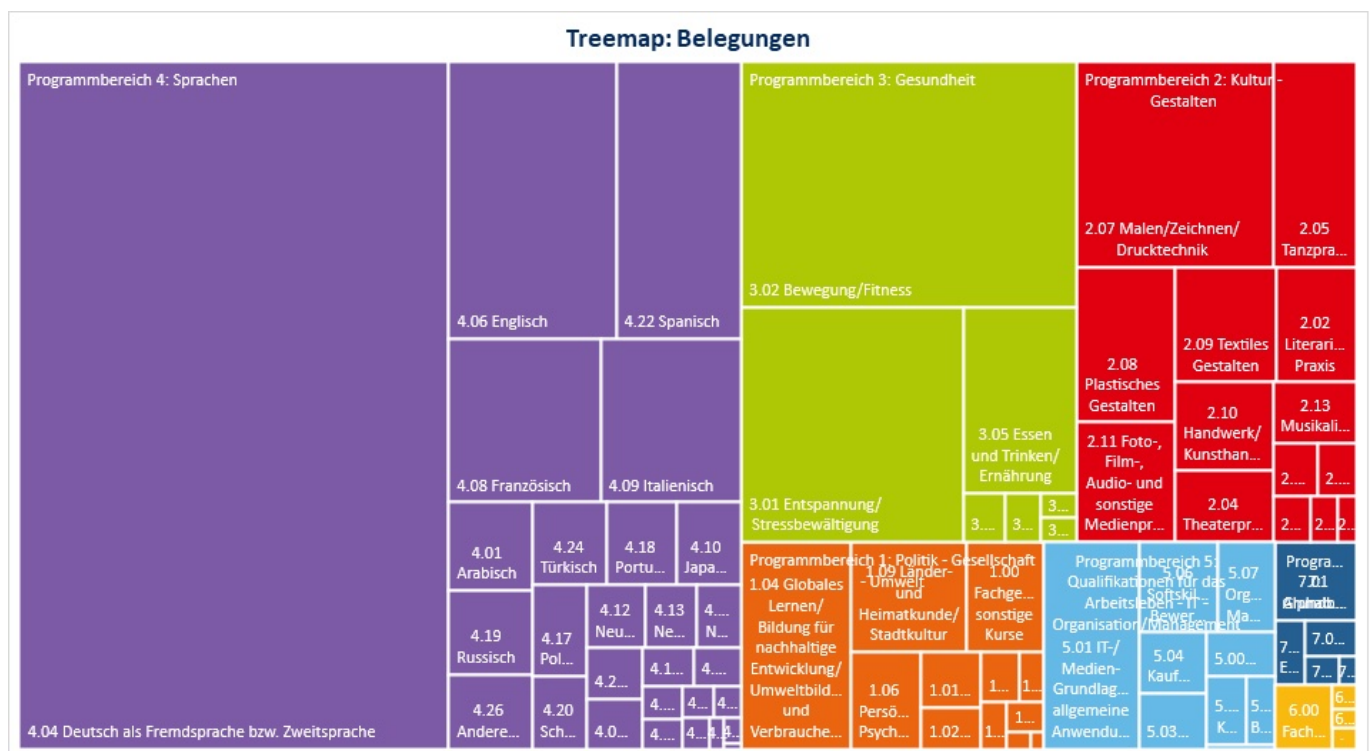
Treemap nach Anzahl der Kurse



Treemap nach Anzahl der Unterrichtseinheiten



Treemap nach Anzahl der Belegungen



Quelle: Ninke 2024, S. 46ff; Datenbasis hierfür auf den Seiten 41-45

Ersichtlich wird soweit auf den ersten Blick - egal, ob es sich um Kurse, Unterrichtseinheiten oder Belegungen handelt - die Dominanz des Sprachprogramms und innerhalb dieses Programms der Bereich DaF/DaZ. Werden die drei Grafiken nebeneinander betrachtet, wird deutlich, dass sich diese Dominanz besonders deutlich in der Anzahl der Unterrichtseinheiten äußert (aufgrund der hohen Anzahl der UE je Modul); bei der Anzahl von Belegungen und Kursen hingegen werden die anderen PBe etwas stärker sichtbar.

Zu beachten ist, dass hier als Datenbasis nur Kurse berücksichtigt werden und keine weiteren Teile des Gesamtangebots wie Einzelveranstaltungen, Studienfahrten, Studienreisen, etc., da für diese lediglich Zahlen auf Ebene der Programmbereiche (PB) vorliegen, nicht aber für Fachgebiete. Würden Zahlen auch auf Ebene der weiteren Veranstaltungstypen vorliegen, so wäre das Resultat, dass für Kurse und Belegungen die Flächenanteile im PB 1 (Politik - Umwelt - Gesellschaft) etwas höher ausfallen würden - obwohl sich unter Hinzunahme von Einzelveranstaltungen, etc. zwar bspw. die Anzahl der Veranstaltungen im PB 1 um mehr als 60 Prozent erhöhen würde, würde dies den Flächenanteil von 4,4 auf 6,8 Prozent anwachsen lassen; im Sprachprogramm mit einem geringen Anteil der weiteren Veranstaltungstypen indessen würden sich Flächenanteile für Kurse von 48,4 auf 46,6 Prozent reduzieren. In den anderen Programmbereichen sowie bei Unterrichtseinheiten generell würden die Anteile nominell um weniger als einen Prozentpunkt abweichen.

Letztendlich erfüllt die Form der Darstellung den Zweck, die Dimensionen für eine Vielzahl unterschiedlich großer Elemente zu veranschaulichen. Eine Wertung, inwieweit unterschiedliche Größenordnungen als positiv oder negativ zu betrachten sind, ist jedoch nicht intendiert. Eine solche Wertung kann unter genauer Betrachtung des Zahlenmaterials immer nur von den Nutzenden selbst vorgenommen werden und je nach Blickwinkel auch unterschiedlich ausfallen.

Lars Ninke

studierte Politische Wissenschaft, Anthropogeographie und Soziologie und war anschließend wissenschaftlicher Mitarbeiter für empirische Sozialforschung. Es folgten mehrere Jahre als Projektleiter im Bereich Meinungsumfragen, bevor er von 2018-2020 beim Forschungszentrum des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) tätig war. Seit 2021 ist er beim Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen mit dem Schwerpunkt Empirik/Statistik beschäftigt.

Literatur

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2024a): Unterschiede in der amtlichen Datenaufbereitung. Wie viele Menschen leben in Berlin? Welche Quelle ist die richtige?

URL: <https://www.statistik-berlin-brandenburg.de/news/2024/einwohner-oder-bevoelkerung>

Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2024b): Statistischer Bericht A 1 5 – hj 2 / 23. Einwohnerinnen und Einwohner im Land Berlin am 31. Dezember 2023.

URL: https://download.statistik-berlin-brandenburg.de/33c9036f104cc704/506649c17098/SB_A01-05-00_2023h02_BE.pdf

Arbeitskreis Bildungsberichterstattung am DIE (2018): Moratorium für Zeitreihenanalysen der VHS-Statistik. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung - Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen. Bonn.

URL: <https://www.die-bonn.de/doks/2018-weiterbildungs-statistik-01.pdf>

Lux, T. (2018): Die Berliner Volkshochschulstatistik 2017. Berlin, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (Hrsg., 2018).

URL: [Online nicht mehr verfügbar]

Ninke, L. (2024): Berliner Volkshochschulstatistik 2022. Berlin, Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen (Hrsg.).

URL: <https://www.berlin.de/vhs/ueber-uns/berliner-volkshochschulstatistik-2022.pdf>

Ortmanns, V., Lux, T., Bachem, A., Horn, H. (2024): Volkshochschul-Statistik. 62. Folge, Berichtsjahr 2023. DIE Survey.

URL: <https://www.die-bonn.de/doks/2024-Volkshochschul-Statistik-62-01.pdf>

(Für alle Quellen gilt: Letzter Zugriff: 28.01.2025)

Vom Fühlen zum Handeln: Storytelling für starke Volkshochschulen

Sabrina Basler

Es ist eine viel zitierte (und wissenschaftlich belegte) Weisheit, dass Menschen Geschichten besser erinnern können als schlichte Fakten. Kein Wunder, dass das sogenannte Storytelling, also das „Erzählen von Geschichten“, heute zum Einmaleins der Kommunikationsarbeit gehört. Für den Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) gewinnt die Methode insbesondere in der Interessenvertretung an Bedeutung. Denn auch für politische Entscheider*innen sind authentische Erzählungen eindringlicher als bloße Fakten. Gut, dass die besten Geschichten in den Volkshochschulen geschrieben werden!

Die Wirkung von Geschichten

„Storytelling“ als kommunikative Methode ist so wirksam, weil durch das Erzählen von Geschichten komplexe Informationen auf verständliche und einprägsame Weise vermittelt werden. Entscheidend hierfür ist der Umstand, dass Geschichten im Vergleich zu reinen Fakten nicht nur den Verstand der Rezipienten ansprechen, sondern auch deren Gefühle.

So zeigen Studien, dass beim Rezipieren von Geschichten Hormone ausgeschüttet werden, die Empathie, Vertrauen und soziale Bindung stärken. Wenn wir eine mitreißende Geschichte hören, fühlen wir uns hierdurch mit den Figuren verbunden, als würden wir ihre Erlebnisse selbst durchleben. Zusätzlich zeigt die Forschung, dass unser Gehirn auf gut erzählte Geschichten mit einer erhöhten Dopaminausschüttung reagiert, was unsere Aufmerksamkeit steigert und die Erinnerung an das Erzählte verbessert.

Durch das Zusammenspiel von Kognition und Emotion sorgt Storytelling also dafür, dass auch komplexe Inhalte mit persönlichen Erfahrungen verknüpft und so besser verstanden und behalten werden können. Und diese Wirkung einer guten Geschichte wird genau dort zum Asset, wo viele Anliegen um begrenzte Aufmerksamkeits-, Engagement- oder Finanzressourcen buhlen. Oder wie es der amerikanische Neurowissenschaftler und Storytelling-Papst Paul Zak ausdrückt: „When you want to motivate, persuade, or be

remembered, start with a story of human struggle and eventual triumph. It will capture people’s hearts – by first attracting their brains.“

Warum wir als Verband Geschichten erzählen sollten

Überall wo man Menschen motivieren oder überzeugen will, wo man mit seinen Anliegen im Gedächtnis bleiben möchte, ist es also wichtig, gute Geschichten zu erzählen. Auch wir als DVV tun deshalb gut daran, Storytelling zu nutzen, um unsere oft komplexen und abstrakten Anliegen greifbarer zu machen.

In unserer Lobbyarbeit setzen wir uns gegenüber politischen Entscheidern, Ministerien und Verwaltung für die Belange der Volkshochschulen ein. Hierzu gehört, auch in schwierigen Zeiten eine bessere finanzielle Absicherung und bessere Rahmenbedingungen für die öffentlich geförderte Weiterbildung zu erhalten. Hierfür führen wir Gespräche mit Abgeordneten, schreiben Briefe an Ministerien, beziehen Stellung zu Gesetzesinitiativen oder veröffentlichen Positionspapiere.

In der Aufmerksamkeitsökonomie geraten wir hierbei schnell ins Hintertreffen, wenn es uns nicht gelingt, unsere Forderungen und Botschaften aus der Masse an politischen Bittstellern herauszuheben. Ohne konkrete Beispiele, ohne authentische Geschichten, ohne echte Emotionen, bleiben unsere Anliegen blass. So sinkt die Chance, dass politische Entscheider sich in der heißen Phase einer Gesetzes- oder Haushaltsverhandlung ausgerechnet an das erinnern, was der DVV im Namen der Volkshochschulen gefordert hat.

Dies gilt umso mehr, als der vhs-Dachverband schon allein aufgrund seiner verbandlichen Verfasstheit weit weg scheint von der konkreten Arbeit der Volkshochschulen. Im Kontakt mit Politik und Verwaltung kann es da leicht wirken, als seien unsere Forderungen nach besserer Ausstattung für die Volkshochschulen verbandlicher Selbstzweck, verkündet aus dem Elfenbeinturm der Interessenvertretung. Dabei dient unsere Lobbyarbeit eben gerade nicht unseren

Interessen als Verband, sondern immer und zuallererst unmittelbar den Volkshochschulen und damit mittelbar den Menschen, die an der Volkshochschule Bildung erfahren.

Sowohl der Gefahr, schnell vergessen zu werden, als auch dem Verdacht aus reinem Eigeninteresse zu handeln, können wir zuvorkommen, indem wir unsere politischen Stakeholder nie vergessen lassen, um wen es uns als Verband geht: Um Volkshochschulen, ihre Teilnehmenden und Lehrkräfte. Wir müssen erzählen, wie sich vorhandene Rahmenbedingungen auf die Praxis in den vhs auswirken und zeigen, wie Volkshochschule im Großen wie im Kleinen einen Unterschied machen können. Ziel ist es insbesondere unsere Zielgruppe in Politik und Verwaltung davon zu überzeugen: Die Investition in Volkshochschulen lohnt sich!

Wo kommen Geschichten zum Einsatz

Damit die Politik in unserem Land Volkshochschulen mitdenkt, wenn es um kleine Errungenschaften und große Weichenstellungen geht, müssen sie wissen, wofür Volkshochschulen stehen, wie sie arbeiten und was sie leisten. Ob Erzählungen von individuellen Erfolgen, über persönliches Engagement oder über den Umgang mit strukturellen Herausforderungen: Der Geschichten-Schatz, den wir an Volkshochschulen hierfür bergen können, ist reich und wie gemacht dafür, unsere politischen Forderungen zu untermauern – im Kleinen wie im Großen.

So leisteten uns in der Vergangenheit Geschichten oder Wortmeldungen aus Volkshochschulen insbesondere in der Presse- und Medienarbeit bereits gute Dienste, um Medien vom „Nachrichtenwert“ unserer verbandlichen Position oder Forderung zu überzeugen. Und das nicht nur, weil der „Blick in die Volkshochschulen“ unseren Positionen mehr Glaubwürdigkeit und Alltagsnähe verleiht, sondern auch, weil vielbeschäftigte Journalist*innen eine Meldung mutmaßlich umso bereitwilliger aufgreifen, desto besser die Geschichte ist, die ihnen in einer Pressemeldung bereits mitgeliefert wird.

Doch wenn wir langfristig in der Interessenvertretung für die Volkshochschulen erfolgreich sein wollen, müssen wir Storytelling nicht nur im Kleinen nutzen, um kurzfristig (mediale) Aufmerksamkeit zu generieren. Vielmehr müssen wir auch

langfristig wirksame Narrative entwickeln und laufend fort-schreiben, um auch strukturell etwas für die Volkshochschulen zu bewegen.

Unsere wichtigste Geschichte: #zukunfts-ort_vhs

Die vergangenen Jahre waren politisch und gesellschaftlich von großen Unsicherheiten und Verwerfungen gekennzeichnet. Die Corona-Pandemie, der Überfall der Ukraine durch Russland, globale Migrationsbewegungen, der Klimawandel, steigende Preise und nachlassende Wirtschaftsleistung: Alle diese und viele weitere akute und andauernde Krisen haben die Spaltung unserer Gesellschaft vorangetrieben und antidemokratischen Strömungen Vorschub geleistet. Um diesen Bedrohungen Einhalt zu gebieten, müssen wir Menschen, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stärken. Doch angesichts leerer öffentlicher Kassen sind die finanziellen Spielräume begrenzt.

In dieser Situation müssen Volkshochschulen ihre Leistungen in der Öffentlichkeit und gegenüber der Politik noch verständlicher und eindringlicher darstellen, um auch in schwieriger politischer und finanzieller Lage Rückhalt für eine auskömmliche öffentliche Finanzierung ihrer gesellschaftlich wichtigen Arbeit gewinnen zu können. Zu diesem Zweck hat der DVV im vergangenen Jahr unter dem Motto „#zukunfts-ort_vhs“ eine neue Storytelling-Reihe gestartet.

Im Jahr des 75. Jubiläums unseres Grundgesetzes, dem Jahr der größten Protestwelle gegen Rechtsextremismus in der Geschichte der Bundesrepublik, dem Jahr der Europawahl, dem Landtagswahl-Superjahr, sollte die Geschichten-Reihe unter dem Motto „Volkshochschule als Ort der Demokratie“ den Blick darauf lenken, welchen Beitrag Volkshochschulen leisten, um demokratische Werte zu verteidigen. Statt hierfür die immer gleichen, aber oft unkonkreten Mantren von Dialog und Zusammenkommen an Volkshochschulen zu wiederholen, wollten wir anhand konkreter Beispiele erzählen, wie Volkshochschulen konkret vorgehen, um mit Hilfe dialogfördernder und empowernder Angebote Frust und Resignation in der eigenen Gemeinde vorzubeugen und so antidemokratischen Ideologien den Nährboden zu entziehen.

Mit Hilfe eines Aufrufs an die vhs-Landesverbände und in eigenen Recherchen machten wir uns auf die Suche nach geeigneten Geschichten und wurden zahlreich fündig: Von der vhs Detmold-Lemgo, die einen regelmäßigen „Round-Table“ anbietet¹, bei dem die Teilnehmenden selbst bestimmen, welche politischen und gesellschaftliche Themen auf der Agenda landen, über die kvhs Weimarer Land, die in einem eigenen Podcast unter anderem über die Arbeit von regionalen Initiativen, Vereinen und Projekten informiert², um unter den Zuhörer*innen das Bewusstsein für lokale Angebote zu stärken, bis hin zum Smart-Phone-Stammtisch für Senioren an der vhs Hofer Land³, der nicht nur der Vereinsamung im Alter vorbeugen soll, sondern durch Aufklärungsarbeit zum souveränen Umgang mit digital verfügbaren auch einen wichtigen Beitrag zur demokratischen Meinungsbildung.

Über das Jahr verteilt sprachen wir für die Storytelling-Reihe mit Mitarbeitenden aus 30 Volkshochschulen zu ihrer Arbeit, sammelten Fotos und Videos und schrieben ihre Geschichten in kurzen Beiträgen und Reportagen nieder, um sie auf unserer Webseite https://www.volkshochschule.de/bildungspolitik/zukunftsort-vhs/zukunftsort_vhs_demokratie.php zu veröffentlichen und über die Sozialen Medien sowie unseren Newsletter bekannt zu machen.

Im Jahr 2025 wird der DVV die Storytelling-Reihe mit einem neuen Schwerpunkt fortsetzen. Passend zum bundesweiten Jahresschwerpunkt „Future Skills“ fokussieren die Geschichten diesmal darauf, was Volkshochschulen für Unternehmen, Beschäftigte und Arbeitssuchende in Deutschland leisten. Zu lesen wird sein von Volkshochschulen, die mit gezielten Ausbildungsmaßnahmen dem Fachkräfteschwund in Mangelberufen entgegenreten, die Menschen unterstützen, die sich aufgrund von Stellenabbau neu orientieren müssen und von Volkshochschulen, die in Partnerschaft mit regionalen Unternehmen die Bildungsbedarfe einer digitalisierten und hoch dynamischen Arbeitswelt angehen. Mit diesen und weiteren Geschichten zeigen wir, dass

Volkshochschulen nicht nur Bildungseinrichtungen sind, sondern „Gesellschaftsveränderer“, die die Bildungslandschaft vor Ort prägen und als Partner von Wirtschaft und Politik innovative Konzepte umsetzen. So schaffen wir Verständnis für die Herausforderungen, denen sich Volkshochschulen und ihre Mitarbeitenden stellen müssen. Und im besten Falle tragen wir mit unserem Storytelling so dazu bei, die Notwendigkeit einer stabilen Finanzierung und langfristigen politischen Unterstützung für die Volkshochschulen zu unterstreichen.

Fazit

Mit Storytelling können wir als Verband die Arbeit von Volkshochschulen emotional erfahrbar machen und unsere Anliegen auch im politischen Raum verständlicher vermitteln. Damit uns dies auch in Zukunft gelingt, laden wir alle Volkshochschulen ein: Unterstützen Sie uns, teilen Sie Ihre Geschichten mit uns! Unter der Adresse redaktion@dvv-vhs.de erreichen Sie hierfür das Team der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des DVV, um uns von Erfolgen, Misserfolgen und Herausforderungen Ihrer Arbeit vor Ort zu erzählen. Vielleicht ist dann Ihre Geschichte unsere nächste Story. Auf das es uns gemeinsam gelingt, Aufmerksamkeit und politische Unterstützung zu generieren und so die Volkshochschulen auch in Zukunft stark zu machen!

Sabrina Basler

hat Anglistik und Buchwissenschaft (M.A.) an der Universität Erlangen studiert und im Anschluss zunächst als Produktmanagerin bei einem Bildungsverlag gearbeitet. Seit 2017 ist sie Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Deutschen Volkshochschul-Verband (DVV) und verantwortet dort im Team mit zwei Kolleg*innen die Kommunikationsarbeit des Verbandes, darunter die Pressearbeit, das vhs-Magazin *dis.kurs*, das Portal www.volkshochschule.de sowie die Social-Media-Auftritte des Verbandes auf Facebook, Instagram und LinkedIn.

¹ <https://www.volkshochschule.de/bildungspolitik/zukunftsort-vhs/demokratische-werte-vermitteln/vhs-detmold-lemgo-runder-tisch-diskutiert-europawahl-ergebnisse.php>

² <https://www.volkshochschule.de/bildungspolitik/zukunftsort-vhs/resilienz-gemeinschaftsgefuehl-schaffen/kvhs-weimarer-land-foerdert-regionale-verbundenheit-mit-podcast.php>

³ <https://www.volkshochschule.de/bildungspolitik/zukunftsort-vhs/resilienz-gemeinschaftsgefuehl-schaffen/vhs-hofer-land-gemeinsam-statt-einsam.php>

Denkzettel aufhängen

Die Plakatkampagnen der Münchner Volkshochschule

Susanne May

Die Plakatkampagnen der Münchner Volkshochschule (MVHS) gehören seit drei Jahrzehnten zur Öffentlichkeitsarbeit der Einrichtung. Als kommunales Weiterbildungszentrum, das einen öffentlichen Auftrag hat, zeigt sich die Einrichtung damit im öffentlichen Raum.

Bildung widerstrebt einer gängigen Logik der Produktwerbung. Sie ist kein fertiges Produkt, sondern vielmehr ein individueller Entwicklungs- und Aneignungsprozess mit offenem Ausgang. Deshalb müssen Plakatkampagnen einer Bildungseinrichtung diesen Unterschied verdeutlichen. Es geht darum, Denkprozesse im öffentlichen Raum anzustoßen.

Der MVHS war es gelungen, den international bekannten mit dem Design-Preis der Stadt München ausgezeichneten Graphiker Pierre Mendell zu gewinnen. Mendell prägte seit 1996 bis zu seinem Tod im Jahr 2008 das Erscheinungsbild der Münchner Volkshochschule. Gemeinsam mit dem Werbetexter Karl Michael Armer entstand eine außergewöhnliche Zusammenarbeit. Bereits die erste Plakatserie mit dem Titel: **IQ statt PS** wurde von der Allianz deutscher Designer in der Reihe der einhundert besten Plakate des Jahres 1998 ausgezeichnet. Es folgten Auszeichnungen von der Plakatjury der deutschen Städtemedien.



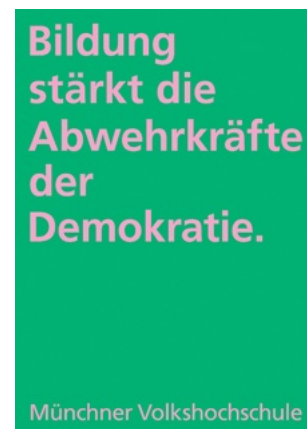
© Münchener Volkshochschule

Schließlich wurde die Kampagne „Auf Deutsch: Liebe“ in zehn Sprachen vom Fachverband für Außenwerbung mit

dem Plakat-Grand-Prix in Silber ausgezeichnet. Mit dem Wort: „**Liebe**“ in verschiedenen Sprachen wurde für die Sprachkurse geworben. Zugleich steckt in dieser Plakatserie sehr viel mehr drin. Denn sie erzählt von der Vielfalt der Liebe in der Vielfalt der Sprachen. Heute gehört sie zur Designsammlung der Pinakothek der Moderne.

Pierre Mendell war ein Meister der Reduktion: klare Farben, klare Formen und wenig Text, aber viel Witz, Wärme, Poesie und eben die Liebe zu den Menschen.

Seine Plakate, die er auch für die Inszenierungen der Bayerischen Staatsoper entwarf und die nahezu täglich auf den Anschlagflächen zu sehen waren, sprangen sofort ins Auge. „Auf den ersten Blick“ – heißt eines seiner Bücher. Für ihn war Plakatkunst ein Sekundenmedium.



© Münchener Volkshochschule

„Das gute Plakat sprengt die Wand, wie ein guter Filmschauspieler die Leinwand“ heißt es bei Raymond Savignac, den er gerne zitierte. Genau dieses ist Pierre Mendell in seinen Plakatkampagnen für die Münchner Volkshochschule gelungen.

Die aktuelle Kampagne des Jahres 2024: „**Bildung stärkt die Abwehrkräfte der Demokratie**“, die mit Karl Michael Armer entwickelt wurde, betont den untrennbaren Zusammenhang zwischen Bildung und Demokratie. Im Jahr 2024 wurde in vielen Veranstaltungen der Münchner Volkshochschule das 75. Jubiläum des Grundgesetzes gewürdigt.

Zugleich wurde daran erinnert, dass die Münchner Volkshochschule 1949 nach zwölf Jahren Terror und Indoktrination als Schule der Demokratie ins Leben gerufen wurde.

Die folgenden Plakate illustrieren den Zusammenhang zwischen Bildung und Demokratie. Eher spielerisch und assoziativ, möglichst ohne paternalistische Besserwisserei und gehobenem Zeigefinger.



© Münchener Volkshochschule

„Wann hast du das letzte Mal etwas zum ersten Mal gemacht?“ Bildung beginnt mit Neugierde. So hat Peter Bieri einmal gesagt: „Tötet man in jemandem die Neugierde, stiehlt man ihm die Chance, sich zu bilden“. Auch die Demokratie ist auf neugierige, lernbereite und offene Bürgerinnen und Bürger angewiesen.



© Münchener Volkshochschule

Streit ist ein Herzstück der Demokratie. Nur in Diktaturen wird nicht gestritten. Aber guter Streit muss gelernt werden. Daher: „Schöner streiten.“ Die Volkshochschule versteht

sich als ein öffentliches Forum für das Erlernen einer zivilen und demokratischen Streitkultur.

„Krieg ist die Nacht am helllichten Tag.“ Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine lädt die MVHS mit zahlreichen Veranstaltungen dazu ein, die Aufmerksamkeit für diesen verheerenden Angriffskrieg nicht zu verlieren.



© Münchener Volkshochschule

Die politische Polarisierung unserer Gegenwart drückt sich nicht zuletzt auch im Zulauf für rechtsextreme Bewegungen und Parteien aus. Dieses ist ein alarmierender Befund. Denn diese sind Gegner unseres freiheitlich demokratischen Gemeinwesens, die die Grundlagen unseres Zusammenlebens zerstören wollen. Daher: „Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie die Jahre 1933 bis 1945.“



© Münchener Volkshochschule

In der gesamten Kampagne, ausgewählte Motive werden hier vorgestellt, geht es im Kern um das, was Bildung insgesamt auszeichnet: Fragen stellen statt einfache Antworten geben, irritieren statt bestätigen.



© Münchener Volkshochschule

„Stell dir vor, du wärst auf der anderen Seite.“ Dieses Motiv lädt dazu ein, die Perspektive des anderen kennenzulernen. Denn „Die interessanteste Meinung ist die der anderen.“



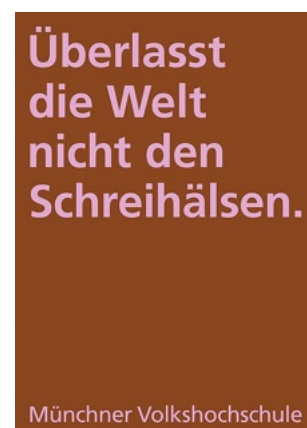
© Münchener Volkshochschule

Warum kommt man überhaupt zu unterschiedlichen Schlüssen? Wie gelingt es, den Sachverhalt aus der Perspektive des anderen zu sehen? Eine begründete Meinung bilde ich mir dann, wenn ich eine Sache aus verschiedenen Gesichtspunkten betrachtet und auf diese Weise zu einem dem Sachverhalt angemessenen Urteil komme. Die Volkshochschule bietet ein Übungsfeld für die Stärkung der politischen Urteilskraft. Dieser wird allerdings der Boden entzogen, wenn es nicht mehr gelingt, Tatsachen als Tatsachen anzuerkennen, und zwar auch dann, wenn sie unwillkommen oder beunruhigend sind.



© Münchener Volkshochschule

Deshalb gilt: „Bildung stärkt die Abwehrkräfte der Demokratie.“ Man könnte auch sagen: Bildung und Demokratie gehören zusammen wie die zwei Seiten einer Medaille. Denn die Demokratie ist auf informierte und urteilsfähige Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Und die Volkshochschule als Freiraum für Bildung und Begegnung gedeiht nur in einer freien und offenen Gesellschaft. Daher gilt: „Überlasst die Welt nicht den Schreihälsen.“



© Münchener Volkshochschule

Die Plakatkampagnen der MVHS sind auf den öffentlichen Plakatflächen der Stadt, in den Unterrichtshäusern der Volkshochschule, in städtischen Schulen, in Parkhäusern, in Buchhandlungen und privaten Wohnungen sowie in den sozialen Netzwerken zu sehen. Ihre Motive kann man auf Postkarten, Streichholzschachteln, Stoffbeuteln und Bleistiften entdecken. So haben sie dazu beigetragen, den urbanen Raum zu gestalten und die Volkshochschule als Schule der Demokratie zu stärken.

Dr. Susanne May

ist seit 1995 Programmdirektorin und Geschäftsführerin der Münchner Volkshochschule.

Das Herrenbergurteil

Sven Meyer

Obwohl das „Herrenberg-Urteil“ schon am 28. Juni 2022 gefällt wurde, fand es eigentlich erst 2024 richtig Eingang in das politische und öffentliche Bewusstsein, dann aber mit besonderem Nachdruck. In diesem Urteil hatte das Bundessozialgericht den Fall einer Musikschullehrerin bewertet und die Kriterien für Scheinselbstständigkeit noch einmal konkret ausgeführt. Das Urteil und das Agieren der Sozialversicherungsträger erzeugten bei Institutionen und Dozent*innen im Bereich der Außerschulischen Bildung daraufhin allgemein große Unsicherheit. Für die Berliner Musikschulen, aber auch die Volkshochschulen (VHS) und ihre Dozent*innen schien die Situation existenzbedrohend. Es war ganz klar, dass hier schnell eine Lösung gefunden werden musste, damit der Betrieb der Musik- und Volkshochschulen weitergehen kann und die Arbeitsplätze der Dozent*innen abgesichert werden. Der Senat gab daher Rückendeckung und die Zusicherung, das Angebot ohne rechtliche Konsequenzen für Einzelne fortsetzen zu können. Trotzdem gab es einzelne Bezirke, wie Reinickendorf, die sich weigerten, weitere Honorarverträge zu schließen und so die Lage für die Dozent*innen unnötigerweise verschärften. Hier konnte u. a. durch politischen Druck der SPD-Fraktionen der Landes- und Kommunalebene ein Einlenken erreicht werden. Das Angebot der VHS zu gewährleisten und die Verträge der Beschäftigten erst einmal weiterzuführen, war ein wichtiger Schritt.

Was hatte sich aber durch das Herrenberg-Urteil geändert? Tatsächlich war es kein revolutionäres Urteil, sondern setzte die vorangegangene Rechtsprechung fort. Die Sozialgerichte urteilten seit längerem bezogen auf die Frage des Vorliegens einer selbstständigen Tätigkeit deutlich restriktiver. Hierbei geht es vor allem darum, inwieweit eine Person selbst ein unternehmerisches Risiko trägt, und inwiefern diese weisungsfrei arbeitet, was u. a. mit Fragen zusammenhängt, inwiefern die Räumlichkeiten eines Betriebes genutzt werden, in welchem Umfang die Person in die

Handlungsabläufe dort eingebunden ist, ob sie Kunden durch das Unternehmen zugewiesen bekommt und wer die Abrechnung der Tätigkeit übernimmt. Treffen diese Punkte zu, ist davon auszugehen, so die Gerichte, dass es sich nicht um eine eigene unternehmerische Tätigkeit handelt, sondern tatsächlich um eine sozialversicherungspflichtige Anstellung. Die Entscheidung des Bundessozialgericht im Rahmen des Herrenberg-Urteils ist daher so in der Sache nicht neu, wurde jetzt aber konsequent im Bereich der Bildung angewandt. Denn gerade in der außerschulischen Bildung, über Musikschulen und VHS hinausgehend, ist es üblich, vor allem freie Dozent*innen zu engagieren. Dies ermöglicht eine hohe Flexibilität, sowohl bezogen auf das inhaltliche Angebot als auch auf Schwankungen bei der Nachfrage von Kursen. Gleichzeitig bedeutet der Verzicht auf Festangestellte eine Kostenersparnis. Der Verzicht auf das System der Honorarkräfte erzeugt deshalb die durchaus berechtigte Angst, viele Angebote in der bisherigen Form und Vielfalt für die Berliner*innen so nicht mehr anbieten zu können. Zumindest könnte dies mit Festangestellten eine größere Herausforderung werden.

Demgegenüber steht eine Prekarisierung auf Seiten der Beschäftigten im Außerschulischen Bildungsbereich. Bei den VHS gibt es praktisch keine Festanstellungen für Dozent*innen und bei den Musikschulen hat nur knapp ein Viertel einen festen Vertrag. Das bedeutet, dass die Beschäftigten an den VHS oft nicht ausreichend abgesichert sind. Für sie gibt es nur eingeschränkte Mitspracherechte oder Interessensvertretungen, da das Betriebsverfassungsgesetz oder das Personalvertretungsgesetz grundsätzlich nur für abhängig Beschäftigte gilt.¹ Diese Rechte, mit denen Einfluss auf die Gestaltung von Arbeitszeiten, von Arbeits- und Gesundheitsschutz und vielen weiteren zentralen Aspekten des eigenen Arbeitsplatzes genommen werden kann, gelten für Honorarkräfte damit nicht.

¹ Der § 11 des Erwachsenenbildungsgesetzes in Berlin (EBiG) sieht aber als Beteiligungsmöglichkeit zumindest eine Kursleitendenvertretung vor.

Gleichzeitig unterscheiden sich die persönliche Situation und die Präferenzen, wie man arbeiten möchte, der einzelnen Dozent*innen. So gibt es Dozent*innen, die neben ihrer Tätigkeit als Dozent*in gut abgesichert sind und ihre Flexibilität als freie Mitarbeiter*innen nicht aufgeben wollen. Andere wiederum, die nicht abgesichert sind und die eigene Situation als besonders prekär empfinden, wünschen sich eine Festanstellung. Hier stellt sich ganz grundsätzlich die Frage, warum ausgerechnet in diesem Bereich der Bildung in solch großem Umfang mit Honorarkräften gearbeitet wird und nicht mit Festanstellungen und ob dies in dieser Form wirklich notwendig ist.

Die Lage ist nicht einfach. Wie eine Lösung im Sinne der VHS als Institution, der Beschäftigten und der Nutzenden aussehen soll, wurde infolgedessen auch in meiner Fraktion sehr kontrovers diskutiert. Wie können wir die verschiedenen Interessen zusammenbringen? Welche Interessen wiegen schwerer, die der öffentlichen Bildung oder die der Sozialversicherungsträger, die Interessen der Kolleg*innen, die ihre Flexibilität beibehalten wollen oder die derjenigen, die einen sicheren und sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz anstreben, die der Kolleg*innen, die echte betriebliche Mitbestimmung wollen oder die derjenigen, die sich an keinen Betrieb binden wollen?

Diese durchgehende Ambivalenz, mit sich an vielen Stellen widersprechenden Ansichten, zeigt sich so auch in der Formulierung der Berliner Bundesratsinitiative. Es soll die Möglichkeit von Honorarverträgen im Bildungsbereich weiter gegeben sein, gleichzeitig sollen aber die Position von denen, die eine Festanstellung anstreben, gestärkt werden. Ein möglicher Kompromiss, der in diesem Zusammenhang diskutiert wird, ist das sogenannte „Drei-Säulenmodell“². Man würde dabei die Dozent*innen in drei Gruppen aufteilen: sozialversicherungspflichtige Angestellte, feste Freie Mitarbeitende, die zwar als Honorarkraft tätig sind, aber für die Sozialabgaben abgeführt werden, und Freie Mitarbeitende.

Diese Trennung der Mitarbeitende zieht viele Fragen nach sich, die vor der Umsetzung gut beantwortet werden müssen: Ist diese Einteilung in dieser Form überhaupt rechtssicher? Nach welchen Kriterien sollen die Mitarbeitenden den Gruppen zugeteilt werden? Eventuell gibt es sehr viel mehr Interessent*innen für eine Festanstellung, als eine Volkshochschule beschäftigen möchte. Würde eine solche Einteilung tatsächlich die Situation der Mitarbeitenden verbessern? Oder wäre eine solche Regelung sogar ein Einfallstor für eine Verfestigung prekärer Arbeit und könnte zukünftig als Vorbild dazu dienen, auch in anderen Bereichen stärker mit Honorardozent*innen zu arbeiten, da es durch eine Aufweichung des Arbeits- und Sozialrechts für Arbeitgeber attraktiver wäre? Wer würde daher letztlich davon profitieren? So stellen sich in diesem Zusammenhang sehr viele Fragen, die aktuell noch offen sind.

Zumindest bezüglich der Musikschulen, die in einer vergleichbaren Situation sind wie die VHS, sehen wir als SPD-Fraktion das Herrenberg-Urteil als Chance, jetzt die prekäre Situation der Dozent*innen durch Festanstellungen zu verbessern und eine Stärkung betrieblicher Mitbestimmung für das Bildungssystem zu erreichen. Darüber hinaus sehen wir zusätzlich die Chance für eine Professionalisierung durch langfristige Bindungen, Kontinuität und feste Strukturen. Gleichzeitig ein möglichst breites Angebot zur Verfügung stellen zu können, würde allerdings eine tiefgreifende Umstrukturierung bedeuten. Um auf Nachfragen in den einzelnen Bezirken schnell reagieren zu können, um Kurse unbürokratisch dort anbieten zu können, wo diese nachgefragt werden, müssen wir deshalb genau prüfen, ob und wo eine enge Zuordnung der Musikschulen an die Bezirke langfristig sinnvoll bleibt oder, ob wir dazu übergehen müssten, Berlin als Ganzes zu betrachten. Statt also einfach bisherige Strukturen als gegeben anzunehmen, müssen wir das Herrenberg-Urteil dafür nutzen, die Musikschulen gezielt weiterzuentwickeln. Dies gilt genauso für die VHS.

Durch den neuen § 127 im SGB IV haben wir nun bis Ende 2026 Zeit gewonnen. Eine Übergangszeit, die wir dringend

² Siehe hierzu das Positionspapier der Gesellschaft zur Förderung der Erwachsenenbildung in Berlin „Zehn Thesen zur Zukunft der Beschäftigungsstruktur des pädagogischen Personals der Volkshochschulen (VHS)“

<https://www.vhs-foerdergesellschaft-berlin.de/publikationen/>

nutzen müssen, um beides zu schaffen, die Rechte der Beschäftigten zu stärken und unsere wichtigen Bildungseinrichtungen zukunftssicher aufzustellen. Dafür ist es wichtig, jetzt nicht ewig abzuwarten, sondern zügig die genannten Herausforderungen anzugehen.

Sven Meyer

ist seit der Wahl 2021 Mitglied des Abgeordnetenhauses und dort Sprecher für Arbeit und Ausbildung sowie Mitglied in den Ausschüssen für Arbeit und Soziales sowie Bildung, Jugend und Familie und schließlich Bundes- und Europaanliegenheiten, Medien. Zuvor studierte er an der Freien Universität Berlin Philosophie, Geschichte und Politik mit einem Schwerpunkt auf Medizinethik und Medizingeschichte. Anschließend arbeitete er bis 2021 als Dozent in der Ausbildung von Pflegekräften, Sozialassistenten und Sicherheitsmitarbeiter*innen, sowie in der Berufsorientierung.

Öffentlichkeit und Öffentlichkeitsarbeit auf einen Blick

Umgang mit Herausforderungen gesellschaftlicher Entwicklungen im Allgemeinen und dem „Herrenberg-Urteil“ im Besonderen an der Volkshochschule Reinickendorf

Stephanie Iffert

Volkshochschule ist öffentlich. Unter „Öffentlichkeit“ wird der Raum verstanden, der prinzipiell allen zugänglich ist und von allen eingesehen werden kann, und zwar unabhängig von Merkmalen wie Einkommen, Bildung, Geschlecht, Herkunft oder der Einbindung in Netzwerke. Dabei sind Offenheit, diskriminierungsfreier Zugang und Vielfalt nur Eingangsbedingungen für die Öffentlichkeit.¹

Volkshochschulen sind seit über 100 Jahren Bestandteil des öffentlichen Lebens. Sie stellen Öffentlichkeit her, wenn Menschen in Veranstaltungen und Kursen zusammenkommen und durch anschlussfähigem Lernen und Gesprächen in den Austausch gehen und gesellschaftlich relevante Bereiche öffentlichen Lebens weiterentwickeln. Dadurch soll die Demokratie geformt und gefestigt werden. Die pädagogisch Mitarbeitenden der Volkshochschulen planen und entwickeln sowohl angebots- als auch nachfrageorientiert ein breitgefächertes Programm, welches Bedürfnisse der Individuen und Bedarfe der Gesellschaft aufnimmt. Ziel ist, dass eine möglichst vielseitige Beteiligung in der Kommune zum Tragen kommt. Dabei wird nicht jede Volkshochschule für alle Menschen die passgenauen Angebote gleichermaßen vorhalten und auch nicht alle Menschen erreichen. Dennoch ermöglichen Erwachsenenbildungsgesetze der Bundesländer den knapp 900 Volkshochschulen ein deutschlandweites Kursangebot, welches sich in der Breite wie ein loses Bildungsnetzwerk über die gesamte Republik legt. Raumunabhängige Online-Kurse stabilisieren dieses Netzwerk zusätzlich, da hier die Verknüpfungen durch die erhöhte Reichweite und die räumliche Distanz der Teilnehmenden zunehmen.

Damit Volkshochschulen öffentlich sein können, müssen sie Räume zum Austausch und Lernen vorhalten, die grundsätzlich keine Menschen ausgrenzen. Die Vorgabe ist möglichst inklusiv, divers, offen und vorbehaltlos die Kurse zu

planen, anzubieten und die benötigte Infrastruktur bereitzustellen. Doch auch die öffentliche Erwachsenenbildung gerät unter Druck. Aus einigen Volkshochschulen gibt es Berichte, dass Kurse systematisch unterwandert werden von Menschen, die demokratiefeindliche Parolen in den Kursen verbreiten. Andere Volkshochschulen berichten, dass sie von rechtsextremen Populisten umworben werden. Die allgemeinen Geschäftsbedingungen der Berliner Volkshochschulen geben hier klar den Rahmen vor. Hilfestellung gibt es aus der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis.

Das Citizen Science Projekt „Wehrhafte Demokratie im Bildungswesen“ führt erstmals eine systematische Bestandsaufnahme durch. Das Projekt erfasst, wie Erwachsenenbildungseinrichtungen von Menschenfeindlichkeit und Rassismus fußendem Populismus betroffen sind und wie sie darauf reagieren. Es verbindet wissenschaftliche Perspektiven mit praktischen Erfahrungen und bindet Erziehungswissenschaftsstudierende als forschende Akteur:innen ein. Mit Unterstützung des Deutschen Volkshochschul-Verbands wird eine Onlinebefragung in ganz Deutschland durchgeführt. Ziel ist es, die Handlungsfähigkeit der Erwachsenenbildung zu sichern und wirkungsvolle Reaktionsformen zu identifizieren, um diese der Praxis zur Verfügung zu stellen.²

So haben Volkshochschulen als kommunale Einrichtungen weiterhin mannigfaltige gesellschaftliche Herausforderungen zu bewältigen, zu dem eine unsichere Finanzierung, eine unklare Gesetzeslage, unzulängliche Infrastruktur, sichtbarer Personal- und Fachkräftemangel oder Konkurrenzen mit anderen Weiterbildungseinrichtungen hinzukommen. Volkshochschulen befinden sich konstant in der Organisationsentwicklung, Selbstevaluation, Konsolidierung und Transformation. Dabei sind Prozesse oft langwierig und nicht selten auch ergebnislos, denn Volkshochschulen

¹ <https://www.berlin.de/politische-bildung/publikationen/broschueren/demokratie-und-digitalisierung-web-220809-2.pdf> (abrufbar am 16.03.2025)

² <https://www.uni-hamburg.de/transfer/transferprojekte-foerderung/transferprojekte/webi-wehrhafte-demokratie-im-bildungswesen.html> (abrufbar am 03.04.2025)

werden als kommunale Bildungseinrichtungen oft nachrangig berücksichtigt und unzureichend gefördert.

Die Aufgaben der Volkshochschulen erscheinen wieder einmal groß im Zeitalter der Zeitenwende und globaler Krisen. Im Erwachsenenbildungsgesetz vom Land Berlin ist aufgeführt, dass Volkshochschulen die Grundversorgung der Erwachsenenbildung zu sichern haben. Mit ihren Angeboten sollen Volkshochschulen als öffentliche Einrichtungen Menschen dabei unterstützen „die berufliche Existenz zu sichern, die Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben nach eigenen Vorstellungen zu verwirklichen sowie sich als Teil von Staat und Gesellschaft zu verstehen und an deren Gestaltung mitzuwirken.“³ (vgl. hierzu auch von Hippel 2022).

Hier kommt es besonders auf das professionelle Handeln der Programmplanenden und deren Zusammenarbeit mit den derzeit noch freiberuflichen Kursleitungen an, damit aus gesellschaftlichen Themen didaktische Konzepte entwickelt werden, die anschlussfähig sind und einen Mehrwert für die Gesellschaft bieten.

Zwei Themenschwerpunkte an der VHS Reinickendorf - Einsamkeit und Zukunftskompetenzen

Im Jahr 2025 haben wir zwei Themenschwerpunkte programmübergreifend pädagogisch weiterentwickelt. Zum einen beschäftigen wir uns mit der gesellschaftlichen Notwendigkeit, gegen die zunehmende Einsamkeit auch junger Menschen etwas anzubieten. Seit Juni 2022 erarbeitet das Bundesgesellschaftsministerium federführend eine Strategie gegen Einsamkeit.

„Einsamkeit entsteht, wenn die eigenen sozialen Beziehungen nicht den persönlichen Wünschen und Bedürfnissen entsprechen. Der empfundene Mangel kann sich sowohl auf die Zahl der Kontakte als auch auf die Tiefe und Enge der Bindungen beziehen. Einsamkeit ist ein subjektives Gefühl, daher sind die Ursachen für Einsamkeit individuell und

lassen sich nur schwer verallgemeinern. Von Einsamkeit sind sowohl ältere als auch jüngere Menschen betroffen. Besonders gefährdet sind Menschen in Übergangssituationen im Leben, wie dem Einstieg in Studium, Ausbildung, Beruf und Rente oder wenn die Person von einem Schicksalsschlag ereilt wird, etwa einer Trennung oder dem Verlust eines geliebten Menschen. Alleinlebende, Alleinerziehende, Singles, pflegende Angehörige sowie Menschen mit Migrationshintergrund, eingeschränkter Mobilität, gesundheitlichen Problemen, niedriger Bildung oder geringen finanziellen Möglichkeiten haben ein erhöhtes Risiko, von Einsamkeit betroffen zu sein.“⁴

Von den fünf Zielen aus der Strategie gegen Einsamkeit haben wir zwei Ziele mit in das pädagogische Konzept aufgenommen. Die Öffentlichkeit soll sensibilisiert werden und das Thema Einsamkeit besprechbar gemacht werden. Menschen mit Einsamkeitserfahrungen sollen niedrigschwellige und barrierefreie Zugänge zu bedürfnisorientierten Angeboten erhalten.⁵ Wir sind zu diesem gesellschaftlich relevanten Thema in der Kommune vernetzt und in Austauschgruppen unterwegs. Bereits im Jahr 2024 fand ein Einsamkeitsgipfel im Bezirk statt, bei dem es Vorträge und Workshops zu der Thematik gab. Regelmäßig trifft sich eine Einsamkeits-AG bestehend aus Mitarbeitenden des Bezirksamts, interessierten Einrichtungen und Betroffenen, die gemeinsam daran arbeiten, die Ziele der Bundesregierung umzusetzen und die Probleme in der Kommune zu reduzieren.

Die Volkshochschule Reinickendorf bietet in Zusammenarbeit mit dem Ehrenamtsbüro eine Schulung von Ehrenamtlichen zu dem Thema Einsamkeit und Kurse und Informationsveranstaltungen für Betroffenen und Interessierten an. Zudem erarbeiten wir Konzepte, wie Angebote für von Einsamkeit betroffenen Menschen besser angepasst werden können. Im Programmheft des Frühjahrssemester 2025 haben wir die Öffentlichkeit zu dem Thema Einsamkeit durch ein abgedrucktes Interview der Einsamkeitsbeauftragte des Bezirksamts sensibilisiert. Eine aufsuchende Bildungsarbeit ist für Menschen, die von Einsamkeit betroffen sind,

³ Siehe insbesondere Teil 4, § 6 Absatz 2 des Berliner Erwachsenenbildungsgesetzes vom 07.06.2021: <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-ErwBiGBEP6> (abrufbar am 16.03.2025)

⁴ <https://www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/engagement-und-gesellschaft/strategie-gegen-einsamkeit-201642> (abrufbar am 16.03.2025)

⁵ Ebd. (abrufbar am 16.03.2025)

besonders bedeutsam. Wir sind Kooperationspartner in dem von der EU geförderten Entwicklungsprojekt „Bildungsbrücken aufbauen im Märkischen Viertel“. Ausgehend von einer Umfeld- und Bedarfsanalyse entwickelt der Projektträger Chance gGmbH ein Modellkonzept für ein Angebot aufsuchender Bildungsarbeit für inaktive/zurückgezogene lebende Menschen im Märkischen Viertel. Die Entwicklung des Konzepts richtet sich einerseits konkret auf die Zielgruppe der 50 - 67-Jährigen im Märkischen Viertel aus und hofft dabei auch anderen Städten und Quartieren als Modell zu dienen. Die Volkshochschule Reinickendorf intensiviert bereits mit dem vhs-Lerntreff im Märkischen Viertel die aufsuchende Bildungsarbeit, in dem sie in den Sozialraum geht und mit den Stadtteilzentrum Vor-Ort Menschen einlädt am Lernen und Austausch teilzunehmen. Das Einsamkeitslogo des Bezirksamts, welches in der Geschäftsstelle der Volkshochschule angebracht wurde, verweist auf den sensiblen Umgang der Mitarbeitenden mit dem Thema. Ein nennenswerter Faktor gegen Einsamkeit sind Bildung und Lebenslanges Lernen. Hierzu tragen 1.500 Kurse an denen über 15.000 Menschen in 2024 teilgenommen haben bei.

Einen weiteren didaktischen Schwerpunkt haben wir bei den Zukunftskompetenzen angesetzt. In einer sich schnell verändernden Welt benötigen Individuen besondere Fertigkeiten und Fähigkeiten, um diesen Wandel erfolgreich zu gestalten. Oft wird dabei von Future Skills oder Zukunftskompetenzen gesprochen. Diese Kompetenzen sind entscheidend, um Herausforderungen zu bewältigen und sich an gesellschaftlichen Veränderungen anzupassen, indem innovative Lösungsansätze gefunden werden und neue Technologien entwickelt werden. Individuen lernen auch im Erwachsenenalter weiter, um für die Zukunft gut aufgestellt zu sein. Während die Partner der Nationale Weiterbildungsstrategie (NWS)⁶ beim Strukturwandel ausschließlich auf berufliche Weiterbildung setzen, um den tiefgreifenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Veränderungen und insbesondere dem digitalen Wandel zu begegnen, teilen wir die Engfassung auf berufliche Weiterbildung mittels Ökonomisierung und Verwertbarkeit nicht, wenngleich ein Teil des

Angebotes darauf abzielt, überfachliche Kompetenzen für das Berufsleben weiterzuentwickeln. Ohnehin ist die anhaltende Aufteilung zwischen beruflicher und allgemeiner Weiterbildung weiterhin zu beleuchten. Das Problem der Ökonomisierung von Bildung ist seit der realistischen Wende (Siebert 2009) kleiner geworden. Bildung und Wirtschaftlichkeit schließen sich nicht mehr per se aus. Heute kommt es immer wieder bei der Nutzenbetrachtung von Weiterbildung zu einer Engfassung auf eine berufliche Verwertbarkeit. Auch der neue Umsatzsteuer-Anwendungserlass wird zeigen, ob bezüglich einer Umsatzsteuerbefreiung Weiterbildung in berufliche und allgemeine getrennt gefasst werden wird.⁷

Wir sehen Lebenslanges Lernen als Kompetenzerwerb, der zur kritischen Auseinandersetzung und gesellschaftlicher Teilhabe befähigen soll und dabei kulturelle, politische und berufliche Weiterbildung gleichermaßen bedenkt. So geht es auch darum, Inhalte anzubieten, die Individuen ermöglichen Kompetenzen für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu entwickeln, die für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sorgen. Dabei werden unter dem Begriff Future Skills nicht nur eine Vielzahl von Kompetenzen, sondern je nach Betrachtungsweise, auch sehr unterschiedliche Kompetenzen zusammengefasst. Der Stifterverband führt einige Zukunftskompetenzen auf, an denen wir uns orientiert⁸ und für das Frühjahr 2025 programmbereichsübergreifend eine Auswahl von Kursen zusammengestellt haben, in denen sich die Kompetenzen Digital Literacy, Lösungsfähigkeit, Diversitätskompetenz und Dialog- und Konfliktfähigkeit entwickeln lassen.

Unter Digital Literacy oder digitale Kompetenz verstehen wir an der Volkshochschule Reinickendorf die Fähigkeit, digitale Technologien und Medien effektiv und kritisch zu nutzen. Dazu gehören Kenntnisse im Umgang mit Computern, Software, Internet und sozialen Medien sowie das Verständnis von Online-Sicherheit, Datenschutz und Informationsbewertung. Unter Lösungsfähigkeit verstehen wir die Fähigkeit, Probleme oder Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen und Lösungen zu finden. Dies umfasst

⁶ https://www.bmbf.de/DE/Bildung/Weiterbildung/BeruflicheWeiterbildung/NationaleWeiterbildungsstrategie/nationaleweiterbildungsstrategie_node.html (abrufbar am 16.03.2025)

⁷ <https://www.berlin.de/sen/arbeitsweiterbildung/umsatzsteuerbefreiung/> (abrufbar am 16.03.2025)

⁸ [Future Skills 2021 | Stifterverband](#) (abrufbar am 04.04.2025)

verschiedene Aspekte, wie analytisches Denken, Kreativität, Entscheidungsfindung und die Fähigkeit, Ressourcen effektiv zu nutzen. Unter Diversitätskompetenz verstehen wir die Fähigkeit, Vielfalt in verschiedenen Formen zu erkennen, zu schätzen und konstruktiv mit ihr umzugehen. Dies umfasst das Verständnis und die Wertschätzung von Unterschieden in Bezug auf Kultur, Geschlecht, Alter, sexuelle Orientierung, Behinderung und andere Merkmale. Diversitätskompetenz beinhaltet die Fähigkeit, Vorurteile abzubauen, inklusive Umgebungen zu schaffen und die Bedürfnisse unterschiedlicher Gruppen zu berücksichtigen. Unter Dialogfähigkeit verstehen wir die Fähigkeit, aktiv zuzuhören, Empathie zu zeigen und respektvoll mit anderen Meinungen umzugehen. Hierzu haben wir im Programmheft Kurse aufgeführt, die die Entwicklung der angegebenen Kompetenzen unterstützen können. Ein Interview mit einer Berufsberaterin für Menschen im Erwerbsleben von der Agentur für Arbeit, die in Kooperation mit der Volkshochschule Beratungen durchführt, rundet den Blick auf Future Skills ab.

Programmbereichsübergreifend Themen und Angebote zu entwickeln ist aus meiner Sicht die Königsdisziplin der professionell Planenden, denn es bedarf in erhöhtem Maße Abstimmungs- und Aushandlungsprozesse zwischen den pädagogischen Mitarbeitenden, da gemeinsame Themen gefunden, pädagogische Konzepte entwickelt, sowie in verschiedene Programmbereiche integriert werden müssen. Diese erfordert ein hohes Maß an Absprachen. Wie können Themen, wie Einsamkeit und Future Skills von den verschiedenen Programmbereichen umgesetzt werden? Die Antwort ist komplex. Unser pädagogisches Team arbeitet in der Zusammensetzung erst seit zwei Jahren zusammen, da es in den letzten Jahren viele personelle Umbrüche gab und die Organisation sich noch entwickelt. Es ist wichtig für ein gemeinsames Selbstverständnis solche Fragestellungen zu behandeln. Was wollen wir für den Bezirk? Was können wir gemeinsam für die Menschen tun? Was ist unser gemeinsames Verständnis von Bildung und Lebenslangen Lernen? Welche Zielgruppen wollen wir erreichen? Wer sind unsere Adressat:innen?

Volkshochschulen tun sich schwer im öffentlichen Raum

Volkshochschulen sind Bestandteil des öffentlichen Lebens und tun sich dennoch schwer mit der Sichtbarkeit im öffentlichen Raum, besonders im digitalen Raum. Erwachsenen-/Weiterbildung ist prinzipiell freiwillig und interessengeleitet, deshalb nutzen Volkshochschulen Öffentlichkeitsarbeit, um Öffentlichkeit herzustellen, da neue Kurse beworben werden, damit Menschen davon Kenntnis erlangen.

Wie wir uns informieren und miteinander kommunizieren, hat sich durch die Digitalisierung erweitert. Zusätzlich zu den Leitmedien Fernsehen, Radio und Tageszeitungen ermöglichen soziale Netzwerke, Video-Plattformen, Blogs und andere Dienste wie KI sich zu vernetzen und zu informieren. Die Beschaffung von Informationen ist einfacher aber durch Fake News und Algorithmen auch unübersichtlicher geworden. Kommunikationsstrukturen und Kommunikationsräume haben sich geändert und somit auch das Adressierungsmuster von Bildung. Zur Öffentlichkeitsarbeit der Volkshochschulen gehören unterschiedliche Medien, denn durch Zielgruppen- und Milieuforschung wissen wir, dass nicht alle Personen gleichermaßen angesprochen werden können. Printmedien, Webseiten, Stände, aufsuchende Bildungsarbeit, Netzwerke, Kooperationen, Newsletter, Aktionen, die Bandbreite ist groß, derer Volkshochschulen sich bedienen, um im öffentlichen Raum präsent zu sein und ihren gesetzlichen Auftrag sichtbar zu machen. Dabei kann das Programmheft als ein Leitmedium der Volkshochschule verstanden werden. Auch die Webseiten der Berliner Volkshochschulen informieren über das Angebot der Volkshochschule. In Berlin entwickelt das Marketingteam des Servicezentrums eine Strategie und ist auf vielen Kanälen unterwegs, damit die Sichtbarkeit der Berliner Volkshochschulen größer wird. Viele Volkshochschulen nutzen soziale Netzwerke, um über ihre Arbeit zu informieren und Kurse zu bewerben, doch fehlen häufig personelle Ressourcen um Social-Media-Kanäle mit Content ausreichend zu bespielen.

Nafroth stellt die These auf, dass Weiterbildung ganz anders und wirksamer kommuniziert werden sollte und die sich verändernde Informationskultur der Menschen bedienen

müsse, damit Bildungsangebote wahrgenommen werden. Am besten tun Weiterbildungseinrichtungen dies, indem sie an die Orte gehen, wo die Menschen sind, so dass über Weiterbildungsangebote geredet werden muss und diese so interaktiv sein sollte, dass die betrachtenden Personen einbezogen werden. Er führt interessante Beispiele auf, denen gemeinsam ist, dass sie irritieren, humorvoll sind und neugierig machen, denn der Clou bei Nafroth ist, dass er überlegt, wie man kostengünstig und etwas per „Guerilla-Marketing“ agieren kann. (Nafroth, 2023)

Das Programmheft hat in Reinickendorf noch nicht ausgedient

Einige Volkshochschulen haben das Programmheft nach der Pandemie abgeschafft, teilweise um Kosten zu sparen oder um über andere Märkte neue Teilnehmende zu gewinnen, da davon auszugehen ist, dass Stammkund:innen auch ohne Programmheft weiter ihre Kurse finden. Zudem soll ein verstaubtes Image abgelegt werden und hierbei scheint ein gedrucktes Heft, das altbackene Bild einer Verwaltung zu bestätigen. Auch wir diskutieren jedes Semester neu, wohin sich Programmheft und Öffentlichkeitsarbeit entwickeln sollen.

In der Regel ist das Programmheft nicht nur der zentrale Produktkatalog einer Volkshochschule, um über das komplette Programm der jeweiligen Einrichtung zu informieren, sondern hat vielfältige Aufgaben und Funktionen in Richtung außen und innen (vgl. hierzu Käßlinger, 2021). Viele Volkshochschulen verfügen über ein eigenes Archiv dieser wichtigen Zeugnisse der Bildungsarbeit. Auch die Volkshochschule Reinickendorf verfügt über alle Programmhefte seit 1945. Natürlich haben sich sowohl das Such- als auch das Anmeldeverhalten der Teilnehmenden in den letzten Jahren verändert. Viele Anmeldungen erfolgen über Benutzerkonten oder es werden Anmeldeformulare per E-Mail verschickt. Dies geht einher mit veränderten Informations- und Kommunikationsstrukturen. Noch in den 2000er Jahren gab es lange Schlangen vor der Volkshochschule beim Anmeldebeginn zum Semesterstart. Hier hat die Digitalisierung für Veränderungen gesorgt, aber vielleicht auf für weniger Sichtbarkeit der Volkshochschulen, da die Anmeldeschlangen vor Volkshochschulen auch anzeigten wie gefragt die

Volkshochschulen waren. Ein Social-Media-Account selbst mit 1.000 Follower kann leicht trostlos wirken angesichts anderer Social-Media-Followerzahlen.

Auch merken wir, dass besonders die Such- und Anmeldeprozesse trotz Digitalisierung nicht für alle automatisch zugänglicher und einfacher geworden sind. Besonders die unübersichtliche und technisch eher altmodisch wirkende Kurssuche der Berliner Volkshochschulen beim gemeinsamen Webseitenauftritt zeichnet sich nicht durch Benutzerfreundlichkeit und moderner Ausstrahlung aus. Das komplizierte Anmeldeverfahren und die fachlichen Fragen zur Passgenauigkeit der Kurse zeigen uns im Arbeitsalltag die Vielfalt der Herausforderungen und Beratungsanliegen, die Menschen haben, um den passenden Kurs zu finden. Es geben weiterhin viele Menschen ihre Anmeldeformulare persönlich ab oder schicken diese per Post. Wir müssen leider davon ausgehen, dass wir Menschen durch diese Barrieren beim Such und Anmeldeverfahren verlieren oder gar nicht erst erreichen.

Die Relevanz von Programmheften für die Bildungsforschung ist nicht zu unterschätzen.

Dennoch stellt sich für die Praxis zunehmend die Frage, wen erreichen wir mit dem Programmheft oder wofür gestalten und drucken wir das Programmheft noch? Es müssten großangelegte Umfragen erhoben und ausgewertet werden, wie Menschen auf die Volkshochschule aufmerksam werden. In 2023 haben wir in Reinickendorf über den Zeitraum von einem halben Jahr 400 Teilnehmende bei der Anmeldung über E-Mail gefragt, wie sie auf uns aufmerksam geworden sind. Dabei konnten wir nicht unterscheiden, ob sich die Teilnehmenden das erste Mal zu einem Kurs angemeldet haben oder schon häufiger Kurse belegt haben. 50 Personen haben uns geantwortet, dabei wurde das Programmheft zweimal genannt. Sehr viel häufiger war die Nennung über Online-Suche und über die Empfehlung durch andere Menschen. Das Programmheft wird nur im Bezirk ausgelegt, viele Menschen, die unsere Kurse buchen, kommen aus dem gesamten Stadtgebiet bzw. aus dem Bundesgebiet. Das heißt, in jedem Fall ist zu schlussfolgern, dass der Internetauftritt eine andere Reichweite hat, nämlich über die Bezirksgrenze hinaus. Das Programmheft erhöht die Sichtbarkeit der Volkshochschule im Bezirk über

die vielen ausgelegten Stellen. Regelmäßig aktualisieren wir unseren Verteiler und fragen bei den Auslegestellen nach, ob die Programmhefte mitgenommen werden. Auch das benötigt personelle Ressourcen.

Wie gestalten wir das Programmheft, wenn wir weiterhin daran festhalten wollen?

Wir befinden uns in Reinickendorf in einer Übergangsphase. Unser Programmheft verändert sich von Semester zu Semester. 2021 wurde nach dem pandemiebedingten Lockdown das erste Heft als Magazin ohne Auflistung der Kurse herausgegeben. Danach folgten Hefte mit Magazinteil und einem reduzierten Informationsgehalt zu den Kursangeboten. Fester Bestandteil des Programmhefts sind das Grußwort von der politischen Ebene, die Beschreibung zum Anmeldeverfahren, Lernorte, Ansprechpersonen und FAQs und die allgemeinen Geschäftsbedingungen. Im Magazinteil greifen wir programmbereichsübergreifende Themen auf. So sind im Frühjahrssemester 2025 alle Bildungszeitkurse auf einer Seite gebündelt, alle Online-Kurse mit technischen Zugangsvoraussetzungen gebündelt, alle Kurse in einer Lehrstätte, die Monatshighlights und unsere Themenschwerpunkte. Ziel ist es den Menschen im Bezirk transparent aufzuzeigen, wie wir gesellschaftliche Themen aufgreifen und didaktisch umsetzen.

Die Kurse der jeweiligen Programmbereiche werden seit 2021 in übersichtlichen Tabellen dargestellt. Die Tabellen ermöglichen einen schnellen Überblick über die Kurse, ohne dass Lesende in einem großen Katalog wälzen müssen. Doch bereits nach der ersten Ausgabe in 2021 haben wir gemerkt, dass auch dieses zu Schwierigkeiten führte. Aus den Überschriften war der Inhalt des Kurses nicht zu identifizieren. Dies führte zu erhöhten telefonischen oder digitalen Nachfragen. Auch nahmen die Beschwerden zu, wenn die Thematik des Kurses nicht passte. Einige Kurse benötigten besondere Hinweise zur Kursdurchführung, wie z.B., mitzubringendes Material. Diese Hinweise ließen sich in den Tabellen nicht unterbringen. Wir mussten die Informationen ständig anpassen. Wir nutzen QR-Codes, die auf die jeweiligen Kurse mit den Ankündigungstexten verweisen. Diese erweitern das gedruckte Heft und verknüpfen den analogen und den digitalen Raum miteinander.

Kurstexte gibt es nur noch online. Allerdings lassen sich durch das IT-Fachverfahren Lehrpläne von allen Kursen mit Ankündigungstexten erstellen, so dass die Kurstexte eines Semesters nicht verloren gehen. Sie werden zur Archivierung zusätzlich ausgedruckt oder digital aufbewahrt.

Die Auffassung der Programmbereichsleitenden, welche Inhalte sie für ihre jeweiligen Programmbereiche als wichtig erachten, weicht voneinander ab. Im Bereich Grundbildung geht es im Programmheft z.B. eher darum Multiplikator*innen anzusprechen, bzw. ein sensibles Thema öffentlich wirksam darzustellen. Es wird weniger erwartet, dass geringliteralisierte Menschen aus dem Programmheft Informationen zu passgenauen Kursen entnehmen.

Die Programmbereiche, in denen es viele Kurse mit einer hohen Bindung von Teilnehmenden gibt, wollen die Informationen so aufbereiten, dass die Kurse von den Teilnehmenden schnell gefunden werden. Hier sind Informationen, wie eine nachvollziehbare Kursnummernvergabe, gleichbleibende Überschriften, Lernorte und Hinweise zu Kursleitungen wichtig. Menschen, die sich für einen Integrationskurs oder einen Einbürgerungstest anmelden möchten, kommen vorab in die obligatorische Beratung und werden gleich Vor-Ort angemeldet. Diese Teilnehmenden kommen nicht über das Programmheft zu uns. Dennoch führen wir auch hierzu alle wichtigen Hinweise auf. Neue interessierte Personen suchen aufgeschlüsselt nach Themen, Zeitfenster und Lernorten. Auch hier hilft eine übersichtliche Struktur.

Für das Programmheft im Herbst 2025 haben wir diskutiert, ob wir die Kurse nicht nach Programmbereichen sortiert auflisten sollten, sondern nach Lernorten. Dies erschien in Reinickendorf aufgrund der dezentralen Lage der Unterrichtsorte angemessen, bringt aber das Problem mit sich, dass eine Vielzahl von Lernorten, die nicht an den fünf Lehrstätten stattfinden, nicht abgebildet werden können. So haben wir auch diese Idee verworfen und wollen im Herbst 2025 wieder Kursankündigungstexte im Programmheft aufnehmen, damit wir wieder ein vollständiges Programmheft haben. Das Programmheft ist der materialisierte Ausdruck (Gieseke, 2015), dass die Programmplanung für ein jeweiliges Semester erfolgreich abgeschlossen wurde. Dabei ist ein fertiggestelltes Programmheft ein schönes Erfolgserlebnis. Es bietet auch dem Team einen Moment des

Innehaltens und das Gefühl gemeinsam etwas erreicht zu haben, wenn wir davon ausgehen, dass sich alles andere nur im Prozess und in der Transformation befindet. Eine wesentliche Frage, die für uns noch zu beantworten ist, wie können wir als Volkshochschule den digitalen Raum für unsere Bildungsarbeit nutzen? Können Bildungsformate auch in den sozialen Netzwerken oder über Podcasts angeboten werden, wenn weiterhin das Problem besteht, dass die Leistung einer Volkshochschule an den durchgeführten Unterrichtseinheiten und der Weiterbildungsdichte gemessen wird? Hier stehen diese nicht unumstrittenen Indikatoren einer Weiterentwicklung im Weg und dennoch ist es zunehmend wichtig, den digitalen Raum zu nutzen.

Natürlich ist die Programmplanung nicht mit dem gedruckten Heft beendet. Wir sagen, nach der Planung ist vor der Planung. Es werden neue Kurse innerhalb des Semesters geplant, wenn neue Kursleitungen interessante Angebote abgeben oder Kurse in einer Reihe fortgesetzt werden sollen. Das nennen wir dynamische oder rollende Planung. Auch weicht die Kursdurchführung von dem gedruckten Programmheft ab. Das war aber auch schon immer der Fall, da auch früher kurzfristige, brandaktuelle Angebote und besonders Einzelveranstaltungen zum Beispiel über Flyer und Plakate publik gemacht wurden. Im erwachsenenbildnerischen Diskurs sprechen wir von unterschiedlichen Ebenen (vgl. Schrader, 2005). Bei der Planung des Programms sprechen wir von der mesodidaktischen Ebene, beim Vertrieb des Programmhefts von der makrodidaktischen Ebene. Die Kursdurchführung findet auf der mikrodidaktischen Ebene statt. Diese ist immer situativ angepasst an die Teilnehmenden, damit Anschlusslernen stattfinden kann. Auch sind durchgeführte Kurse am Ende eines Semesters nicht immer identisch mit den geplanten Kursen. Es muss davon ausgegangen werden, dass Kurse aufgrund zu geringer Nachfrage abgesagt werden müssen oder die Kursdurchführung abweicht von der eigentlichen Planung, z.B., weil Kursorte sich verändern oder Kursleitungen den Unterricht nicht durchführen können. Die Flexibilität und Wandlung aller drei Ebenen erfordert dieses zusammenzudenken und ist in den Wissensinseln beschrieben (Gieseke, 2015).

Das „Herrenberg-Urteil“ beschäftigt uns alle

Eine Veränderung auf der Makroebene hat in 2024 für eine veränderte Öffentlichkeit bei der Volkshochschule Reinickendorf geführt. Die Folgen des sogenannten „Herrenberg-Urteils“ des Bundessozialgerichts aus dem Jahr 2022 haben in Reinickendorf in 2024 zu einer gravierenden Veränderung geführt. Im Sommer 2023 hatte die Deutsche Rentenversicherung ihre Prüfkriterien zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung geändert. Davon haben wir im Herbst 2023 das erste Mal Notiz genommen. Eine freiberufliche Tätigkeit für Honorarkräfte schien an Volkshochschulen nicht mehr rechtssicher möglich zu sein. Dies führte dazu, dass für einen Zeitraum von drei Monaten im Frühjahr 2024 keine Honorarverträge in Reinickendorf mehr ausgestellt werden durften, bis ein abgestimmtes Vorgehen im Bezirk entwickelt wurde, das weiteres Handeln in der unsicheren Rechtslage ermöglichte. Aufgrund der fehlenden Planungssicherheit haben sich viele der Mitarbeitenden an den Corona-Lockdown erinnert. Die neue Situation erforderte eine möglichst hohe Transparenz und Offenheit bei allen Beteiligten, ein sensibler Umgang mit den Kursleitungen und den Teilnehmenden und eine Zusammenarbeit und Problemlösung aller Mitarbeitenden unter hohen zeitlichen Druck in der unübersichtlichen rechtlichen Lage, denn sowohl Kursleitungen, Presse als auch Politik forderten eine schnelle Lösung für Reinickendorf ein. Aufgrund der guten und engagierten Zusammenarbeit gelang es uns rechtzeitig zum anstehenden Herbstsemester eine Übergangslösung zu finden, die das Ausstellen von Honorarverträgen ermöglichte. Der Stopp von Honorarverträgen führte zu keinem Zeitpunkt zu einem Einbruch des Programms und die Volkshochschule Reinickendorf konnte ihren Bildungsauftrag weiter ausführen.

Im Frühjahr 2024 haben freiberufliche Kursleitungen eine mediale Offensive gestartet und sind an die Öffentlichkeit gegangen, um auf ihre problematische Situation hinzuweisen. Der in 2024 in der Öffentlichkeit fortgeführte und auch heute noch anhaltende Dialog vieler Beteiligter, leitete demokratisch geführte Prozesse ein, die zu einer neuen Übergangsregelung führten. Deutschlandweit gibt es seit 2024 Bemühungen und Bestrebungen eine Klärung für die Beschäftigung von freiberuflichen Kursleitungen an Volkshochschulen zu finden. Am 01.03.2025 trat eine Änderung

des Vierten Sozialgesetzbuchs, § 127 zu Übergangsregelungen für Lehrtätigkeiten in Kraft. Es wird von einer fingierten Freiberuflichkeit der Kursleitungen ausgegangen. Die Übergangsregelung führt auf, dass die Fortführung des Status quo nur bis zum 31.12.2026 möglich ist. Volkshochschulen müssen sich in diesem engen Zeitfenster nicht nur mit der Finanzierung eines neuen Modells beschäftigen, sondern sich auch mit den Implikationen von Festanstellung auseinandersetzen und den Veränderungen, die sich daraus auf die Programmgestaltung und die Organisationsentwicklung ergeben. Aufgrund der ungeklärten Rechtslage geht es in der Öffentlichkeit auch darum, ob und wie Volkshochschulen die Grundversorgung an Erwachsenenbildung weiterhin umsetzen können. In Berlin wird derzeit ein Drei-Säulen-Konzept bevorzugt, welches sowohl Festanstellung als auch Freiberuflichkeit bedenkt. Als dritte Säule soll eine Zusammenarbeit von Volkshochschulen mit Kursleitungen entstehen, wo Kursleitungen wie feste Freie beschäftigt werden. Ob und wie dieses Modell rechtskonform umgesetzt werden kann, ist zum heutigen Zeitpunkt noch völlig ungeklärt.

Die Übergangsphase ist kurz, wenn wir berücksichtigen, dass in angespannten Haushaltslagen über eine Finanzierung von Festanstellung gesprochen werden muss. Gleichwohl müssen auch Volkshochschulen, Bezirke und Stadtgesellschaft überlegen, wie sie sich Volkshochschule zukünftig vorstellen. Eine Festanstellung von Kursleitungen gibt es bis dato in Berlin nicht. Festanstellung und vor allem eine komplette Festanstellung würde die Volkshochschulen in vielen Bereichen verändern. Es stellt sich die Frage, wer an dieser Veränderung beteiligt werden wird; die Politik, die Senatsverwaltung, die Bezirke, die Sozialverbände, die Kultusminister, Fördergeber, Kursleitungen, Mitarbeitenden oder auch die Menschen, die die Angebote nutzen? Mit komplett festangestellten Lehrenden würde sich sowohl das Programm als auch das Anmeldeverfahren ändern. Der Vorteil könnte sein, dass die Programmplanenden mehr Einfluss auf die mikrodidaktische Ebene (Kursdurchführung) nehmen könnten, denn freiberufliche Honorarkräfte sind nicht weisungsgebunden und in der Kursgestaltung und Kursdurchführung unabhängig. Der Nachteil könnte sein, dass die Vielfalt an Themen nicht mehr angeboten werden könnte, da bei durchgängiger Festanstellung nicht mehr so

viele Lehrende das Programm abdecken könnte. Das heißt, quantitativ gäbe es Einbußen. Eine gesetzlich geregelte Möglichkeit mit fest angestellten und freiberuflichen Lehrkräften zu arbeiten, wäre begrüßenswert.

Bisher noch nicht berücksichtigt wurde, ob sich das Anmeldeverfahren für Teilnehmende verändern müsste, wenn Volkshochschulen mit festangestelltem Personal zusammenarbeiten. Möglich wäre langfristige Verträge für Kund:innen auszustellen, wie es die Musikschulen bereits tun oder wie wir es von Vereinen und privaten Instituten kennen. Menschen könnten dann über einen Monatsbeitrag eine bestimmte Menge an Kursen besuchen. Das wäre vielleicht auch für die Verwaltung weniger Aufwand.

Bisher besteht ein großer Vorteil für die Menschen darin, dass sie sich kurzfristig für einen Kurs anmelden können, manchmal auch am selben Tag des Kursbeginns. Wird dieses Modell ein tragfähiges für die Zukunft bleiben? Können Angebot und Nachfrage weiterhin das Programm regulieren, auch bei komplett festangestellten Kursleitungen? Wie kann sichergestellt werden, dass die Vielseitigkeit des Programms und die Einbindung vieler Menschen erhalten bleiben, wenn die Anzahl der Kursleitungen ggfs. drastisch reduziert werden muss? Wie viele Menschen würden frustriert, wenn sie nicht mehr als Nebentätigkeit von Bürger:innen für Bürger:innen etwas unterrichten dürften?

Es müsste eine neue Form der Partizipation ohne „Rasenmäherprinzip“ entstehen. Wie stellen sich Menschen Volkshochschule vor? Wie schaffen wir rechtssichere Rahmenbedingungen? Wie erhalten wir Formen der Freiberuflichkeit an Volkshochschulen, auch wenn die Festanstellung als ein Teil kommt? Was werden die Unterscheidungskriterien sein? Das sind Fragen, die sich heute noch nicht beantworten lassen, aber es stellt sich die Frage, wer wird an Konzepten arbeiten und wie wird die Öffentlichkeit hier mitgenommen?

Volkshochschulen sind Bestandteil gelebter Demokratie

Sie haben viele Krisen überstanden und befinden sich auch aktuell aufgrund der unsicheren Gesetzeslage in einer

solchen. Volkshochschule wäre ohne Öffentlichkeit undenkbar, die Öffentlichkeit ohne Volkshochschule sehr viel ärmer. In Teilen verschmelzen Öffentlichkeitsarbeit und Öffentlichkeit miteinander. Der öffentliche Raum verändert sich und so verändern sich Volkshochschulen mit ihm, um sicher zu stellen, dass sie weiterhin Bestand haben. Die in diesem Beitrag aufgeführten Beispiele zu gesellschaftlich relevanten Themen wie Einsamkeit und Future Skills, die Frage nach dem Wandel von Suchbewegungen und Anmeldeverhalten von Teilnehmenden aufgrund neuer Kommunikationsstrukturen und der sich daraus ergebenden Öffentlichkeitsarbeit von Volkshochschule, sowie die Auswirkungen gesetzlich relevanter Fragen auf die Organisationsstrukturen einer Einrichtung wurden hier am Beispiel der Volkshochschule Reinickendorf aufgezeigt. Hieraus ergibt sich kein Verallgemeinerungsanspruch, der sich auf andere Volkshochschulen übertragen lässt. Es zeigt den Umgang mit Herausforderungen im öffentlichen Raum an der genannten Einrichtung auf und möchte zum Diskurs und Dialog anregen.

Stephanie Iffert

hat [Erwachsenenbildung/Lebenslanges Lernen an der Humboldt-Universität zu Berlin](#) studiert. Sie leitet die [Volkshochschule Reinickendorf](#) seit 2022. Sie ist seit 2017 Mitglied in der [Gesellschaft zur Förderung der Volkshochschulen in Berlin e.V.](#) und dort im erweiterten Vorstand aktiv. Außerdem ist sie gewähltes Mitglied bei [Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg e.V.](#) und auch dort im Vorstand aktiv.

Literaturverzeichnis

Gieseke, Wiltrud (2015): Programme und Angebote. In: Dinkelaker, Jörg/Hippel, Aiga von (Hrsg.): *Erwachsenenbildung in Grundbegriffen*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 165–173.

Hippel, Aiga von (2022): Volkshochschulen in öffentlicher Verantwortung. In: Fleige, Marion/Gieseke, Wiltrud/Hippel, Aiga von/Stimm, Maria: *Berufliche Weiterbildung in Volkshochschulen. Zugänge zum lebenslangen Lernen*. Berlin u.a.: Peter Lang, S. 74-81.

Käpplinger, Bernd (2021): Programme in der Erwachsenenbildung: Viel mehr als ein gedruckter Katalog. In: *Zeitschrift forum erwachsenenbildung*, 54. Jg., Heft 4, S. 37–41.

Nafroth, Wolfgang (2023): Weiterbildung ganz anders und wirksamer kommunizieren. In: *Hessische Blätter für Volksbildung*, H. 2, 23., S. 64-66.

Siebert, Horst (2009): Theorieansätze in der Erwachsenenbildung. In: *Magazin Erwachsenenbildung.at*, Ausgabe 7/8, S. 03-01 bis 03-25.

Schrader, Josef (2005): Struktur und Wandel der Weiterbildung. In: *DIE* (Hrsg.): *Theorie und Praxis der Erwachsenenbildung*.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit

Die Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen

Brigitte Jostes

1. Einleitung: „Unter Ausschluss der Öffentlichkeit“

Die Pandemie hat vieles, was zuvor im Verborgenen blieb, ans Licht und an die Öffentlichkeit gebracht. Die Arbeit der Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen (PZ), ihre Rahmenbedingungen, Anzahl und Bedeutung der Prüfungen, Vorgaben und Prüfungsregularien, Situation von Prüfenden und Teilnehmenden: All das ist zwar auch in der Pandemie nicht bis in die große Öffentlichkeit durchgedrungen. Zumindest einige Institutionen jedoch, wie etwa die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF), wurden notgedrungen aufmerksam auf diese PZ und ihr umfangreiches, aber wenig beachtetes Wirken.

Während die Volkshochschulen mit großer Kraft und großem Erfolg den Unterrichtsbetrieb auf Online-Formate umstellten, gab es für die PZ nur eine kurze Unterbrechung der Prüfungsdurchführung in Präsenz (von Ende März bis Ende Juni 2020). Ab Juli 2020 wurde kontinuierlich durch alle folgenden Lockdowns und Schulschließungen hinweg weiter in Präsenz geprüft. Natürlich mit ständig wechselnden Vorgaben zu Masken, Abständen, Impfbefehlen und Lüften und in enger Abstimmung mit SenBJF.

Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der PZ hätten sich öffentliche Diskussionen, wie sie zu den schulischen Prüfungen geführt wurden, in dieser Zeit mehrfach gewünscht. Vermutlich fehlt aber beiden Gruppen (den Zugewanderten und den Prüfenden) einfach die Lobby für öffentliche Diskussionen. So zur Frage, warum die Prüfenden, die durchschnittlich deutlich älter als Lehrkräfte an Schulen sind, nicht zur Gruppe der priorisiert Impfberechtigten gezählt wurden. Oder zur Frage des Mantel- und Jackenverbots für Teilnehmende am DTZ, das das BAMF auch angesichts der Lüftungspflicht bei Minus-Temperaturen nicht aufhob.

Während über Abiturprüfungen in der Pandemie viel geredet und publiziert wurde und die zentralen Prüfungen zum Mittleren Schulabschluss ausgesetzt wurden, machten sich

immer wieder samstags Hunderte von Teilnehmende und Prüfende auf den Weg zur Sprachprüfung, ohne dass die Öffentlichkeit hierüber diskutierte. Üblicherweise werden Erwachsenenbildung und Volkshochschule mit Freiwilligkeit assoziiert – im Fall der allermeisten Prüfungen, insbesondere für den Deutsch-Test für Zuwanderer (DTZ) gilt dies jedoch nicht: Der DTZ stellt neben dem Test „Leben in Deutschland“ (LiD) den obligatorischen Abschluss des BAMF-geförderten Integrationskurses dar. Anders als in Österreich hängt das Aufenthaltsrecht in Deutschland zwar nicht von einer bestandenen Deutschprüfung ab, aufgrund der zentralen Bedeutung des DTZ für den weiteren Lebensweg kann diese Prüfung aber durchaus wie das Abitur als „High-Stakes-Test“ bezeichnet werden: Also als ein standardisierter Leistungstest, dessen Ergebnis mit bedeutsamen Konsequenzen für die Teilnehmenden verbunden ist.

Aufgrund der speziellen Aufgabenverteilung zwischen den Berliner Volkshochschulen und der gemeinsam von ihnen unterhaltenen PZ ist die Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen mit gegenwärtig ungefähr 6.200 DTZ-Prüfungen pro Jahr die mit Abstand größte DTZ-Prüfstelle Deutschlands. Hinzu kommen ca. 1.700 weitere Sprachprüfungen, perspektivisch auch die Deutsch-Tests für den Beruf (DTB) des BAMF. Zum Vergleich: In Berlin absolvieren jährlich ungefähr 14.000 Schülerinnen und Schüler ihr Abitur. In naher Zukunft ist mit einem größeren Interesse an den Strukturen und Prozessen der PZ zu rechnen, über die in diesem Beitrag informiert wird. Denn mit Inkrafttreten der Änderungen der Integrationskursverordnung (IntV) am 7.12.2024 wird nicht nur für die PZ als Institution, die den DTZ zentral für alle Berliner Volkshochschulen durchführt, mit §20a Absatz 5 eine grundsätzliche Rechtsgrundlage geschaffen. Auch andere Bundesländer könnten diesem Modell nun folgen, da das BAMF mit diesem Paragraphen generell „private oder öffentliche Stellen mit einer regional zentralisierten Durchführung von Einstufungstests nach § 11 Absatz 2 und von Abschlusstests nach § 17 Absatz 1 beauftragen“ kann.

2. Geschichte / Aufgaben / Struktur

Anlässlich des 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetzes und der damit verbundenen IntV sowie der Integrationskurstestverordnung (IntTestV) beschloss der Rat der Bürgermeister 2006 die Errichtung der „Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen“ und deren Ansiedlung bei der vhs Tempelhof-Schöneberg. Zuvor wurden Prüfungen der Berliner Volkshochschulen von der SenBJF durchgeführt. Im Jahr 2020 erfolgte die Eingliederung der PZ in das neu gegründete Servicezentrum der Berliner Volkshochschulen (SerZ) im Bezirk Spandau.

Die jeweilige Aufgabenverteilung zwischen Volkshochschulen (vhs) und Prüfungszentralen variiert von Bundesland zu Bundesland; ein Alleinstellungsmerkmal besitzt die Berliner PZ: Während in anderen Bundesländern der DTZ von den vhs selbst durchgeführt wird, übernimmt die PZ zentral die Organisation und Durchführung des DTZ für alle Berliner vhs. Mit Zulassung vom September 2021 geschieht dies nicht mehr stellvertretend, sondern als eigenständiger vom BAMF „Zugelassener Träger zur Durchführung des Deutschtests für Zuwanderer“.

Aber auch die PZ führt nicht alle Prüfungen für die vhs durch, die Arbeitsteilung im Bereich Prüfungen zeigt Abbildung 1.

Über Prüfungen hinaus organisiert die PZ Qualifizierungen zum Erwerb von Prüfer- und Bewerterlizenzen der telc gGmbH sowie Fortbildungen für Prüfende und Kursleitende der vhs rund um das Thema Prüfungen.

Die Prüfungen finden immer samstags an Standorten der vhs statt, so im Jahr 2024 an insgesamt 44 Samstagen. Barrierefreie Prüfungen werden freitags durchgeführt. Seit Januar 2024 ist die Anmeldung zu einer Prüfung bei der PZ nur möglich, wenn innerhalb der letzten 12 Monate ein Kurs in der betreffenden Sprache an einer vhs besucht wurde. Im Prinzip gleichen Struktur, Aufgaben und Abläufe der PZ denen einer mittelgroßen vhs. Zwar ist die PZ auch in der Beratung der Teilnehmenden sehr engagiert, ein wesentlicher Unterschied zu einer vhs besteht jedoch darin, dass Anmeldungen zu den Prüfungen ausschließlich von den vhs vorgenommen werden (bei Fremdsprachenprüfungen sind auch Online-Anmeldungen möglich).

Das Team der PZ, für das im Stellenplan ein Vollzeitäquivalent von fünf vorgesehen ist (Stand 2024), arbeitet mit bis zu 350 freiberuflichen Honorarkräften zusammen. Diese werden auf Grundlage der Neufassung der „Ausführungsvorschriften über Honorare und Aufwandsentschädigungen der Volkshochschulen“ (AV Honorare VHS) vom 21.7.2022 vergütet und sind nicht zwingend gleichzeitig bei einer vhs als Kursleitung beschäftigt. Sie sind zwar den Prüfungsregularien verpflichtet, erklären ihre Bereitschaft für einen Einsatz aber für jeden einzelnen Prüfungstermin selbstständig und freiwillig.

Prüfung	Zielgruppe	Durchführung
Leben in Deutschland (LiD)	TN in Integrationskursen des BAMF	12 vhs
Einbürgerungstest	Offen zur Buchung für Selbstzahler	12 vhs
Berliner Sprachtest zur Einbürgerung	Personen mit Einbürgerungswunsch, die Sprachkenntnisse nicht anderweitig nachweisen	12 vhs
telc-Deutsch A1 und A2	TN in geförderten Deutschkursen der VHS	12 vhs
Xpert (berufliche Zertifikate)	TN in Xpert-Kursen der vhs	2-3 vhs
Deutsch-Tests Beruf	TN in Berufssprachkursen des BAMF	Ca. 8 vhs
		perspektivisch PZ Berlin
telc Deutschprüfungen skaliert A2/B1, B2, C1, C1 Hochschule, C2	TN in geförderten Deutschkursen der vhs (nicht IK) und offen zur Buchung für Selbstzahler	PZ Berlin
Deutsch-Test für Zuwanderer (DTZ)	TN in Integrationskursen des BAMF	Einzelne vhs
telc Fremdsprachenprüfungen Arabisch (B1), Türkisch (B1), Russisch(B1), Polnisch (B1/B2)	Gefördert durch SenBJF: Für SuS mit nichtdeutscher Erstsprache als Ersatz für 2. FS, Offen zur Buchung für Selbstzahler	PZ Berlin
telc Fremdsprachenprüfungen Englisch (B2/C1), Spanisch (B1) für Kleingruppen On Demand: Italienisch, Französisch, Portugiesisch	Offen zur Buchung für Selbstzahler	PZ Berlin
Pilotprojekt: Sprachstandsfeststellungs-Prüfungen (Vietnamesisch, Ukrainisch, Dari/Farsi, Kurmanci, Romanes)	Gefördert durch SenBJF: Für SuS mit nichtdeutscher Erstsprache als Ersatz für 2. FS	PZ Berlin

Abbildung 1: Aufgabenverteilung im Bereich Prüfungen

Neben lizenzierten Prüferinnen und Prüfern beauftragt die PZ für jeden Prüfungstermin Prüfungsverantwortliche, Betreuende und Fluraufsichten, insgesamt pro Prüfungstermin bis zu 70 Personen für in der Regel jeweils zwei Prüfungsstandorte. Ein Dienstleister sorgt für die regelkonforme Ausstattung und Bestuhlung der Prüfungsstandorte und den Rückbau nach Prüfungsende.

Die Prüfungsunterlagen werden für jeden Termin bei den Testanbietern geordert: Für den DTZ ist dies die Gesellschaft für akademische Studienvorbereitung und Testentwicklung e.V. (g.a.s.t. e.V.), für die weiteren Sprachprüfungen die The European Language Certificates gGmbH (telc gGmbH).

Als Betrieb gewerblicher Art (BgA) verfolgt die PZ ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke. Die festgestellten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen und ihre Büros werden aus dem Budget des SerZ bezahlt, ansonsten wirtschaftet die PZ mit den Einnahmen aus den Prüfungsentgelten und zahlt hieraus Rechnungen an die Testanbieter, den Dienstleister sowie die Honorare an die Prüfenden und weiteren Honorarkräfte.

Für die komplexe Logistik der Prüfungsorganisation und -durchführung (Raumplanung, Prüferberufung und -zuordnung, Teilnehmerlisten, Tischaufkleber, etc.) greift die PZ auf ein speziell hierfür entwickeltes IT-Tool zurück. Dies wird perspektivisch in das Fachverfahren der vhs integriert, da Kleinstanwendungen nach dem E-Government-Gesetz im Öffentlichen Dienst nicht mehr zulässig sind. Seit 2020 arbeitete die PZ hierfür an einem Projekt zur Geschäftsprozessoptimierung, das 2023 offiziell abgeschlossen wurde.

Die Anzahl der Anmeldungen in allen Tätigkeitsfeldern der PZ im Jahr 2023 zeigt Abbildung 2.

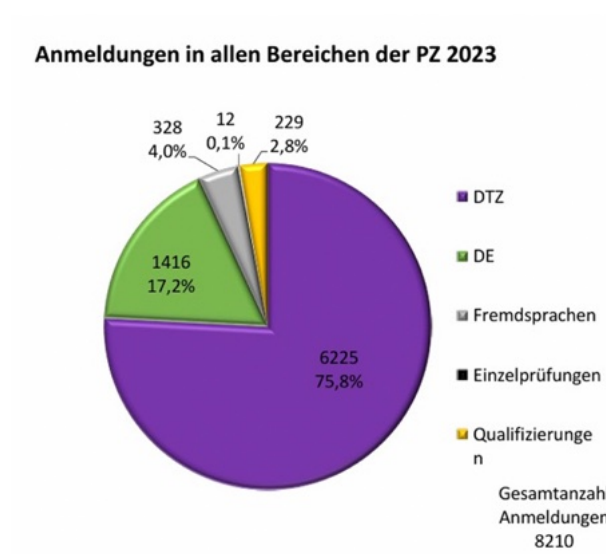


Abbildung 2: Anmeldungen 2023, aus: Böke / Meyer 2024: Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen: Ergebnisse 2023 (internes Papier)

3. Qualität

In der Testtheorie gelten Validität, Reliabilität und Objektivität als die Gütekriterien für die Messung von Lernleistungen. Da Prüfstellen jedoch nicht für die Testentwicklung, sondern ausschließlich für die Testdurchführung und deren Qualität

verantwortlich sind, können die Aufgaben zur Qualitätssicherung in Prüfstellen spezifischer gefasst werden.

Wie vielfach in Fachkreisen kritisiert, fokussiert das BAMF nahezu ausschließlich auf das Gütekriterium der Prüfungssicherheit, mit der Prüfungskriminalität (wie falsche Identität) verhindert werden soll. Die Regularien für die Durchführung von BAMF-Prüfungen sind entsprechend streng; das oben genannte Verbot des Tragens von Mänteln und Jacken während der Prüfung zur Verhinderung von Prüfungsbetrug ist nur eine Regelung von vielen. Die Abgabe von Handys, ein Mindestabstand von 1,5 Metern zwischen den Teilnehmenden sowie Wegeregulungen nach den mündlichen Prüfungen sind weitere Beispiele. Unangemeldete Kontrollen der Prüfungen durch die BAMF-Regionalkoordinatorinnen sichern die Umsetzung der Vorgaben.

Die fachliche Kompetenz der Prüfenden wird durch die Zulassungskriterien (für den DTZ ist dies die Zulassung als Lehrkraft in BAMF-Integrationskursen), die Qualifizierungen zum Erwerb der Prüferlizenz sowie die Qualifizierungen zur Verlängerung der Lizenz nach drei Jahren gesichert. Mit der Übergabe des DTZ an den Testanbieter g.a.s.t. e.V. zum Januar 2023 kam die Regelung hinzu, dass jede Prüfende mindestens dreimal pro Jahr zur Abnahme von mündlichen Prüfungen eingesetzt worden sein muss. Ist dies nicht gegeben, ist für die Lizenzverlängerung nach einem Jahr der Besuch einer weiteren Schulung verpflichtend. Darüber hinaus hat die g.a.s.t. e.V. eine mehrmonatige Sperrfrist bis zur Teilnahme an einer erneuten Qualifizierung eingeführt, falls die abschließende Bewertung einer mündlichen Prüfung außerhalb des vorgegebenen Toleranzbereichs liegt und damit nicht bestanden wurde. Seitens der Prüfstellen wird bezweifelt, ob diese Maßnahme als eine Maßnahme der Qualitätssicherung gelten kann.

Die Testanbieter selbst (g.a.s.t. e.V. und telc gGmbH) bieten den Teilnehmenden die Möglichkeit des Einspruchs gegen das Prüfungsergebnis. Das Qualitätsmanagement der PZ verfolgt nicht nur das Ziel der regelkonformen Durchführung der Prüfungen. Darüber hinaus stellen gegenseitige Wertschätzung, Fairness und Transparenz in der Zusammenarbeit zwischen allen Beteiligten (Teilnehmenden, Prüfenden, PZ-Mitarbeitenden) explizite Ziele dar.

Das Qualitätsmanagement der PZ umfasst fünf Komponenten:

1. Ständig aktualisierte Check-Listen für die Prüfenden für alle Prüfungsformate
2. Wöchentlicher Qualitätszirkel auf Basis der Protokolle der Prüfungsverantwortlichen
3. Systematisches Beschwerdemanagement für Teilnehmende und Prüfende
4. Gezielte Fortbildungen für Prüfende
5. Hospitationen durch Qualitätsbeauftragte (ruht derzeit)

Zu 1.: Die Regularien der Testanbieter zum Ablauf der Prüfungen sind äußerst komplex und für die Prüfenden zeitlich eng getaktet. Wann genau welcher Schritt zu erfolgen hat (wie etwa Aufschneiden und Versiegeln der Tüten mit Unterlagen für einen Prüfungsteil) wird detailliert für den gesamten Prüfungstag in den Checklisten der PZ mit Bezug zum jeweiligen Prüfungsstandort beschrieben. Vor Ort werden die Prüfenden darüber hinaus pro Etage von jeweils einem Betreuer oder einer Betreuerin bei der Einhaltung aller Regularien sowie bei etwaigen Problemen unterstützt.

Zu 2.: Die Verantwortung für den regelkonformen Ablauf am Prüfungstag trägt ein/e berufene/r Prüfungsverantwortliche/r pro Prüfungsstandort. Er/sie entscheidet über notwendige Umbesetzungen der Prüfungsteams (z.B. bei Krankmeldungen von Prüfenden am Prüfungstag) oder auch über Ausschlüsse von Teilnehmenden bei Verstößen gegen die Prüfungsordnung. Der oder die Prüfungsverantwortliche erstellt für die PZ ein internes Protokoll über alle Vorkommnisse des Prüfungstags und macht darin auch Vorschläge für Verbesserungen und gibt Kritik und Anregungen der Prüfenden darin weiter. Ab Montag bearbeiten die Mitarbeitenden die Prüfungsunterlagen zur Weiterleitung an den Testanbieter und arbeiten offene Punkte aus dem Protokoll ab. Alle Punkte, die nicht routinemäßig abgearbeitet werden können, werden in die Tagesordnung der PZ-Teamsitzung am Dienstag aufgenommen, wo über Neuregelungen und Konsequenzen abgestimmt wird.

Zu 3.: Jede Beschwerde von Teilnehmenden und Prüfenden wird in einem Beschwerdebuch erfasst und systematisch bearbeitet. Generell werden von allen Beteiligten Stellungnahmen eingeholt, um auf dieser Basis über das weitere

Vorgehen entscheiden und eine Rückmeldung an den Beschwerdeführer oder die Beschwerdeführerin geben zu können.

Zu 4.: Basierend auf den Erfahrungen mit den Beschwerden, bietet die PZ regelmäßig – neben den Qualifizierungen und weiteren Fortbildungen – zwei Fortbildungen an: 1. Prüfungen regelkonform durchführen, 2. Mündliche Leistungen bewerten – Rekalibrierung. Prüfende, die mehrfach wegen Unsicherheiten in einem dieser Bereiche aufgefallen sind, werden auch persönlich zu diesen Fortbildungen eingeladen.

Zu 5.: Prinzipiell sind Hospitationen durch interne Qualitätsbeauftragte nach rechtzeitiger Anmeldung beim Testanbieter möglich. Während der Pandemie musste die PZ diese aussetzen, zudem bedurfte es einer inhaltlichen Neuausrichtung. Geplant sind nun Hospitationen im Stile einer kollegialen Beratung, bei der die Qualitätsbeauftragten nur in dringenden Ausnahmefällen Rückmeldung an die PZ geben.

4. Barrierefreiheit

Während Inklusion in Schulen seit Jahren in aller Munde ist, ist von Inklusion in der Integration nur selten in der Öffentlichkeit die Rede. In Bezug auf Prüfungen ist der Nachteilsausgleich für Teilnehmende mit Beeinträchtigungen von zentraler Bedeutung, um die UN-Behindertenrechtskonvention im Allgemeinen und das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) sowie das Gesetz über die Gleichberechtigung von Menschen mit und ohne Behinderungen (Landesgleichberechtigungsgesetz - LGBG) im Besonderen umzusetzen. Im Falle der PZ muss immer wieder auf eine begriffliche Unterscheidung hingewiesen werden: Sie spricht allgemein von „Einzelprüfungen“. Wie in Abbildung 2 gezeigt, wurden hiervon in 2023 12 Prüfungen organisiert, für 2024 belief sich die Anzahl auf 19, Tendenz weiter steigend. Jedoch handelt es sich nicht bei allen um Prüfungen mit Nachteilsausgleich und hiermit verbundenen Sonderkonditionen. Da die regulären Prüfungsstandorte der PZ nicht rollstuhlgerecht sind, organisiert die PZ auch für Rollstuhlfahrende separate Einzelprüfungen ohne spezifische Sonderkonditionen an einem rollstuhlgerechten Standort der vhs.

Für Teilnehmende mit Beeinträchtigungen, die Sonderkonditionen benötigen, beantragt die PZ nach Vorlage eines Attests in Abstimmung mit den Teilnehmenden und ggf. unter Hinzunahme eines Vorschlags durch eine Kursleiterin individuell angepasste Konditionen beim Testanbieter. Hier eine Auswahl an Beispielen für Beeinträchtigungen:

- Sehbehinderung
- Blindheit
- Hörbeeinträchtigung
- Gehörlosigkeit
- Lese- und / oder Rechtschreibschwäche
- Motorische Beeinträchtigung
- sonstige Beeinträchtigungen (z.B. ADHS)

Und hier beispielhaft Möglichkeiten des Nachteilsausgleichs für Menschen mit Hörbeeinträchtigungen:

- Lauteres Abspielen des Subtests „Hören“
- Ablegen des Subtests „Hören“ über Kopfhörer
- Mehrfaches Abspielen der CD beim Subtest „Hören“
- Bei starker Hörbeeinträchtigung: Ausblendung des Subtests „Hören“
- Zwischenpausen
- Verlängerung der Prüfungszeit um bis zu 100 Prozent im Subtest „Sprechen“
- Verlängerung der Prüfungszeit um bis zu 100 Prozent im Subtest „Hören“

Prinzipiell ist es auch möglich, dass ein ganzer Testteil erlassen wird. Dies kommt z.B. bei Menschen mit schweren Sprechstörungen für den mündlichen Prüfungsteil oder auch bei anderen schweren Beeinträchtigungen in Frage.

Bei gehörlosen Teilnehmenden wird für das Hörverstehen und den mündlichen Teil auch die Übersetzung eines Gebärdendolmetschers angeboten. Hierbei gilt zu bedenken, dass in diesem Fall in den Subtests Hören und Sprechen nicht die deutsche Sprache, sondern die Deutsche Gebärdensprache (DGS) geprüft wird, die mit ihrer ganz eigenen Grammatik zu Recht als eigenständige Sprache gilt. Insbesondere Teilnehmende von Integrationskursen für Gehörlose, die in DGS unterrichtet werden, nehmen dieses Prüfungsangebot direkt bei ihren Trägern wahr.

Für blinde Teilnehmende ist es auch möglich, die schriftlichen Unterlagen in Braille-Schrift zu beantragen. Da das Braille-Codesystem für die deutsche Sprache jedem Buchstaben (und Buchstabenkombinationen z.B. für Diphthonge) eine Kombination zuordnet, werden tatsächlich die Lese- und Schreibkompetenzen des Deutschen getestet. Zu bedenken gilt jedoch, dass die verschiedenen Code-Systeme für die verschiedenen Sprachen natürlich voneinander abweichen. Wer ein Braille-System für eine andere Sprache beherrscht und Deutsch als Zweitsprache lernt, muss neben der deutschen Sprache auch das Braille-System für die deutsche Sprache erlernen.

Die PZ hat die Erfahrung gemacht, dass die Testanbieter sehr entgegenkommend auf die Anträge reagieren und in der Regel den Vorschlägen für die Sonderkonditionen folgen. Seit 2020 informiert die PZ die vhs und die Teilnehmenden aktiv über die Möglichkeit dieser barrierefreien Prüfungen, seither nimmt die Anzahl der Anträge stetig zu. Angesichts der deutlich gestiegenen Anzahl von Anträgen mit den Diagnosen ADHS und Lese- und Rechtschreibschwäche (LRS) hat die PZ die Testanbieter um eine Konkretisierung der Vorgaben gebeten, der zugestimmt wurde. Explizit wird nun für diese und ähnliche Beeinträchtigungen, für deren Feststellung es in der Regel einer umfassenden Diagnostik bedarf, nicht nur ein ärztliches, sondern ein fachärztliches Attest bzw. ein Nachweis der erfolgten Diagnostik (wie z.B. durch ein Legastheniezentrum) gefordert.

Weil in der Leistungsbilanz der PZ meist die jährliche Zahl der gesamten Prüfungsanmeldungen im Fokus steht, muss auf die personellen Kapazitäten hingewiesen werden, die für die Organisation und Durchführungen der Einzelprüfungen (insbesondere mit Sonderkonditionen) notwendig sind. Ob für eine einzelne Person oder eine ganze Gruppe: Der Aufwand von der Raumbuchung über Unterlagenbestellung, Berufung und Bezahlung der Prüfenden, etc. unterscheidet sich kaum.

5. Projekt Sprachfeststellungsprüfungen / Herkunftssprachen

Unter dem Slogan „Drei Sprachen sind genug fürs Abitur!“ hat der Rat für Migration e.V. im Jahr 2020 auf die Benachteiligung mehrsprachiger Schülerinnen und Schüler hingewiesen und die Anerkennung herkunftssprachlicher Kompetenzen als Ersatz für die zweite schulische Fremdsprache gefordert. Die Bundesländer gehen in diesem Bereich unterschiedliche Wege. Während einige Bundesländer ausschließlich neu zugewanderten Schülerinnen und Schülern eine Sprachfeststellungsprüfung in der Herkunftssprache als Ersatz für die zweite Fremdsprache anbieten (so etwa Niedersachsen, NRW und Hamburg), haben in Berlin prinzipiell alle mehrsprachigen Schülerinnen und Schüler diese Möglichkeit. So heißt es in §15 der novellierten Fassung des Berliner Schulgesetzes vom 27.9.2021: „(3b) Schülerinnen und Schülern, die mehrsprachig aufwachsen, kann auf Antrag eine nichtdeutsche Erstsprache als zweite Fremdsprache anerkannt werden.“ Da somit auch für die zweite und weitere Generationen mit Migrationshintergrund die Möglichkeit des Antrags besteht, stellt sich die Frage nach Bewertung und Gewicht der schriftsprachlichen Kompetenzen, die ohne herkunftssprachlichen Unterricht oft nur eingeschränkt erworben werden.

Bereits vor Aufnahme in das Schulgesetz war diese Möglichkeit des Antrags durch §17 der Sekundarstufen I-Verordnung (Sek I-VO) und darauf aufbauend in §10 der Verordnung für die Gymnasiale Oberstufe (VO GO) gegeben. Die Sek I-VO konkretisiert auch die Anforderungen: Es muss die Stufe B1 nachgewiesen werden, die schriftliche Prüfung muss 90 Minuten und die mündliche Prüfung 15 Minuten dauern, eine Note wird nicht erteilt. Und was wichtig ist: „Eine Prüfung kann nur erfolgen, wenn entsprechend ausgebildete und geeignete Prüferinnen und Prüfer für eine Leistungsüberprüfung zur Verfügung stehen“.

Vor dem Hintergrund, dass die telc-Sprachprüfungen all diese Kriterien erfüllen, hat die vhs Tempelhof-Schöneberg in Zusammenarbeit mit der PZ schon vor Jahren begonnen, für Schülerinnen und Schüler mit den Herkunftssprachen Arabisch, Polnisch, Russisch und Türkisch Kombinationen aus Prüfungsvorbereitungskursen an der vhs und

Prüfungen durch die PZ anzubieten. In Ermangelung von Prüfungen für weitere Herkunftssprachen hat die SenBJF auf Initiative der vhs Tempelhof-Schöneberg den Auftrag zur Erstellung einer Prüfung für Dari/Farsi (Persisch) erteilt, die dem Format der telc-Prüfungen ähnelte. Analog zum Angebot für die telc-Prüfungen wurde diese Prüfung (mit jeweils veränderten Versionen) samt Vorbereitungskursen mit Übernahme der Prüfungskosten durch SenBJF von 2021 bis 2023 dreimal durchgeführt. Auch die Kosten für die telc-Prüfungen für Schülerinnen und Schüler übernimmt seit 2023 die SenBJF, aktuell noch befristet als Projekt bis Ende 2025.

Parallel führt die PZ in Kooperation mit der SenBJF ein 2-jähriges Pilotprojekt zur Umsteuerung der Sprachfeststellungsprüfungen durch, auf dessen Grundlage zukünftig möglichst alle Herkunftssprachen in Berlin geprüft werden könnten. Da das Konzept in seiner grundlegenden Struktur dem Vorgehen Hamburgs gleicht, wird diese Projektschiene intern auch als „Hamburger Schiene“ bezeichnet, die für 2024 und 2025 neben die weitergeführte „Zertifikats-Schiene“ (mit telc-Prüfungen für Arabisch, Türkisch, Polnisch, Russisch) getreten ist und im April 2024 erstmalig mit Prüfungen für die Sprachen Vietnamesisch, Ukrainisch, Dari/Farsi (Persisch), Kurmanci und Romanes für insgesamt ca. 100 Schülerinnen und Schüler erfolgreich durchgeführt wurde.

In einem ersten Schritt hat SenBJF hierfür Expertinnen aus der Testentwicklung, die von der PZ fachlich beraten wurden, mit der Entwicklung eines Modelltests (auf Deutsch) nach den Vorgaben der Sek I-O und eines dazugehörigen Handbuchs beauftragt. Entsprechend diesen Vorgaben wurden von den Expertinnen zwei Versionen (auf Deutsch) für den Durchgang 2024 entwickelt, die im Anschluss in die Prüfungssprachen übersetzt wurden. Hierbei stehen die Übersetzenden bei Sprachen, die über keine überdachten Standardvarietäten verfügen, natürlich vor der Herausforderung, eine ausgleichende und möglichst weit verständliche sprachliche Varietät zu wählen. Die Ergebnisse der Teilnehmendenbefragung nach dem ersten Prüfungsdurchgang zeigen, dass dies recht gut gelungen ist.

Die PZ hat Prüfende für die genannten Sprachen akquiriert und Schulungen für die Prüfenden zu diesem Format durchgeführt. Die Anmeldung wurde von SenBJF über die Schulen organisiert, PZ erhielt alle notwendigen Daten der Teilnehmenden und hat diese mit Angaben zum Prüfungstermin und -ort und weiteren Informationen (wie den Hinweis auf den online abgelegten Modelltest) angeschrieben. Die Prüfung wurde an einem Tag für alle Teilnehmenden mit einer schriftlichen und einer mündlichen Einzelprüfung durchgeführt. Nach Übergabe der Ergebnisse an SenBJF wurden von dort die Nachweise an die Teilnehmenden versandt.

Das Verfahren wird 2025 wiederholt, mit jeweils zwei neuen Versionen der Prüfung. Begleitet wird das Projekt von einer Evaluation durch die Universität Potsdam. Hierbei wird u.a. auch der Frage nachgegangen, inwiefern die Kommunikationswege über die Schulen ausreichend sind, um das Angebot hinreichend öffentlich zu machen. Darüber hinaus wird der Frage nach der hinreichenden Vorbereitung der Teilnehmenden nachgegangen, denen im Unterschied zur „Zertifikats-Schiene“ ausschließlich der Modelltest und keine vorbereitenden Kurse zur Verfügung stehen. Für die vhs stellt sich perspektivisch die Frage, was ihr Interesse an dieser Art von – deutschlandweit einzigartigen – Bildungspartnerschaft im Bereich der Herkunftssprachen sein könnte, wenn die Prüfungen bei einer möglichen Verstetigung dieser „Hamburger Schiene“ nicht mit Vorbereitungskursen an den vhs verbunden werden.

6. Mehr Öffentlichkeit?

Nicht nur angesichts von ungefähr 10.000 E-Mails, die die PZ beispielsweise in 2022 bearbeitete, stellt die Optimierung der Kommunikation eine permanente Aufgabe dar. Insbesondere für die Teilnehmenden hat die PZ darum in den letzten Jahren ihren Internetauftritt grundlegend erneuert: Unter der kurz gefassten Adresse www.berlin.de/vhs/pz finden sich nun öffentlich zugänglich alle wesentlichen Informationen rund um die PZ. Downloads zu Prüfungsterminen, der Katalog der „Häufig gestellten Fragen“ und alle weiteren Informationen werden regelmäßig aktualisiert.

Halb öffentlich, aber mit großer Wirkung betreibt die PZ darüber hinaus drei thematische Ordner in der VHS-Cloud, die über direkte Links zugänglich sind:

1. Der Ordner für die Prüfenden: Er enthält neben Checklisten, Prüfungsregularien, Anträgen auf Arbeitnehmerähnlichkeit etc. insbesondere den PZ-Newsticker. Hier finden die Prüfenden kontinuierlich aktuelle Meldungen, die insbesondere während der Pandemie von großer Bedeutung waren.
2. Ein Ordner „Unterlagen für neue Prüfende“: Jede/r Interessierte bekommt auf Nachfrage den Link zu diesem Ordner, der alle diesbezüglichen Informationen und Dokumente enthält.
3. Ein Ordner „PZ-Schulungen“: Neben dem jeweils aktuellen Programm sind hier auch alle weiteren Informationen zur Teilnahme etc. abgelegt.

Warum wäre noch mehr Öffentlichkeit wünschenswert? Bürokratie und Verwaltungsaufwand nicht nur für die Organisation der Integrationskurse fordern die vhs stark. Das „Berliner Modell“ einer zentralen Prüfungsdurchführung bietet nicht nur eine große Entlastung für die vhs; mit ihrer großen Expertise setzt die PZ darüber hinaus Qualitätsstandards. Das Modell der PZ könnte also auch – über Berlin hinaus – für andere Regionen in Deutschland von Interesse sein. Hierzu sollte es einmal in der Öffentlichkeit dargestellt werden.

Dr. Brigitte Jostes

ist Sprachwissenschaftlerin und seit Mai 2020 Leiterin der Prüfungszentrale der Berliner Volkshochschulen. Diesen Text hat sie in einer Freistellungsphase als freie wissenschaftliche Autorin verfasst.

UNESCO Kulturweit Austausch

Ein Beispiel nachhaltiger Bildungsarbeit in der vhs Berlin Mitte

Dagmar Müller

Ein Geruch von Kochbanane weht durch die Flure des Unterrichtsbauwerks in der Linienstraße. Pokossy Doumbé hat zu seinem Abschied afrikanisch gekocht. Nach drei Monaten in Berlin ist es sein letzter Arbeitstag in der vhs Berlin Mitte.

Die vhs Berlin Mitte engagiert sich stark in der Förderung von nachhaltiger und diverser Bildungsarbeit. Diesen Schwerpunkt verfolgt sie in der regulären Arbeit der Programmbereiche und des Kursangebots. Zusätzlich werden Projekte mit Bezug zu den Vereinten Nationen (UN) durchgeführt.

UN - Internationale Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung

Zuerst hat sie sich im Rahmen der „internationalen Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung“¹, ausgerufen von der UN, engagiert. Die Schwarze Volkshochschule² der vhs Berlin Mitte hat ihr Programm deutlich ausgebaut und bietet Empowerment- Kurse für Schwarze Menschen bzw. Menschen afrikanischer Herkunft an. Ziel des Projektes war Dekolonisierung und die Erinnerungskultur aus Schwarzer Perspektive neu zu gestalten. Dabei geht es nicht nur um die koloniale Vergangenheit, sondern auch um die Auswirkungen des Kolonialismus bis heute zu verstehen. Ein weiterer wichtiger Aspekt war, eine rassismuskritische Perspektive zu entwickeln und in der Bevölkerung, Verwaltung und Zivilgesellschaft zu vermitteln.

UNESCO BNE-Auszeichnung

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung zeichnet gemeinsam mit der Deutschen UNESCO-Kommission Initiativen aus, die sich für Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) einsetzen. Ziel der Auszeichnungen ist es, BNE-

Akteurinnen und -Akteure sichtbar zu machen und ihren Einsatz zu stärken.³ Im Jahr 2023 wurde die vhs Berlin Mitte von der Deutschen UNESCO-Kommission für ihre nachhaltige Bildungsarbeit ausgezeichnet und konnte dadurch ihre Netzwerkarbeit deutlich ausbauen. Im Herbst 2024 konnte die vhs Berlin Mitte zum ersten Mal an einem internationalen UNESCO-Austausch teilnehmen.

UNESCO kulturweit Austausch

kulturweit ist der internationale Freiwilligendienst der Deutschen UNESCO-Kommission, gefördert vom Auswärtigen Amt. Alle über 18-Jährigen können sich unter bestimmten Voraussetzungen für einen internationalen Austausch bewerben.⁴

Jungen Menschen aus Afrika und dem Nahen Osten bietet kulturweit zudem die Möglichkeit, die Arbeit von Bildungs- und Kultureinrichtungen in Deutschland kennenzulernen. Die Hospitantinnen und Hospitanten sowie die Einrichtung werden vor und während des Austauschs eng inhaltlich vorbereitet. Die Hospitantinnen und Hospitanten werden finanziell durch die UNESCO für Reise-, Lebens- und Unterbringungskosten unterstützt. Im Herbst 2024 hat die vhs Berlin Mitte ihren ersten UNESCO „kulturweit“ Hospitanten willkommen geheißen. Er wurde von der BNE-AG⁵ der vhs Berlin Mitte engmaschig betreut.

Interview mit Pokossy Doumbé Robert Stephane

Im Rahmen seiner Tätigkeit ist ein Interview mit Pokossy Doumbé Robert Stephane entstanden. Das Interview führte Henri Baumann am 15.11.2024, welcher im gleichen Zeitraum ein Praktikum an der Volkshochschule Mitte absolvierte. Derzeit studiert er den Studiengang

¹ <https://www.un.org/en/observances/decade-people-african-descent>

² <https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/mitte/kurse/afrika-akademie/>

³ <https://www.bne-portal.de/bne/de/bundesweit/auszeichnungen/auszeichnungen.html>

⁴ <https://www.kulturweit.de/>

⁵ <https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/mitte/kurse/bildung-fuer-nachhaltige-entwicklung/>

„Erwachsenenbildung / Lebenslanges Lernen“ an der Humboldt-Universität.

Frage: Wie bist du auf die Idee gekommen, am Freiwilligenprogramm kulturweit teilzunehmen, und warum hast du dich dabei für die Volkshochschule entschieden?

Antwort: Ich war schon immer sehr an Kultur und Sprachen interessiert. Nachdem eine Unifreundin von mir an kulturweit teilgenommen hatte und mir daraufhin dieses Austauschprogramm empfohlen hat, habe ich mich informiert und beworben. Dass ich dann an der Volkshochschule und in Berlin gelandet bin, war jedoch nicht meine eigene Entscheidung. Stattdessen wurde mir die Stelle von kulturweit aufgrund meiner bisherigen Qualifikation und meinem Interesse vermittelt.

Frage: Was waren deine Erwartungen an deine Zeit in Deutschland und an der Volkshochschule, und haben sich diese erfüllt?

Antwort: Ich hatte sehr vielseitige Erwartungen, vor allem wollte ich jedoch meine Deutschkenntnisse verbessern und mir ein grenzüberschreitendes, berufliches Netzwerk aufbauen. Beides ist mir aus meiner Sicht gelungen, so bin ich im Deutschen sehr viel sicherer geworden und habe einige Ideen, um auch in Zukunft mit Menschen in Deutschland und auch der Volkshochschule in Mitte in Austausch zu bleiben. Das freut mich sehr, war es für mich aus Kamerun heraus doch noch schwer, mir die Arbeit an Volkshochschulen vorstellen zu können.

Pokossy Doumbe Robert Stephane absolvierte von September bis November 2024 im Rahmen des internationalen Freiwilligendienstes kulturweit der Deutschen UNESCO-Kommission ein dreimonatiges Praktikum an der Volkshochschule Berlin Mitte. Zuvor studierte Pokossy Doumbé R. S. Sprachwissenschaften und Germanistik an der Université de Yaoundé I, Kamerun. Er gründete im Jahr 2020 das erste rein digitale Sprachzentrum für lokale Sprachen in Kamerun und leitet seit 2021 zudem das „Omboa237“, ein regionales Bildungszentrum mit verschiedenen Sprach-, Musik- und Kulturangeboten.

Frage: Wie hast du deine Anfangszeit in Deutschland erlebt?

Antwort: Vieles war neu für mich. Ich hatte Probleme mit dem Verkehrssystem und brauchte oft Hilfe, um mich zurechtzufinden. Dazu war mir am Anfang oft kalt und ich habe mich erkältet. Und auch das Essen hat mich überfordert: Ich hatte das Gefühl, dass die Menschen in Deutschland viel mehr auf ihre Gesundheit achten und viel Salat und Gemüse essen. Dabei war ich aus Kamerun viel Fleisch und Fisch gewohnt. Das habe ich gerade am Anfang ziemlich vermisst. Bei allen Schwierigkeiten habe ich aber auch gute Hilfe bekommen – alle Menschen, die ich getroffen habe, waren sehr hilfsbereit und geduldig. Das hatte ich in diesem Maße nicht erwartet!



Foto © Dagmar Müller
Henri Baumann und Pokossy Doumbe Robert Stephane

Frage: Wie hast du die Arbeit an der Volkshochschule erlebt? Gab es kulturelle Unterschiede, die dich überrascht haben?

Antwort: Zunächst einmal war ich überrascht, wie reglementiert die Arbeit hier ist. Ich musste viele Formalien befolgen, die ich zuvor nicht kannte: Selbst beim Abholen meiner Arbeitsschlüssel musste ich ein Dokument unterschreiben. Und auch die festen Arbeitszeiten in Deutschland waren neu für mich. So war ich es bislang gewohnt, zu jeder Tageszeit zu arbeiten. Das war hier viel entspannter. Und trotzdem habe ich bis zum Ende nicht verstanden, wie es möglich ist, dass einige Mitarbeitende schon gegen Mittag Feierabend machen. Ansonsten war ich sehr positiv davon überrascht, wie offen und engagiert sich alle Mitarbeitenden in den Besprechungen einbringen. Allen wird auf Augenhöhe zugehört, es wird sich geduzt und Ideen werden

gemeinschaftlich abgestimmt. So habe ich einen guten Zusammenhalt unter den Mitarbeitenden und auch unter den Berliner Volkshochschulen wahrgenommen. Auch das kannte ich bisher nicht und hat mich sehr stark zum Nachdenken gebracht.

Frage: Hattest du ein Lieblingsprojekt während deines Praktikums?

Antwort: Ja, neben meiner alltäglichen Arbeit, bei der ich in mehreren Programmbereichen der Volkshochschule hospitiert habe, durfte ich die ehemalige Programmplanerin Christine Bartels bei einer Veranstaltung im Mitte Museum anlässlich des 35. Jahrestags des Berliner Mauerfalls live interviewen. Insbesondere die Vorbereitung dafür hat mir großen Spaß bereitet, konnte ich mich dabei intensiv mit der deutschen Teilung und der Berliner Mauer beschäftigen.

Frage: Gab es besondere Herausforderungen für dich bei deiner Arbeit an der Volkshochschule?

Antwort: Ja, auf jeden Fall. Gerade am Anfang meines Praktikums habe ich an vielen Besprechungen teilgenommen und nur sehr wenig verstanden, da ich einige Fachwörter nicht kannte. Manchmal habe ich mich sogar gefragt, ob überhaupt noch Deutsch gesprochen wird. Dann habe ich mich jedoch daran gewöhnt und einige Wörter nachgeschlagen. Zudem war es zu Beginn schwierig für mich, mich mit meinen eigenen Kompetenzen einbringen zu können, da ich an vielen Stellen auf eine Einarbeitung angewiesen war. Zum Ende meines kulturweit-Austausches wurde es dann aber besser. So habe ich zum Beispiel das Interview mit Christine Bartels vor vielen Menschen live durchgeführt, das war ein sehr schönes Erlebnis für mich. Und auch andere Herausforderungen habe ich gemeistert: So habe ich zunehmend verstanden, wie viel in Deutschland per E-Mail und nicht einfach über WhatsApp abgesprochen wird. Auch daran konnte ich mich anpassen.

Frage: Was nimmst du aus dieser Erfahrung für deine persönliche und berufliche Entwicklung mit?

Antwort: Als Person, die sich schon immer gerne weitergebildet hat, war die Volkshochschule der perfekte Ort für meinen kulturweit-Austausch. So habe ich viele spannende Sprachkurse und Kulturangebote besucht und so sehr viel Neues gelernt. Auch Berlin mit seinen vielen Museen hat

mich begeistert – überall gab es etwas zu entdecken und viel über die Geschichte der Stadt zu erfahren. Den Umgang mit der eigenen Geschichte in Deutschland fand ich sehr inspirierend, einige Ideen und Umsetzungsmöglichkeiten hierzu nehme ich mir mit. Darüber hinaus habe ich mich natürlich auch beruflich weiterentwickelt: So habe ich es schätzen gelernt, organisiert und vorausschauend zu arbeiten. Auch diese Kompetenz möchte ich nach meiner Rückkehr nach Kamerun weiter vertiefen und auch an meine Kolleg*innen weitergeben.

Dagmar Müller

ist seit 2016 Programmbereichsleitende der Volkshochschule Berlin Mitte. Zuvor war sie bereits als Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung mit dem Bezirksamt Berlin Mitte verbunden. Als Volljuristin arbeitete sie in verschiedenen Unternehmen und Organisationen an den Schnittstellen Verwaltung/Leitung/ Erwachsenenbildung.

Formatveränderungen bei Programmheften der Volkshochschulen

Auswirkungen auf die Sammeltätigkeit in Weiterbildungsprogrammar- chiven und die Programmforschung

Aiga von Hippel / Annika Müllner / Bastian Hillengaß / Marion Fleige

Einleitung und Überblick

Im folgenden Text widmen wir uns verschiedenen Perspektiven auf Formatveränderungen in Programmheften der Volkshochschulen (VHSen) und ihren Auswirkungen. Zunächst definieren wir „Programme“ und „Programmhefte“ als Ergebnis professionell-pädagogischen Planungshandelns und machen ihre Wichtigkeit für die Forschung deutlich. In einem nächsten Schritt fragen wir nach Zusammenhängen von Programmheften und Öffentlichkeit und skizzieren Kategorien, um Formatveränderungen analysieren zu können. Orientiert an Ergebnissen einer Forschungswerkstatt werden aktuelle Formate der Berliner VHSen miteinander verglichen und systematisiert. Danach beleuchten wir Auswirkungen von Formatveränderungen auf die Sammeltätigkeit von Programmarchiven und diskutieren abschließend mögliche Folgen für die Programmforschung.

Dabei ist die digitale Transformation der Erwachsenenbildung/Weiterbildung (EB/WB) auf verschiedenen didaktischen Ebenen eines Bildungsanbieters zu beobachten (vgl. Freide et al. 2021; Engels/Egloffsein 2021, S. 285): Auf der Mikro-Ebene betrifft sie die Durchführung von Online-Angeboten als digitale Lehr-Lern-Form (Egetenmeyer 2021, S. 119–120), die Vermittlung von Digitalisierung als Bildungsinhalte (Rohs et al. 2021, S. 151–152) und den Erwerb digitaler Kompetenzen (Rohs et al. 2017). Solche Angebote werden auf der Meso-Ebene seitens der Programmplanung entwickelt (Egetenmeyer 2021, S. 111–112) und in Kooperation mit dem Bildungsmanagement profilbildend und adressat:innenbezogen vermarktet (Robak 2019, S. 111). Die Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit über digitale Medien (siehe Artikel in diesem Heft von Pavel) betrifft die Darstellung des gesamten Programms. Der Web-Auftritt präsentiert das digitale Profil eines Bildungsanbieters auf der Makro-Ebene. Die Kooperationen und Zusammenarbeit im Verbund eines Trägers zeigt sich digital an der gegenseitigen Verlinkung, der Nutzung digitaler Tools sowie gemeinsamer Content-Management-Strukturen (Scheidig 2021).

Solche Veränderungen an der Oberfläche implizieren die Weiterentwicklung einer Organisation in Form von Personalstellen für IT (Alke/Uhl 2021, S. 249–250), Schulungen für den Einsatz von IT oder für Themen wie Datenschutz und Marketing. Auch die Archivierung der Programmveröffentlichungen ist von solchen Veränderungen nicht ausgenommen.

1. Programme und Programmhefte als Ergebnis professionell-pädagogischen Planungshandelns und als Forschungsgegenstände

Programme der EB sind mesodidaktische, thematisch-inhaltliche Angebotsbündelungen. Sie enthalten klassischerweise im Fokus gebündelt Ankündigungstexte der einzelnen Angebote. Sie sind damit Informationsmedium für Adressat:innen – aber nicht nur. Vielmehr übernehmen Programme eine Vielzahl an externen und internen Funktionen für unterschiedliche Akteure:innen (vgl. Käßpinger 2021, S. 37 ff.). Sie sind nicht nur kurzfristige Gebrauchstexte (vgl. Nolda 2018), sondern aus einer bildungswissenschaftlichen Perspektive enthalten sie die professionell-pädagogischen Auslegungen der Planenden als Hauptamtlich Pädagogischen Mitarbeitenden (HPM), die Themen und Inhalte in Bildungsangebote transformiert haben. Sie sind das Ergebnis ihres Handelns: „Ein Programm ist der zeitgeschichtlich materialisierte Ausdruck gesellschaftlicher Auslegung von Erwachsenenbildung durch einen bestimmten Träger, realisiert über eine Vielzahl an Angeboten. Es ist beeinflusst durch bildungspolitische und ökonomische Rahmenbedingungen, nachfragende Unternehmen und potentielle Adressat:innen. Es wird ausgelegt und gefiltert durch professionell Handelnde“ (Gieseke 2015, S. 165). Programme sind mehr als die Summe der Einzelangebote, die sie bündeln. Sie stellen die bildungskonzeptionelle Rahmung her, indem sie die Einzelangebote in Bereiche gliedern, Angebots-

schwerpunkte ausweisen und den Angeboten (so) eine bildungstheoretisch interpretierbare Einbettung geben. Letztere wird oftmals auch durch Einleitungstexte mit grundsätzlichen pädagogisch-didaktischen Überlegungen, Aussagen über Semesterschwerpunkte etc. verstärkt. Damit gliedern Programme auch das pädagogisch-professionelle mesodidaktische Planungshandeln nach Innen.

Programme werden ausgedrückt und veröffentlicht über Programmhefte – in ihrer Printfassung, aber auch bereits in dem digitalen pdf, welches zur Druckerei geschickt wird und ggf. auch im Ganzen auf der Homepage einer Einrichtung veröffentlicht ist. Das Heft informiert Adressat:innen und interessierte Öffentlichkeit über die Angebote und stellt noch einmal in sich eine gegenständliche ‚Materialisierung‘, ein Medium, dar. Das Programmheft ist ein bzw. der zentrale Zugangsweg zu der Information über die Angebote, ein zentraler, legitimatorisch wirkender Ort der Werbung. Für das mesodidaktische Planungshandeln bedeutet die Erstellung von Programmheften, die jahresabschnittsweise ausgerichtet sind, ebenfalls etwas, nämlich eine zeitliche Gliederung der Angebotsplanung und -veröffentlichung.

Programme/Programmhefte sind bedeutsame *Gegenstände sowie auch Datenentitäten* der Erwachsenenbildungsforschung, insbesondere für die Bereiche der Programm(planungs)forschung und der Organisationsforschung (vgl. Fleige et al. 2019). Über Programmanalysen (vgl. Fleige et al. 2019; Käßplinger 2011; Fleige/von Hippel 2022) lassen sich die oben genannten gesellschaftlichen Auslegungen nachzeichnen. Beispielsweise kann analysiert werden, wie über Zielgruppenansprache, Themenauswahl und anderes kulturelle, berufliche, politische usw. Bildung ausgelegt wird. Ebenso ist es über Programmanalysen möglich, Bildungsinstitutionalprofile der Weiterbildungseinrichtungen nachzuzeichnen, da das Programm schließlich das Haupt-Leistungsangebot der Einrichtung ist (vgl. von Hippel/Fleige 2020). Kurzum, Programme sind seit vielen Jahrzehnten unverzichtbarer Bestandteil der Forschung.

(für einen Überblick über bisherige Programmanalysen siehe <https://www.bwi.uni-hannover.de/de/forschung/expertengruppe-programmforschung>). Dabei ist der einzelne Ankündigungstext die grundlegende Dateneinheit für eine Programmanalyse.¹

2. Programmhefte und Öffentlichkeit

Programmhefte der VHSen im Kontext von Öffentlichkeit zu diskutieren, kann Verschiedenes bedeuten. Zum einen bilden Programmhefte die Angebote und damit die öffentliche Verantwortung der VHSen (die gemeinwohlorientierte, kommunale öffentliche Daseinsvorsorge) ab. Zur öffentlichen Verantwortung gehören die flächendeckende (Grund-)Versorgung, offene Zugänglichkeit und ein kontinuierliches, transparentes und plurales Angebot (vgl. von Hippel 2022). Zum anderen stellen Programmhefte selbst Öffentlichkeit her, sie sind nicht der Privatsphäre zugehörig. Sie stellen für Adressat:innen, Kooperationspartner:innen, geldgebende Akteure:innen wie die Kommunen, für Dozent:innen, aber auch innerhalb der Weiterbildungseinrichtungen selbst (vgl. Käßplinger 2021, S. 39) Öffentlichkeit über das Gesamtangebot der Einrichtung her. Nicht zuletzt sind sie auch öffentlich zugängliche Forschungsgegenstände und damit Teil der wissenschaftlichen Öffentlichkeit. Öffentlichkeitstheorien betonen in unterschiedlichem Ausmaß normative Ansprüche an Funktionen von Öffentlichkeit, darunter werden u.a. genannt Funktionen von Transparenz (über verschiedene Themen und Meinungen) und Orientierung (Jarren/Donges 2011, S. 97).

Man darf nun annehmen, dass Formatveränderungen der Programmhefte die Herstellung von Öffentlichkeit in Bezug auf Transparenz und Orientierung verändern. Man kann auch vermuten, dass, je mehr sie einen Ausschnitt vom Gesamtangebot zeigen, es umso schwieriger wird, darüber das öffentlich verantwortete Programm – Stichworte (Grund-)Versorgung, offene Zugänglichkeit und ein kontinuierliches, transparentes und plurales Angebot, s.o. – auch so nach außen für alle Akteure:innen darzustellen. Bezüglich des Prinzips der (Grund-)Versorgung kommt die Proble-

¹ Oder, falls dies im Vordergrund des Interesses steht, beispielsweise auch das einzelne Editorial oder der einzelne programmbe-reichsweite Einleitungstext

matik hinzu, dass das digitale Ausspielen von Angebotstexten und die vermehrte rein digitale Durchführung die kommunale Ausrichtung öffentlich verantworteter EB unterminieren kann.

3. Formatveränderungen von Programmheften

Programmhefte befinden sich von ihrem Format her immer in einem Wandel. Dieser hat mit der Coronapandemie noch einmal einen besonderen Schub erhalten (vgl. Käßlinger 2021, S. 37). Einige Jahre nach der Pandemie kann man nun mit etwas weniger akutem Handlungsdruck überlegen, welches Format das adäquate sein könnte. Ähnlich wie bei der Frage nach der Entscheidung für Präsenz- oder digitale Lehr-Lernformate (und Mischungen) gibt es hier „kein Richtig oder Falsch“, sondern nur die Frage – und diese ist keine rein organisatorische, sondern eine genuin pädagogische – danach, was eben das passende Format für welche Institution, für welchen Themenbereich, für welche Zielgruppe usw. sein könnte und wie die Wahl aus einer pädagogischen Perspektive unter Anbetracht des eigenen Leitbilds der Institution begründet werden kann.

In der folgenden Tabelle sind Kategorien zusammengestellt, mit denen man Formate von Programmheften analysieren kann und auch Veränderungen abbilden könnte. „Formate“ bezieht sich hier sowohl die Veröffentlichungsformate/-arten als auch auf das, was veröffentlicht wird.

Berücksichtigt sind dabei auch Mischungen, hybride Formate und der parallele Einsatz von verschiedenen Formaten – in diesem Zusammenhang ist bereits zu konstatieren, dass Mischungen der Ankündigung zuzunehmen scheinen, beobachtet man Entwicklungen im Feld der letzten fünf Jahre.

Tabelle 1: Kategorien zur Differenzierung von Formaten von Programmheften

Kategorie	Ausprägungen
Medium und Verbreitungsform	digital Newsletter; Homepage; social media; Datenbanken; weitere: Radio etc. print Auslage im offen zugänglichen Raum der Institution selbst; Dissemination per Post, Bürgerämter, Bibliotheken, Buchhandlungen, Plakate, Flyer, usw.
Umfang/ Angebot oder Programm	Auszug aus Programm (z.B. ein bis mehrere Angebote und Reihen) Gesamtprogramm
Zeitlicher Horizont Veröffentlichung	kontinuierlich aktualisiert zu bestimmtem Termin veröffentlicht
Art des Textes	Angebotsankündigung (unterschiedlich ausführlich) andere Textform (z.B. Interview; Vorwort; Begleittext; Grußwort)
Bilder/Text	Bilder; QR-Code, Videos Text
Grafische Gestaltung/Formatierung	Größe, Seitenzahl, Formatierung etc.
Benennung	Programmheft, Flyer, Broschüre, Newsletter, Journal, Magazin, Anzeige usw.
...	

Kombiniert man die Funktionen (Käßlinger, s.o.) von Programmen gedanklich mit Formatveränderungen, so könnte man für jede Formatveränderung fragen, was dies wiederum für die Erfüllung von Funktionen bedeutet. Was macht eine Formatveränderung mit der Ansprache und dem Erreichen von verschiedenen Zielgruppen, d.h., welche werden besser, welche weniger erreicht? Wie werden Interessen, Bedarfe geweckt – z.B. wenn nicht mehr der Gesamtkatalog zum Blättern einlädt und nicht mehr längere Zeit² bei den Adressat:innen auf dem Tisch liegt? Was macht eine Formatänderung mit den o.g. Funktionen von Programmen/Programmheften wie Legitimation nach außen, Kursleitendenakquise, Selbstverständigung nach innen und mit dem Planungshandeln insgesamt? (ebd.) Was macht sie mit dem Gedächtnis einer Institution? Und: Welche spezifischen Funktionen übernehmen einzelne Programmhefte/-Formate?

4. Formatveränderungen in den Berliner Volkshochschulen

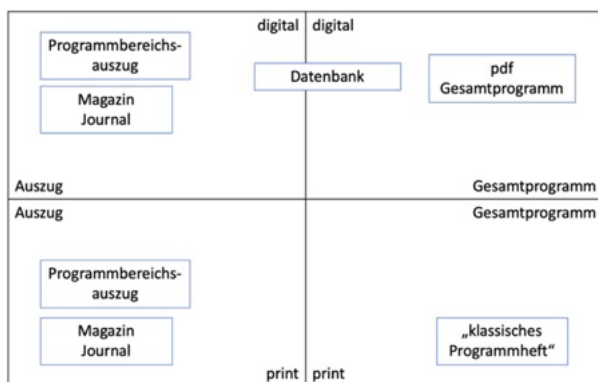
Mit den Veränderungen der Veröffentlichungsformate setzte sich im Wintersemester 2024/25 ein Projektstudium unter dem zugespitzten Titel „Programmforschung ohne Programme?!?“ auseinander. Der Schwerpunkt lag auf den Programmveröffentlichungen der Berliner VHSen-Landschaft, deren Programmhefte und Web-Auftritte von einer Gruppe von Studierenden der Studiengänge Erwachsenen-

² Newsletter könnten hier in Kombination eine Erinnerungsfunktion einnehmen, wie es etwa für den Newsletter der KVHS Potsdam-Mittelmark ausgewiesen wird (KVHS Potsdam-Mittelmark 2025).

bildung/Lebenslanges Lernen (EB/LL) und Erziehungswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin (HU Berlin) analysiert und verglichen wurden.

Die folgende Abbildung systematisiert die verschiedenen Veröffentlichungsformate anhand der Verknüpfung von zwei Kategorien (s.o. Punkt 3). Gleichzeitig gibt es natürlich pro Institution auch die oben bereits angesprochenen Mischstrukturen, d.h. dass parallel verschiedene Formate angeboten werden – was in Bezug auf die Ansprache unterschiedlicher Zielgruppen auch sinnvoll erscheint.

Abbildung 1: Ausgewählte Beispiele von Formaten, die (Berliner) VHSen einsetzen³



Digitale Transformationsprozesse sind an unterschiedlichen Beispielen der Programmveröffentlichungen im Berliner Raum zu beobachten: Das VHS-Programmheft erhält z.B. in Tempelhof-Schöneberg einen neuen Namen und heißt „Magazin“ oder verabschiedet sich, wie in Neukölln geschehen, komplett und ist nur noch digital verfügbar. Vereinzelt sind unterschiedliche Print-Formate wie separate Programmbereichshefte zu finden, die für bestimmte Adressat:innen/Zielgruppen wie den Deutschbereich auf spezielle Bedarfe und Bedürfnisse zugeschnitten sind (z.B. in Friedrichshain-Kreuzberg). Während in einem „klassischen Programmheft“ weiterhin die Gesamtheit ihrer Angebote katalogisiert und mit Beschreibungstexten und Angaben hinterlegt werden, präsentieren andere Formate nur die weiter oben bereits angedeutete Auswahl an Highlights ihres Programms. Statt der Gesamtheit aller Ankündigungstexte sind

neben Auszügen zusätzliche Bestandteile wie Selbstlernformate (in Tempelhof-Schöneberg), Kursleiter:innen-Porträts mit Fotos (in Mitte) oder Interviews (in Reinickendorf, Pan-kow) zur Profilbildung enthalten. Solche Entwicklungen verändern auch Funktionen eines Programmhefts, dass dann nicht mehr als Katalog zu beschreiben (Käpplinger 2021), sondern primär als „Visitenkarte“ eines Anbieters anzusehen wäre (Gnahn 1998). Die Verlinkungen durch QR-Codes (z.B. in Reinickendorf, Steglitz-Zehlendorf) auf die jeweiligen Webauftritte betreffen neben zusätzlichen Angeboten weitere Informationen zu den meist nur listenartig aufgeführten Titeln von Angeboten in den Programmheften (u.a. Reinickendorf, Spandau, Steglitz-Zehlendorf, Treptow-Köpenick).

Solchen vielfältigen Veränderungen und Reduktionen der Programmhefte steht der Ausbau des Webauftritts gegenüber: Zum einen gibt es die bezirksübergreifende Datenbank vhsit.Berlin.de, über die Angebote aus allen zwölf Berliner VHSen gesucht und gefunden – sowie dann auch gebucht – werden können. Ein einheitliches Muster strukturiert die Ankündigungstexte vor und legt profilbildend Standards fest, welche Informationen in den Texten enthalten sein sollen und können (Gieseke/Krueger 2023, S. 191). Bei der Anzahl und Vielfalt der berlinweiten konkurrierenden Angebote bedarf es charakteristischer Angaben, um unterscheidbar und passgenau wahrgenommen zu werden.

Vorteilhaft für die Adressat:innen ist, dass sie der digitalen Suchmaschine entnehmen können, ob Angebote ausgebucht oder noch verfügbar sind. Such-Erweiterungen zeigen auch vergangene und bereits begonnene Veranstaltungen (allerdings nur des laufenden Semesters) an. Die vielseitige Auswahl nach Bezirken, Programmbereichen und Angebotsschwerpunkten sowie Lernorten, Zeitstrukturen und Kursleitenden ermöglicht eine individuelle Eingrenzung der Angebotssuche. Deren Darstellung besteht im Unterschied zu den Programmheften ausschließlich aus Text und ist wenig illustrativ gestaltet, sondern auf die wesentlichen Informationen reduziert. Es ist eine anbieterübergreifende neutrale Darstellung, die weder eine VHS als Anbieter

³ Die Datenbank wurde hier eingeordnet als Gesamtprogramm an der Schnittstelle zum Auszug aus folgendem Grund: Zu einem bestimmten Zeitpunkt handelt es sich um einen Auszug (je nach

gewähltem Zeitpunkt als Filter) und es gibt keinen Überblick z.B. über ein (Halb-)Jahresprogramm.

bevorzugt noch eine spezifische Adressat:innengruppe optisch anspricht (Gieseke/Krueger 2023).

Gleichzeitig präsentiert sich jede VHS als Bezirk individuell über eine Art Landingpage im Rahmen der Website des Verbundes der Berliner VHSen. Auf ihnen werden Leitbilder, Standortbeschreibungen, Personal-Tableaus beschrieben und Downloads der Programmhefte, Darstellungen der Programmbereiche, weitere Hinweise zu Lernorten, rechtliche Hintergründe zu Bildungsurlaub oder Anträge zu Integrationskursen zur Verfügung gestellt. Auffällig sind vielfältige Sortierungen, die unter Einsatz unterschiedlicher Auswahlmasken die Suchmaschine der vhsit.berlin.de verwenden. Für solche Zwecke sind Suchbegriffe z.B. auf „Friedrichshain-Kreuzberg+Geldanlage“ oder „Neukölln+Gesundheit“ voreingestellt, um gezielt nur Kurse anzuzeigen, die aus dem eigenen Angebotsschwerpunkt oder Programmbereich stammen.

Im Vergleich zu den Programmheften, die isoliert nur einen einzelnen Bildungsanbieter für sich präsentieren, wirkt der gemeinsame Webaufttritt von zwölf gleichen Programmbeereichsstrukturen schnell unübersichtlich. Ein Beispiel ist die separate Präsentation der Online-Angebote, die neben den klassischen Programmbereichen als programmbereichsübergreifender Schwerpunkt zu finden sind (Robak/Fleige 2022, S. 981). Die Online-Angebote werden nicht nur für die gesamten Berliner VHSen gebündelt, sondern je Bezirk als deren Anbieter nochmal separat präsentiert. Solche Doppelungen bilden eher organisationsbezogene Strukturen ab, als dass sie eine adressat:innenorientierte Ansprache darstellen würden.

5. Folgen für die Sammeltätigkeit von Programmarchiven

Um Programme als Primärdaten dauerhaft zu bewahren und der Forschung zur Verfügung zu stellen, unterhält die Abteilung Erwachsenenbildung/Weiterbildung an der HU Berlin seit 1995 das Weiterbildungsprogramm-Archiv Berlin/Brandenburg⁴. Neben Programmen werden hier u.a.

Informationsflyer, Jahresberichte und Newsletter gesammelt. Das Archiv ist aktiv sammelnd und wächst daher kontinuierlich um die Neuveröffentlichungen der in der Sammlung vertretenen Anbieter an; aktuell umfasst der Bestand mehr als 18.600 Archivalien (Stand: März 2025) von 1.100 Einrichtungen in den Ländern Berlin und Brandenburg. Im Unterschied zu den beiden anderen Programmarchiven im deutschsprachigen Raum – dem *Volkshochschul-Programmarchiv am Deutschen Institut für Erwachsenenbildung – Leibniz-Zentrum für Lebenslanges Lernen (DIE)* und dem *Österreichischen Volkshochschularchiv* – berücksichtigt das Weiterbildungsprogramm-Archiv dabei nicht ausschließlich Veröffentlichungen von VHSen, sondern von einer Vielzahl unterschiedlicher Einrichtungstypen wie konfessionellen und gewerkschaftlichen Einrichtungen, parteinahen Stiftungen, Verbänden und Vereinen, Kammern und Innungen sowie weiteren Anbietern von beruflicher WB. Im Archiv machen sich Veränderungen in den Publikationsformaten derzeit durch eine rückgehende Zahl an Zusendungen von Programmen bemerkbar. Aber auch dann, wenn dem Programmarchiv weiterhin Printveröffentlichungen übermittelt werden – wie es auf nahezu alle der Berliner VHSen zutrifft – ist festzustellen, dass es sich bei einigen der Publikationen nicht mehr um das „klassische“ Programmheft handelt.

So sehr die Gründe für solche Entwicklungen nachvollziehbar sind, stellen sie das Weiterbildungsprogramm-Archiv als Forschungsinfrastruktur für die Programmforschung vor Herausforderungen. Es stellt sich die Frage, wie eine Sammeltätigkeit aussehen soll, die dem Anspruch gerecht wird, die für Programmforschung relevanten Primärdaten zu bewahren. Dies betrifft gerade auch die VHSen, denen als größter öffentlich verantworteter Weiterbildungseinrichtung besondere Bedeutung zukommt. Dabei sind es v.a. die Ankündigungstexte, die eine wichtige Datengrundlage für Programmanalysen darstellen; und es sind, wie oben beschrieben, oftmals gerade die Ankündigungstexte, die nunmehr im gedruckten Format fehlen oder in reduzierter Form erscheinen. Eine Fortführung der bisherigen Sammeltätigkeit

⁴ Für einen Einblick in Entstehung und Entwicklung der Sammlung siehe: <https://www.kulturtechnik.hu-berlin.de/objekt-des-monats-das-weiterbildungsprogramm-archiv-berlin-brandenburg-der->

[abteilung-erwachsenenbildung-weiterbildung-von-der-entstehung-und-entwicklung-einer-aktiven-hu-sammlung](#)

kann eine umfassende und nachhaltige Archivierung der Programme daher nicht länger gewährleisten.

Wie kann ein Umgang mit den sich ändernden Formaten aussehen, wenn es nicht mehr ausreicht, die früher oft trimesterweise, halbjährlich bzw. jährlich von den VHSen herausgegeben Veröffentlichungen – gleichgültig ob diese unter dem Titel „Programm“ oder „Magazin“ firmieren – zu sammeln?

Es besteht die Möglichkeit, Informationen zu den geplanten (oder durchgeführten) Angeboten direkt von den Anbietern in Form von z.B. Planungsdaten zu erhalten. Dank der Bereitschaft und des Problembewusstseins der VHS Neukölln, die seit dem Herbst 2020 kein Programmheft mehr veröffentlicht, konnte ein solches Vorgehen bereits verwirklicht werden. Inhaltstragende Informationen zu den Angeboten sind damit zwar archiviert, darüber hinaus reichende Informationen, die insbesondere die Veröffentlichung des Angebots und den Gesamtzusammenhang betreffen (siehe Ikonografie des Hefts oder Design von Websites), fallen damit für die Archivierung trotzdem weg.

Um das Sammeln online bereit gestellter Informationen zu erproben, hatte die Abteilung EB/WB bereits 2015 ein Pilotprojekt aus der Taufe gehoben. Im Rahmen des Projekts ForPrim-WBArch-E wurde einmal im Monat automatisiert eine Spiegelung der Websites von 31 Weiterbildungsanbietern erzeugt (vgl. Gieseke et al. 2018, S. 468). Als besonders zeitintensiv erwiesen sich die Klärung von datenschutz- und urheberrechtlichen Fragen sowie die dauerhafte technische Betreuung. Mit Blick auf die begrenzten personellen und finanziellen Kapazitäten mussten nach Ablauf des Projektzeitraums sowohl Datenbank als auch Crawler abgeschaltet werden; die gespiegelten Websites werden weiterhin auf zentralen Laufwerken des Instituts für Erziehungswissenschaften archiviert.

Beide Optionen verbinden sich mit einem Mehraufwand, der für das Weiterbildungsprogramm-Archiv gegenwärtig nur schwerlich zu stemmen ist. Denn idealerweise wäre ein Abfragen von Informationen zu den Angeboten und/oder die

Archivierung von Websites nicht nur für die zwölf Berliner und die 20 Brandenburger VHSen vorzunehmen, sondern auch für weitere in der Sammlung vertretene Einrichtungstypen. Ein Vorhaben, dessen Umsetzung aus Ressourcen Gründen schlichtweg unmöglich ist.

Auch wenn noch unklar ist, wie genau den sich veränderten Formaten in der Sammeltätigkeit begegnet werden kann, ist doch offensichtlich, dass das Weiterbildungsprogramm-Archiv handeln und Anpassungen vornehmen muss, um die Datenqualität seiner Sammlung zu gewährleisten und seiner Gedächtnisfunktion weiterhin gerecht zu werden. Diese beiden Ziele sind nicht nur für die Wissenschaft von Relevanz, sondern mittelbar ebenso für die Praxis: Programmforschung wird nicht im luftleeren Raum betrieben. Gerade Programmanalysen denken stets die Praxis mit und erzielen mitunter wertvolle Informationen für diese. Im MA EB/LL nutzen die Studierenden das Archiv für Forschungsarbeiten (siehe auch oben skizziertes Projektstudium). Unter den Alumni des Studiengangs EB/LL sind nicht wenige, die mittlerweile an Berliner VHSen tätig sind und die während ihres Studiums und danach Programmanalysen durchgeführt haben (z.B. zu Themen wie Eltern-/Familienbildung, Gesundheitsbildung, kulturelle Bildung, berufliche Bildung, politische Bildung). Teilweise sind diese auch im „Erwachsenenpädagogischen Report“⁵ veröffentlicht. Zudem gab es Forschungskooperationen und historische Programmanalysen zu den VHS-Jubiläen. Es ist also gerade auch das Weiterbildungsprogramm-Archiv, das als Forschungsinfrastruktur in das Praxisfeld hineinwirkt und hier wichtige Impulse geben kann.

6. Herausforderungen für die Programmforschung

Für die Programmforschung evozieren diese Entwicklungen und unsere darauf bezogenen vorgestellten Überlegungen Herausforderungen und Arbeitsaufträge. Es gilt, diese Entwicklungen weiterhin zu beobachten und weiterführend zu analysieren (Freide 2021, S. 144) – mit Bezug zu Programmareichweiten, aber möglicherweise auch den Auswirkungen auf die Programmstrukturen oder sogar die Einrichtungen

⁵ <https://www.erziehungswissenschaften.hu-berlin.de/de/ebwb/erwachsenenpaedagogischer-report>

der EB, die anhand von Programmen sichtbar sind. Da Programmanalysen, die wie schon angedeutet, Daten über Angebote und ihre Veröffentlichungsformen benötigen, sind auch die methodischen Verfahren weiterzuentwickeln. Wenn Ankündigungstexte digital nach Ablauf eines Semesters gelöscht werden und nicht mehr aufzurufen sind, ist zu klären, wie sie in einem Archiv oder einer Bibliothek gesichert werden. Gleichzeitig stellt sich die Frage nach der Materialauswahl: Analysiert man im Rahmen eines Querschnitts (Nolda 2018) nur die veröffentlichten Programmhefte, fällt ein ganzer Bezirk wie Neukölln gänzlich aus dem Sample heraus; dadurch reduziert sich die Aussagekraft solcher Programmanalysen. Gleiches gilt für Ankündigungstexte, die nur aus einem Titel bestehen, und mit ausführlich beschriebenen Highlights verglichen werden sollen. Digitale Ankündigungstexte sollten inhaltlich mit analogen nur bis zu einem gewissen Grad verglichen werden, denn online gibt es selten Platzprobleme, so dass die Texte nicht nur länger sind, sondern auch different sein können. Aber in erster Linie gilt für sie, dass sie öffentlich nicht mehr zugänglich sind, sobald sie online nicht mehr verfügbar sind. Daraus folgen dann auch Fragen, was eigentlich jeweils Korpus, Sample und Grundgesamtheit einer Studie sind. Schwieriger werden auch historische und längsschnittliche Analysen, wenn kein Gesamtprogramm mehr weder von Einrichtung noch Archiven aufbewahrt wird/werden kann (siehe z.B. auch zukünftige Forschungs- und Jubiläumsauswertungen zu 100 Jahre+). Weiterführende Grundlagenforschungen für die Programmforschung (insbesondere als Methode) sind, auch im Anschluss an die obigen Ausführungen sowie die Ergebnisse des genannten Projektforums, zu begrüßen.

7. Professionsbezogene Antworten auf Fragen veränderter Öffentlichkeit und Zielgruppenerreichung

Auf die Veränderungen gilt es, professionsbezogene Antworten zu finden, die in Zusammenarbeit mit den Anbietern und den Verbänden entwickelt werden müssen. Die Herausforderungen der Formatveränderungen für die Erwachsenenbildungspraxis sollte dabei mit einer langfristigen Perspektive bedacht werden. Diese sehen wir insbesondere in zwei Punkten: Zum einen verändern *Auszüge*, herausgelöst aus dem Gesamtzusammenhang, sowohl die Möglichkeit

öffentliche Verantwortung umfänglich darzustellen als auch die Möglichkeit, Interessen und Bedarfe bei den Adressat:innen zu wecken – eine Funktion, die sowohl in der Theoriebildung der EB so beschrieben ist als auch durch empirische Forschung an der Schnittstelle zur Adressat:innenforschung belegt ist und sich auch in der Arbeit mit Ankündigungstexten in unseren Lehrveranstaltungen aufseiten der Studierenden bewahrheitet bzw. von Zeit zu Zeit von Studierenden artikuliert wird. Zum anderen sind *reine Online-Veröffentlichungen* nicht gleichermaßen zugänglich für alle Adressat:innen, hier folgen also Fragen der Zielgruppenerreichung. Wirkungsvoll für bildungsfernere Bevölkerungsgruppen ist es Studienbefunden zufolge z.B., das gesamte Programmheft vorzustellen und zu erklären, wie man hier Angebote für sich finden kann (Fleige et al. 2015). Die Diskussion in ländlichen Gebieten geht eher in die Richtung, wie man die Präsenz des Programmheftes im Gebiet der Kommune noch erhöhen kann (Beklagen des Verlustes öffentlicher Orte wie Bushaltestellen, wo das Programmheft eigentlich liegen sollte) (Brandenburgischer Volkshochschulverband 2024, S. 29).

Hieraus ergeben sich wiederum Bedarfe, zu analysieren, wie sich Teilnahme, (soziodemographische) Teilnehmendenprofile und Zielgruppenerreichung u.U. verändern. Interessant wären Rezipient:innenstudien (vgl. Käßlinger 2021; auch Produktkliniken siehe von Hippel 2008), die empirisch untersuchen, wie verschiedene Angebots- und Programmveröffentlichungen auf Zielgruppen und andere Akteure:innen wirken.

Aiga von Hippel

ist seit 2013 Inhaberin der Professur für Erwachsenenbildung/Weiterbildung am Institut für Erziehungswissenschaften der HU Berlin. Sie verantwortet dort den Masterstudiengang MA Erwachsenenbildung/Lebenslanges Lernen sowie das Weiterbildungsprogramm-Archiv Berlin/Brandenburg. Ihre Arbeits- und Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Programmforschung/Programmplanungsforschung, Adressat:innen- und Teilnehmendenforschung sowie der pädagogischen Professionsforschung.

Annika Müllner

studierte Kulturanthropologie/Volkskunde, Amerikanistik und Politikwissenschaft in Mainz und Bergen, Norwegen. Nach ihrem Magisterabschluss absolvierte sie ein Volontariat zur Wissenschaftlichen Dokumentarin und war in der Folge mehrere Jahre als Mediendokumentarin tätig. Berufsbegleitend schloss sie den Masterstudiengang Bibliotheks- und Informationswissenschaft an der HU Berlin ab. Seit 2021 betreut sie die wissenschaftliche Sammlung Weiterbildungsprogramm-Archiv Berlin/Brandenburg.

Bastian Hillengaß

studierte Philosophie, Politische Wissenschaft und Neuere deutsche Literatur an der Universität-Hamburg. Nach seinem Magisterabschluss war er als Lehrkraft in der Erwachsenenbildung tätig. Während der Corona-Pandemie entschied er sich in Teilzeit für das Masterstudium (EB/LL) an der HU Berlin. Im Wintersemester 2024/2025 leitete er das Projektstudium „Programmforschung ohne Programme?!?“ und schreibt seine Masterarbeit über fachbezogene Qualifikationen von Lehrkräften der ökonomischen Bildung.

Marion Fleige

ist - nach Tätigkeiten u.a. an der TU Chemnitz und am DIE - seit 2023 wiss. Mitarbeiterin in der Abteilung Erwachsenenbildung/Weiterbildung an der HU Berlin und wiss. Betreuerin des Weiterbildungsprogramm-Archivs Berlin/Brandenburg. Ihren Arbeitsschwerpunkt Programmforschung/Programmplanungsforschung und Institutionenforschung verbindet sie auch mit Fragen der Weiterbildungspartizipation sowie der Ausformung spezieller Programmbereiche.

Literaturverzeichnis

Alke, Matthias/Uhl, Laura (2021): Stellenprofile an Volkshochschulen in der digitalen Transformation: Analyse von Stellenanzeigen aus organisationstheoretischer Sicht. In: Bernhard-Skala, Christian/Bolten-Bühler, Ricarda/Koller, Julia/Rohs, Matthias/Wahl, Johannes (Hrsg.): *Erwachsenenpädagogische Digitalisierungsforschung*. Bielefeld: wbv Publikation, S. 243–265.

Brandenburgischer Volkshochschulverband e.V. (Dahme, Evelyn/Fleige, Marion Red.; Fleige, Marion/Hillengaß, Bastian wiss. Begleitung) (2024): *Attraktive Bildungsangebote für Erwachsene und Familien. Ergebnisbroschüre zum Modellprojekt „Stärkung zukunftsfähiger Inhalte und Formate der Weiterbildung in den Regionen nach dem Brandenburgischen Weiterbildungsgesetz“*, gefördert aus Mitteln des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport (MBJS) des Landes Brandenburg. Potsdam: Brandenburgischer Volkshochschulverband e.V.

Egetenmeyer, Stefanie/Kröner, Anne Thees (2021): Digitalisierung in Angeboten der Erwachsenenbildung/Weiterbildung Online im Internet: <https://link.springer.com/article/10.1007/s40955-021-00185-4> [Stand: 2025-03-04].

Engels, Martina/Egloffstein, Marc (2021): Digitale Transformation von Bildungsorganisationen: Perspektiven der gemeinwohlorientierten Erwachsenenbildung. In: Bernhard-Skala, Christian/Bolten-Bühler, Ricarda/Koller, Julia/Rohs, Matthias/Wahl, Johannes (Hrsg.): *Erwachsenenpädagogische Digitalisierungsforschung*. Bielefeld: wbv Publikation, S. 283–303.

Fleige, Marion/Zimmer, Veronika/Lücker, Laura (2015): Programmplanung und die Ansprache von Adressatinnen und Adressaten „vor Ort“. Regionale, lokale und sozialräumliche Bedingungen des Planungshandelns. In: Bernhard, Christian/Kraus, Katrin/Schreiber-Barsch, Silke/Stang, Richard (Hrsg.): *Erwachsenenbildung und Raum. Theoretische Perspektiven – professionelles Handeln – Rahmungen des Lernens*. Bielefeld: W. Bertelsmann, S. 117–127. Online im Internet: <https://www.die-bonn.de/doks/2015-bildungstheorie-01.pdf#page=117> [Stand: 2025-03-19].

Fleige, Marion/Gieseke, Wiltrud/Hippel, Aiga von/Käpplinger, Bernd/Robak, Steffi (2019): *Programm- und Angebotsentwicklung in der Erwachsenen- und Weiterbildung. Band 2: Erwachsenen- und Weiterbildung. Befunde – Diskurse – Transfer* (2., korr. Aufl.). Bielefeld: wbv Publikation.

Fleige, Marion/Hippel, Aiga von (Hrsg.) (2022): Editorial. Themenheft: Programm- und Programmplanungsforschung. Methoden und Ergebnisse. In: *Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, Heft 2. Publishes online: 1 November 2022. Online im Internet: <https://link.springer.com/article/10.1007/s40955-022-00231-9#article-info> [Stand: 2025-03-04].

Freide, Stephanie/Kühn, Christian/Preuß, Jessica/Rieckhoff, Marina (2021): Perspektiven für die Digitalisierungsforschung zu Programmen und Programmplanung. In: Bernhard-Skala, Christian/Bolten-Bühler, Ricarda/Koller, Julia/Rohs, Matthias/Wahl, Johannes (Hrsg.): *Erwachsenenpädagogische Digitalisierungsforschung*. Bielefeld: wbv Publikation, S. 133–148.

Gieseke, Wiltrud (2015): Programme und Angebote. In: Dinkelaker, Jörg/Hippel, Aiga von (Hrsg.): *Erwachsenenbildung in Grundbegriffen*. Stuttgart: Kohlhammer, S. 165–173.

Gieseke, Wiltrud/Krueger, Anneke (2023): Methodischer Zugang: Zur Methode der Programmanalyse. In: Robak, Steffi/Gieseke, Wiltrud/Heidemann, Lena/Fleige, Marion/Kühn, Christian/Preuß, Jessica/Freide, Stephanie/Krueger, Anneke (Hrsg.): *Wissenschaftliche berufliche Weiterbildung für Kunst und Kultur. Band 80: Studien zur Pädagogik, Andragogik und Gerontagogik / Studies in Pedagogy, Andragogy, and Gerontology*. Bielefeld: wbv, S. 187–216.

Gnahn, Dieter (1998): Ankündigungstexte in der Erwachsenenbildung. In: *Grundlagen der Weiterbildung – Praxishilfen*. 7.10.10.4, 29. Erg.-Lfr. Neuwied: Luchterhand, S. 1–29.

Hippel, Aiga von/Fleige, Marion/Müllner, Annika (2024): Das Weiterbildungsprogramm-Archiv Berlin/Brandenburg der Abteilung Erwachsenenbildung/Weiterbildung: Von der Entstehung und Entwicklung einer aktiven HU-Sammlung. Objekt des Monats. Online im Internet: <https://www.kulturtechnik.hu-berlin.de/objekt-des-monats-das-weiterbildungsprogramm-archiv-berlin-brandenburg-der-abteilung-erwachsenenbildung-weiterbildung-von-der-entstehung-und-entwicklung-einer-aktiven-hu-sammlung> [Stand: 2025-03-19].

Hippel, Aiga von (2022): Volkshochschulen in öffentlicher Verantwortung. In: Fleige, Marion/Gieseke, Wiltrud/Hippel, Aiga von/Stimm, Maria: *Berufliche Weiterbildung in Volkshochschulen. Zugänge zum lebenslangen Lernen*. Berlin u.a.: Peter Lang, S. 74–81.

Hippel, Aiga von/Fleige, Marion (2020): Weiterbildungsprogramme und -institutionen: Spiegel gesellschaftlicher Auslegungen von Bildung und Lebenslauf. In: Schmidt-Hertha, Bernhard/Haberzeth, Erik/Hillmert, Steffen (Hrsg.): *Lebenslang lernen können. Gesellschaftliche Transformationen als Herausforderung für Bildung und Weiterbildung*. Bielefeld: wbv, S. 95–109.

Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2011): Strukturen der Öffentlichkeit. In: Jarren, Otfried/Donges, Patrick (Hrsg.): *Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 95–117). Online im Internet: https://doi.org/10.1007/978-3-531-93446-4_5 [Stand 2025-03-04].

Käpplinger, Bernd (2011): Methodische Innovationen durch neue Nutzungen und Kombinationen einer alten Methode. Das Beispiel der Programmanalyse. In: *REPORT Zeitschrift für Weiterbildungsforschung*, Heft 1, S. 36–44.

Käpplinger, Bernd (2021): Programme in der Erwachsenenbildung: Viel mehr als ein gedruckter Katalog. In: *Zeitschrift forum erwachsenenbildung*, 54. Jg., Heft 4, S. 37–41.

Nolda, Sigrid (2018): Programmanalyse in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung. In: Tippelt, Rudolf/Hippel, Aiga von (Hrsg.): *Handbuch Erwachsenenbildung/Weiterbildung* (6., überarb. u. erw. Aufl.). Wiesbaden: Springer, S. 433–449.

Robak, Steffi (2019): Weiterbildungsmanagement. In: Fleige, Marion/Gieseke, Wiltrud/Hippel, Aiga von/Käpplinger, Bernd/Robak, Steffi: *Programm- und Angebotsentwicklung in der Erwachsenen- und Weiterbildung. Band 2: Erwachsenen- und Weiterbildung. Befunde – Diskurse – Transfer* (2., korr. Aufl.). Bielefeld: wbv Publikation, S. 104–116.

Robak, Steffi/Fleige, Marion (2022): Programme und Angebote in der Erwachsenenbildung/Weiterbildung. In: Reinders, Heinz/Bergs-Winkels, Dagmar/Prochnow, Annette/Post, Isabell (Hrsg.): *Empirische Bildungsforschung*. Bielefeld: Springer, S. 979–1001.

Rohs, Matthias/König, Philipp/Kohl, Jonathan/Hellriegel, Jan (2021): Digitalisierung als Gegenstand von Kursangeboten – Eine Längsschnittuntersuchung der vhs Ulm. In: Bernhard-Skala, Christian/Bolten-Bühler, Ricarda/Koller, Julia/Rohs, Matthias/Wahl, Johannes (Hrsg.): *Erwachsenenpädagogische Digitalisierungsforschung*. Bielefeld: wbv Publikation, S. 149–169.

Rohs, Matthias/Rott, Karin Julia/Schmidt-Hertha, Bernhard/Bolten, Ricarda (2017): Medienpädagogische Kompetenzen von ErwachsenenbildnerInnen. In: *Magazin erwachsenenbildung.at*, 30, 04-01-04-12. Online im Internet: https://erwachsenenbildung.at/magazin/17-30/04_rohs_rott_schmidt-hertha_bolten.pdf [Stand: 2025-03-19].

Scheidig, Falk (2021): Implikationen der Digitalisierung für professionelles Handeln in der Erwachsenenbildung. In: *Education Permanente*, Heft 3. Online im Internet: https://www.researchgate.net/publication/356507714_Implicationen_der_Digitalisierung_fur_professionelles_Handeln_in_der_Erwachsenenbildung_Education_Permanente_32021 [Stand: 2025-03-04].

Programmheft ade, scheiden tut nicht weh

Uwe Krzewina

Post-pandemische Suchbewegungen in Berlin

Im Jahr 2020 ging an der VHS Neukölln eine Ära zu Ende. Das Programmheft fürs 1. Halbjahr 2020 war die letzte regelmäßig gedruckte Übersicht über den Großteil der Veranstaltungen, Kurse und Beratungen der VHS Neukölln. Anlass der Einstellung waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie, die die Welt der Gewissheiten tüchtig erschütterte.

Bis 2020 galten die Programmhefte der Berliner Volkshochschulen als unverzichtbare Instrumente der öffentlichen Programmankündigung und standen damit vielerorts im Zentrum des VHS-Marketingmixes. Enorme Ressourcen wurden jährlich für die Erstellung von Zeitplänen, redaktionellen Beiträgen, Veranstaltungsübersichten, Bildmaterial, für den Satz, Korrekturschleifen, Druck, Anlieferung, Verteilung und anschließend Entsorgung überzähliger Exemplare aufgewendet. Doch die zeitweilige Unmöglichkeit einer verlässlichen Programmplanung für die Jahre 2020 und 2021 sorgte dafür, dass nicht nur die VHS Neukölln, sondern die Mehrzahl der Berliner Volkshochschulen nach und nach auf gedruckte Programmhefte verzichtete.

Stattdessen bemühten sich die Einrichtungen um Substitute, um den Kontakt mit den (potenziellen) Zielgruppen und Stakeholdern nicht zu verlieren. Die VHS Reinickendorf brachte Anfang 2021 ein Magazin-Programmheft-Hybrid heraus, das sich in Konzeption und Gestaltung deutlich von früheren Programmheften absetzte und richtungsweisend war für spätere Publikationen der Berliner Volkshochschulen. Bedauerlicherweise erschien es ausgerechnet zu Beginn eines Semesters, das durch einen fünfmonatigen Lockdown getroffen wurde, weshalb ein Großteil der im neuartigen Programmheft angekündigten Veranstaltungen nicht in der geplanten Form stattfinden konnten.

Nun, im Jahr 2025, kann man feststellen, dass die zwölf Berliner Volkshochschulen ihre Konsequenzen aus der Pandemie-Zeit gezogen und individuelle, jedoch weitgehend vorläufige oder wechselhafte Programmheft-Lösungen gefunden haben. So bringt beispielsweise die VHS Mitte weiterhin ihren sehr umfangreichen Programmkatalog in bekanntem Layout heraus, Marzahn-Hellersdorf stellt PDF-Versionen eines Programmhefts, jedoch keine gedruckten Exemplare bereit, Treptow-Köpenick präsentiert sich mit schmalen Teil-Programmheften, und so weiter. In Tempelhof-Schöneberg ist seit 2021 eine fortdauernde Entwicklung zu beobachten, in der mit der Idee eines Magazins experimentiert wurde. Die Hefte 2/2024 und 1/2025¹ zeigen den gelungenen vorläufigen Endpunkt dieser Entwicklungsphase: ein gedrucktes Heft, auch digital verfügbar, bunt, mit vielen Menschen auf dem Titel, das gar nicht den Anspruch eines Veranstaltungskatalogs erhebt, sich dafür aber Raum nimmt, den verschiedenen Adressat*innen in einer ansprechenden Gestaltung und themenbezogenen redaktionellen Texten die eigene Programmarbeit nahezubringen. Es funktioniert „nur“ noch als Referenzwerk, als positiv-optimistischer Wegweiser in das Programm, welches über die Internetseite detailliert erkundet werden kann.

Eine Abkehr vom klassischen Programm-Katalog und eine Hinwendung zu stärker zielgruppenorientierten Kommunikationsmedien ist seit 2021 auch an vielen anderen Volkshochschulen zu beobachten, beispielsweise in Dresden, Münster, Wien, Osnabrück und Heinsberg. Dabei werden teilweise Programmhefte gänzlich durch Magazine ersetzt, die auf detaillierte Programminformationen auf der Internetseite verweisen, teilweise ergänzen Magazine die weiterhin existenten Programmhefte.

Von Print zu Digital

Die VHS Neukölln plant bereits seit 2023, einen ähnlichen Weg einzuschlagen, und ist guter Dinge, in 2025/2026 ein

¹ Herunterladbar als digitale PDF-Versionen unter:
<https://www.berlin.de/vhs-tempelhof-schoeneberg/fuer-teilnehmende/downloads/#magazin> (abrufbar am 7.1.2025)

allgemeines Medium im Magazinformaat herausbringen zu können. Jedoch stand und steht ein Programmheft-Ersatz dabei nicht im Mittelpunkt der Überlegungen eines neuen Marketingmixes. Im Fokus steht vielmehr eine Vision, die Anfang 2020 im Rahmen eines Strategie-Workshops geboren wurde:

„Kund*innenorientierung steht für uns im Vordergrund. Wir sind der erste Anlaufpunkt für soziales und wohnortnahes Lernen, Beratung und Begegnungen für alle Weiterbildungsinteressierten in Neukölln. Unsere Arbeit ist geprägt von Qualität, gegenseitiger Wertschätzung und kontinuierlicher Weiterentwicklung.“

Das Programmheft der VHS Neukölln erfüllte 2020 nur sehr bedingt den Anspruch der Kund*innenorientierung. Es zeigte nur einen Ausschnitt des so genannten „Offenen Programms“, also der frei buchbaren Kurs- und Veranstaltungsangebote. Der an der VHS Neukölln sehr große Bereich „Deutsch als Zweitsprache“ war nur rudimentär vertreten. Eine redaktionelle Aufbereitung der Angebote war kaum vorhanden, und die Gestaltung des Heftes blieb weit hinter den Möglichkeiten eines kund*innenorientierten Programmhefts zurück. Aspekte der Barrierefreiheit, der Erreichbarkeit bildungsbenachteiligter Personen und auch die hohe Zugangshürde für gering literalisierte oder nicht bzw. wenig Deutsch sprechende Menschen fanden wenig Berücksichtigung.

Nachdem ich bereits in einem langjährigen Transformationsprozess Mitte bis Ende der 2010er-Jahre die Umgestaltung der Programmhefte in der VHS Tempelhof-Schöneberg verantwortet hatte, wusste ich um die Schwierigkeiten und auch den hohen Aufwand einer Neugestaltung eines Programmhefts. Zu vage jedoch waren die pandemiebedingten Planungsunsicherheiten 2020/21 und groß bereits damals die Zweifel, inwiefern ein Programmheft überhaupt noch geänderte Informationsbeschaffungs- und Buchungsgewohnheiten aufseiten der Teilnehmenden berücksichtigen kann.

² Einen guten Überblick über den Zustand der Internetseite der VHS Neukölln kann man sich über die Waybackmaschine auf www.archive.org verschaffen:
05.04.2019: <https://kurzlinks.de/f57a>

Schon die Kundenmonitore 2011 und 2014 der Berliner Volkshochschulen (regelmäßige umfangreiche Kund*innenbefragungen) brachten die Erkenntnis, dass weit mehr als die Hälfte der Kund*innen über das Internet von den konkreten Kursangeboten der Volkshochschulen erfahren hätten, der Kundenmonitor 2022 bezifferte den Wert auf 69,3% der befragten Personen.

Es erschien daher Anfang 2020 folgerichtig, die ebenfalls überarbeitungsbedürftige Internetseite der VHS Neukölln grundlegend neu zu strukturieren und zu befüllen. Nicht mit dem Anspruch, sich als Institution gut darzustellen, sondern vielmehr eine gute „User Experience“ zu ermöglichen, also immer von den Bedürfnissen der Person auszugehen, die potenziell einen Kurs oder ein Angebot sucht und sich nicht erst durch Selbstdarstellungen der Institution wählen muss. Pünktlich zum ersten „Lockdown“ Mitte März 2020 zeigte sich die Internetseite in neuer Struktur und wurde danach sukzessive optimiert.² 2021 übernahm die VHS Tempelhof-Schöneberg die Struktur der Neuköllner Seite und entwickelte sie weiter, und in 2022 folgte dann eine ähnliche Seitenstruktur auf dem Webportal der Berliner Volkshochschulen (www.berlin.de/vhs).

Keine Teilnehmendenverluste trotz fehlendem Programmheft

Entgegen erster Befürchtungen, ohne gedrucktes Programmheft einen großen Teil von Teilnehmenden zu verlieren, erlebte die VHS Neukölln in den Pandemie Jahren 2020-2022 lediglich einen glimpflichen Angebotseinbruch. Zwar waren wie auch in den anderen Volkshochschulen die Deutsch-Angebote gegenüber dem Vorpandemiejahr 2019 stark rückläufig – Grund waren insbesondere starke formale Limitierungen durch das BAMF. Doch war dieser Bereich ohnehin keiner, der in den früheren Programmheften der VHS Neukölln besonders starke Berücksichtigung gefunden hatte.

Erstaunliches Ergebnis des monatlichen berlinweiten Controllings und der Volkshochschulstatistik war vielmehr, dass

13.06.2020: <https://kurzlinks.de/v0ov>
28.02.2021: <https://kurzlinks.de/sb1n>
27.03.2023: <https://kurzlinks.de/24vh>
Seit 2024: www.vhs-neukoelln.de

die VHS Neukölln Ende 2021 fast punktgenau die gleiche Zahl an Unterrichtseinheiten in den „offenen Lehrveranstaltungen“ (also den klassischen VHS-Kursen) hatte wie in 2019. Marzahn-Hellersdorf folgte mit ca. -13 Prozent weniger Menge gegenüber 2019, das Gros der Berliner VHSn pendelte sich Ende 2021 bei einem Leistungseinbruch zwischen 20 und 50% gegenüber 2019 ein.

Ende 2022 wies die VHS Neukölln fast 30% mehr Unterrichtseinheiten bei den frei buchbaren Lehrveranstaltungen auf als 2019, und das Wachstum setzte sich fort. Das Jahr 2023 schloss die VHS Neukölln mit ca. 17.000 Unterrichtseinheiten, 730 Kursen/Veranstaltungen und 2.730 Belegungen mehr ab als 2019 und rangierte mit einer Gesamtzahl der durchgeführten Unterrichtseinheiten von 130.422 knapp hinter der leistungsstärksten VHS in Mitte (144.381 Unterrichtseinheiten) und deutlich vor Friedrichshain-Kreuzberg (79.850 Unterrichtseinheiten).³

Wohlmerkt: ohne existierendes Programmheft!

Kommunikation im Fokus

Dennoch: Volkshochschule braucht Öffentlichkeit. Volkshochschule muss, um ihrem gesetzlichen Auftrag gerecht zu werden⁴, den Kontakt mit den potenziellen und tatsächlichen Teilnehmenden suchen, sich als Partnerin in einem lebenslangen Lernprozess anbieten und Zugangshürden absenken.

Um dies erfolgreich tun zu können, muss sie sich sichtbar machen, sich zeigen, und zwar dort, wo die Menschen sind: zu Hause (per Internet), auf dem Weg zu oder von täglichen Erledigungen (Lektüre und/oder Werbung), bei beabsichtigten Besuchen der VHS oder zufälligen Kontakten (gut sichtbare und ansprechende Beschilderung in Lehrstätten und im Straßenbild).

Im Jahr 2023 erarbeitete eine Kommunikationsagentur auf Basis der internen Entwicklungsstrategie der VHS Neukölln ein Marketingkonzept, das den niedrigschwelligen Kontakt mit verschiedenen Zielgruppen im Fokus hat und

insbesondere die Sichtbarkeit der VHS deutlich erhöhen soll. Innerhalb der VHS wurde das Thema Strategische Kommunikation und Marketing als ein Teilbereich eines breit angelegten Kommunikations- und Qualitätsmanagements etabliert und mit einer zusätzlichen Stelle ausgestattet.

Da Kommunikation mit Kund*innen auf vielen Ebenen und zu verschiedenen Anlässen stattfindet, wird sie an der VHS Neukölln ganzheitlich im Rahmen eines umfassenden Qualitätsmanagements gedacht: die Sauberkeit der Lehrstätten spielt dabei eine ebenso große Rolle wie Identifikationsmöglichkeiten darin und davor; ein gutes WLAN in Lehrstätten ist ebenso wichtig wie ein gut gestalteter Flyer; freundliche Antwort-E-Mails an Kund*innen ebenso wichtig wie eine ansprechende, zeitgemäße Kursraumausstattung; die gute Beziehungspflege mit Kursleitenden genauso wichtig wie ein wertschätzender, kollegialer Umgang im VHS-Team; gut erreichbare Beratungsangebote ebenso wichtig wie die Werbung in der U-Bahnstation; klare interne Prozesse ebenso wichtig wie Merchandising. Und nicht zuletzt muss die VHS auch wohnortnah mit Kurs-, Veranstaltungs- und Beratungs-Angeboten vertreten sein, was in Neukölln größtenteils gelingt, da die VHS mit zahlreichen Kooperationspartnern zusammenarbeitet und dadurch nicht nur in eigenen Lehrstätten Präsenz zeigt. Zudem arbeitet die VHS eng mit bezirklichen Akteuren wie dem Jugendamt, der Sozialraumorientierten Planungskoordination⁵, den Quartiersmanagern, der Musikschule, der Bibliothek, dem Museum, dem Fachbereich Kultur, dem Fachbereich Schule und dem Objektmanagement zusammen.

Diese Vernetzung hat keinen Selbstzweck, sondern dient dem Anspruch, sozialraumorientiert – und unter Berücksichtigung der Bezirksregionenprofile⁶ – Angebote entwickeln und vorhalten zu können, das heißt, Bedarfe und Bedürfnisse in den Sozialräumen zu erkennen, aufzugreifen, Orte zu schaffen und zu bieten, an denen diese Bedarfe gedeckt werden können. Um dies zu unterstützen, stehen den Programmbereichsleitungen Leitfragen zur

³ Datenbasis ist die Volkshochschulstatistik: <https://www.die-bonn.de/weiterbildung/statistik/vhs-statistik>

⁴ Siehe insbesondere § 6 Absatz 2 des Berliner Erwachsenenbildungsgesetzes vom 07.06.2021: <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-ErwBiGBEpP6>

⁵ Siehe: <https://www.berlin.de/ba-neukoelln/politik-und-verwaltung/sozialraumorientierte-planungskoordination> (erreichbar am 07.01.2025)

⁶ Neuköllner Kieze in Zahlen inkl. Vorstellung und Profile der Bezirksregionen: <https://kurzlinks.de/f6ie> (erreichbar am 07.01.2025)

Programmgestaltung – inklusive Fragen zur sozialraumorientierten Angebotsplanung – zur Verfügung, an denen sie die Entwicklung ihrer Programmbereiche orientieren.

Die Erkenntnis aus dem Veränderungsprozess der vergangenen fünf Jahre seit dem Pandemie-Knick 2020 ist, dass gute Volkshochschularbeit nicht von einem Programmheft abhängig ist. Viel wichtiger sind digitale Kommunikationsprozesse, ein gut funktionierendes Qualitätsmanagement, ein motiviertes Team aus Mitarbeitenden und Kursleitenden sowie flexible, sozialraumorientierte und bedarfsgerechte Programmplanung.

Ein großer Pluspunkt der Abkehr von einem Programmheft im Sinne eines umfassenden Programmkatalogs ist immerhin, dass eine kontinuierliche, bedarfsgerechte, so genannte rollierende Programmplanung möglich ist, da nicht ein starrer Katalog bedient werden braucht, sondern durch ein flexibles Internetbuchungssystem rasch neue Angebote erstellt und zur Buchung freigegeben werden können. Diese Angebote können durch flankierende, adressat*innengerechte Marketingmaßnahmen begleitet werden.

Programmheft: ja oder nein?

Es gibt zahlreiche Vor- und Nachteile eines gedruckten Programmhefts bzw. Programmkatalogs.

Vorteile sind beispielsweise:

- Haptisches Medium, daher unabhängig von Internetverbindung und digitalen Endgeräten, damit auch von Menschen mit geringer Affinität und/oder Kompetenz zu digitalen Geräten gut nutzbar,
- Man kann deutlich besser und umfassender durchs Programm schmökern als in einer digitalen Kurssuche, Zufallsentdeckungen von Angeboten sind wahrscheinlicher, Neuheiten im Angebot können auffälliger gestaltet werden als in einer digitalen Kurssuche,
- Identifikationsobjekt und auch Arbeitshilfe für feste und freie Mitarbeitende der VHS (z.B. in der Kursberatung) und für die Bezirksverwaltung,
- Layout und redaktionelle Gestaltung sind deutlich flexibler als auf der Berlin.de-Unterseite, zudem kann intensiver Bildmaterial eingebunden werden als in einer digitalen Kurssuche,

- Programmheft als „Gedächtnis“ der VHS, also die Archivfähigkeit ist deutlich größer als bei digitalen Lösungen,
- Werbeträger für Kooperations- oder Werbepartner und gegebenenfalls Möglichkeit, Werbeeinnahmen zu generieren.

Nachteile sind unter anderem:

- Erstellungsprozess ist mit einem hohen Personalaufwand verbunden, komplex und zeitintensiv,
- Enormer Ressourcenverbrauch, also: Papier, Druckfarbe, Kosten für Layout, Satz, Druck, Transport, Lagerung, Distribution, damit auch hohe Kostenbelastung in der Kosten-Leistungsrechnung,
- Verteilerlisten müssen regelmäßig aktualisiert werden,
- Statischer Charakter des Programms, Änderungen im Programm können nicht dargestellt werden, eine rollierende Planung kann schwer abgebildet werden,
- Werbeeinnahmen über Anzeigen sind umsatzsteuerpflichtig und damit ebenso wie Kompensationsgeschäfte (also bspw. gegenseitige Anzeigenschaltung von Kooperationspartnern ohne Mittelfluss) verwaltungsaufwändig,
- Umfangreiche Programmhefte sind hochschwierig für Menschen mit geringer Literalität oder geringen Deutschkenntnissen (unter Umständen eine abschreckende Wirkung), so dass wichtige Zielgruppen nicht oder kaum erreicht werden, was durch zusätzliche Drucksachen oder Online-Medien kompensiert werden muss,
- Medium ist insbesondere für bereits bestehende Kundenschaft wichtig, Nicht-Kund*innen werden eher durch andere Medien erreicht (z.B. Flyer, Social Media und Internetseite) – hier stellt sich die Frage der Ressourceneffizienz und -wirksamkeit,
- Rezipient*in wird sich am Ende für eine überschaubare Anzahl an Kursen entscheiden, die er/sie besuchen möchte oder wird – der überwiegende Rest des Angebots ist für diese Person irrelevant – auch hier stellt sich die Frage der Ressourceneffizienz und -wirksamkeit.

Ob und in welcher Form ein Programmheft aufgelegt wird, ist stark abhängig von Traditionen und Gewohnheiten (Pfadabhängigkeit), strategischen Überlegungen, Erwartungen von Stakeholdern, personellen und finanziellen Möglichkeiten, dem zugrundeliegenden Marketingkonzept der VHS, von flankierenden Medien im Marketingmix, von Nachhaltigkeits- und Wirtschaftlichkeitsüberlegungen und wird daher sicherlich von jeder VHS unterschiedlich bewertet.

Entscheidend für eine erfolgreiche VHS-Programmarbeit bleibt aus meiner Sicht die Antwort auf die Frage: Zeigt sich die VHS in der Lage, mit den Bedürfnissen und Bedarfen ihrer sehr diversen (potenziellen) Kundschaft Schritt zu halten, die Programmgestaltung und deren Kommunikation adressat*innengerecht in einer wirtschaftlichen und nachhaltigen Weise anzubieten?

Womit das Team der VHS Neukölln allerdings nicht gerechnet hatte, als sie sich gegen ein gedrucktes Programmheft entschied: Das Weiterbildungs-Programmarchiv der Humboldt-Universität meldete sich Anfang 2022 und bat um eine Alternativ-Lösung, um das geplante Programm der VHS Neukölln auch weiterhin für das Archiv zu sichern. Eine Lösung wurde gefunden, doch bleibt spannend, wie sich durch den Wandel in der VHS-Programmplanung auch in anderen Erwachsenenbildungseinrichtungen in Berlin und Brandenburg die Arbeit des Weiterbildungsarchivs ändern wird. Denn mit der Abkehr vom klassischen Programmheft wird die VHS Neukölln über kurz oder lang wahrscheinlich nicht allein bleiben.

Uwe Krzewina

hat Neue Deutsche Literatur und Osteuropastudien an der FU Berlin studiert, ist nach dem Masterabschluss im Jahr 2005 über die Stationen Nordkolleg Rendsburg, Universität der Künste Berlin, Volkshochschule Tempelhof-Schöneberg schließlich im Juli 2019 an die Volkshochschule Neukölln gelangt, die er seitdem leitet. Er ist außerdem vom Land Berlin ernanntes Mitglied bei Arbeit und Leben Berlin-Brandenburg DGB/VHS e.V., war zwischen November 2021 und November 2023 zunächst stellvertretender Vorstandsvorsitzender und seitdem Vorstandsvorsitzender im Verein.

Pluralität und Wandel der Programmveröffentlichungs- und gestaltungsformen an Volkshochschulen

Ein Ausdruck neuer Anforderungen an die Öffentlichkeitsarbeit?

Iona Pavel

Im Bereich der Erwachsenenbildungsforschung gibt es Definitionen, die das Programm einer Einrichtung der Erwachsenenbildung aus verschiedenen Blickwinkeln definieren (vgl. zum Beispiel Nolda 2023; Gieseke 2019: 22-23). In einem Definitionsbeispiel wird der materielle Aspekt unterstrichen, wobei das Programm Leistungen des Informierens, des Legitimierens – insbesondere in öffentlich geförderten Einrichtungen – und des Repräsentierens innehat (vgl. Nolda 2023). Darüber hinaus erweitert sich der Verständnishorizont, wenn weitere Analyseaspekte auf der bildungswissenschaftlichen Ebene hinzukommen. In diesem Zusammenhang können anthropologische und bildungswissenschaftliche Verständnisse der Einrichtung herausgearbeitet und kontextualisiert werden (mehr hierzu vgl. Gieseke 2008).

Die Materialisierungsformen des Programms der Volkshochschulen sind von Heterogenität gekennzeichnet: Es gibt digitale und/oder analoge Programmhefte und Flyer sowie digitale Datenbanken (vgl. Nolda 2023 & siehe Suchleiste der Datenbank der Volkshochschulen in Berlin). Die Programmhefte wiederum unterliegen einem Wandel in der Gestaltung und Veröffentlichungsform, sodass beispielsweise statt Programmhefte Magazine herausgegeben sowie digitale Technologien wie QR-Codes eingebettet werden.

Bezüglich der Gestaltung können verschiedene Elemente benannt werden, die sich in den Veröffentlichungsformen finden lassen: Rezepte zum Selbermachen, Interviews und Stellungnahmen zu verschiedenen gesellschaftlichen Themen – während die Palette an Kursangeboten in manchen Programmheften nicht mehr komplett veröffentlicht wird. Stattdessen werden Kurshinweise und QR-Codes verwendet, die auf Online-Datenbanken der jeweiligen Volkshochschulprogrammbereiche hinweisen.

Der vorliegende Artikel setzt sich mit dem Programm in seinem Veröffentlichungsausdruck und seiner Gestaltung auseinander und unterstreicht seine Rolle auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit. Es werden verschiedene Aspekte benannt und Fragestellungen entwickelt, die bei der Auseinandersetzung berücksichtigt werden könnten und als Ideen für eine weitere, fundierte Thematisierung gelten können. Der Fokus liegt auf der Institution (im Sinne von Schrader 2011: 270-271) der Volkshochschule.

Programme als Kommunikationsmittel in einer sich wandelnden Gesellschaft

Programme verstehen sich als Kommunikationsmittel: für potenzielle Teilnehmende, als Legitimationsdokument für Förderer öffentlicher Weiterbildung sowie für die interne Kommunikation zwischen den Mitarbeitenden der Einrichtung (vgl. Käßlinger 2024: 214–215). In diesem Zusammenhang übernimmt das Programm Leistungen auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit (vgl. von Rein 2000: 9).

Als qualitätsorientierte Umsetzung einer volkshochschulspezifischen Vorstellung von öffentlicher Weiterbildung definiert von Rein (2000: 9) Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Volkshochschulen. Abzugrenzen ist die Öffentlichkeitsarbeit vom Marketing- und Public-Relations-Begriff, die im Hintergrund betriebswirtschaftlicher Theorien verstärkt den Fokus auf den Begriff des Nutzens (vgl. Tippelt et al. 2004: 168) legen¹, während Rein (2000) die pädagogische Perspektive als Spezifikum der Öffentlichkeitsarbeit an Volkshochschulen unterstreicht. Dies bedeutet, dass Öffentlichkeitsarbeit im Hintergrund andragogischer Ansprüche sich theoretisch und praktisch mit Bezug auf den pädagogischen Auftrag reflektieren und umsetzen lässt und in diesem Sinne auch konstruiert wird (vgl. von Rein 2000: 15).

¹ Es gibt jedoch auch neuere Arbeiten, in denen Öffentlichkeitsarbeit und Public Relations synonym verwendet werden, siehe hierzu Hermann (2019).

Im Hinblick auf den Wandel, dem sich die Programmhefte unterziehen, lassen sich zunächst unterschiedliche Beobachtungen formulieren, die sich einerseits gesamtgesellschaftlich und andererseits individuell verorten lassen und mit den Veränderungen der Programmhefte in Zusammenhang gebracht werden können.

Herausforderungen der Kommunikation auf gesellschaftlicher Ebene

Die heutige Gesellschaft, gemeinsam mit der aktuellen Weiterbildungslandschaft, ist geprägt von verschiedenen Faktoren. Einerseits sei hier die Digitalisierung erwähnt – in diesem Zusammenhang wirkte die Corona-Krise wie ein Katalysator für Veränderungen auf verschiedenen Ebenen (vgl. Käßpinger 2021: 37). Darüber hinaus lassen sich seit den 1970er Jahren Veränderungen in den bestehenden Marktstrukturen beobachten (vgl. von Rein 2000: 10-11) – dies kombiniert mit begrenzter Finanzierung im Bereich der öffentlichen Erwachsenenbildung (vgl. Gieseke 2019: 23).

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen steigen die Erwartungen an die Volkshochschulen in Bezug auf ihre Darstellung und Reichweite in der Öffentlichkeit. Einerseits gilt es, passende Angebote zu schaffen, die die gesellschaftlichen Entwicklungen mitberücksichtigen (vgl. Sievers et al. 2005: 90). Andererseits sind die Angebote so zu präsentieren, dass sich dadurch die Bildungseinrichtung innerhalb der Strukturen und Akteure organisierter Weiterbildung positioniert und somit potenzielle Teilnehmende adressiert und gewinnt (ebd. S. 89).

Mit den Strukturen und Akteuren organisierter Weiterbildung wird in der vorliegenden Arbeit Bezug auf die Definition des Weiterbildungsmarktes von Tippelt (2023: 434–435) in Kombination mit Schrader (2011: 267) genommen. Damit meine ich die Beziehungsebene zwischen der Einrichtung einerseits und dem Staat, den anderen Bildungsanbietern sowie dem einzelnen Individuum andererseits.

Im Zuge der Digitalisierung gibt es verschiedene Möglichkeiten, nach außen zu kommunizieren: via Printanzeigen, Flyer, Radiowerbung etc. (vgl. Hermann 2019: 51). Anzumerken ist jedoch, dass die Anzahl der Kanäle zwar

gestiegen ist, die Art, Informationen aufzunehmen und zu verarbeiten, sich jedoch ebenfalls verändert hat. Statistiken liefern folgende Hinweise: Während beispielsweise die jüngere Generation dazu neigt, das Internet im Alltag zu nutzen und sich über neue Technologien zu informieren, verbringt ein hoher Prozentsatz der älteren Generation Zeit außerhalb des Internets (vgl. Bundesamt für Statistik 2024).

Hinzuzufügen ist die Zeit, die in das Lesen gedruckter oder digitaler Texte investiert wird. Eine weitere Statistik des Bundesamtes zeigt Unterschiede: Während ältere Menschen mehr Zeit mit dem Lesen verbringen, nimmt die Lesezeit für die jüngere Generation ab, wobei je nach Geschlecht ebenfalls eine Diskrepanz festgestellt werden kann (vgl. Bundesamt für Statistik 2024). Die durchschnittliche Lesezeit, die in Deutschland täglich für das Lesen gedruckter oder digitaler Medien aufgewendet wird, beträgt 27 Minuten (vgl. ebd.).

Ich interpretiere diese Statistiken folgendermaßen:

- Je nach Altersgruppe können die Informationszugänge variieren. Hierbei ist zu reflektieren, dass sowohl digitale als auch analoge Wege genutzt werden können, um die Adressat:innen anzusprechen. Das statistische Ergebnis zur unterschiedlichen Verwendung des Internets je nach Altersgruppe kann Hinweise darauf liefern, welche Tendenzen existieren, um darauf aufbauend Entscheidungen auf der Ebene der Öffentlichkeitsarbeit treffen zu können. Diese betreffen zum Beispiel die Nutzung sozialer Netzwerke sowie den digitalen Auftritt des Programmheftes.
- Die statistische Erkenntnis, dass die Lesezeit je nach Altersgruppe und Geschlecht variiert, kann als Grundlage für den Aufbau digitaler und analoger medialer Präsenz dienen – insbesondere bei der Überlegung, wie ausführlich beispielsweise die Ankündigungstexte gestaltet, wie umfangreich das Programmheft sein und wie die Einbettung digitaler Technologien (z. B. QR-Codes) erfolgen soll.

Erwartet wird somit eine öffentliche Kommunikation, welche die gesamtgesellschaftlichen Tendenzen mitberücksichtigt und strategisch so umgesetzt wird, dass Menschen auf unterschiedlichsten Wegen erreicht werden können.

Neue Erwartungen auf individueller Ebene

Weitere Anforderungen gehen einher mit Individualisierungsprozessen auf Seite der Adressat:innen.

Der Diversity-Diskurs bietet eine Horizonterweiterung bezüglich der Ansprache verschiedener gesellschaftlicher Zielgruppen² (vgl. Fawcett 2024: 10). Einerseits bringt dieser Diskurs neue Perspektiven auf gesellschaftliche Vielfalt und ihre Möglichkeiten, andererseits fordert er die Institutionen heraus, sich mit den gesellschaftlichen Inklusions- und Exklusionsmechanismen auseinanderzusetzen und gegebenenfalls unterschiedliche Ansprachemöglichkeiten herauszubilden (vgl. Angenent et al. 2019: 9).

Für den Zweck, mehr Teilnehmer:innen zu gewinnen, sind Zielgruppenkonstruktionen außerdem von Bedeutung, um die Nachfrage an Weiterbildung zu systematisieren und zu strukturieren, damit schließlich Strategien entwickelt werden können, um potenzielle Teilnehmende zu erreichen (vgl. Reich-Claasen 2011: 101-103).

Als wichtiges Kommunikationsinstrument mit der Öffentlichkeit und somit mit potenziellen Teilnehmenden spielt das Programmheft eine große Rolle.

Bereits Anfang der 2000er Jahre wurde außerdem darauf hingewiesen, dass das Programmheft in seinem Auftritt und Gestaltung ermöglichen soll, dass Adressat:innen Zugang zu den Angeboten bekommen. Dieser Zugang kann erschwert werden, wenn das Programmheft zu unübersichtlich ist, veraltet aussieht oder nur mit Schwierigkeit durchgegangen werden kann (vgl. Sievers et al. 2005: 89).

Eine Veränderung in Veröffentlichung und Gestalt des Programmheftes kann aus dieser Perspektive auch damit einhergehen, dass die Menschen durch das gedruckte Material zwar adressiert werden sollen – das weitere Interesse für die Kurse kann jedoch mit Hilfe weiterer digitaler Komponenten entwickelt werden.

Programme und Öffentlichkeitsarbeit – Zusammenfassung

Angesichts der bestehenden Herausforderungen ist es immanent, dass die Volkshochschulen verschiedene Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit verwenden, um eine erfolgreiche Kommunikation mit verschiedenen gesellschaftlichen Partnern – intern sowie extern – umzusetzen (vgl. Sievers et al. 2005: 6). Eines der wichtigsten Kommunikationsmittel stellen die Programmhefte dar, die einem Wandel in ihrer Veröffentlichungs- und Gestaltungsform unterliegen.

Neuere Arbeiten aus den Bereichen Presse und Journalismus, die sich mit Öffentlichkeitsarbeit und Weiterbildung auseinandersetzen, geben Auskunft über mögliche Umsetzungsstrategien in der Praxis, um ein möglichst breites Publikum anzusprechen. So gibt es Hinweise darauf, wie unterschiedliche Kommunikationswerkzeuge gestaltet werden können, um die Aufmerksamkeit des Publikums zu wecken. Hermanni (2019: 50-51) konkretisiert beispielsweise, wie Pressemitteilungen aufgebaut werden können, um ihre Aussagekraft und Reichweite zu erhöhen. Ähnliche praktische Strategien und Hinweise gibt es darüber hinaus in Bezug auf die Gestaltung von Anzeigen, die Erstellung von Flyern sowie die strategische Umsetzung von Bildmaterial (vgl. ebd. S. 52-54; 56-57; 61-62). Bei der Thematisierung verschiedener Mittel wird sowohl auf digitale als auch auf analoge Medien hingewiesen, um sowohl den digitalen Raum als auch das Potenzial analoger Medien zu nutzen.

Vor dem Hintergrund verschiedener Veränderungsprozesse stellt sich die Frage, ob die Pluralität der Veröffentlichungsformen und Gestaltungsweisen der Programmhefte als intensivere Auseinandersetzung mit den Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit verstanden werden kann.

Bereits Anfang der 2000er Jahre ließ sich prognostizieren, dass die Orte öffentlicher Weiterbildung verstärkt auf entwickelte Kommunikationsstrategien setzen würden, um sich im Rahmen struktureller Beziehungen zu positionieren und effizienter zu kommunizieren (vgl. Sievers et al. 2005: 11-12). Veränderungen und Entwicklungen in Bezug auf die

² Für eine kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der Zielgruppe, siehe Bergler (1980).

Programmhefte können demnach als Ausdruck neuer Kommunikationsstrategien betrachtet und im weiteren forschungstheoretischen Diskurs untersucht sowie analysiert werden.

Im Zuge einer weiterführenden Auseinandersetzung könnte die Frage aufgeworfen werden, inwiefern sich angesichts bestehender Veränderungen die Kommunikation innerhalb und außerhalb der Einrichtungen verändert, wenn die medialen Kommunikationsmitteln sich von der Analogen in der Digitalen verschieben.

Ein weiterer Aspekt im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit besteht in der Nutzung Künstlicher Intelligenz bei der Gestaltung des Kommunikationsmaterials und der Erweiterung der Kommunikationsreichweite. Dabei stellt sich die Frage, inwiefern die Palette an Technologien, die sich Künstlicher Intelligenz bedienen, zukünftig bei der kreativen Gestaltung (und darüber hinaus) eine Rolle spielen wird.

Die aktuellen Entwicklungen in Format und Gestaltung könnten über einen längeren Zeitraum hinweg beobachtet und schließlich historisch eingeordnet sowie interpretiert werden. Aktuelle Herausforderungen für die Forschung stellen sich insbesondere im Rahmen der Rekonstruktion und Auswertung von Programmen, welche ausschließlich digital zur Verfügung gestellt werden (siehe hierzu den Beitrag von Aiga von Hippel et al. in diesem Band).

Ioana Pavel

hat Französische Philologie und Philosophie in Kassel und Berlin studiert. Zurzeit absolviert sie den Masterstudiengang Erwachsenenbildung/Lebenslanges Lernen an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ihre Forschungsinteressen liegen im Bereich des Lehr-Lern-Kontextes sowie beim Einfluss biografisch-individueller Faktoren auf Bildungsprozesse. Sie ist staatlich anerkannte Heilpraktikerin für Psychotherapie mit Spezialisierung auf ressourcenorientierte Psychotherapie. Zurzeit engagiert sie sich ehrenamtlich im Bereich der Erwachsenenbildung in Berlin.

Literatur

Angenent, H., Heidkamp, B. & Kergel, D. (2019). Digital Diversity – Bildung und Lernen im Kontext gesellschaftlicher Transformationen. In H. Angenent, B. Heidkamp & D. Kergel (Hrsg.), Digital Diversity. Bildung und Lernen im Kontext gesellschaftlicher Transformation (S. 9-15). Wiesbaden: Springer.

Fawcett, E. (2024). Zielgruppenansprachen an der VHS im Kontext von Diversity und Nicht_Behinderung. In Hessische Blätter für Volksbildung 74(2), S. 9-19. Doi: <https://doi.org/10.3278/HBV2402W002>.

Gieseke, W. (2019). Programm und Angebot. In M. Fleige, W. Gieseke, A. von Hippel, B. Käpplinger & S. Robak (Hrsg.), Programm- und Angebotsentwicklung in der Erwachsenen- und Weiterbildung (S. 19-27). Bielefeld: wbv. Doi: 10.36198/9783838552828.

Gieseke, W. (2008). Bedarfsorientierte Angebotsplanung in der Erwachsenenbildung. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Doi: <https://doi.org/10.3278/42/0022w>.

Hermanni, A.-J. (2019). Presse- und Öffentlichkeitsarbeit für Weiterbildungseinrichtungen. Bielefeld: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung.

Käpplinger, B. (2021). Programme in der Erwachsenenbildung: Viel mehr als ein gedruckter Katalog. In forum erwachsenenbildung 54(4), S. 37-41.

Käpplinger, B. (2024). Programme in der Erwachsenenbildung: Gestern – heute – morgen. In R. Egger & G. Bisovsky (Hrsg.), Die Volkshochschule im 21. Jahrhundert. (211-224). Wiesbaden: Springer. https://doi.org/10.1007/978-3-658-42107-6_13.

Nolda, S. (2023). Programme. In R. Arnold, E. Nuissl & J. Schrader (Hrsg.), Wörterbuch Erwachsenen- und Weiterbildung (345-346). Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt. Doi: <https://doi.org/10.36198/9783838587431>.

Reich-Claasen, J., von Hippel, A. & Tippelt, R. (2011). Zielgruppenkonstruktion(en) auf Basis des Milieumodells? Ein kritischer Blick auf Milieuforschung und milieuorientierte Bildungsarbeit. In H. Herzberg & E. Kammler (Hrsg.), Biographie und Gesellschaft. Überlegungen zu einer Theorie des modernen Selbst.(101-118). Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Schrader, J. (2011). Reproduktionskontexte der Weiterbildung. In: Zeitschrift für Pädagogik 56 (2010) 2, S. 267-284. Doi: <https://doi.org/10.25656/01:7146>

Statistisches Bundesamt. (15.10.2024). Menschen in Deutschland lesen im Schnitt 27 Minuten am Tag. Online abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2024/PD24_42_p002.html (Abgerufen am 10.02.2025).

Statistisches Bundesamt (09.04.2024). Gut 5 % der Bevölkerung im Alter von 16 bis 74 Jahren in Deutschland sind offline. Online abrufbar unter https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/Zahl-der-Woche/2024/PD24_15_p002.html (Abgerufen am 10.02.2025).

Tippelt, R. (2023). Weiterbildungsmarkt. In R. Arnold, E. Nuissl & J. Schrader (Hrsg.), Wörterbuch Erwachsenen- und Weiterbildung (434-435). Bad Heilbrunn: Julius Klinkhardt. DOI: <https://doi.org/10.35468/wbeb2022-291>.

Tippelt, R. & Barz, H. (2004). Weiterbildung und soziale Milieus in Deutschland. Band 1. Bielefeld: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung.

von Rein, A. (2000). Öffentlichkeitsarbeit in der Weiterbildung. Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Online abrufbar unter https://www.die-bonn.de/espid/dokumente/doc-2000/rein00_01.pdf.

Sievers, C. & von Rein, A. (2005). Öffentlichkeitsarbeit und Corporate Identity an Volkshochschulen. Bielefeld: Deutsches Institut für Erwachsenenbildung. Online abrufbar unter <https://d-nb.info/99924972X/34>.

Im Bild: Öffentlichkeit und Volkshochschulen

Wir haben die Berliner Volkshochschulen und das Servicezentrum Anfang des Jahres über das diesjährige Schwerpunktthema „vhs und Öffentlichkeit“ informiert und geschrieben: „Aber was bedeutet das? Wozu braucht die vhs die Öffentlichkeit, und warum braucht die Öffentlichkeit die Volkshochschule? Wie entsteht Öffentlichkeit, wie wird sie geschaffen, wie wird sie adressiert, oder sogar ‚instrumentalisiert‘, wie beeinflusst, welchen Einfluss hat sie auf unser Alltagshandeln, unsere Programmatik? Wer drückt sie aus, wer ist sie, diese Öffentlichkeit?“

Etwas augenzwinkernd haben wir angefügt: „Ihr sollt darauf bitte nicht mit Habermas oder anderen Theoretikern antworten – sondern mit einem Bild. Ein Bild, das ausdrückt, was

für Euch Öffentlichkeit bedeutet, oder wie Ihr eure eigene vhs im Licht der Öffentlichkeit seht. Bitte sucht oder gestaltet so ein Bild, zusammen mit Euren Teams, Euren ÖA-Mitarbeitenden. Lasst euch inspirieren. Und sendet dieses eine Bild (pro vhs) an die Journal-Redaktion.“

Wir haben die Fotostrecke ergänzt um das historische Plakat vom Volkshochschultag 1930 in Breslau. Das öffentliche Leben stand schon damals im Fokus der Volkshochschulen! Das Ergebnis der Einsendungen sehen Sie hier.

Die Redaktion



© EVANGELISCHES ZENTRALARCHIV IN BERLIN

vhs Tempelhof-Schöneberg



Bild © vhs Tempelhof-Schöneberg

<https://www.berlin.de/vhs-tempelhof-schoeneberg/>



vhs Friedrichshain-Kreuzberg

Das aktuelle Jahresthema der vhs Friedrichshain-Kreuzberg lautet „Protest“ und ein produktiver Protest findet immer öffentlich statt.

Foto © Oliver S. Scholten

<https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/friedrichshain-kreuzberg/>

vhs Neukölln

Gut besuchte Eröffnung der
neuen Lehrstätte "Zentrum
für Sprache und Bewegung"
am 21.03.25



Foto © U. Ungethüm / vhs Neukölln
<https://www.berlin.de/vhs-neukoelln/>

vhs Pankow



Bild © links oben, rechts unten: Kauffmann Studios Berlin. Rest vhs Pankow
<https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/pankow/>

vhs Pankow – lebendig,
vielfältig, miteinander.
Nicht nur im Kurs, sondern
auch in der Öffentlichkeit,
z. B. mit einer Befragung
von Bürger:innen in Berlin-
Buch (unten links), mit einem
Beratungsstand auf dem
Fest an der Panke
(oben rechts) oder zum
Sommerfest aller Berliner
Volkshochschulen
(Bild unten mittig).

vhs Reinickendorf

Das Foto zeigt ein Werk von Klaus Speck, welches in der Ausstellung „Berliner Perspektiven auf die Welt“ an der vhs Reinickendorf gezeigt wurde. Die verschiedenen Blickwinkel von Personen auf eine Situation, die Besonderheit des Moments, der Umgang mit dem sichtbar sein und sichtbar werden, das Dazwischen und die Offenheit im Raum verbinden wir mit Volkshochschule.



Foto © vhs Reinickendorf

<https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/reinickendorf/>

vhs Mitte

Das Projekt „vhs Mitte und ich“ öffnet die vhs für Menschen, die sich bisher nicht dort gesehen haben. Bildung von allen, für alle. Und manchmal muss man das auch richtig öffentlich feiern.



Foto © vhs Mitte

<https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/mitte/>



vhs Spandau

Dr. Kristina Schmidt-Köhnlein
und Thomas Mochalski beim
Familientag Spandau

Foto © vhs Spandau

www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/spandau/

vhs Steglitz- Zehlendorf

Volkshochschule –
fest/Fest im Bezirk



Foto © vhs Steglitz-Zehlendorf

<https://www.berlin.de/vhs/volkshochschulen/steglitz-zehlendorf/>